



# Landtag von Baden-Württemberg

77. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 5. November 2009 • Haus des Landtags

Beginn: 9:33 Uhr

Mittagspause: 12:44 bis 14:00 Uhr

Schluss: 17:36 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	5529	3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE – <b>Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg</b> – Drucksache 14/2743	
Erklärung des Präsidenten zum 20. Jahrestag der Maueröffnung . . . . .	5529	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport – Drucksache 14/5240. . . . .	5554
Verabschiedung und Würdigung des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD . . . . .	5530	Abg. Renate Rastätter GRÜNE . . . . .	5554
Abg. Gustav-Adolf Haas SPD . . . . .	5530	Abg. Volker Schebesta CDU . . . . .	5555
Absetzung von Tagesordnungspunkt 9 . . . . .	5531, 5592	Abg. Norbert Zeller SPD . . . . .	5556
Begrüßung einer Delegation aus der chinesischen Partnerprovinz Jiangsu . . . . .	5563	Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP . . . . .	5559
1. Aktuelle Debatte – <b>Starker Staat und starke Bürger – Zivilcourage als Beitrag zur inneren Sicherheit</b> – beantragt von der Fraktion der CDU . . . . .	5531	Minister Helmut Rau . . . . .	5561, 5562
Abg. Thomas Blenke CDU . . . . .	5531, 5538	Abg. Renate Rastätter GRÜNE (Kurzintervention) . . . . .	5561
Abg. Reinhold Gall SPD . . . . .	5532	Beschluss . . . . .	5563
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE . . . . .	5533, 5541	4. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung</b> – Drucksache 14/5170	
Abg. Hagen Kluck FDP/DVP . . . . .	5533, 5542	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Drucksache 14/5246. . . . .	5563
Minister Heribert Rech. . . . .	5534	Abg. Sabine Kurtz CDU . . . . .	5563
Abg. Walter Heiler SPD . . . . .	5540	Abg. Johannes Stober SPD . . . . .	5563
2. Aktuelle Debatte – <b>Die Gesundheitspolitik der neuen Bundesregierung: Chancen für eine flächendeckende und qualitätsorientierte Versorgung im Land</b> – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP . . . . .	5543	Abg. Theresia Bauer GRÜNE . . . . .	5564
Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP . . . . .	5543, 5550	Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP . . . . .	5565
Abg. Andreas Hoffmann CDU . . . . .	5544	Minister Dr. Peter Frankenberg . . . . .	5566
Abg. Katrin Altpeter SPD . . . . .	5547, 5551	Beschluss . . . . .	5567
Abg. Bärl Mielich GRÜNE . . . . .	5548, 5552		
Ministerin Dr. Monika Stolz . . . . .	5549		

5. **Fragestunde** – Drucksache 14/5329
- 5.1 Mündliche Anfrage des Abg. Reinhold Pix GRÜNE – **Missverständliche Aussagen des Wirtschaftsministers zur Frage der Förderung eines Parkhausneubaus in der Gemeinde Feldberg** ..... 5567
- Abg. Reinhold Pix GRÜNE ..... 5567  
 Minister Ernst Pfister ..... 5568  
 Abg. Gustav-Adolf Haas SPD ..... 5568
- 5.2 Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – **Notlager des Studentenwerks Freiburg für Studienanfängerinnen und Studienanfänger** ..... 5568
- Abg. Gustav-Adolf Haas SPD ..... 5568, 5569  
 Staatssekretär Dr. Dietrich Birk ..... 5568, 5569
- 5.3 Mündliche Anfrage des Abg. Gunter Kaufmann SPD – **Beteiligung des Landes am Rettungspaket für die Galopprennbahn in Iffezheim** .. 5569
- Abg. Gunter Kaufmann SPD ..... 5569, 5570  
 Staatssekretär Gundolf Fleischer ..... 5569, 5570  
 Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP ..... 5570  
 Abg. Karl-Wolfgang Jägel CDU ..... 5570
6. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz über Einheitliche Ansprechpartner für das Land Baden-Württemberg (EAG BW)** – Drucksache 14/5345 ..... 5571
- Minister Ernst Pfister ..... 5571  
 Abg. Marcel Schwehr CDU ..... 5572  
 Abg. Dr. Rainer Prewo SPD ..... 5573  
 Abg. Edith Sitzmann GRÜNE ..... 5574  
 Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP ..... 5575  
 Beschluss ..... 5576
7. a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – **Finanzielle Beteiligung des Landes am Bau der Rheintalbahn** – Drucksache 14/3209
- b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – **Infrastrukturmaßnahmen entlang der Rheinschiene** – Drucksache 14/3736
- c) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – **Menschen entlang der Rheintalbahn vom Lärm entlasten** – Drucksache 14/4275 ..... 5576
- Abg. Wolfgang Drexler SPD ..... 5576, 5583  
 Abg. Winfried Scheuermann CDU ..... 5578  
 Abg. Edith Sitzmann GRÜNE ..... 5579  
 Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP ..... 5580  
 Minister Heribert Rech. .... 5581  
 Beschluss ..... 5584  
 Abg. Edith Sitzmann GRÜNE (zur Geschäftsordnung) ..... 5584
8. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – **Das Gymnasium weiterentwickeln – G 8 grundlegend reformieren und parallele G-8- und G-9-Züge ermöglichen** – Drucksache 14/3267 ..... 5584
- Abg. Dr. Frank Mentrup SPD ..... 5584, 5590  
 Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU ..... 5586  
 Abg. Renate Rastätter GRÜNE ..... 5587  
 Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP ..... 5588  
 Staatssekretär Georg Wacker ..... 5589  
 Beschluss ..... 5591
9. a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – **Stellenabbau im Nichtvollzugsbereich der Polizei** – Drucksache 14/3358
- b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – **Personalsituation im Vollzugsdienst der Polizei** – Drucksache 14/3359 ..... abgesetzt (5592)
10. Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und Antwort der Landesregierung – **Integration und Gesundheit** – Drucksache 14/3133 ..... 5592
- Abg. Bärbli Mielich GRÜNE ..... 5592, 5597  
 Abg. Stefan Teufel CDU ..... 5593  
 Abg. Wolfgang Wehowsky SPD ..... 5594  
 Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP ..... 5595  
 Staatssekretär Dieter Hillebrand ..... 5596
11. Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – **Situation demenziell Erkrankter in Baden-Württemberg** – Drucksache 14/3280 ..... 5598
- Abg. Andreas Hoffmann CDU ..... 5598  
 Abg. Katrin Altpeter SPD ..... 5599  
 Abg. Bärbli Mielich GRÜNE ..... 5600  
 Abg. Friedhelm Ernst FDP/DVP ..... 5601  
 Staatssekretär Dieter Hillebrand ..... 5602
12. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung des Innenministeriums vom 30. Juli 2009 – **Fünfter Tätigkeitsbericht des Innenministeriums zum Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich** – Drucksachen 14/4963, 14/5292 ..... abgesetzt (5604)
13. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 23. Juni 2009 – **Bericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz zu einem Beschluss des Landtags; hier: Überprüfung von Datenabgleichen durch den Landesdatenschutzbeauftragten** – Drucksachen 14/4675, 14/5293 ..... 5604
- Beschluss ..... 5604

<p>14. Beschlussempfehlung und Bericht des Europaausschusses zu der Mitteilung des Innenministeriums vom 22. September 2009 – <b>Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Neuansiedlungsprogramm der EU und Europäischer Flüchtlingsfonds 2008 bis 2013</b> – Drucksachen 14/5148, 14/5275 . . . . . 5604</p> <p>Beschluss . . . . . 5604</p> <p>15. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 21. September 2009 – <b>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Entschließung zum Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2009 – Ausrichtung der Vergütungsstruktur des LBBW-Vorstands am nachhaltigen Unternehmenserfolg</b> – Drucksachen 14/5134, 14/5249 . . . . . 5604</p> <p>Beschluss . . . . . 5604</p> <p>16. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 22. September 2009 – <b>Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Staatsvertrags über die Verteilung von Versorgungslasten bei bund- und länderübergreifenden Dienstherrnwechseln (Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag)</b> – Drucksachen 14/5139, 14/5250 . . . . . 5604</p> <p>Beschluss . . . . . 5605</p> <p>17. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung</p>	<p>vom 21. September 2009 – <b>Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2010 bis 2013</b> – Drucksachen 14/5129, 14/5251 . . . . . 5605</p> <p>Beschluss . . . . . 5605</p> <p>18. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 10. September 2009 – <b>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschriften des Rechnungshofs zu Landeshaushaltsrechnungen von Baden-Württemberg; a) Denkschrift 2008 für das Haushaltsjahr 2006 – Beitrag Nr. 15: Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem; b) Denkschrift 2007 für das Haushaltsjahr 2005 – Beitrag Nr. 22: Förderprogramme im Geschäftsbereich des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum</b> – Drucksachen 14/5094, 14/5252 . . . . . 5605</p> <p>Beschluss . . . . . 5605</p> <p>19. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 14/5278, 14/5279, 14/5280, 14/5281, 14/5282 . . . . . 5605</p> <p>Beschluss . . . . . 5605</p> <p>20. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksachen 14/5230, 14/5233 . . . . . 5605</p> <p>Beschluss . . . . . 5605</p> <p>Nächste Sitzung . . . . . 5605</p>
--	--

## Protokoll

über die 77. Sitzung vom 5. November 2009

Beginn: 9:33 Uhr

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 77. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Chef und Herrn Abg. Untersteller erteilt.

Krankgemeldet sind Frau Abg. Rudolf, Herr Abg. Raab und Herr Abg. Reichardt.

Aus dienstlichen Gründen haben sich Herr Ministerpräsident Oettinger – heute Vormittag –, Herr Minister Professor Dr. Reinhart und Herr Staatssekretär Fleischer – ab 16 Uhr – entschuldigt.

Meine Damen und Herren, nächsten Montag jährt sich zum 20. Mal der Fall der Berliner Mauer. Lassen Sie uns einen Moment innehalten im Gedenken an dieses epochale Ereignis.

Berlin am Abend des 9. November 1989, das hieß: Die Realität überholte das Vorstellbare. Ein nicht endender Strom erlöster Landsleute drängte an verwirrten DDR-Grenzbeamten vorbei durch die Übergangsstellen. Die Mauer, Inbegriff der Unterdrückung, mutierte zur euphorisch bestiegenen Kletterwand.

Das Streben nach Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit triumphierte – buchstäblich überwältigend und dennoch friedlich.

Der Fall der Mauer war der Höhepunkt eines atemberaubenden Herbstes, eines Herbstes, in dem Menschen binnen Wochen auf imponierende Weise das Joch der Unfreiheit abschüttelten und sich beherzt des SED-Regimes entledigten.

Das Öffnen des Eisernen Vorhangs durch die ungarische Regierung am 11. September 1989, die Ausreise der Prager Botschaftsflüchtlinge am 30. September 1989 und vor allem die große Montagsdemonstration in Leipzig am 9. Oktober 1989 leiteten diese Wende ein.

Die Entschlossenheit, die Zivilcourage, der Veränderungswille der ostdeutschen Bevölkerung trieb die kommunistischen Machthaber in die Enge und brachte eine 40 Jahre lang allgewaltige Diktatur zum Einsturz. „Wir sind das Volk!“, später „Wir sind e i n Volk!“ und „Deutschland einig Vaterland!“. Diese Rufe waren Motor und Kompass einer beispiellosen Bürgerbewegung.

Unsere Hochachtung gilt deshalb zuallererst dem kraftvollen Mut der Demonstranten auf den Straßen in Leipzig, Berlin, Plauen, Dresden und vielen anderen Städten der DDR.

Ebenso gilt unsere Hochachtung der Furchtlosigkeit und dem Durchhaltevermögen der Bürgerrechtler, der Oppositionellen und der kirchlichen Gruppen. Ihre Leistungen und ihre Leiden waren die Keimzellen des Aufbruchs. Was sie erreicht haben, haben sie für uns alle erreicht. Sie haben für uns alle die Basis geschaffen, auf der wir die Teilung überwinden konnten.

Das Unrechtsregime gewaltfrei zu stürzen gelang, weil die anfänglich zu allem bereite DDR-Führung keine Rückendeckung aus Moskau mehr bekam. Das war namentlich dem sowjetischen Staats- und Parteichef Gorbatschow zu verdanken. Er hatte die Zeichen der Zeit erkannt, und er akzeptierte sie.

Nicht weniger Respekt gebührt dem amerikanischen Präsidenten. Die USA begleiteten den Weg von der Wende bis zur Wiedervereinigung besonders freundschaftlich, vertrauensvoll und konstruktiv.

Der 9. November 1989 nahm der innerdeutschen Grenze ihren Schrecken. Schießbefehle, Minenfelder und Selbstschussanlagen hatten über 1 000 Menschen das Leben gekostet. Unser Erinnern schließt deshalb die Toten an Mauer und Stacheldraht ein – und alle, die das Scheitern ihres Fluchtversuchs überlebten und in den berüchtigten DDR-Gefängnissen eingekerkert wurden.

Der SED-Staat erodierte im Herbst 1989 mit einer ungeheuren Dynamik. Ein Treibsatz war, dass unser Grundgesetz die Bewohner der DDR als Bundesbürger betrachtete. Wiedervereinigung – diese Perspektive wäre kaum zu einem derart starken Sog geworden, wenn die Bundesrepublik in den Siebziger- und in den Achtzigerjahren eine DDR-Staatsbürgerschaft anerkannt hätte.

Der 9. November 1989 widerlegte alle, die sich die Parole zu eigen gemacht hatten, die Teilung Deutschlands sei die Grundbedingung für Frieden und Stabilität auf unserem Kontinent. Bestätigt wurden jene, die gegen den Zeitgeist an einem richtig verstandenen Patriotismus unverrückbar festgehalten hatten, an der Einheit der Nation und am Ziel der Wiedervereinigung.

Ein Name steht dafür exemplarisch: Helmut Kohl. Nach dem 9. November 1989 sah Bundeskanzler Helmut Kohl schneller als andere die historische Chance, die sich hier auftat, und er nutzte sie versiert und beseelt, wobei ein wesentlicher Teil seiner historischen Leistung war, dass er stets die europäische Dimension betonte.

(Präsident Peter Straub)

Mit dem Fall der Mauer begann eine politische und volkswirtschaftliche Aufgabe, für die keine Vorbilder und keine wissenschaftlichen Rezepte existierten. Wir Deutschen mussten nicht bloß im Materiellen Schweres schultern und Herausragendes vollbringen. Ich meine: Das ist uns gelungen.

Allerdings dürfen wir nicht leugnen, dass es in Ostdeutschland noch Defizite und negative Entwicklungen gibt. So schmerzen das Gefälle bei den ökonomischen Kennziffern und auch das Abwandern der Bevölkerung.

Zugleich sollten wir aber nicht verschweigen: Einheit bedeutet auch immer wieder ein neues Austarieren und gelegentliches Neujustieren.

Entscheidend ist und bleibt aber, dass wir den Fall der Berliner Mauer als nationales Urerlebnis begreifen, das zeigt: Einigkeit und Recht und Freiheit sind des Glückes Unterpfand – so, wie wir dies im „Lied der Deutschen“ zum Ausdruck bringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, unser Kollege, Herr Gustav-Adolf Haas, hat mir mitgeteilt, dass er sein Landtagsmandat mit Ablauf des 5. November 2009, also des heutigen Tages, niederlegen wird.

(Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das geht aber nicht! – Abg. Thomas Blenke CDU: Was machen wir dann mit der Fragestunde?)

Herr Kollege Haas gehörte dem Landtag von 1992 bis 1996 und wieder seit April 2001 als Mitglied an, also mehr als zwölf Jahre.

In der 11. Wahlperiode engagierte er sich insbesondere im Verkehrsausschuss und im Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft.

Seit 2001 gehörte er dem Wirtschaftsausschuss und dem Petitionsausschuss als Mitglied an. Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Petitionsausschusses wurde er am 23. Juni 2004 gewählt.

Eine wichtige Funktion hatte Herr Kollege Haas als Alterspräsident in der konstituierenden Sitzung des Landtags am 13. Juni 2006 inne. Wir alle erinnern uns daran, wie er sie auf seine Art ausfüllte.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen – Vereinzelt Beifall)

Mündliche Anfragen, wie wir sie heute bei der Fragestunde noch einmal erleben werden,

(Heiterkeit und Beifall bei allen Fraktionen)

waren eine besondere Spezialität unseres Kollegen Haas.

Seine Arbeit in den Ausschüssen des Landtags war von großem Sachverstand geprägt. Seine Wahlkreisarbeit hat Herr Kollege Haas intensiv wahrgenommen.

Ich danke Herrn Haas namens des ganzen Landtags für seine Tätigkeit als Abgeordneter sehr herzlich und wünsche ihm für die Zukunft alles Gute.

(Anhaltender Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Kollege Haas, Sie haben das Wort.

**Abg. Gustav-Adolf Haas** SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger! Ich bin in diesem Moment sehr gerührt und darf mich recht herzlich bedanken.

Ich war gern Ihr Kollege, und ich freue mich auch immer wieder, auch in der Zukunft, wenn wir uns begegnen. Ich verspreche Ihnen, dass ich den Kontakt zu Ihnen nicht mehr abreißen lasse; das ist ganz klar.

Ich habe meinem Freund Klaus Schüle gestern – zu seiner Beruhigung – gesagt: Ich werde nicht für den Vorsitz der CDU-Landtagsfraktion kandidieren.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und Abgeordneten der SPD)

Dieses Versprechen nehme ich ernst; damit mache ich Ernst.

Ich gehe auch nicht nach Brüssel.

(Heiterkeit)

Ich gehe zurück in den Schwarzwald,

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Da ist es auch schöner!)

und der Herr Präsident und ich werden uns sicherlich in Dachsberg – oder wo auch immer eine Feierlichkeit stattfindet – noch des Öfteren begegnen und gemeinsam auf unsere schöne Zeit miteinander eingehen und auch auf Ihrer aller Wohl trinken.

(Heiterkeit – Abg. Reinhold Gall SPD: Wer zahlt?)

Ich habe es schon im Petitionsausschuss dargelegt: Falls man sich im Landtag von Baden-Württemberg nach einer gewissen Zeit je nicht mehr an mich erinnern könnte, würde ich selbstverständlich eine Petition einbringen – ganz egal, zu welchem Thema.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Im Badischen geht man ja nicht, ohne ein Geschenk zu machen. In Württemberg soll es umgekehrt sein.

(Heiterkeit und Beifall bei allen Fraktionen)

Ich habe mir von meinem Mitarbeiter, Andreas Bertram, eine Zusammenstellung anfertigen lassen. Auf dem Bild ist mein Konterfei zu sehen. Der Inhalt sind diese sogenannten Initiativen, die der Herr Präsident angedeutet hat.

(Heiterkeit)

Es sind ungefähr 230 bis 260. Die Mündlichen Anfragen sind auch dabei. Das sage ich zur Beruhigung.

(Heiterkeit)

(Gustav-Adolf Haas)

Ich möchte dem Herrn Präsidenten dies als kleines Dankeschön übergeben. Ich hoffe, es bieten sich noch viele Gelegenheiten, uns wiederzusehen. Nochmals Danke schön für das gute Miteinander.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD übergibt Präsident Peter Straub eine Mappe. – Die Abgeordneten aller Fraktionen spenden stehend anhaltenden Beifall.)

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich bekannt geben, dass sich die Fraktionen darauf geeinigt haben, Punkt 9 von der Tagesordnung abzusetzen.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Starker Staat und starke Bürger – Zivilcourage als Beitrag zur inneren Sicherheit – beantragt von der Fraktion der CDU**

Es gelten die üblichen Redezeiten: fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen, fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Blenke.

**Abg. Thomas Blenke** CDU: Lieber Gustav-Adolf Haas, ich glaube, ich kann fraktionsübergreifend sagen, dass du uns fehlen wirst.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zivilcourage kann Mauern einreißen. Das haben wir vorhin in der beeindruckenden Rede unseres Landtagspräsidenten, in der es um die Erinnerung an den Mauerfall vor 20 Jahren ging, deutlich mitbekommen. Das war sicherlich der bedeutendste Fall von Zivilcourage in den vergangenen Jahrzehnten.

Aktuell ist uns durch den tragischen Fall von Dominik Brunner das Thema Zivilcourage wieder vor Augen geführt worden. Er hat sich in München schützend vor Kinder gestellt und dafür am Ende mit seinem Leben bezahlt, weil er schlicht zu Tode geprügelt wurde. Er zeigte Zivilcourage, er zeigte staatsbürgerlichen Mut und hat dies am Ende mit seinem Leben bezahlt.

Die traurige Botschaft ist, dass Zivilcourage Leben kosten kann. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass manche eher wegsehen als helfen, wenn es am Bahnsteig, in der S-Bahn oder sonst wo einmal brenzlich wird.

Deshalb ist es bei aller Hilfsbereitschaft wichtig, Besonnenheit zu wahren und die eigene Sicherheit mit in den Vordergrund zu stellen, damit Zivilcourage am Ende nicht zu viel Courage wird. Wir müssen aber die Menschen auch bestärken, dennoch einzugreifen. Das muss nicht unbedingt durch eigenhändiges Tätigwerden geschehen. Das kann allein schon durch das sofortige Rufen der Polizei geschehen, durch das Herstellen von Öffentlichkeit. Das allein kann schon sehr wirksam sein. Das Solidarisieren Unbeteiligter, die sonst vielleicht wegschauen würden, am Ort des Geschehens ist wichtig.

Dominik Brunner hat uns auf schreckliche Weise die Augen geöffnet. Sonst erfahren wir oftmals nicht viel von Menschen, die in vielen kleinen oder auch größeren Fällen abseits der Öff-

entlichkeit beherzt eingreifen und dabei auch Erfolg haben. Ich spreche von den kleinen und großen Heldentaten im Alltag. Ich denke, wir alle sind uns einig, dass die Gesellschaft solche couragierten Menschen braucht. Sie sind tragende Säulen und Vorbilder zugleich. Wir brauchen sie dort, wo Menschen verletzt, gedemütigt, gemobbt oder diskreditiert werden. Dafür müssen wir uns alle und auch die Bevölkerung sensibilisieren.

Ich bekam vor einigen Monaten die Gelegenheit, die Schirmherrschaft für ein Projekt zum Thema „Mobbing im Schulleralltag“ an einer Schule in meinem Wahlkreis zu übernehmen. Dabei lernten Hauptschüler der Klassenstufe 7, selbstbewusst mit dem Thema Mobbing umzugehen und die Stimme für andere zu erheben, wenn es darauf ankommt. Das ist ein tolles Projekt des Bundesverbands Kulturarbeit in der evangelischen Jugend. Ich habe die Schirmherrschaft sehr gern übernommen und hoffe, dass dieses Projekt noch in weiteren Fällen zum Einsatz kommen wird.

Folgende Botschaften sollten uns, denke ich, wichtig sein:

Erstens: Wir leben in einem Bundesland, in dem der gesellschaftliche Zusammenhalt, der soziale Kitt, stimmt. Die meisten Baden-Württemberger engagieren sich ehrenamtlich – in Kirchen, Vereinen, Verbänden, auch Sozialverbänden, Hilfsinitiativen und vielem mehr. Sie wollen nicht in einer anonymen Gesellschaft leben, sondern wollen helfen, und das ist Herzenssache und ist eine Selbstverständlichkeit.

Zweite Botschaft – sie hängt mit der ersten zusammen –: Wir leben in Baden-Württemberg in einem sicheren und sogar einem der sichersten Bundesländer. Das hängt mit dem gesellschaftlichen Engagement zusammen. In unserem Land wird man weniger häufig Opfer einer Straftat als anderswo.

Die dritte Botschaft lautet: Auch hier in Baden-Württemberg ist das Sicherheitsgefühl, die sogenannte subjektive Sicherheit, stärker ausgeprägt als anderswo. Die Menschen fühlen sich sicherer als an anderen Orten auf der Welt.

Die vierte Botschaft lautet: Präventionskonzepte wirken. Betrachtet man die Zahlen in der Polizeilichen Kriminalstatistik, so ergibt sich, dass die Zahl der Straftaten – das sind die objektiven Zahlen – in den vergangenen Jahren zurückgegangen ist, und zwar um einige Prozentpunkte. Ferner ergibt sich, dass die Gewaltkriminalität zurückgegangen ist. Das ist das Erfreuliche, aber das wird natürlich nicht immer so wahrgenommen, vor allem dann nicht, wenn besonders gravierende Fälle das Problem plötzlich wieder in das Bewusstsein rücken.

Aber es gilt die Aussage – damit will ich für die erste Runde schließen –, dass sich das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, in den vergangenen Jahren in Baden-Württemberg minimiert hat. Dennoch bedarf es der Wachsamkeit sowohl der staatlichen Ebene als auch der Zivilgesellschaft.

Zu der Frage, was die staatliche Ebene dazu noch leisten kann, sage ich in der zweiten Runde mehr.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Gall.

**Abg. Reinhold Gall SPD:** Herr Präsident, hochverehrter Herr Alterspräsident, lieber Gustav,

(Heiterkeit – Abg. Gustav-Adolf Haas SPD winkt dem Redner zu.)

meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass die CDU-Fraktion im Plenum über Zivilcourage diskutieren will, mag auf den ersten Blick verwundern. Darüber, dass uns das als ein Beitrag zur inneren Sicherheit dargestellt wird und in diesem Zusammenhang darüber diskutiert wird, kann man aber, muss ich sagen, wirklich nur erstaunt sein. Denn wenn wir über innere Sicherheit reden, Herr Kollege Blenke, dann sollten wir in erster Linie darüber reden, welche Versäumnisse Sie in diesem Bereich in Baden-Württemberg aufzuweisen haben.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Stichwort „Personalabbau bei der Polizei“: Wir werden Ende des Jahres 2011 nur noch rund 23 700 Polizeistellen und im Nichtvollzugsbereich nur noch 4 550 Stellen haben. Dort haben Sie 10 % des Personals abgebaut, ohne die Aufgaben zu reduzieren, die jetzt von den Polizeibeamtinnen und -beamten wahrgenommen werden.

Das nächste Stichwort lautet Polizeipostenstrukturreform. Diese Strukturreform hat letztendlich nichts anderes bedeutet, als dass die Polizei längere Anfahrtswege zu Einsatzstellen aufzuweisen hat. Sie reden dabei häufig – das werden Sie nachher sicherlich auch tun – von Optimierungen der Arbeitsabläufe und von Rationalisierungen der Aufgabenwahrnehmung. Das klingt ganz modern – das sind auch Begriffe aus der Wirtschaft –, aber das bedeutet letztendlich nichts anderes, als dass Sie damit versuchen, die von Ihnen produzierten Defizite wieder auszugleichen.

(Beifall bei der SPD)

Selbst die „Vorzeigepolizeidirektionen“ – das will ich in diesem Zusammenhang noch erwähnen – im Zusammenhang mit Aufgabenoptimierungen und Rationalisierung in Biberach und Schwäbisch Hall sind nach der Zusammenlegung von Führungsgruppen, nach der Einführung einer strafferen Organisation an ihre Grenzen gestoßen. Ich darf dazu den zuständigen Polizeidirektor, Herrn Högerle, zitieren, der gesagt hat:

*Wir haben jetzt alle Möglichkeiten ausgemostet, um wenigstens die Lücken zu stopfen. Weiter geht es nicht.*

Fakt ist nämlich tatsächlich, dass die Dienststellen die Abgänge, die sie haben, nicht mehr kompensieren können, dass ihnen nichts anderes bleibt, als Defizite bei der Aufgabenwahrnehmung hinzunehmen, was dann wiederum zu Situationen vor Ort führen kann, die wir, Herr Kollege Blenke, zu Recht beklagen und die uns tatsächlich Sorge bereiten müssen.

(Beifall bei der SPD)

Wir könnten über Versäumnisse im Bereich der Prävention reden. Sie haben Beispiele angesprochen. Wir könnten über Versäumnisse bei der Schulsozialarbeit reden; aus der Verantwortung dafür haben Sie sich zurückgezogen. All das tun wir jetzt nicht.

Ihnen fällt in diesem Zusammenhang jetzt nichts anderes ein, als Zivilcourage seitens der Bürger einzufordern. Das ist nichts anderes als ein Ablenkungsmanöver, um von Ihrer Verpflichtung zur Gewährleistung der inneren Sicherheit in Baden-Württemberg abzulenken.

(Beifall bei der SPD)

Zivilcourage, meine Damen und Herren, ist keine Hilfspolizei, auf die man als Ersatz zurückgreifen kann, wenn vor Ort bei Notlagen und Sonstigem Konflikte entstehen, weil sie oft zu Unsicherheit bei der eigenen Bevölkerung führt, auch zu Unsicherheit über die Notwendigkeit des eigenen Handelns und über die Gefährlichkeit, die aus eigenem Handeln entstehen kann.

Wir sagen aber auch – da sind wir in der Tat beieinander –: „Wo die Zivilcourage keine Heimat hat, reicht die Freiheit nicht weit.“ Das ist ein Spruch von Willy Brandt. Da hat er recht. Allerdings hat er dies nicht im Zusammenhang mit der inneren Sicherheit gesagt, sondern im Zusammenhang mit der Zivilcourage, die Sie, Herr Präsident, eingangs genannt haben, als es darum ging, die Mauer zwischen den Deutschen zum Einsturz zu bringen.

Zivilcourage als Teil einer Sicherheitskonzeption taugt nicht. Zivilcourage von den Bürgern ist nicht einforderbar. Sie ist vor allem auch nicht planbar im Rahmen einer Sicherheitskonzeption, im Gegensatz zu einer Kultur des Hinschauens. Da bin ich sehr nahe bei Ihnen, Herr Kollege Blenke. Situative, individuelle oder gruppenpsychologische Faktoren spielen eine Rolle dabei, ob ein Mensch handelnd eingreift und sich schützend vor jemanden stellt – nicht etwa Forderungen aus der Politik. Zivilcourage heißt nämlich auch, persönlichen Mut aufzubringen. Das sollte man wissen. Auch dies kann man nicht einfordern. Persönlichen Mut kann man fördern und stützen und versuchen auszubauen.

Wie dies geschehen könnte, darüber sollten Sie sich Gedanken machen. In diesen Diskussionsprozess bringen wir uns natürlich gern ein. Ich denke an Verhaltenshinweise, wie sie in Bayern in öffentlichen Verkehrsmitteln erfolgen. Ich denke an Kampagnen, die man zur Stärkung des persönlichen Mutes durchführen kann, um zu einer Kultur des Hinschauens zu gelangen. Ich schlage Ihnen vor: Nehmen Sie Ihre Imagekampagne – inzwischen weiß Deutschland, dass wir kein Hochdeutsch können –, und starten Sie eine Kampagne des Hinschauens in Baden-Württemberg. Da sind wir an Ihrer Seite.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren: Sorgen Sie vor allem dafür, dass sich Menschen, die den Mut aufbringen, sich persönlich einzuschalten, wenn Not am Mann, wenn Not an der Frau ist, auch darauf verlassen können, dass sie selbst in kürzester Zeit Hilfe erfahren, wenn sie selbst Angriffen und Gefährdungen ausgesetzt sind. Sie müssen sich darauf verlassen können, dass Polizei und Sicherheitskräfte ihnen schnellstmöglich zur Seite stehen. Sicherheit zu gewährleisten ist nämlich auch in diesem Bereich eine Kernaufgabe des Staates und keine Aufgabe der Bürgerschaft selbst. Da sind Sie, Herr Innenminister, und nicht die Bürger gefordert.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Sckerl.

(Abg. Walter Heiler SPD: Der Uli!)

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl** GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im September dieses Jahres wurde von 17 und 18 Jahre alten Männern aus völlig nichtigem Grund – Kollege Blenke hat das richtig gesagt – Dominik Brunner in München auf einem S-Bahnsteig totgeschlagen. Er hat Zivilcourage gezeigt und Kinder geschützt. Besser als er hätte sich in einer solchen Situation niemand verhalten können. Er ist nicht nur tragisches Opfer eines schrecklichen Verbrechens. Er ist ein Held. Er ist für uns ein Vorbild. Es ist richtig und erforderlich, dass angesichts dieser Tat die Diskussion über die Notwendigkeit von Zivilcourage in diesem Land neu begonnen hat und weitergeführt wird.

Wir brauchen in der Tat eine viel stärkere, viel tiefer verwurzelte Kultur der Solidarität und des Hinschauens. Wir haben sie nicht. Wir haben ein schönes Ehrenamt, aber immer dann, wenn es gefährlich wird – es wird leider gefährlich, nicht nur in S-Bahnen, sondern auch an anderen Stellen –, haben wir diese Kultur des Hinschauens nicht. Wir brauchen auch mit Sicherheit – darüber muss auch geredet werden – ein gesellschaftliches Klima, in dem das Zutrauen in die eigene Zivilcourage, den eigenen Mut, das eigene Eingreifen vorhanden ist und wächst und nicht abgeschreckt wird. Wir dürfen aber nicht Zivilcourage als Ersatz für fehlende innere Sicherheit des Staates fordern.

Herr Innenminister, wir dürfen uns aus dieser Kernaufgabe nicht zurückziehen. Die Politik macht einen Fehler, wenn sie nach einer solchen Tat wie in München immer mit den gleichen Reflexen reagiert. Sie reagiert – das haben Sie auch gemacht; es vergingen wenige Stunden nach diesem schrecklichen Verbrechen – mit Forderungen nach Gesetzesverschärfungen wie z. B. einer Bestrafung von Jugendlichen nach Erwachsenenstrafrecht oder einer Anhebung der Höchststrafe. Ihre bayerischen Kollegen haben das gemacht. Auf Bundesebene ist die gleiche Diskussion gelaufen. Herausgekommen ist dabei nichts. Es war der übliche Reflex, der zwei Tage lang anhält und der Öffentlichkeit etwas vorgaukelt, aber ohne Konsequenzen bleibt. Übrigens waren alle Experten – gerade im Bereich des Jugendstrafrechts – gegen Ihre Forderung.

Das Zweite ist, dass Sie sich heute hier hinstellen und sagen: Wir haben aber eine glänzende Bilanz der inneren Sicherheit in diesem Land; jeder Mensch kann sich sicher fühlen. Herr Blenke, mit vollem Ernst: Die Realität in diesem Land ist anders. Natürlich gibt es eine große Zahl von Menschen, die sich nachts in U-Bahnen und in S-Bahnen gerade in großen Städten – auch in unserem Land – unsicher fühlen, weil es leider sehr oft zu unerfreulichen Szenen kommt.

Wir haben also eine Entwicklung hin zu einer gefühlten Unsicherheit und nicht zu mehr Sicherheit. Da ist kein Raum für stolze Leistungsbilanzen einer Landesregierung, sondern es ist Zeit, zu überlegen: Was kann ich tun, um dieses subjektive Unsicherheitsgefühl bei der Bevölkerung zu überwinden? Was kann ich tun, um Zivilcourage und Mut neu zu stärken? Das ist die Aufgabe.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Es stimmt schon, wenn wir sagen: Von der Kernaufgabe „Innere Sicherheit“ hat sich das Land zurückgezogen – aus welchen Gründen auch immer. Es gibt auch vernünftige Gründe dafür, dass man sparen muss, aber man muss immer schauen, ob man so, wie man es macht, an der richtigen Stelle spart. Herr Innenminister, was würden Sie sagen, wenn die Schlagzeile heißt: „Polizei geht finanziell am Krückstock“?

(Der Redner hält einen Zeitungsartikel hoch.)

Das war in dieser Woche in fast allen Zeitungen des Landes zu lesen. Der Präsident des Polizeipräsidiums Stuttgarts, des größten Polizeipräsidiums im Land, musste einen Bettelbrief an den Innenminister schreiben, weil sein Budget nicht reicht. Das geht aus seinem Brief hervor: Kernaufgaben im Bereich der Alkohol- und Drogenkontrolle können im Jahr 2009 nicht mehr wahrgenommen werden. Das Gleiche gilt für Polizeipräsidien anderer Großstädte; ich kenne das aus Mannheim.

Wenn Sie in diesen Bereichen von der Kernaufgabe „Innere Sicherheit“ abweichen und damit dazu beitragen, dass in der Bevölkerung die Unsicherheit wächst, weil man draußen auch immer weniger Polizisten sieht – die Menschen wollen ihren Polizisten draußen sehen –, dann sollten Sie nicht Zivilcourage als Ersatz für die Versäumnisse Ihrer Politik fordern. Das ist falsch.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das tut auch niemand!  
Das hat auch niemand gesagt!)

In der zweiten Runde können wir gern darüber diskutieren, welches Klima wir in diesem Land brauchen, Herr Kollege Blenke, damit die Zivilcourage wächst.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erhält Herr Abg. Kluck.

**Abg. Hagen Kluck** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zivilcourage ist die notwendige Voraussetzung der Bürgergesellschaft. Darüber sind wir alle uns hoffentlich einig.

(Beifall der Abg. Dr. Ulrich Noll und Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Vereinzelt Heiterkeit – Zurufe, u. a. Abg. Walter Heiler SPD: Sind das die Einzigen, die das verstanden haben, oder was?)

– Ja; das spricht aber für sie und nicht für euch, wenn ihr das nicht versteht.

(Heiterkeit – Abg. Walter Heiler SPD: Ihre eigenen Leute haben auch nicht applaudiert! – Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Der Staat muss das Engagement und den Einsatz von Bürgern, die sich Straftätern entgegenstellen, um Opfer zu schützen, stärker honorieren. Auch darüber sind wir uns einig.

Ich erinnere Sie daran, dass unser Justizminister die Stiftung Opferschutz auf den Weg gebracht hat, damit wir hier in diesem Bereich mehr tun können.

Ich bedauere ein wenig, wie der Kollege Gall die Debatte jetzt nutzt. Auf seinen Wunsch hin haben wir den heutigen Tages-



(Hagen Kluck)

ordnungspunkt 9 abgesetzt. Nun hat er das betreffende Thema wieder vorgezogen. Dieses an sich wichtige Thema hat er wiederum für eine verbale Attacke in Bezug auf die innere Sicherheit genutzt.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das war ein richtiger Rundumschlag!)

Baden-Württemberg ist das sicherste Bundesland. Die Menschen fühlen sich in diesem Land auch sicher. Wir haben einen Stellenabbau bei der Polizei nur im Zusammenhang mit einer Aufgabenreduzierung – WKD –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Da sind längst andere Aufgaben hinzugekommen! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

und mit einer Arbeitszeitänderung vorgenommen.

(Vereinzelt Beifall)

Herr Kollege Gall, wenn jetzt einer Polizeidirektion oder einem Polizeipräsidium das Geld ausgeht, dann wird es doch nicht so sein, dass die Streifenwagen in der Garage bleiben, sondern dann wird der Landesregierung etwas einfallen, um die innere Sicherheit weiterhin sicherzustellen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Können Sie konkreter werden?)

Wir haben schon oft darüber gesprochen: Es geht nicht, dass wir für jeden Bürger oder für jeweils zehn Bürger einen Polizisten hinstellen. Denn gerade das würde erst ein Gefühl der Unsicherheit erzeugen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das will doch auch niemand!)

Wir wollen, dass insgesamt ein gesellschaftliches Klima entsteht, in dem sich jeder für diese Gesellschaft verantwortlich fühlt, in dem jeder bereit ist, sich in diese Gesellschaft einzubringen.

Hier bedauere ich sehr, dass der Kollege Sckerl das sehr hohe ehrenamtliche Engagement der Baden-Württemberger vorhin ein bisschen miesgemacht hat.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Kommen Sie einfach einmal zur Sache!)

Nein, auch das ist wichtig, auch das ist Zivilcourage, dass die Bürgerinnen und Bürger eigene Aufgaben in die Hand nehmen und sich selbst in die Gesellschaft einbringen.

Der Herr Präsident hat auf die Wichtigkeit der Zivilcourage vor dem Hintergrund der DDR-Diktatur hingewiesen. Wir haben uns kürzlich mit unserem Landsmann Georg Elser befasst, wir haben am 20. Juli unserer Landsleute gedacht, die im Zusammenhang mit diesem Datum betroffen waren. Das alles ist Zivilcourage. Zivilcourage zeigen auch die Menschen, die gegen Gewalttäter vorgehen.

All das – so meine ich – ist bei dieser Landesregierung in guten Händen. Keine noch so starke Polizei, keine noch so sehr ausgebaute innere Sicherheit wird hundertprozentig vermeiden können, dass es zu irgendwelchen Übergriffen durch Straftäter kommt. Aber wir tun alles, damit Zivilcourage in

diesem Land nicht so endet, wie sie in München geendet hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie tun überhaupt nichts! Also, bitte!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Innenminister Rech.

**Innenminister Heribert Rech:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Keine Regierung und keine Bataillone vermögen Recht und Freiheit zu schützen, wo der Bürger nicht imstande ist, selbst vor die Haustür zu treten und nachzusehen, was es gibt.“

(Zuruf von der CDU: So ist es! – Abg. Reinhold Gall SPD: Richtig!)

Das hat der Schweizer Autor Gottfried Keller schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts zu Recht festgestellt.

In der Erklärung unseres Landtagspräsidenten von vorhin kamen auch die zentralen Worte „Zivilcourage“ und „Furchtlosigkeit“ vor. Darüber müssen wir gerade in Zeiten wie diesen reden. Ich bin dankbar, dass sich der Landtag von Baden-Württemberg in dieser Aktuellen Debatte mit zwei bedeutenden Aspekten der inneren Sicherheit beschäftigt: einmal mit der Notwendigkeit eines starken Staates, eines konsequent handelnden Staates, und zum Zweiten mit der Zivilcourage der Bürgerinnen und Bürger.

Herr Kollege Gall, Letzteres ist kein Ersatzkonzept, und das darf es auch nicht werden. Wir brauchen beides: einen starken, konsequent handelnden Staat und die Zivilcourage unserer Bürgerinnen und Bürger.

Jetzt haben Sie gesagt, dass sich der Staat zurückziehen würde – ich übersetze das einmal –: Polizeistellenabbau, Polizeipostenreform und Ähnliches.

Zunächst einmal will ich Folgendes sagen. Natürlich hat unsere Polizei in den letzten Jahren, eigentlich Monat für Monat, neue Aufgaben zu bewältigen, weil auch vieles vor den Füßen unserer Polizei abgeladen wird. Aber darauf nun reflexartig – wie Sie dies immer wieder tun – mit dem Ruf nach mehr Personal und nach mehr Geld zu reagieren, bedeutet, Instrumente von vorgestern anzuwenden. Damit werden wir den neuen Herausforderungen nicht gerecht, damit werden wir unserem Haushalt nicht gerecht, und damit werden wir auch unserem freiheitlich-liberalen Rechtsstaat nicht gerecht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wir können nicht wollen, dass zu jeder Zeit an jedem Ort Polizei steht. Das kann in unserem Staat doch niemand ernsthaft verlangen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das verlange ich doch auch gar nicht! Wir verlangen nur, dass Sie nicht weiter Personal abbauen! Das tun Sie aber!)

– Aber Ihre Forderungen laufen darauf hinaus, und Sie nennen Beispiele, die einfach grottenfalsch sind – grottenfalsch!

(Minister Heribert Rech)

(Abg. Reinhold Gall SPD: Bauen Sie kein Personal ab? – Gegenrufe von der CDU)

– Wollen Sie eine Zwischenfrage stellen? Dann gern.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Das entscheidet doch der Präsident!)

Herr Kollege Gall, wenn Sie die Polizeipostenstrukturreform ansprechen, dann will ich zunächst einmal sagen, dass in keinem anderen Bundesland – in keinem, auch nicht in Bayern – die Polizei in der Fläche so präsent ist wie in Baden-Württemberg. In keinem anderen Bundesland!

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

– Auf die kommunalen Sicherheitsdienste, Herr Kollege Heiler, komme ich nachher noch zu sprechen. Ich bediene Sie; keine Sorge.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da sind wir aber gespannt!)

In keinem anderen Bundesland haben wir in der Fläche so viele Polizisten auf den Posten wie in Baden-Württemberg. Jetzt reagieren wir auf die neuen Herausforderungen, indem wir die Polizeiposten effizienter gestalten, zusammenlegen. Hier gab es keinen Stellenabbau. Nicht eine einzige Stelle wurde gestrichen, sondern die Zahl der Posten wurde reduziert. Sie wurden zu größeren Einheiten zusammengeführt, und damit wurden auch die Öffnungszeiten verlängert. Die Polizei kann nun flexibler reagieren, und die Posten sind in viel größerem Maß in der Lage, die Reviere zu unterstützen, die die Rundumsicherheit für die Bürgerinnen und Bürger gewährleisten; darum geht es. Nicht eine einzige Stelle ist aufgrund der Polizeipostenstrukturreform gestrichen worden. Also reden Sie nicht immer so, als ob Sie es nicht tatsächlich besser wüssten.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ich habe in diesem Zusammenhang von längeren Anfahrtszeiten gesprochen!)

– Ja, ja.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie sollten auch nicht versuchen, es mir anders unterzuschieben!)

– Herr Kollege Gall, Sie sind jetzt so lange dabei. Sie wissen, dass der Arbeitsplatz des Polizisten nicht das Revier oder der Posten ist, sondern das Polizeistreifenfahrzeug. Nehmen Sie doch einmal zur Kenntnis, dass wir die Interventionszeiten gewährleisten, gerade in Ballungsräumen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber nicht in der Fläche!)

Jetzt will ich auf das eigentliche Thema zurückkommen. Herr Kollege Blenke hat das brutale Verbrechen genannt. Solche Vorfälle gibt es leider immer wieder, in denen Zivilcourage und mutiges Einschreiten den Helfern zum Verhängnis wurde. Kollege Blenke hat an den 50-jährigen Dominik Brunner in München erinnert, der mit seinem Leben dafür bezahlt hat, dass er vier Kinder auf dem Nachhauseweg vor einem Raub schützen wollte.

Gewalt ist ein Problem unserer Gesellschaft. Gewaltkriminalität, Randalierer, Gewalteskalation von Jugendlichen, auch gegen Helfer, gegen Zeugen, gegen Polizeibeamte, sind ein zentrales Aufgabenfeld der inneren Sicherheit in Baden-Württemberg.

Jetzt will ich aber einmal auf eines hinweisen, weil wir immer mit Statistiken arbeiten: Die Gewaltkriminalität ist im letzten Jahr, im Jahr 2008, um insgesamt 5,1 % zurückgegangen; das will ich einmal feststellen. Aber die langfristige Entwicklung – ich vergleiche da immer in Zehnjahreszeiträumen – macht uns große Sorgen. Im Zehnjahresvergleich ist die Gewaltkriminalität um 20 % gestiegen. Es handelt sich dabei vor allem um gefährliche Körperverletzung, schwere Körperverletzung, um Körperverletzung mit Todesfolge, Raubdelikte, Vergewaltigung, Mord. Im öffentlichen Raum – darüber reden wir heute – hat die Gewaltkriminalität um beinahe 40 % zugenommen. Mehr als die Hälfte aller Gewaltkriminalität wurde im öffentlichen Raum begangen, etwa 13 % erfolgten rund um Bus und Bahn. Das beeinträchtigt – Herr Kollege Gall, das sagen Sie völlig zu Recht – das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger.

Gewalt und Alkohol – darüber haben wir gestern debattiert – bilden eine unselige Allianz. Jeder dritte Tatverdächtige steht unter Alkoholeinfluss. Bei Widerstandshandlungen gegen Vollstreckungsbeamte sind es sogar mehr als zwei Drittel.

Die Polizeidienststellen und viele Kommunen schöpfen alle gegebenen rechtlichen Möglichkeiten aus, um konsequent gegen Alkoholmissbrauch und Jugendschutzverstöße vorzugehen. Bei größeren Festen und Veranstaltungen schließen Polizei, Kommunen und der jeweilige Veranstalter in vielen Städten zwischenzeitlich Vereinbarungen mit festen Regeln.

Diese Anstrengungen, meine Damen und Herren, müssen wir durch gesetzgeberische Maßnahmen flankieren. Alkohol darf nicht immer und überall verfügbar sein. Viele Kommunen in Baden-Württemberg haben einen durchaus mutigen Vorstoß gemacht, um Alkoholkonsum an problematischen Örtlichkeiten zu untersagen. Dies wurde durch den Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg auf der Basis der bisher angewandten Rechtsgrundlagen im Fall der Stadt Freiburg für rechtlich nicht zulässig erklärt. Wir müssen aus diesem Urteil Konsequenzen ziehen, müssen es genau analysieren und müssen, soweit dies rechtlich möglich ist, unseren Kommunen dann auch flankierend zur Seite stehen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Da sind wir dabei, damit das klar ist!)

– Vielen Dank, Herr Gall. – Der Staat, wir alle brauchen den Mut, wir brauchen die Zivilcourage jedes Einzelnen, um die Gewalt einzudämmen. Wir sind auf diese Zivilcourage angewiesen. Der Staat, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann diesen Mut aber nur einfordern, wenn er selbst alles dafür tut, um die Sicherheit zu gewährleisten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das hat ja der Kollege Gall angesprochen!)

Damit bin ich bei der Präsenz der Polizei. Die Sicherheitslage in Baden-Württemberg kennen Sie alle, auch wenn Sie sie nicht immer zur Kenntnis nehmen wollen. Herr Kollege Blenke hat dies im Einzelnen ausgeführt.

(Minister Heribert Rech)

Es sind zunächst einmal positive Rahmenbedingungen, die der Staat mit seiner Hoheit schafft. Umfragen belegen demgemäß auch das hohe Vertrauen der Bevölkerung in unsere Polizei. Wer um Hilfe ruft, erwartet eine schnelle Reaktion der Polizei, und diese wird gewährleistet. Durch unser Einsatzleitsystem werden wir sehr genau erkennen und analysieren, wie lange es konkret dauert, bis nach einem Notruf die Einsatzbereitschaft hergestellt ist, welche Reaktionszeit die Polizei also benötigt.

Die Polizei versucht mit ihrer – zugegebenermaßen angespannten – Personalausstattung, ein Höchstmaß an Sicherheit für die Bürger zu gewährleisten. Ich verweise auf den Einstellungskorridor von jährlich 800 jungen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Meine Damen und Herren, das ist in einer Haushaltslage wie unserer jetzigen kein Pappentier. Rechnen Sie einmal nach, was das das Land kosten wird. Das sind über 300 Millionen € in den nächsten Jahren. Da würde ich schon von einem gewaltigen Sprung nach vorn reden. Aber wir bestehen darauf, dass die Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben im öffentlichen Raum Aufgabe der Polizei bleibt. Herr Kollege Heiler, private Sicherheitsdienste können und müssen dort unterstützen, wo Gemeinden, Veranstalter oder Betriebe ihr Hausrecht ausüben, z. B. bei Fußballspielen oder Konzerten.

(Abg. Walter Heiler SPD: Das ist doch ein völlig anderer Fall als das, was bei uns passiert!)

– Nein, Herr Kollege.

(Abg. Walter Heiler SPD: Doch!)

Zum Einsatz privater Sicherheitsdienste hat das Innenministerium allein in diesem Jahr zu elf gleichlautenden Anträgen von SPD-Abgeordneten Stellung genommen. Lesen Sie es nach.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Das sind doch 27 zu wenig, oder?)

Deshalb sage ich zusammenfassend nur noch einmal Folgendes: Uns liegen keinerlei Erkenntnisse vor, wonach die Kommunen inzwischen mehr private Sicherheitsdienste beauftragen, um die Sicherheit im öffentlichen Raum zu gewährleisten. Was wir mit dem Sicherheitstipfel – der Kollege Blenke hat ihn angesprochen – bezwecken, ist, dass die Veranstalter ihrem Hausrecht und ihren Aufgaben tatsächlich vollumfänglich gerecht werden. Deswegen setzen wir auf Kooperation. Aber der öffentliche Raum ist Sache unserer Polizei. Wir suchen auch Sicherheitspartner.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da stimmt doch etwas nicht!)

Rockkonzerte oder Fußballspiele lassen sich häufig am besten mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder über Bahnhöfe erreichen. Deshalb setzen wir auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit beispielsweise mit der Bundespolizei.

Für das Jahr 2009, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, will ich noch darlegen, dass der Schwerpunkt der Kooperationsmaßnahmen in der Bekämpfung von Jugendgewalt in Verbindung mit Alkoholkonsum liegt. Polizei und Bundespolizei analysieren jeweils vor Ort die Lage und erarbeiten dann abgestimmte Konzepte. Landesweit – ich

glaube, Herr Kollege Gall hat es mit Blick auf das Thema Prävention angesprochen – haben wir gegenwärtig über 2 000 gemeinsame Maßnahmen mit insgesamt 19 000 Einsatzkräften, die die Bedeutung dieser Zusammenarbeit für die gezielte Steigerung der Präsenz und der Sicherheit belegen.

Auch die Zusammenarbeit der Polizei mit den Verkehrsbetrieben wird ständig weiter intensiviert. Herr Kollege Gall, was Sie vorhin gefordert haben, ist bei uns längst Realität.

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Seit Herbst 2006 besteht eine Sicherheitspartnerschaft zwischen dem ÖPNV – Verkehrsverbund Stuttgart –, dem Regierungspräsidium Stuttgart und der Polizeidirektion Esslingen. Das Thema lautet: „Die Sicherheit fährt mit.“ Sie kennen das sicherlich.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die private Sicherheit! Private Sicherheitsdienste hat die Polizei gefordert!)

– Einen kleinen Moment, Sie werden gleich bedient.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Die Mitarbeiter von Bussen und Bahnen werden geschult, Fahrgäste werden sensibilisiert. Es werden verstärkt Kontrollen durchgeführt, und dies alles macht unsere Polizei.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Und die verlangt mehr private Sicherheitsleute!)

– Das können sie ja zusätzlich tun. Aber unsere Polizei – ich sage es noch einmal – ist gerade auf diesem Gebiet Vorreiter.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie kann es nicht mehr!)

– Herr Kollege Schmiedel, wann sind Sie das letzte Mal Bahn gefahren?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ich heute!)

Wir fahren einmal zusammen, und dann schauen wir.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Vor drei Tagen stand in der Zeitung, dass die Polizei das nicht macht!)

– Nicht aufregen, nicht Zeitung lesen, einfach hingucken.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Zuruf: Das ist aber gefährlich!)

Nächstes Stichwort: Videüberwachung in öffentlichen Verkehrsanlagen.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Peter Straub:** Herr Innenminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Gall?

**Innenminister Heribert Rech:** Ja, gern.

**Abg. Reinhold Gall SPD:** Herr Minister, niemand hat bestritten, dass es Präventionsprogramme gibt, dass es viele Bemühungen gibt. Der Kollege hat ein Beispiel genannt.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Frage!)

(Reinhold Gall)

Ich selbst könnte auch ein Beispiel nennen, weil auch ich ein solches Projekt begleite. Das ist keine Frage.

Was würden Sie auf folgende Feststellung antworten, die jemand bei einer Veranstaltung der Frau Sozialministerin in Heilbronn getroffen hat, bei einer Veranstaltung, bei der es um Präventionsprojekte ging? Es wurde gesagt:

*Jede Beratungsstelle, jede Schule macht ihre eigene Prävention. Es gibt kein Gesamtkonzept. Jeder wurstelt vor sich hin.*

Eine andere Teilnehmerin sagte:

*Immer wieder werden Projekte begonnen, die dann aber eingestellt werden müssen, weil die finanzielle Unterstützung fehlt.*

Darum geht es uns.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Gegenruf des Abg. Thomas Blenke CDU: Hagen, das war hart! – Zuruf der Abg. Katrin Altpeter SPD)

– Herr Kluck, das ist Quatsch. Ich muss auch einmal schauen, was etwas bringt.

**Innenminister Heribert Rech:** Herr Kollege Gall, es liegt doch auf der Hand, dass man Präventionsprojekte maßgeschneidert auf die Bedürfnisse vor Ort installieren muss. Das heißt, wir können hier nicht – das will ich auch nicht – landesweit, flächendeckend ein einheitliches Konzept – 08/15, für jeden, ob dick oder dünn, ob alt oder jung – überstülpen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Lachen des Abg. Peter Hofelich SPD)

Vielmehr setzen wir darauf, dass die Verantwortlichen vor Ort in den allermeisten Fällen unter maßgeblicher Mitwirkung der Polizei Konzepte erarbeiten und diese dann umsetzen.

Sie sagen, es seien Präventionsprojekte begonnen worden, die abgebrochen worden seien, weil das Geld fehle. Da können wir ganz einfach zu einem gemeinsamen Nenner kommen: Sie sagen mir dies, und dann gehen wir dieser Frage gemeinsam nach. Dann werden Sie feststellen, dass dies nicht der Fall ist.

(Lachen des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Ende der Durchsage.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Warum sollen die es dann behaupten?)

Meine Damen und Herren, 230 Personen sind gegenwärtig unter dem Stichwort „Mehrfach- und Intensivtäter“ landesweit erfasst. Polizei und Justiz haben ein Augenmerk auf diese Personen. Herr Justizminister, Kollege Goll, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass hier eine sehr, sehr enge Zusammenarbeit zwischen Polizei und Justiz stattfindet. Auch das sind zielgerichtete Maßnahmen. Dem Vergehen folgt die Strafe auf dem Fuß. Das ist das Ziel einer möglichst konzentrierten und schnellen Strafverfolgung.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist ja eine Märchenstunde!)

Es gibt eine relativ kleine Gruppe von Minderjährigen, die immer wieder durch Gewalttaten auffallen. Dafür haben wir das Schwellentäterprogramm und die Konzentration auf jugendliche Intensivtäter. Diese Aktion trägt dazu bei, dass kriminelle Karrieren früh unterbunden werden. Seit 2002 geht dieses Konzept auch auf. So sinkt die Zahl der jugendlichen Intensivtäter kontinuierlich.

Meine Damen und Herren, für die erste Runde zum Schluss: Die Verhinderung von Gewalt ist und bleibt – unabhängig von allen geschilderten polizeilichen Aktivitäten – eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Da sind alle gefordert: Familie, Kindergarten, Schule, Vereine, jeder Einzelne. Mit der kommunalen Kriminalprävention bündeln wir die entsprechenden Initiativen. In rund 300 Kommunen, Herr Kollege Gall, bringen sich zahlreiche Bürgerinnen und Bürger gezielt und engagiert für die Sicherheit ein.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das weiß ich! Ich bin auch dabei!)

Aktuell laufen 245 Projekte. Dominierendes Thema ist dabei aber die Vermittlung „gewaltfreier“ Werte. Das ist nicht nur Aufgabe der Polizei. Da sind wir alle gefordert. In Baden-Württemberg werden derzeit unter Beteiligung der Polizei 79 Projekte durchgeführt. Insgesamt wurden im Jahr 2008 7 900 Veranstaltungen zum Thema Gewaltprävention durchgeführt.

Über 3 500 Veranstaltungen beschäftigen sich mit dem Thema „Schulische Gewaltprävention“. Das ist ein guter Weg, wie ich meine. Aber das ist – das ist überhaupt keine Frage – alles sehr personal- und zeitintensiv. Unsere Polizei leistet dies nach wie vor – allen Unkenrufen zum Trotz.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Bei fürchterlich schlechter Bezahlung!)

Noch einmal, meine Damen und Herren: Treten Sie selbst vor die Haustür, und schauen Sie nach, was es gibt. Darauf, dass Menschen dies tun, sind wir alle angewiesen. Solch tragische Schicksale, Herr Kollege Blenke, wie das von Dominik Brunner dürfen keineswegs dazu führen, dass die Menschen wegsehen, weglaufen oder nicht mehr helfen. Aber natürlich – Sie haben es angesprochen –: Oberste Prämisse dabei ist, dass man sich nicht selbst in Gefahr bringen darf und bringen sollte.

Gewalt im öffentlichen Raum kann nur dann wirksam zurückgedrängt werden, wenn wir alle zusammen helfen: die Kommunen, die Betriebe, Bus, Bahn, Polizei und die Partner der Sicherheitskooperationen, aber vor allem auch jede Bürgerin und jeder Bürger. Wir brauchen eine Kultur des Hinsehens, wir brauchen die Zivilcourage jedes Einzelnen. Dies ist nicht als Ersatzkonzeption gedacht.

Ich denke, die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit unserem Staat, das Hinstehen und das Einstehen für unsere freiheitlich-liberale Gesellschaft, das ist das, was wir einfordern können, dürfen und müssen. Wir müssen aber auch als Staat selbst entschlossen auftreten, und wir müssen dies flankierend mit allen gesetzgeberischen Maßnahmen unterstützen.

(Minister Heribert Rech)

zen, die uns zur Verfügung stehen – nicht reflexartig, Herr Kollege Gall; da haben Sie mich wieder einmal gründlich falsch interpretiert.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Vorsätzlich!)

– Vorsatz will ich nun nicht unterstellen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Aber ich!)

Aber es kommt halt reflexartig immer wieder. Ich war gerade einer derjenigen, die am Tag nach der Tat in Winnenden und Wendlingen auch öffentlich gesagt haben: Reflexartige Reaktionen, wie sie in der Politik üblich sind, nützen diesem Thema und diesem Problem nicht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Mappus hat das gesagt! Mappus hat schärfere Strafen gefordert!)

Wir müssen die Dinge miteinander sachlich analysieren, die richtigen Folgerungen daraus ziehen und dann am Ende möglicherweise gesetzgeberische Maßnahmen treffen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber irgendwann muss es einmal über den Status der Ankündigungen hinausgehen!)

– Das tun wir doch nahezu monatlich, Herr Kollege Gall.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ankündigungen Monat für Monat!)

– Sie werden Gelegenheit haben, fortlaufend über diese Themen zu diskutieren, weil wir unseren rechtlichen Rahmen mit Augenmaß fortentwickeln. Ich habe immer die Ansicht vertreten, dass unser Jugendstrafrecht, das im Kern den Erziehungscharakter trägt, ein gutes Instrumentarium ist, um den Jugendlichen gerecht zu werden, aber dass für junge Menschen, für Heranwachsende im Alter von 18, 19, 20 oder 21 Jahren, zunächst einmal grundsätzlich das Erwachsenenstrafrecht zu gelten hat. Da muss einfach das Regel-Ausnahme-Verhältnis wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

(Beifall bei der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Dann macht doch einmal! Ihr seid doch in der Regierung!)

Ich habe nicht Strafverschärfungen das Wort geredet.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das habe ich doch gar nicht gefordert! Dazu habe ich doch gar nichts gesagt!)

Liebe Kollegin Haußmann, erstens haben wir die richterliche Unabhängigkeit, in die ich nicht eingreifen will – es ist ein Appell –, und zweitens ist das natürlich eine Angelegenheit des Bundes und nicht des Landes. Aber wir unterstützen alles, was dazu nützt.

Meine Damen und Herren, wir können stolz sein auf die Erungenschaften unserer jungen Demokratie, gerade auch im Rechtssystem und in dessen Anwendung. Wenn die Bürgerinnen und Bürger dies auch sind, dann werden sie auch in großem Maß bereit sein, das zu zeigen, was wir erwarten, nämlich Zivilcourage und Mut.

Abschließend will ich auf eine Initiative der Polizei hinweisen. In einem Flyer mit dem Titel „Weggeschaut, ignoriert, gekniffen“ gibt es Informationen, wie jeder von uns als Zeuge und als Helfer seinen Beitrag zu mehr Sicherheit leisten kann. Ich empfehle Ihnen diese Informationen wärmstens. Ich werde sie Ihnen nachher zuschicken.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Blenke.

**Abg. Thomas Blenke** CDU: Herr Präsident, wert Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte ausdrücklich anerkennen, dass sich Kollege Sckerl vorhin in der ersten Runde sehr ausgewogen mit dem Thema beschäftigt hat und sehr ausgewogen argumentiert hat. Das will ich ausdrücklich anerkennen, Herr Kollege Sckerl.

(Beifall bei der CDU – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Aber!)

Leider konnte der Kollege Gall der Versuchung nicht widerstehen, wieder die alte Leier anzustimmen und die Rede herauszuziehen, die er eigentlich heute Nachmittag beim Tagesordnungspunkt 9 zum Thema „Personalabbau bei der Polizei“ halten wollte.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist doch dummes Zeug!)

Dann hat er das jetzt hier hineingeschoben und hat damit leider diese wichtige Debatte zum Thema Zivilcourage zweckentfremdet.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist doch nicht wahr! Unterstellen Sie doch nicht einfach Dinge, die nicht stimmen! Da gäbe es noch viel mehr zu sagen! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Meine Damen und Herren, es ist objektiv eine Tatsache, dass die Angst, Opfer einer Straftat zu werden, in Baden-Württemberg geringer ausgeprägt ist als in anderen Ländern.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Im Übrigen habe ich mehr zur Zivilcourage gesagt als Sie in Ihrem Vortrag!)

Wir können zuversichtlich sein, dass die Bürger in Baden-Württemberg auch künftig nicht wegschauen werden. Die Bürger fühlen sich sicher, und der Staat wird und muss alles daransetzen, dass dies auch so bleibt.

Damit sind wir bei der Polizei. Eine flächendeckende Präsenz der Polizei ist ein ganz wichtiger Faktor. Jetzt hat der Innenminister das sehr gut und richtig dargestellt: Wir haben eine flächendeckende Präsenz unserer Polizei mit dem dichtesten, dezentralsten Netz an Polizeidienststellen. Wir haben – ich nenne diese Zahl einfach noch einmal – 146 Polizeireviere, rund um die Uhr, 365 Tage im Jahr besetzt,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Unterbesetzt!)

und dazu 363 Polizeiposten.

(Thomas Blenke)

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sagen Sie doch einmal etwas zum Altersdurchschnitt der Polizisten!)

So dezentral ist die Polizei in keinem anderen Bundesland organisiert.

Damit Sie es vielleicht endlich einmal kapieren, nenne ich Ihnen ein kleines Beispiel.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die Bürgermeister sehen das anders, die Kommunen sehen das anders! Denen müssen Sie das erzählen!)

– Sie wissen doch noch gar nicht, was ich sagen will.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie sprechen von der Präsenz in der Fläche!)

– Ruhe!

(Vereinzelt Heiterkeit)

Folgendes Beispiel: In meinem Heimatort – ich lade Sie gern einmal ein –,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Lieber nicht!)

10 km vom Polizeirevier entfernt, gab es einen Polizeiposten mit zwei Mann Besetzung. 5 km davon entfernt im Nachbarort, 8 km vom Polizeirevier entfernt, gab es einen weiteren Polizeiposten mit zwei Mann Besetzung. Im Zuge der Polizeipostenreform hat man diese beiden Polizeiposten zu einem Posten mit vier Mann Besetzung zusammengezogen – 8 bzw. 10 km vom Polizeirevier entfernt. Und da reden Sie vom Rückzug aus der Fläche! Jetzt seien Sie doch endlich einmal vernünftig und bleiben Sie wenigstens halbwegs bei der Sache.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Erzählen Sie das Ihren Bürgermeistern, die sich darüber beschwerten! Jede Menge CDU-Bürgermeister beschwerten sich über das Konzept!)

– Denen habe ich es vor Ort erklärt, und sie haben es verstanden und waren damit einverstanden. Auch sie sehen darin einen Vorteil.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Meine Damen und Herren, mit dieser Konzeption und mit dieser Ausgestaltung können wir flächendeckend präsent bleiben.

Jetzt komme ich zum Thema Personalausstattung – Ihr heutiger Tagesordnungspunkt 9, den Sie jedoch aus verständlichen Gründen abgesetzt haben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Eben! Deshalb sollten Sie das auch nicht immer wieder als Argument im Mund führen!)

Wir werden das ein anderes Mal behandeln. Aber Sie hätten dann heute Vormittag nicht die dazu passende Rede halten sollen.

Der Innenminister und auch der Kollege Kluck haben es dargelegt: Es geht doch wirklich um Folgendes: Es wurden bzw.

werden Stellen in einem Umfang abgebaut, der dem Volumen von Arbeitszeitverlängerung und Aufgabenverlagerung, z. B. an die Landratsämter, entspricht. Jetzt wissen wir – der Minister sagt es selbst auch –, dass wir, was die Personaldecke angeht, derzeit alles andere als üppig ausgestattet sind. Das wissen wir auch, und wir steuern auch dagegen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Diskutieren Sie doch nicht über etwas, was Sie gar nicht diskutieren wollen!)

– Sie sind gleich nach mir an der Reihe. Einfach einmal ruhig bleiben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Leisten Sie doch einmal einen Beitrag zum Thema Zivilcourage!)

– Entschuldigung, Herr Gall. Wer hat denn vorhin diese Platte aufgelegt und hat zur Zivilcourage so gut wie gar kein Wort gesagt?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ich habe zum Thema Zivilcourage gesprochen, Sie nicht! – Abg. Stefan Mapus CDU: Lass dich nicht provozieren!)

– Nein, ich lasse mich nicht provozieren. Es ist aber auch zwecklos.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Nein!)

Er ist wahrnehmungsresistent.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Nein! Ich bin dialogbereit!)

Wir stellen derzeit im Rahmen eines Einstellungskorridors 1 270 zusätzliche Polizeibeamte ein. Diese müssen jedoch zunächst ausgebildet werden. Sie kommen nicht aus der Schule heraus und sind fertig ausgebildete Polizisten; sie müssen erst ausgebildet werden. Im Jahr 2011 werden die Ersten von ihnen so weit sein, dass sie in die Reviere, auf die Posten kommen und dort Polizeidienst leisten können – 1 270 zusätzliche Polizeikräfte, die dann für die innere Sicherheit sorgen werden.

Meine Damen und Herren, zum Schluss möchte ich noch einen weiteren Punkt ansprechen. Vielleicht schaffe ich es sogar, ohne dass mich Herr Gall dauernd unterbricht. Es geht dabei um das Thema „Kommunale Kriminalprävention“.

(Abg. Walter Heiler SPD: Ich kann auch unterbrechen!)

– Aber bei Ihnen ist es mir lieber.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Aber nicht bei einem kommunalen Thema!)

„Kommunale Kriminalprävention“ ist leider ein etwas sperriger Begriff. Auf Deutsch heißt das: Verbrechen vor Ort verhüten oder vermeiden. Dieses Projekt, das das Innenministerium in den Neunzigerjahren aufgelegt hat – vielleicht sogar noch unter Beteiligung eines Ministers von Ihnen, von der SPD; das weiß ich jetzt aber nicht genau –,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was heißt Beteiligung? Er hat es entwickelt! – Abg. Walter Heiler SPD: Frieder Birzele heißt er!)

(Thomas Blenke)

ist ein sehr sinnvolles Projekt. Es ist sehr sinnvoll, dass vor Ort, zusammen mit den Gemeinden, Verbrechensverhütungsstrategien entwickelt werden. Da sind wir sehr erfolgreich. Die Amerikaner nennen das übrigens die „Broken Windows Theory“. Dabei schaut man vor Ort, also auch in der Kommunalpolitik, dass es nicht dazu kommt, dass irgendwo ein Fenster kaputtgeht und andere dadurch provoziert werden, auch die anderen Fenster noch kaputt zu machen, dass man also vor Ort vorbeugt. Es ist letztlich diese Kultur des Hinschauens und nicht des Wegschauens, die wir brauchen. Die Amerikaner haben auch hierfür vielleicht einen besseren Begriff als das Wort „Kommunale Kriminalprävention“; vielleicht versteht man ihren Begriff besser: „Neighbourhood watching“.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das verstehen die meisten auch nicht!)

Das bedeutet schlicht und einfach: Augen auf, ein bisschen schauen, was neben einem geschieht, und nicht nur auf den eigenen Garten schauen. Dann ist die Welt ein bisschen sicherer und ein bisschen besser. Deswegen ist das Thema Zivilcourage auch ein Thema der inneren Sicherheit.

Noch einmal: Schade, dass Sie – im Gegensatz zum Kollegen Sckerl – falsch an dieses Thema herangegangen sind und wieder einmal die alte Leier aufgelegt haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut! – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie haben doch das Thema laufend angeschnitten! Doch nicht ich! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Wenn er es nicht verstanden hat, kannst du doch nichts dafür, Reinhold! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Heiler.

**Abg. Walter Heiler** SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe im Leben gelernt, dass ich dann, wenn ich von anderen etwas einfordere, zunächst einmal selbst Vorbild sein muss, dass ich selbst vorleben muss, was ich von anderen erwarte.

Wenn ich also als Staat starke Bürger und Zivilcourage einfordere, muss ich zunächst einmal vorleben, dass auch ich ein starker Staat bin. Meine Damen und Herren, wenn ich mich in die Rolle eines Bürgers, der kein Politiker ist, versetze und die Vorgänge der vergangenen Tage in Nordrhein-Westfalen noch einmal Revue passieren lasse, dann muss ich sehr stark daran zweifeln, dass der Bürger in dieser Republik ernsthaft denkt, dass wir ein starker Staat sind.

Schläge, Schüsse und eine Granate in Nordrhein-Westfalen, eskalierte Gewalt zwischen verfeindeten Hells Angels und Bandidos. Ich zitiere aus „Spiegel Online“ vom 2. November 2009:

*Die jüngste Attacke zeigt, wie organisiert die Rocker vorgehen und wie hilflos die Polizei bisweilen zusehen muss.*

Es kam zu einer Auseinandersetzung. Die Polizei kam dazu. Nach 22 Uhr sammelten sich die Hells Angels und schlugen die Attacke ihrer Rivalen zurück. Ich zitiere weiter:

*Offenbar sind sie im Gegensatz zu der überrascht wirkenden Polizei bestens vorbereitet. Beamte werden später berichten, dass die Rocker auf der L 60 kurzzeitig sogar Straßensperren errichtet und nur eigene Autos durchgelassen hätten.*

*Dann stehen sich in der Charlottenstraße etwa 60 Angels, 60 Bandidos und 30 Uniformierte gegenüber – mehr kann die örtliche Polizei in diesem Moment wohl nicht aufbieten. Die Streifenbeamten bleiben im Hintergrund. „Mir hat ein Rocker direkt ins Gesicht gesagt: ‚Haltet euch da raus‘“, erinnert sich ein junger Kommissar im Gespräch mit Spiegel Online. „Und das haben wir auch so gemacht.“*

Wenn wir uns mit diesem Thema befassen und von solchen Vorkommnissen lesen, dann muss ich sagen: Was in diesem Artikel steht, kann nicht unbedingt dazu führen, dass ein Bürger sagt: Bei Vorkommnissen, bei denen der Staat versagt, soll ich den Helden spielen. Ich will es drastischer formulieren: Hier fand überhaupt kein Staat statt, und das ist beängstigend.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zu Baden-Württemberg zurückkommen. Ich bin der Auffassung – Herr Kollege Gall hat es bereits beschrieben –, dass sich der Staat oftmals nicht als starker Staat präsentiert.

Herr Innenminister, wir stellen gerade im kommunalen Bereich verstärkt fest, das nicht nur Bürger, sondern auch Gemeinderäte, dass auch Bürgermeister nicht mehr an den starken Staat glauben. Sie sind davon überzeugt, dass die Polizei aufgrund ihrer Personalausstattung nicht mehr in der Lage ist, vor Ort ihre Aufgaben zu erfüllen. Herr Innenminister, ich nenne ein Beispiel aus dem Landkreis, in dem sich auch Ihr Wahlkreis befindet. Von diesen 32 Kommunen haben inzwischen neun Kommunen einen kommunalen Sicherheitsdienst eingerichtet.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Ich spreche jetzt nicht von Großstädten, sondern von Kommunen mit 10 000, 12 000 oder 14 000 Einwohnern. Sie haben vorhin gesagt, Ihrer Meinung nach beziehe sich das nicht auf die Sicherheit im öffentlichen Raum. Das ist jedoch falsch. In Ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage Drucksache 14/4113 haben Sie selbst geschrieben:

*Anlass für die Beauftragung privater Sicherheitsdienste in diesen Gemeinden waren insbesondere Sachbeschädigungen und Ordnungsstörungen vor allem in den Sommermonaten an Baggerseen und an öffentlichen Plätzen.*

Dies bezog sich also nicht auf Veranstaltungen, sondern auf die Situation insgesamt.

Wenn Sie die Bürgermeisterkollegen vor Ort, die Sie alle persönlich kennen, nach der Ursache fragen, dann sagen Ihnen

(Walter Heiler)

diese Kollegen: Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Polizei ist gesunken und damit ganz empfindlich auch das Sicherheitsempfinden.

(Beifall bei der SPD)

Bevor wir also hehre Appelle an die Bürger richten, Zivilcourage zu zeigen, müssen wir zunächst einmal dafür sorgen, dass in Baden-Württemberg die eigenen Hausaufgaben gemacht werden. Herr Innenminister, ich kann Ihnen von vielen Beispielen aus meiner täglichen Praxis berichten, bei denen Bürger bereits resigniert haben. Wenn sich Bürger im Rathaus beschweren, weil nachts wieder einmal gegrölt wurde, weil Unruhe herrschte und Ähnliches, und diesen Menschen gesagt wird: „Das ist Aufgabe der Polizei, rufen Sie bei der Polizei an“, dann bekommt man oft die Antwort: „Das hat doch keinen Wert.“

Das ist die Realität. Herr Innenminister, Sie können hier noch so viele Statistiken anführen. Sie kommen nicht daran vorbei, dass das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger vor Ort stark zurückgegangen ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen dafür Sorge tragen – ich komme zum Schluss, Herr Präsident –, dass unsere Bürger die Polizei auf der Straße wieder sehen, und da sind Sie, Herr Innenminister, zu aller-vorderst gefragt. Sorgen Sie dafür, dass unsere Polizei personell wieder so ausgestattet wird, dass unsere Bürgerinnen und Bürger wieder Vertrauen gewinnen! Sorgen Sie dafür, dass auf diese Weise das Sicherheitsgefühl der Bürger wieder so wird, dass man den Staat auch als Vorbild erkennen und respektieren kann! Wenn dieses Vertrauen in die Polizei wieder da ist, dann sind – dieser Auffassung bin ich – Bürgerinnen und Bürger wieder verstärkt bereit, wieder Solidarität und Zivilcourage zu zeigen.

Ganz zum Schluss ein altes Sprichwort: Ein starker Vater gibt keinen Rat, er gibt das Vorbild.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Sckerl.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Jetzt auf hohem Niveau bleiben!)

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl** GRÜNE: Wir bleiben immer auf hohem Niveau.

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Jetzt wird es vielleicht ein bisschen ungemütlicher; ich weiß es noch nicht. Denn dieses Selbstlob, Herr Minister, bei diesem Thema ist unangemessen. Wir – alle demokratischen Kräfte; da nehme ich uns nicht aus – haben im Bereich „Aktivierung von Zivilcourage, Kultur des Hinschauens“ Defizite. Wir sollten diese Defizite nicht immer mit diesen Erfolgsbilanzen und Statistiken übertünchen.

Sie haben gestern zum Thema Alkoholprävention die gleiche Vielzahl von Veranstaltungen herbeizitiert wie heute zum Thema Gewaltprävention. Verstehen Sie? Sie tauschen das beliebige aus. Wir haben doch aber überhaupt keine Programme in

diesem Land, die wirksam Zivilcourage fördern können. Das ist nicht die kommunale Kriminalprävention, das sind auch nicht die Antialkoholprogramme. Die haben wir nicht; die müssen wir neu auflegen.

Schauen Sie sich doch einmal die kümmerliche Beteiligung des Landes Baden-Württemberg an den wenigen Programmen des Bundes gegen Extremismus an. In anderen Bundesländern wurde das – natürlich mit dem Schwerpunkt bei den Bundesländern im Osten aufgrund der dortigen Gefahrenlage durch den Rechtsradikalismus – viel stärker weiterentwickelt, aber bei uns ist das in einem kümmerlichen Zustand. Es gibt nur wenige Pilotprojekte; einige wurden erst jetzt, im April dieses Jahres, angegangen. Das alles ist zudem sehr bürokratisch in den Ministerien angesiedelt, aber in der Fläche des Landes gar nicht vorhanden.

Es geht um eine Vielfalt von Projekten für Demokratie und gegen Extremismus für junge Leute. Da liegt eine Chance für mehr Zivilcourage. Diese Chance müssen wir ergreifen; darüber müssen wir uns auseinandersetzen, statt uns hier hinzustellen und zu sagen: Wir tun alles und haben bereits alle Möglichkeiten der Prävention ausgeschöpft. Das ist in Baden-Württemberg nicht der Fall.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zivilcourage kann doch letztendlich auch nur der einfordern, der in dieser baden-württembergischen Gesellschaft ein Klima schafft, in dem Zivilcourage wachsen kann, in dem die Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben: Wenn ich mich einmische, wenn ich Mut zeige, wenn ich selbstbewusst bin, dann habe ich Raum dafür und muss nicht befürchten, einen auf den Deckel zu bekommen.

Welches Klima haben wir denn im öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg, meine Damen und Herren? Gestern hatten wir den Fall des Sonderschullektors aus Oberschwaben, der zusammen mit 100 Kollegen mutig war. Das war eine moderne Form von Zivilcourage in Baden-Württemberg, im Landesdienst.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Bravo!)

Das war Zivilcourage, sich hinzustellen und dieser Regierung aus der praktischen Erfahrung heraus zu sagen: Das Schulsystem bringt es nicht mehr; wir brauchen etwas anderes. Das ist Zivilcourage! Was haben Sie gemacht? Anstatt auf diese Menschen zuzugehen, sich das anzuhören und mit denen zu diskutieren – die Menschen ernst zu nehmen und Zivilcourage zu fördern –, haben Sie sie einbestellt, abgekanzelt und ihnen dienstrechtlich gedroht.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Mappus hat gesagt: Der muss weg!)

Der künftige Ministerpräsident hat gesagt: Wenn der noch lange Rektor ist, verstehe ich die Welt nicht mehr.

Wenn das der Umgang mit Zivilcourage in Baden-Württemberg ist, ist es im Land schlecht bestellt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)



(Hans-Ulrich Sckerl)

Oder aber die Misstrauenskultur in der Gesellschaft insgesamt: Bürgerinnen und Bürger sind Ihnen dann recht, Herr Blenke, wenn sie im Sportbereich und in sonstigen Ehrenämtern – die sind wichtig; das hat niemand von uns schlechter geredet – aktiv sind und Aufgaben übernehmen. Sobald die Menschen kritisch werden, kommen sie Ihnen ins Gehege, werden sie unbequem, und dann gibt es z. B. Polizeigesetze mit Einschränkungen von Bürgerrechten, die weit über das Ziel hinausschießen. Es gibt Gesetzentwürfe zum Versammlungsgesetz, die demokratische Rechte einschränken sollen. Sobald es von Bürgerseite her in diesem Land kritisch zugeht, wird es für sie unbequem. Auch das ist kein Klima, in dem Zivilcourage wachsen kann, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Welche Bürger meinen Sie? Z. B. die, die Pflastersteine werfen?)

Oder die Politik gegenüber jungen Leuten: Die Gesellschaft hat da ein paar Probleme, Stichwort Alkoholmissbrauch. Darüber haben wir gestern diskutiert. Aber glauben Sie im Ernst, wir werden diesen Problemen mit einer neuen Verbotskultur gerecht? Meinen Sie, dass dann, wenn wir alle neuen Formen von Jugendkultur mit Verboten belegen, anstatt in den Dialog mit den jungen Leuten zu treten, eine Gesellschaft dabei herauskommt, die selbstbewusst Themen aufgreift, Verantwortung übernimmt und Mut zeigt? Das glauben Sie selbst nicht. Die werden sich eher von der Gesellschaft abwenden.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Summa summarum: Wer ernsthaft über Zivilcourage reden will, muss erst ein Klima schaffen, in dem es möglich wird, dass Bürgerinnen und Bürger ermutigt werden, für ihre Rechte einzutreten. Davon sind wir hier in Baden-Württemberg ein gutes Stück entfernt.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: In der ersten Runde waren Sie besser!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kluck.

**Abg. Hagen Kluck** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Sckerl, wie man es macht, ist es falsch. Erst mahnen Sie Aktivitäten des Staates an, und dann werfen Sie dem Innenminister vor, er würde über solche Aktivitäten immer nur positive Bilanzen ziehen. Was wollen Sie eigentlich? Das ist doch irgendwie ganz komisch. Sie sagen, der Staat solle sich nicht überall einmischen, aber gleichzeitig bemängeln Sie, dass wir keine landesweiten Präventionsprogramme hätten.

Wie stellt man sich das denn vor, Herr Kollege Heiler? Sie sagen, wir brauchten ein landesweites Programm für dieses und jenes. Wie soll das funktionieren? Damit zerstören Sie doch gerade Zivilcourage, die vor Ort entwickelt wird. Wir haben z. B. im Kreis Reutlingen einen kreisweit tätigen Verein zur Unterstützung der Kriminalprävention gegründet. Darin engagieren sich Bürgerinnen und Bürger. Jetzt wollen Sie, dass das staatlich gemacht werden soll. Womöglich soll die Poli-

zei alles allein machen. So zerstören Sie doch die Ansätze zu einer Bürgergesellschaft.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Quatsch! – Abg. Walter Heiler SPD: Wer soll das gesagt haben?)

Nachdem Sie in Baden-Württemberg keine Negativbeispiele gefunden haben, weichen Sie nach Nordrhein-Westfalen aus und beziehen sich auf diese merkwürdigen Vorfälle, die darauf zurückzuführen sind, dass dort in diesem Land unter jahrzehntelanger roter und rot-grüner Regierung die Sicherheit vernachlässigt wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Walter Heiler SPD: Diese Szenen gibt es bei uns nicht! Sagen Sie das laut!)

Dann erwarten Sie, dass die erste bürgerliche Regierung, die versucht, das in Ordnung zu bringen, alles gleich perfekt macht. Das geht auch nicht. Das wird genauso schwierig sein wie im Bund, wo Sie uns einen „Sauladen“ hinterlassen haben, den wir jetzt auf Vordermann bringen müssen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Lachen bei der SPD – Abg. Walter Heiler SPD: Um Gottes willen! – Abg. Katrin Altpeter SPD: Da waren auch andere dabei, oder wie war das?)

Sie bemängeln, dass man zu wenig gegen Rechtsextremismus tue, anderswo werde mehr gegen Rechtsextremismus getan. Herr Kollege Sckerl, wir haben glücklicherweise in Baden-Württemberg nicht so viele Extremisten – weder rechte noch linke –, dass wir so viel tun müssten wie andere. Seien wir doch stolz darauf, und beklagen wir uns nicht darüber!

(Abg. Stephan Braun SPD meldet sich. – Abg. Thomas Blenke CDU: Beim Wort „Rechtsextremismus“ wacht Herr Braun wieder auf! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Die Reps waren doch schon zweimal hier im Parlament, falls Sie das vergessen haben sollten! – Gegenruf des Abg. Jörg Döpper CDU – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Peter Straub:** Herr Kollege Kluck, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Braun?

**Abg. Hagen Kluck** FDP/DVP: Jawohl.

**Präsident Peter Straub:** Bitte schön, Herr Abg. Braun.

**Abg. Stephan Braun** SPD: Herr Kollege, geben Sie mir recht, wie wir zum einen die NPD und zum anderen zweimal die Republikaner hier im Landtag hatten, dass der Jugendverband der NPD in Baden-Württemberg ein Viertel aller Mitglieder bundesweit hat und sich deren Mitgliederzahl innerhalb von zwei oder drei Jahren verdoppelt hat?

**Abg. Hagen Kluck** FDP/DVP: Sie wissen aber ganz genau, wie viele es insgesamt sind. Wenn Sie dann noch die abziehen, die vom Verfassungsschutz dabei sind,

(Heiterkeit bei der FDP/DVP)

dann bleibt nicht mehr viel übrig.

(Hagen Kluck)

Zum Thema „NPD und Republikaner“: Das hat doch die Bevölkerung von Baden-Württemberg beendet. Dazu bedurfte es keiner staatlichen Maßnahmen und Repressalien. Die Bevölkerung von Baden-Württemberg hat gesagt: Die Republikaner waren jetzt zweimal im Parlament und haben sich zweimal in keiner Weise beteiligt, also wählen wir sie wieder ab. Das ist die beste Methode, sich politisch damit auseinanderzusetzen. Nicht mit polizeilichen Maßnahmen, sondern politisch müssen wir uns damit auseinandersetzen, um der Bevölkerung klarzumachen, was für Deppen und Idioten das sind.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Thomas Blenke CDU)

Ich will noch einmal sagen: Insgesamt müssen wir bei Gewalttaten davon wegkommen, dass immer mehr über die Täter als über die Opfer gesprochen wird. Das ist leider ein Zug in dieser Gesellschaft, dass es nichts Interessanteres gibt, als das Täterprofil von allen Seiten auszuleuchten.

Wer Gewalttätern mit Zivilcourage entgegentritt, der muss sich darauf verlassen dürfen, dass er im Falle eines Angriffs Hilfe und Unterstützung von staatlicher Seite bekommt. Das ist in Baden-Württemberg der Fall.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die FDP-Bundestagsfraktion hatte zu Zeiten der Regierung unter der Großen Koalition einen entsprechenden Antrag im Bundestag eingebracht. Die SPD hat gegen ihn gestimmt.

Eine Bürgergesellschaft, wie wir Liberale sie anstreben, ist auf den mutigen Einsatz mündiger Bürger angewiesen. Nur so können Solidarität und Zusammenhalt entstehen. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen und dafür streiten. Davon lassen wir uns auch durch Ihre Miesmacherei nicht abbringen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aktuelle Debatte unter Tagesordnungspunkt 1 ist damit beendet.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Die Gesundheitspolitik der neuen Bundesregierung: Chancen für eine flächendeckende und qualitätsorientierte Versorgung im Land – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP**

Es gelten die üblichen Redezeiten: fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Jetzt bin ich aber gespannt! – Gegenruf der Abg. Katrin Altpeter SPD: Ich auch!)

**Abg. Dr. Ulrich Noll** FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die innere Sicherheit ist ein wichtiges Thema. Die Gesundheitsversorgung, insbesondere im Krank-

heitsfall, ist ein mindestens genauso wichtiges Thema. Deswegen könnte es, glaube ich, eine wertvolle Debatte werden – um den Kollegen Blenke zu zitieren –, wenn wir jetzt, kurz nachdem die neue Bundesregierung im Amt ist, analysieren, welche Auswirkungen der Koalitionsvertrag auf die Gesundheitsversorgung der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg hat. Ich werde mir – mit Erlaubnis des Präsidenten – erlauben, immer wieder aus dem Koalitionsvertrag zu zitieren.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Lieber nicht! – Gegenruf des Abg. Jörg Döpper CDU: Das musst du aushalten, Ursula!)

Liebe Ulla Haußmann, ich habe ein bisschen das Gefühl, dass viele über den Vertrag reden, ihn aber nicht lesen. Dieses Gefühl beschleicht mich sogar bei Herrn Seehofer, der diesen unterschrieben, aber möglicherweise auch nicht gelesen hat.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Und Herr Rösler!)

Denn sonst könnte er eigentlich nicht sagen, dass sich nichts ändert.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Es kommt darauf an, mit wem man koalitiert! – Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Der erste, wichtigste Satz im Koalitionsvertrag – ich hoffe, dass alle hier dem zustimmen können, nachdem wir uns immer über zentralistische Eingriffe in unser Gesundheitswesen beklagt haben;

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Der Gesundheitsfonds bleibt doch!)

wir haben den Gesundheitsfonds über alle vier Fraktionen hinweg gemeinsam negativ beurteilt –, der erste für mich erfreuliche Satz im Koalitionsvertrag lautet:

*Der Weg in die Einheitskasse und ein staatlich zentralisiertes Gesundheitssystem sind der falsche Weg ...*

Wie wahr! Das haben wir gemeinsam immer wieder betont.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Oje! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Da reicht doch der Gesundheitsfonds!)

Lassen Sie uns anschauen, ob dieses Prinzip in dem Vertrag eingehalten wird.

Ich will mit Folgendem beginnen: Was bedeutet diese Entscheidung, die zentralistischen Einheitslösungen mit Nivelierung zu verlassen und wieder zu mehr Regionalität und Vor-Ort-Entscheidungen zu gelangen, für Baden-Württemberg?

Der Begriff der Regionalität findet sich in diesem Koalitionsvertrag mindestens sechs- oder siebenmal bei den verschiedensten Themen. Das beginnt z. B. bei der Beitragssatzautonomie. Wir alle haben zu Recht beklagt, dass gerade im Gesundheitswesen über diesen Gesundheitsfonds eine Übernivellierung stattfindet. Das heißt, dass die Beiträge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und übrigens auch der Arbeitgeber, die hier für gute Strukturen zur Verfügung stünden, im Übermaß in andere Länder geflossen sind,

(Dr. Ulrich Noll)

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wir reden nicht über das Programm der FDP! Das ist unglaublich!)

weil uns, die wir gute Strukturen hatten und hohe Beitragseinnahmen haben, dieser Gesundheitsfonds letztendlich strikt benachteiligt hat.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ihr seid euch doch schon einig, dass das bleibt! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sie sind jetzt in Berlin nicht mehr in der Opposition!)

– Nein. Deswegen sage ich, dass wir das ändern. Jetzt wird es wieder regionale Beitragssätze geben.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP zu Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das geht nicht in einer Woche! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Erst große Backen machen und dann nichts tun!)

Das bedeutet, dass wir nicht mehr Beiträge von unseren Bürgerinnen und Bürgern verlangen müssen, als tatsächlich notwendig sind. Wir bezahlen im Moment höhere Beiträge, als wir hier in Baden-Württemberg für die Versorgung brauchen. Was darüber liegt, fließt in andere Länder.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Wir sind doch ein Volk!)

Es ist ein Riesenerfolg, dass die Beitragssatzautonomie wieder bei den Krankenkassen, bei den Versicherern und bei den Arbeitgebern landet.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Katrin Altpeter SPD: Das stimmt doch gar nicht! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Was wird das denn kosten? – Zurufe der Abg. Ursula Haußmann und Alfred Winkler SPD)

Hinsichtlich der Vertragsspielräume wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass den Krankenversicherungen wieder genügend Spielraum gegeben wird, um regionalen Besonderheiten gerecht zu werden. Genau darauf waren wir in Baden-Württemberg doch stolz: auf regionale Vereinbarungen, z. B. bei der Einführung der Stroke-Units, bei der Palliativmedizin usw. Das alles wurde durch Ulla Schmidt unmöglich gemacht. Dazu werden wir jetzt wieder eine größere Vertragsfreiheit regional vor Ort ermöglichen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Was sagt die Ost-FDP dazu? – Abg. Ursula Haußmann SPD: Was ist bisher passiert? Nichts!)

Das geht bis zum Thema Bedarfsplanung. Was haben wir uns hier drin über die Versorgung im ländlichen Raum die Köpfe heißgeredet. Das werden wir auch weiter tun müssen; wir müssen uns um den ländlichen Raum kümmern, wo die Zahl der Krankenhäuser sinkt und wo Ärzte keine Nachfolger für die Arbeit in der Versorgung der Bürgerinnen und Bürger finden. Auch da, liebe Kollegin Mielich, wird ausdrücklich den Körperschaften wieder mehr Gestaltungsspielraum für Sonderverträge und für die Bedarfsplanung gegeben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wie oft mussten wir sagen, dass wir es nicht ändern können, weil es uns zentral vorgegeben wird?

Jetzt kommt der für mich wichtigste Satz – deswegen habe ich die Debatte angestoßen, liebe Frau Ministerin Stolz – aus dem Koalitionsvertrag. Auf Seite 88 steht folgender Satz:

*Um der gemeinsamen Verantwortung für regionale Bedürfnisse und Strukturen*

– darüber reden wir doch die ganze Zeit –

*besser gerecht zu werden, wollen wir fachliche Einwirkungsmöglichkeiten für die Länder prüfen.*

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Prüfen!)

Fachliche Einwirkungsmöglichkeiten!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie oft mussten wir unseren Bürgerinnen und Bürgern erklären, dass das Land nur die Rechtsaufsicht hat, aber keinerlei fachliche Einwirkungsmöglichkeiten, weil alles von Berlin vorgeschrieben wurde? Diese Möglichkeiten werden wir in den kommenden Jahren mit dieser neuen Ausrichtung der Gesundheitspolitik haben.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Bis jetzt ist überhaupt noch nichts passiert!)

Deswegen glaube ich, wir sollten diesen Prozess jetzt in der konkreten Ausgestaltung – auch als Land Baden-Württemberg, in den gleichen Farben, nämlich Schwarz-Gelb, regiert – gemeinsam so umsetzen, wie es in dem Vertrag steht, und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, der Ärzte und der Krankenhäuser hier in diesem Land massiv mit in diesen Prozess einbringen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Katrin Altpeter SPD: Wenn es im Koalitionsvertrag um eines nicht geht, dann um die Interessen der Versicherten!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hoffmann.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Jetzt bin ich gespannt, was Sie zum Angriff der FDP auf Ihre Sozialministerin sagen!)

**Abg. Andreas Hoffmann** CDU: Lieber Herr Kretschmann, wollen Sie reden, oder darf ich reden?

(Heiterkeit bei der CDU)

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich freue mich, dass wir nun in Berlin eine neue Bundesregierung haben. Lieber Uli Noll, das ist keine Frage.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde allerdings, dass wir im Landtag von Baden-Württemberg nicht den Bundestag nachspielen sollten, sondern dass wir uns tatsächlich mit der realen Situation hier im Gesundheitssystem von Baden-Württemberg und deren Auswirkungen befassen sollten.

Eines ist klar – das ist unsere Rolle –: Wir sind nicht die, die in Berlin gestalten, wir sind Landtagsabgeordnete – wir sind hier im Landtag von Baden-Württemberg –; wir sind diejenigen, die jetzt in der Situation sind, die Dinge zu bewerten, die

(Andreas Hoffmann)

aus Berlin gekommen sind, unsere Spielräume auszuloten und zu schauen, was wir daraus machen können.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Das glaubt man gar nicht!  
– Abg. Ursula Haußmann SPD: Da muss man wirklich hinausgehen! – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE:  
Man merkt wirklich, wie begeistert Sie sind!)

Wir waren bisher gut im Gestalten. Baden-Württemberg gilt im deutschen Gesundheitswesen nach wie vor als die Schweiz. Bei uns kann man gut alt werden, gesund alt werden. Liebe Frau Mielich, das werden auch Sie nicht bestreiten.

(Heiterkeit)

Jetzt darf man darauf hoffen – da gibt es mehr als Hoffnung –, dass uns der Koalitionsvertrag Gelegenheit bieten wird, hier weiter gut gestaltete Gesundheitspolitik zu machen.

Was kommt auf uns zu? Das kann man im Grunde genommen mit drei Schlagworten zusammenfassen: Besinnung auf dezentrale Strukturen, lieber Uli Noll, Bekenntnis zur flächendeckenden Versorgung – sehr wichtig für ein großes Bundesland – und mehr Luft zum Atmen für Patienten, für Leistungsanbieter und für Krankenkassen. Das sind die großen Überschriften aus dem Koalitionsvertrag, und die sind auch richtig.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Bessere Luft wäre auch wirklich wichtig!)

Erste Bemerkung: Was passiert in Sachen Geld? Eigentlich wäre – der Gesundheitsfonds hat es ausgelöst – eine Beitragserhöhung nötig geworden. Die wird nicht gemacht, sondern es werden Steuermittel genutzt, um die Wirtschaft nicht mit zusätzlichen Beiträgen zu belasten und auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Rentnerinnen und Rentner nicht mit zusätzlichen Beiträgen zu belasten. Ich glaube, darüber – jetzt im Blick zurück auf Baden-Württemberg – muss man froh sein. Kein Land ist so sehr wie Baden-Württemberg von der Wirtschaftskrise betroffen, und kein anderes Land ist derart von einer Steigerung der künftigen Entwicklung in der Wirtschaft abhängig. Ich glaube, auch niemand hier im Saal hätte gewollt, dass eine Beitragserhöhung über Baden-Württemberg hereinbricht. Deswegen können wir alle froh sein, dass man sich für die nächsten zwei Jahre auf das Steuermodell verständigt hat.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Schuldenfinanziert!)

Jetzt, lieber Uli Noll, zur FDP. Die FDP hat verlangt: Der Gesundheitsfonds muss weg. Es ist nun einmal so: Der Gesundheitsfonds besteht noch.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Noch!)

Das ist so. Jetzt müsste ich eigentlich sagen, der gesundheitspolitische Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion müsste seine Rolle als gesundheitspolitischer Sprecher aufgeben, denn wir hatten zahlreiche Podiumsdiskussionen, auf denen Uli Noll seine Situation just an diesen Fonds gebunden hat.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Jetzt muss er die aber nicht lange aufgeben. Lieber Uli Noll, ich will ja keinen Rücktritt, aber man darf doch erinnern.

(Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Wir haben gesagt – das Parlament hier, alle zusammen –, der Gesundheitsfonds selbst sollte ausgesetzt werden, weil die Auswirkungen auf Baden-Württemberg nicht so sind, dass sie uns guttun.

Jetzt ist er nicht ausgesetzt.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Das haben wir durchgesetzt! – Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Er wird überarbeitet. Das ist gut so, kein Problem. Er wird überarbeitet, aber das heißt: Wir haben ihn noch.

Jetzt kommen wir zu den Auswirkungen. Im Moment leiden viele Leistungsanbieter unter dem Problem, dass sie die 1-%-Schwelle bei der Zusatzbeitragsgestaltung nicht mit den Krankenkassen wegverhandelt bekommen. Das heißt, die Krankenhäuser, die Ärzte und die anderen Leistungsanbieter sind bei den Honoraren nach wie vor in der Situation, dass es nicht mehr Geld geben wird, bis über das Thema Gesundheitsfonds und dessen Veränderung endgültig diskutiert wurde.

Ich will es ganz real beschreiben: Es ist im Moment nicht mehr Geld im System, es ist nur das Geld im System, das zuvor schon vorhanden war. Wir werden – auch hier in Baden-Württemberg – noch einige Zeit mit diesem Geld auskommen müssen und das Beste daraus machen müssen.

Wir haben aber auch Situationen, die besser für uns sind; da ist Land in Sicht.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ja, also!)

Land in Sicht ist bei den niedergelassenen Ärzten. Land in Sicht ist bei den Krankenhäusern durch die Situation – das haben die sehr begrüßt –, dass der bundeseinheitliche Preis, dessen Einführung unserer Versorgungssituation geschadet hätte, nicht kommt.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Land in Sicht ist auch bei den Honoraren; Uli Noll hat es beschrieben.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Land in Sicht ist für alle, nur nicht für die Versicherten! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es! Zulasten der Versicherten!)

Die ärztlichen Honorare werden noch einmal überprüft. Das ist zunächst einmal eine Sache der Selbstverwaltung und nicht des Landes Baden-Württemberg. Aber bei der Überprüfung gilt es, folgende Kriterien zu beachten: flächendeckende Versorgung, gerechte Verteilung des Honorars, auch in Regionen, in denen es Unterversorgungen gibt, und eine Neubewertung der Versorgungsregionen im ländlichen Bereich. Das heißt auf Deutsch: Mit der neuen Reform soll sichergestellt werden, dass wir den Hausarzt nicht nur im Jahr 2009, sondern auch die nächsten zehn, 15, 20 Jahre haben werden. Das ist eine gute Entscheidung, die die neue Koalition in Berlin dazu getroffen hat.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ojemeine!)

(Andreas Hoffmann)

Die Bedarfsplanung wird überarbeitet, und zwar genau so, liebe Kollegin Haußmann, wie wir – auch Sie – das im Landtag von Baden-Württemberg immer gefordert haben. Wir brauchen eine Bedarfsplanung, die dem Land Baden-Württemberg gerecht wird.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Was ist denn bisher schon passiert? Nichts ist passiert!)

Genau das steht im Koalitionsvertrag.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Wir sollten doch froh sein, dass es dort drinsteht. Wir können jetzt wieder das Haar in der Suppe suchen, oder wir können sagen: Weitgehende Forderungen dieses Landtags werden jetzt umgesetzt. Wir hatten hier schon einmal eine Abstimmung zu diesen Punkten, in der wir einstimmig – einstimmig! – die Auswirkungen beklagt haben,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Genau!)

die jetzt positiv geregelt werden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Aber es ist doch nichts passiert, Herr Kollege Hoffmann! Sagen Sie doch einmal, wo etwas passiert wäre! Null!)

Ich bitte doch darum, nicht nur blinde Opposition zu spielen, sondern auch einmal Dinge anzuerkennen, die jetzt berücksichtigt sind.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig!)

Daran haben auch einige Leute aus Baden-Württemberg mit verhandelt. Wir haben in Berlin eine neue Staatssekretärin, die ihre Aufgabe sicher gut machen wird. Wir haben *w i e d e r* eine Staatssekretärin; um auch das klar zu sagen. Vorher hatten wir eine Kollegin der SPD als Staatssekretärin, jetzt Frau Widmann-Mauz. Ich bin sicher, dass auf Bundesebene auch Landesinteressen von Baden-Württemberg einfließen werden.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Unsere Rehabilitationseinrichtungen – wir waren am Montag beim Reha-Tag, zumindest Frau Mielich, Kollege Noll und ich – begrüßen außerordentlich, was im Koalitionsvertrag steht,

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

dass sie nämlich künftig nicht mehr dem reinen Preisdiktat ausgesetzt sind,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig!)

sondern dass es eine Schiedsstellenregelung gibt; das steht im Koalitionsvertrag.

Es gibt auch Dinge – das muss man klar sagen –, die nicht für alle zu positiven Auswirkungen führen. Wenn jetzt, wie die FDP sagt, der Morbi-RSA verändert wird, soll es recht sein. Klar ist aber: Da gibt es Gewinner und Verlierer, auch in Baden-Württemberg.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Ja!)

Ich kenne eine große Kasse, die durch den Morbi-RSA sehr viel Geld hinzugewonnen hat.

(Abg. Bärl Mielich GRÜNE: Genau! Zu Recht!)

Es gibt andererseits auch Kassen, die dadurch sehr viel Geld verloren haben.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Aber insgesamt hat Baden-Württemberg verloren!)

– Eben. Darf ich fertig reden? – Die Berechnung, wer gewinnt und wer verliert, liegt noch nicht auf dem Tisch.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Zulasten der Versicherten geht das alles! Dazu sagt er überhaupt nichts!)

Die kann auch noch nicht auf dem Tisch liegen, weil erst in den nächsten Monaten geklärt wird, wie denn z. B. der Morbi-RSA verändert wird. Wir können also heute noch gar nicht ganz genau sagen, wo bei diesem Punkt die Gewinner und die Verlierer sitzen. Auf jeden Fall sitzen die Gewinner schon einmal hier im Land Baden-Württemberg,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

weil der Koalitionsvertrag, insgesamt bewertet, für uns ganz erhebliche Vorteile bringt. Dadurch werden Dinge rückgängig gemacht, die Unfug waren und unser Gesundheitssystem „beengt“ haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Ich komme zum Ende. Ich kann es mir aber nicht ersparen, zum Schluss noch etwas zu sagen.

Die Gesundheitspolitik war pflegebedürftig und ist pflegebedürftig und wird das auch weiterhin bleiben. Die Schwester Ulla Schmidt hat das Gesundheitssystem gepflegt und versucht, den Patienten gesunden zu lassen. Es ist ihr nicht gelungen. Jetzt kommt ein Arzt, Herr Rösler, der dieses Gesundheitssystem wieder gesund machen soll.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da sind wir aber gespannt!)

Er ist Thorax-Chirurg, ist also für einen Bereich im oberen Teil des Körpers zuständig. Das Erste, was er machen wird, ist, Luft in den Thorax des Gesundheitssystems zu lassen. Das ist gut für das Gesundheitssystem. Es muss atmen.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Jörg Döppler CDU: Aber nicht zu viel, sonst platzt es!)

Es muss wieder Möglichkeiten haben, sich zu entfalten. Es muss auch weg von der Zentralität.

Aber in Richtung der FDP will ich eines auch klar sagen – wir werden Streit darüber haben, auch in Berlin –: Wir wollen nicht, dass die Patienten dabei auf der Strecke bleiben.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das wollen wir auch nicht!)

Wir werden dafür sorgen, dass die soziale Marktwirtschaft auch soziale Marktwirtschaft bleibt und dass die Patienten am

(Andreas Hoffmann)

Ende nicht diejenigen sind, die die Zeche zahlen für alle möglichen Freiheiten, die dann neu gewonnen sind, aber die auch finanziert werden müssen.

Es wird also dabei bleiben – so steht es auch im Koalitionsvertrag –: keine Änderung des Leistungskatalogs – eine wichtige Nachricht für die Menschen in Baden-Württemberg –, kein Upgrade nach verschiedenen Gelegenheiten, sondern es bleibt beim Leistungsvertrag. Wir wollen die soziale Komponente, damit diejenigen, die sich die Dinge nicht leisten können, nicht eine Zwei- oder Dreiklassenmedizin erdulden müssen.

(Zuruf der Abg. Bärtl Mielich GRÜNE – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wir wollen doch genau das Gegenteil!)

Auch das steht im Koalitionsvertrag. Ich glaube, deswegen ist er gut, ausgewogen, bietet Luft zum Atmen, aber keine Luft, die den Patienten allein Geld kostet.

Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Altpeter.

**Abg. Katrin Altpeter** SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben von den Vorrednern jede Menge über Länderinteressen, über die Veränderung des Gesundheitssystems gehört. Nur an einer Stelle – dafür bin ich Ihnen dankbar, Herr Hoffmann – wurden die Patientinnen und Patienten erwähnt.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ich habe von den Bürgerinnen und Bürgern gesprochen! – Gegenruf von der CDU: Das sind auch Patienten!)

Ansonsten war es die Fortführung der vagen, nebulösen Aussagen im Koalitionsvertrag, durch die die eigentlich wichtigen Entscheidungen bis zur NRW-Wahl 2010 in Kommissionen vertagt wurden, weil man sich nämlich darum drücken will, zu sagen, was man im Bereich Gesundheit und Pflege wirklich vorhat.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Die Richtung ist klar. Sie, Herr Dr. Noll, haben zwar versucht, darum herumzureden. Aber dennoch ist klar, dass die solidarische und gerechte Finanzierung der Risiken Krankheit und Pflegebedürftigkeit im Alter aufgekündigt werden soll.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Nein!)

Bisher galt, dass Starke für Schwache, Junge für Alte, Gesunde für Kranke eintreten.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Gleichmacherei beseitigen!)

Nun haben wir es mit einer massiven Entsolidarisierung des Systems zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Darüber können auch Ihre Beteuerungen, dass Sie ein sozial gerechtes und finanzierbares Gesundheitssystem erhalten wollen, nicht hinwegtäuschen.

Ich möchte gern einmal wissen, wie es eigentlich vonstatten gehen soll, wenn Ihr neuer Gesundheitsminister am 24. Oktober sagt: Es wird definitiv nicht teurer. Denn gleichzeitig wird die Steuerfinanzierung einer zukünftigen Gesundheitsprämie ins Spiel gebracht. Da muss ich Sie schon fragen, wer das eigentlich zahlen soll. Wer zahlt denn Steuern in diesem Land? Die Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Dann haben wir Solidarität!)

Gleichzeitig tut sich an dieser Stelle schon wieder ein weiterer Konflikt auf. Der bayerische Ministerpräsident, der ja bei Gesundheitsthemen auch nicht ganz ahnungslos ist,

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

sagt:

*Wir führen da eine eigenartig schräge Diskussion: Viele, die finden, eine Steuerreform sei nicht finanzierbar; unterstellen gleichzeitig, dass man über den Bundeshaushalt einen sozialen Ausgleich für die Krankenkasse bezahlen kann. Wenn das eine angeblich nicht möglich ist, ist das andere erst recht nicht möglich.*

Da muss ich sagen: Er hat ganz einfach recht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Peter Straub:** Frau Abg. Altpeter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kluck?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Lieber nicht!)

**Abg. Katrin Altpeter** SPD: Ja; es kommt auf die Qualität der Frage an.

(Heiterkeit)

**Präsident Peter Straub:** Bitte schön.

**Abg. Hagen Kluck** FDP/DVP: Frau Kollegin Altpeter, teilen Sie die Ansicht eines Mitglieds einer gesetzlichen Krankenkasse, dass die Solidarität, von der Sie immer sprechen, bisher immer nur zwischen den Mitgliedern der gesetzlichen Krankenversicherung stattfindet und dass das, was die FDP vorgeschlagen hat, was im Koalitionsvertrag seinen Niederschlag findet und was auch in praktischen Änderungen seinen Niederschlag finden wird, zu einer richtigen Solidarität führen wird, weil Steuern nämlich alle zahlen müssen, die Leistungen in Anspruch nehmen?

(Zurufe: Nein! – Abg. Stephan Braun SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

**Abg. Katrin Altpeter** SPD: Herr Kollege Kluck, ich teile Ihre Ansicht nicht. Aber ich kann Ihnen gern etwas zur Solidarität sagen. Solidarität wäre in diesem Fall, wenn wir die privat Versicherten in die gesetzliche Versicherung einbeziehen würden. Das wäre ein Akt der Solidarität der Menschen in diesem Land.

(Katrin Altpeter)

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Bislang haben sich die Beschäftigten und die Arbeitgeber die Kosten für die Krankenversicherung je hälftig geteilt.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Stimmt doch nicht!)

Damit machen Sie jetzt Schluss. Der Beitragsanteil für die Arbeitgeber soll bei den aktuellen 7 % eingefroren werden. Kostensteigerungen in der Gesundheitsversorgung, sei es durch den demografischen Wandel, sei es aber auch durch den medizinischen Fortschritt bei einer immer älter werdenden Gesellschaft, werden zukünftig allein die Versicherten tragen müssen.

Alle anderen Mittel müssen für Geschenke an Ihre Klientel erhalten. Sie haben deutlich gesagt, wer die Profiteure sein werden. Profiteure werden die Ärzte sein, obwohl die 140 Millionen €, die den Ärzten in Baden-Württemberg versprochen waren – dazu haben Sie auch kein Wort gesagt –, noch immer nicht da sind. So viel zu dem, was die Frau Bundeskanzlerin dem Ministerpräsidenten verspricht.

Profiteure werden die Apotheken sein. Profiteure werden – das haben Sie auch gesagt –

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Die Pflegebeurufe!)

die Körperschaften sein. Die gesetzlich Versicherten hingegen werden verlieren und mehr bezahlen. Das kann nicht richtig sein.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Mielich.

**Abg. Bärbl Mielich** GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren!

*Der Gesundheitsfonds muss weg. Er ist zu teuer, zu bürokratisch und leistungsfreudlich*

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

*und führt direkt in die zentral gesteuerte Staatsmedizin mit allen bekannten negativen Folgen.*

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Das, Herr Kollege Noll, ist ein Zitat von Ihnen. Sie sind all die Jahre, seit es den Gesundheitsfonds gibt, ein engagierter Verfechter seiner Abschaffung gewesen. Wir haben gemeinsam gekämpft, um den Gesundheitsfonds abzuschaffen.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Sie haben sozusagen auch Ihr persönliches Schicksal damit verbunden. Jetzt muss man fragen: Was passiert denn jetzt?

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Warten Sie doch einmal ab! Nach einer Woche! – Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Der Gesundheitsfonds bleibt. Es ist in der Politik mittlerweile doch ein Spiel geworden, bei dem es nur noch um die Frage geht: Wer kann sein Gesicht wahren?

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Da haben Sie recht!  
– Abg. Karl Zimmermann CDU: Nur der, der eines hat!)

Diejenigen, die den Gesundheitsfonds eingerichtet haben – die CDU –, würden auch dafür sorgen, dass der Gesundheitsfonds in dieser Form erhalten bleibt. Sie sagen: „Er wird im Prinzip ausgehöhlt. Es soll eine Regionalisierung geben, es soll wieder eine Beitragshöhe der Regionen geben.“ Aber letztlich bleibt der Gesundheitsfonds erhalten. Darum frage ich Sie: Was soll dieser Gesundheitsfonds überhaupt noch? Welche Kompetenzen hat er? Was kostet er eigentlich, und warum schaffen Sie es nicht, ihn tatsächlich abzuschaffen?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das ist das eine.

Die zweite Kernaussage ist: Im Wahlkampf wurde riesengroß plakatiert: „Mehr Netto vom Brutto“. Sie machen jetzt „Rechte Tasche – linke Tasche“. Sie reden von gigantischen Steuererleichterungen in Höhe von 20 Milliarden €. Darüber haben wir gestern debattiert. Auf der anderen Seite sagen Sie, Sie wollten das Defizit der Krankenkassen durch Steuererhöhungen bzw. durch Steuerlasten finanzieren. Wie soll das denn funktionieren? Sie können doch nicht einerseits sagen, Sie wollten gigantische Steuererleichterungen, und andererseits das Gesundheitssystem durch Steuern finanzieren wollen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das verstehen Sie nicht! – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

– Nein. – Das ist eine unglaubliche Lüge und eine Verdummbeutlung der Bevölkerung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Der nächste Punkt: Sie machen es sich mit der Reform des Gesundheitssystems insgesamt total einfach.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Sie sagen, es solle einen grundsätzlichen Strukturwandel geben. Den werden Sie auch machen; davon bin ich überzeugt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Prima!)

Aber was heißt „grundsätzlicher Strukturwandel“? Sie wollen ein System der Entsolidarisierung.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Quatsch! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Blödsinn!)

Sie sagen: „Die Arbeitgeberbeiträge werden eingefroren.“

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wir wollen freie Arztwahl, freie Therapiewahl! Schluss mit der Zweiklassenmedizin!)

All das, was darüber hinaus bezahlt werden soll, sämtliche Kostensteigerungen im Gesundheitssystem werden von den

(Bärbl Mielich)

Arbeitnehmern, von den Versicherten der gesetzlichen Krankenkassen bezahlt.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Sie wollen Gleichmacherei!)

Das ist unsolidarisch ohne Ende.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Herr Hoffmann, Sie haben den Reha-Tag angesprochen, auf dem wir drei ja waren. Wir hatten die Möglichkeit, dem alten Weisen Heiner Geißler zu lauschen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Um Gottes willen! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Oh! Sind Sie jetzt auch eine Geißler-Anhängerin?)

Ich fand das sehr beeindruckend. Er hat in der Bewertung des aktuellen Gesundheitssystems ganz deutliche Worte gefunden.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Er hat klar gesagt: „Das ist die Ökonomisierung der Gesundheit, und das ist die Entsolidarisierung.“

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Er war sein Leben lang noch nicht Mitglied einer gesetzlichen Krankenkasse! Noch nie!)

Als Grundwert hat er noch einmal sehr deutlich herausgestellt, dass es wichtig ist, ein Menschenbild nach vorn zu bringen und ein Menschenbild in dieser Gesellschaft auch zu verankern, das keine Unterschiede macht, das nicht unterscheidet zwischen arm und reich, zwischen Frau und Mann, zwischen alt und jung und zwischen gesund und krank. Das ist der Kerngedanke des deutschen solidarischen Versicherungssystems. Das kündigen Sie mit Ihrer Politik und mit dem, was Sie jetzt vorhaben, auf.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Unsinn!)

Mich wundert – das muss ich wirklich sagen –, dass die Herren und Damen der CDU das mitmachen. Denn sie sind eigentlich diejenigen, die immer erklärt haben, dass für sie die soziale Marktwirtschaft ein wichtiges Bollwerk ist, das nicht zu verhandeln ist. Das hört sich jetzt auf jeden Fall ganz anders an. Das ist das Nächste.

Ein Weiteres ist: Was die FDP in der Gesundheitspolitik will, ist ja völlig klar; das erkennt man, wenn man den Koalitionsvertrag liest, aber auch, wenn man die Kommentierung des Koalitionsvertrags liest.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Der ist von beiden unterschrieben! Von beiden!)

– Ja, er ist von beiden unterschrieben worden, aber offensichtlich gab es da große Unterschiede. Wenn Sie heute nur schauen, wer wann Beifall geklatscht hat, dann muss man wirklich sehen, dass die FDP da recht einsam dasteht.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie haben auch nicht gerade Ovationen!)

Es gibt auch innerhalb der CDU große Vorbehalte gegen die Pläne des FDP-Gesundheitsministers. Derjenige, der wirklich keinen Hehl daraus macht, ist Ministerpräsident Seehofer,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Oh! Ihr neues Vorbild! – Heiterkeit bei der FDP/DVP)

der deutlich sagt: Dieses System „Mehr Wettbewerb, mehr Freiheit – die Freiheit, die wir meinen“ ist auf jeden Fall nicht zu machen. Ich bin sehr gespannt, was daraus wird. Ich glaube, dass es unterm Strich nicht dazu führen wird, dass die Gesundheitsversorgung besser wird. Es wird dazu führen, dass die Gesundheitsversorgung insgesamt teurer wird. Es wird ganz schnell dazu führen, dass die gesetzlich Versicherten deutlich mehr Beiträge zahlen müssen, und sie werden keine Möglichkeit haben, sich dagegen zu wehren. Das halte ich für ein Riesenproblem.

In der zweiten Runde sage ich noch etwas zu den Auswirkungen auf die Landespolitik.

Schönen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich der Ministerin für Arbeit und Soziales, Frau Dr. Stolz.

**Ministerin für Arbeit und Soziales Dr. Monika Stolz:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielleicht muss man die Sache etwas nüchterner betrachten. Ich verstehe die Euphorie des Kollegen Noll. In der Tat beinhaltet der Koalitionsvertrag Botschaften, die in die richtige Richtung gehen. Die Botschaften sind für uns Baden-Württemberger wichtig: weg vom Zentralismus,

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

weg von der Nivellierung, mehr Regionalität, mehr Kassenvielfalt und mehr Wettbewerb. Das sind gute Botschaften. Allerdings sind jetzt zunächst einmal die Koalitionäre gefragt, die Vorgaben des Koalitionsvertrags auch zu konkretisieren.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Vielleicht führen wir diese Debatte ein bisschen zu früh, weil diese Konkretisierung wirklich noch aussteht, sich aber letztlich erst in der Konkretisierung zeigt, wer davon profitiert. Ich würde heute noch nicht wagen, zu sagen, wer davon profitiert. Aber die Zielrichtung muss klar sein. Wir müssen uns bei allem, was wir tun, fragen: Was kommt bei den Menschen, bei den Patienten an? Sind sie gut versorgt? Sind sie genauso gut versorgt wie vorher? Können wir sie mit den neuen Regelungen besser versorgen als vorher? Das muss bei dem, was wir jetzt tun, über allem stehen.

(Beifall des Abg. Andreas Hoffmann CDU)

Wir haben viele positive Programmsätze in diesem Koalitionsvertrag, die allerdings mit Leben erfüllt werden müssen. Ein Programmsatz „Unnötige Ausgaben sind zu vermeiden“ ist ein guter Satz. Das muss konkretisiert werden. Dann wird es darauf ankommen: Was kommt beim Patienten an, und was macht die Sache besser? Wir haben viele Programmsätze. Die Freiberuflichkeit des Arztes, die Therapiefreiheit und die freie



(Ministerin Dr. Monika Stolz)

Arztwahl müssen erhalten bleiben. Das ist ganz wichtig. Wir wollen ein einfaches und verständliches vertragsärztliches Vergütungssystem aufbauen. Das ist wichtig.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr richtig! – Gegenrufe der Abg. Ursula Haußmann SPD und Bärbl Mielich GRÜNE)

Die Diskussion, die wir in den letzten Monaten mit den ärztlichen Kollegen geführt haben, sollte so nicht weitergehen. Die Ärzte sollten sich um die Versorgung der Menschen kümmern und nicht jahrelang um die Komplexität ihrer Vergütung streiten. Das muss klarer und verständlicher werden. Das ist ein guter Programmsatz.

MVZs müssen überprüft und zugelassen werden, aber auch von Ärzten geleitet werden.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Wir müssen die Instrumente zur Regulierung der Arzneimittelversorgung effizient neu ordnen. Das ist auch richtig und wichtig. Da kann sicher noch einiges getan werden. Da kann sicher auch noch einiges eingespart werden.

Wir müssen die Kosten-Nutzen-Bewertung von Arzneimitteln praktikabel und transparent gestalten. Auch da besteht Handlungsbedarf, richtig. Wir müssen Hospiz- und Palliativversorgung zügig umsetzen und nötigenfalls verbessern. Auch das ist richtig; ein ganz wichtiges Thema. Die Prävention muss gestärkt werden. Hier – so sagt der Koalitionsvertrag – haben regionale Angebote Vorrang.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Auch das ist richtig. Wir müssen sehen, dass die regionalen Versorgungsstrukturen gestärkt werden, weil die Verantwortlichen vor Ort meist besser wissen, was zu tun ist.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Genau, genau!)

Der Weg zur Einheitskasse muss gestoppt werden. Der Morbi-RSA muss überarbeitet werden. All das sind ganz richtige Sätze, die aber noch konkretisiert werden müssen; das ist die Aufgabe der Koalitionäre.

Kurzfristig – das muss man sagen; das gebietet die Wahrheit – werden wir in Baden-Württemberg keine spürbaren Verbesserungen feststellen können. Denn im Jahr 2010 werden wir aufgrund der Konvergenzregel weiterhin zusätzlich 100 Millionen € in den Risikostrukturausgleich einzahlen müssen. Das heißt, dass wir Baden-Württemberger letztlich 2,2 Milliarden € als Solidarbeitrag des Landes aufbringen müssen. Wir müssen, wenn ein Defizit von 7,5 Milliarden € gefüllt werden muss, schauen, was das für die Krankenkassen bedeutet. Es kommt hier sicher zu einer massiven Gefährdung weiterer Krankenkassen.

Das sind die Probleme, die uns im Jahr 2010 beschäftigen werden. Ich gehe jedoch davon aus, dass wir ab 2011 vielleicht noch einen Gesundheitsfonds haben, aber sicher nicht mehr den Gesundheitsfonds, wie wir ihn heute haben.

(Beifall der Abg. Wilfried Klenk CDU und Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Darum geht es.

Meine Damen und Herren, ich glaube, es macht wenig Sinn, heute im Detail und ideologisch einen Rundumschlag bezüglich der Gesundheitspolitik zu betreiben. Ich gehe davon aus, dass der Koalitionsvertrag Möglichkeiten eröffnet, die flächendeckende, qualitätsorientierte Versorgung in den Ländern zu erhalten und zu stärken. Das Thema „Regionalität, regionale Freiräume“ hat einen wesentlichen Raum in diesem Koalitionsvertrag. Das ist gut, und das müssen wir mit Leben erfüllen.

Wir werden uns als Baden-Württemberger auch gern da einbringen, und wir werden uns in dem Sinn einbringen, dass wir darauf achten, dass eine Sonderbelastung Baden-Württembergs ausgeräumt werden muss. Wir werden uns so einbringen, dass wir keine Klientelpolitik befürworten werden.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Da müssen Sie Ihren Koalitionspartner in Schach halten!)

Wir werden uns so einbringen, dass ein sozialer Ausgleich gewährleistet ist. Über allem muss stehen: Wichtig ist, was bei den Patienten innerhalb unserer Versorgungsstrukturen in Baden-Württemberg ankommt. Da werden wir uns einbringen; das verspreche ich Ihnen.

Ich denke, die nächsten Debatten werden, wenn wir Konkretes wissen, sinnvoller sein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Noll.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ojemeine! – Abg. Claus Schmiedel SPD zu Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Hast du gehört? Ideologie herausnehmen!)

**Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Ministerin hat, weil sie immer etwas mehr Redezeit hat als unsereins, all die positiven Bereiche, in denen wir als Land Baden-Württemberg jetzt unter dem Prinzip der Regionalität wieder Gestaltungsmöglichkeiten bekommen, dargelegt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Was ist denn bisher passiert? Nichts!)

Das Einzige, was mich nicht freut, ist, dass Sie den Zeitpunkt dieser Debatte für zu früh halten.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Zu Recht!)

Jetzt zu der Aussage, es stünde viel Gutes darin, aber es müsse zunächst einmal im Detail entwickelt werden:

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Genau das ist der Punkt!)

Wer sich das SGB V einmal zur Lektüre vorgenommen hat, weiß, dass es ein riesiges Gesetzeswerk ist. Das müssen wir

(Dr. Ulrich Noll)

jetzt radikal umschreiben. Das kann man nicht in einem oder zwei Monaten schaffen. Vergleichen Sie einmal Folgendes: Die Große Koalition hat zwei Jahre lang beraten, bis sie den Gesundheitsfonds endlich so weit hatte. Wenn man dann sagt, liebe Frau Ministerin Dr. Stolz, wir seien jetzt zu früh dran – zu einem Zeitpunkt, zu dem wir Chancen haben, entlang der positiven Ansätze unser Gewicht einzubringen –, dann sage ich: Das kam mir im Vorfeld des Gesundheitsfonds auch so vor; jetzt jedoch weiß ich, dass wir uns als Land Baden-Württemberg zu spät und nicht deutlich genug gegen diesen Gesundheitsfonds gewandt haben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Jetzt will ich einmal versuchen, einige Aussagen, die falsch sind und dennoch immer wiederholt werden, zu korrigieren.

Solidarität spielt immer eine ganz große Rolle. Jetzt wird immer wieder gesagt, es werde entsolidarisiert.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Ja!)

Sie haben gesagt, die Solidarität zwischen Gesunden und Kranken sei die wichtigste Aufgabe jeder Krankenversicherung. Das ist bei der privaten Krankenversicherung genauso. Derjenige, der glücklicherweise gesund ist, zahlt Prämien, damit die Kranken versorgt werden können und damit auch er im Krankheitsfall versorgt werden kann. Es herrscht also das Prinzip „Gesund für krank“.

Das Prinzip „Jung für alt“ wird in der gesetzlichen Krankenversicherung weiterhin bestehen, weil in diesem neuen System keine individuellen Beiträge erhoben werden.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Es sind immer solidarische Beiträge von Gesund und Krank, Mann und Frau, Jung und Alt. Ich habe das Gefühl, Sie wechseln Solidarität mit Parität.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es! – Zuruf von der SPD: Nein!)

Sie beklagen, dass der Arbeitgeberanteil festgeschrieben wird. Sie waren es doch, die mit einem Sonderbeitrag von 0,9 Prozentpunkten die Parität heimlich aufgehoben haben. Dies gilt übrigens auch für Rentnerinnen und Rentner, die beispielsweise gar kein Krankengeld bekommen. Wir hingegen sind ehrlich und sagen: Wir begrenzen die Lohnnebenkosten durch die Festschreibung des Arbeitgeberbeitrags.

Wenn Sie jetzt behaupten, damit sei ein für alle Mal eine Mehrbeteiligung der Arbeitgeber ausgeschlossen, dann können Sie prozentuale Beträge und absolute Beträge nicht auseinanderhalten.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Unmöglich!)

Angenommen, wir kommen zur 7%-Regelung. Dann beziehen sich die 7 % selbstverständlich auf die steigenden Einnahmen, auf die steigende Wertschöpfung und auf die steigende Grundlohnsumme. Also auch dabei wird dynamisiert.

Jetzt kommt das Entscheidende, nämlich die Solidarität zwischen Arm und Reich. Dabei stellt sich die Frage – darauf hat der Kollege Kluck hingewiesen –, ob das nur von den gesetz-

lich Versicherten oder von allen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern geleistet werden soll. Jetzt sind wir ganz nah bei der Bürgerversicherungsidee.

(Zuruf der Abg. Katrin Altpeter SPD)

Wir sagen: Derjenige, der die Prämie nicht bezahlen kann, weil er ein geringes Einkommen erzielt, wird mit Steuermitteln bezuschusst. Somit ist das Leistungsfähigkeitsprinzip gewahrt. Diejenigen, die viel leisten können, zahlen viel, um eine soziale Absicherung zu gewährleisten.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Was ist solidarischer, als wenn die gesamte Gesellschaft für den Gesundheitsschutz der Menschen einzustehen hat?

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es! – Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Solidarität bleibt also an allen Stellen erhalten.

Letzte Bemerkung: Die absolute Unsolidarität der vergangenen Jahre, die Sie zu verantworten haben, bestand darin, dass Sie die Menschen, die im Gesundheitswesen arbeiten, ständig mit immer neuen Deckelungen, Restriktionen und Bürokratie überzogen haben.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Genau!)

Damit wird jetzt Schluss sein. Der Koalitionsvertrag bietet uns die hierzu erforderliche Luft – übrigens nicht im Brustraum, wie es Herr Kollege Hoffmann gesagt hat; bei einem Pneumothorax kollabiert nämlich die Lunge. Wir müssen uns – diesen Appell richte ich an Sie, Frau Stolz – ab sofort in die Ausgestaltung der konkreten Umsetzung dieser durchaus positiven Leitlinien einmischen, die der Koalitionsvertrag beinhaltet.

Deshalb war diese Debatte nicht verfrüht, sondern überfällig. Ich bitte darum, dass wir all das, was zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung, um die es letztlich geht, führt – wir haben einiges dargelegt –, möglichst im Sinne Baden-Württembergs umsetzen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Richtig! So ist es!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Altpeter.

**Abg. Katrin Altpeter SPD:** Herr Dr. Noll, meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Präsident!

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Eine neue Priorität!)

– Der Präsident wird mir das in diesem Fall nachsehen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sieht so aus!)

Selbst das lauteste Brüllen macht falsche Aussagen nicht richtiger.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

(Katrin Altpeter)

Im Gegensatz zu Ihren Unterstellungen habe ich von einer solidarischen Finanzierung des Gesundheitssystems und – das möchte ich an dieser Stelle auch sagen – der Pflege gesprochen, aber nicht von einer paritätischen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ist paritätisch nicht solidarisch? – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Sie haben uns vorgeworfen, wir hätten die paritätische Finanzierung während unserer Regierungszeit in Berlin verlassen. Das ist mitnichten der Fall. Wenn man schon mit den Sozialgesetzbüchern durch die Gegend wirft, dann sollte man sich zumindest im Klaren darüber sein, dass die paritätische Versicherung im Jahr 1995 mit der Einführung der Pflegeversicherung verlassen wurde, weil die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Feiertag dafür aufgegeben haben.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: So sieht es aus, mein lieber Noll! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Aber den Sonderbeitrag von 0,9 Prozentpunkten habt ihr eingeführt! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Genau!)

Jetzt wurde viel von den „wunderbaren Verbesserungen“ gesprochen, die das neue Gesundheitssystem bringen wird, wie auch immer es ausgestaltet sein wird. Ich habe schon vorhin gesagt, dass darüber nur die geringsten Aussagen gemacht wurden. Es wurden Aussagen dazu gemacht, welche Gruppen zukünftig Vorteile haben werden, aber es wurden sehr wenige Aussagen darüber gemacht, welche bitteren Pillen es für die gesetzlich Versicherten in Zukunft geben wird. Das sollte man der Ehrlichkeit halber dann auch sagen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn der Arbeitnehmeranteil um eine einkommensunabhängige Pauschale ergänzt oder der Beitrag sogar ganz in eine Kopfpauschale umgewandelt wird – diese Ziele haben Sie ja nicht versteckt –,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wir sind ehrlicher als Sie!)

dann zahlt die Sekretärin den gleichen Beitrag wie der Bankdirektor.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ojemeine! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Aber der Bankdirektor finanziert die Prämie des Sozialhilfeempfängers!)

Gehen Sie einmal von folgendem einfachen Beispiel aus: Nehmen wir eine Erzieherin mit zwei Kindern.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Sie wissen, wie hoch die Einkommen von Erzieherinnen sind. Diese Erzieherin wird über ihren Arbeitnehmeranteil in Zukunft vermutlich einen höheren Beitrag zahlen müssen, weil die Kosten steigen. Die Kosten steigen übrigens auch in Baden-Württemberg. Erst in dieser Woche war in den „Stuttgarter Nachrichten“ zu lesen: Die Kostensteigerungen bei den Krankenhäusern lagen im vergangenen Jahr bei 4 %. Also wird sie künftig vermutlich höhere Beiträge zahlen müssen. Das heißt, sie hat weniger Netto vom Brutto.

Wenn Sie dann noch zusätzlich diese Pauschale einführen, dann zahlt sie doppelt.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Mehr Leistung!)

– Mehr Leistung; das werden wir sehen. – Wo, bitte, soll das dann solidarisch sein?

(Beifall bei der SPD – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Durch einen Steuerzuschuss! Der Bankdirektor zahlt mehr Steuern als die Erzieherin! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Jetzt finanziert die Erzieherin die Frau des Bankdirektors! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Genau! So ist es!)

Wenn Sie hier eine ehrliche Debatte führen wollen, dann müssen Sie die Debatte so führen, dass Sie hier klar und deutlich und nicht nur versteckt sagen, welchen Gruppen Sie Vorteile verschaffen wollen, und zwar zum Nachteil der gesetzlich Versicherten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Nein! Zum Vorteil!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Mielich.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jetzt geben Sie zu, dass Sie alles einsehen müssen!)

**Abg. Bärbl Mielich GRÜNE:** Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte einmal das aufgreifen, was die Frau Ministerin als Zielbotschaft für die weiteren Verhandlungen im Gesundheitswesen formuliert hat: Es komme darauf an, was letztlich bei den Menschen ankommt, und sie werde sich dagegen wehren, Klientelpolitik zu machen.

Eigentlich müssten Sie diese Vereinbarungen in der Gesundheitspolitik ablehnen; denn das, was da gemacht wird, ist pure Klientelpolitik.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Widerspruch des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Sie sorgen dafür, dass Ärzte besser bezahlt werden sollen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Pflegeberufe, alle, die im Gesundheitswesen arbeiten!)

Wir haben nichts dagegen, wenn Ärzte leistungsgerecht bezahlt werden. Auch das ist unsere Forderung.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wir wollen, dass es den Patienten besser geht!)

– Sie müssen jetzt einfach einmal Ihren Mund halten, Herr Kluck, damit Sie auch einmal zuhören können.

Wir haben nichts dagegen, dass es eine bessere, leistungsgerechte Bezahlung gibt.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Also!)

(Bärbl Mielich)

Aber einfach nur zu sagen: „Die Ärzte sollen besser bezahlt werden, und alles andere bleibt, wie es ist“, hat überhaupt keinen Sinn.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das steht nirgends drin!)

Sie müssen einen Leistungskatalog aufstellen, Sie müssen Leitplanken setzen, um auch zu sagen, was letztendlich gezahlt werden soll.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das wird die Kommission leisten müssen!)

– Ja, ja, genau. Die Kommission, die erst einmal überhaupt nichts macht. Die wird jetzt arbeiten, und irgendwann – 2011 – wird sie irgendwelche Vorschläge erarbeiten.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Die Regierung ist eine Woche am Ruder! – Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Aber wichtig ist doch, zu sagen, was wir denn für eine Medizin wollen. Es wäre eine wichtige Aussage gewesen, zu sagen, welche Art von Medizin Sie unterstützen wollen und welche Art von Medizin weniger unterstützt werden soll.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das fängt mit Prävention an!)

Wir Grünen haben eine ganz klare Priorität. Wir sagen: Wir wollen schwerpunktmäßig die entsprechende Medizin unterstützen. Wir wollen, dass die Hausärzte im ländlichen Raum gestärkt werden.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das steht drin!)

– Können Sie einfach einmal aufhören, Herr Noll?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Er kann nicht aufhören! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Lesen!)

Wir sagen ganz klar, welche Prioritäten in diesem Bereich gesetzt werden müssen. Das hätten wir auch von Ihnen erwartet. Was Sie jetzt stattdessen machen, ist eine reine Klientelpolitik.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Die Lügen werden nicht wahrer, wenn man sie immer wiederholt!)

Zweitens: Sie vermeiden auch beim Thema „Apotheken und Apothekerversorgung“ vollständig, zu sagen, welche Strukturen Sie insgesamt wollen, wie auch hier die Versorgung in der Fläche gesichert wird. Das Mehrbesitzverbot bei Apotheken bleibt erhalten. Damit wird aber nicht die Verpflichtung verbunden, z. B. die Versorgung in der Fläche sicherzustellen. Das hätten wir für eine ganz zentrale Aussage gehalten.

Sie sagen nichts zum Thema Arzneimittel. Alles, was Sie dazu sagen, ist: In der Kosten-Nutzen-Bewertung neuer Arzneimittel soll die Pharmaindustrie frühzeitig beteiligt werden. Ansonsten sagen Sie überhaupt nichts dazu, wie Sie die explosionsartigen Kostensteigerungen im Arzneimittelbereich insgesamt in den Griff bekommen wollen.

Komplett ungeniert sind Sie, wenn es um Regelungen dazu geht, welche Kompetenzen die privaten Krankenkassen be-

kommen und welche Kompetenzen den gesetzlichen Kassen genommen werden. Die Zusatzversicherungen bleiben den privaten Krankenkassen vorbehalten, und die gesetzlichen Kassen können nur noch Selbstbehalttarife und Kostenerstattungsmodelle vertraglich regeln. Mit anderen Worten: Die privaten Versicherungen werden enorm gestärkt. Dabei waren wir sehr zufrieden, dass private Krankenkassen und gesetzliche Krankenkassen gleiche Angebote machen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Gleicher! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Alle gleich?)

Was für Konsequenzen hat das für das Gesundheitssystem? Damit werden keine Kosten gespart, damit werden keine Strukturen verbessert.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Das ist eine pure Verbeugung vor den privaten Krankenkassen, und das finde ich wirklich nicht in Ordnung.

(Beifall bei den Grünen)

Wir finden, dass dem Koalitionsvertrag völlig der Geist fehlt, der nach vorne weist. Es geht darum, dass Sie klare Konzepte vorlegen, wie die Gesundheitsförderung insgesamt aussehen soll. Wir alle wissen doch, dass die Gesellschaft immer älter wird.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ist das schlimm? Das ist doch schön!)

Der Anteil der Menschen, die ein immer höheres Lebensalter erreichen, steigt. Völlig klar: Das ist wunderbar. Das heißt aber eben auch, dass wir mehr Geld im Gesundheitssystem brauchen werden. Auch das ist klar. Denn diese Menschen nehmen vor allem in den letzten zwei Jahren ihres Lebens besondere ärztliche Leistungen in Anspruch. Wir brauchen eine Gesundheitspolitik, die Krankheiten verhindert und die Gesundheit fördert.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das macht die neue Regierung! – Lachen des Abg. Stephan Braun SPD)

Das ist das Stichwort. Wir brauchen dringend ein Präventionsgesetz, wie wir es schon unter Rot-Grün auf den Weg bringen wollten, was aber die CDU jahrelang blockiert hat.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Ich bin sehr gespannt, ob Sie es jetzt auf die Reihe bekommen, ein Präventionsgesetz auf den Weg zu bringen, das seinen Namen tatsächlich verdient.

Sie haben gesagt, Herr Noll – darauf will ich zum Schluss noch einmal eingehen –, das Gesundheitssystem müsse besser, fairer und verständlicher werden, sowohl für die Patienten als auch für die Ärzte.

(Beifall der Abg. Hagen Kluck und Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Prima!)

Wir sagen: Was herausgekommen ist, ist eine komplette Fehl-anzeige.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Abwarten! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Tee trinken!)

(Bärbl Mielich)

Die Gesundheitsvereinbarung löst kein einziges strukturelles Problem. Stattdessen ist der Plan von der einkommensunabhängigen Kopfpauschale, die für das Ende des Solidarprinzips, der Solidarversicherung steht,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Nein, der Beginn!)

in höchstem Maß unfair und unsolidarisch.

Schönen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Ursula Haußmann SPD)

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aktuelle Debatte unter Tagesordnungspunkt 2 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

### **Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg – Drucksache 14/2743**

#### **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport – Drucksache 14/5240**

#### **Berichterstatter: Abg. Volker Schebesta**

Das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Rastätter.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Jetzt geht es um die Sache!)

**Abg. Renate Rastätter** GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit unserem Gesetzentwurf soll in Baden-Württemberg der notwendige Paradigmenwechsel eines Schulsystems eingeleitet werden, das die Kinder nach nur vier gemeinsamen Grundschuljahren weitgehend nach sozialer Herkunft voneinander trennt, das also sozial ungerecht ist und für viele Kinder, die sozial benachteiligt sind, zu mangelndem Erfolg führt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die zehnte Wiederholung! – Gegenruf des Abg. Norbert Zeller SPD: Vielleicht kapieren Sie es beim elften Mal!)

Die Eckpunkte unseres Gesetzentwurfs will ich Ihnen heute noch einmal kurz darstellen. Es geht vor allem darum, dass im Schulgesetz eine individuelle Förderung jedes Kindes festgeschrieben wird. Jedes Kind erhält einen Rechtsanspruch auf optimale individuelle Förderung. Damit soll der bisherige Begabungsbegriff im Schulgesetz, der sich an drei Begabungstypen orientiert, abgeschafft werden. Es gibt keine drei Begabungstypen. Das ist wissenschaftlich längst widerlegt. Deshalb sollte man sich auch in Baden-Württemberg endlich von diesem anachronistischen Bildungsbegriff verabschieden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zweitens: Wir wollen mit dem Gesetzentwurf die kommunale Schulträgerschaft stärken. Sie sprechen immer von Ihrer Partnerschaft mit den Kommunen. Faktisch geben Sie aber den

Kommunen derzeit nur die Möglichkeit, ihre kleine Hauptschule zu schließen. Sie schieben ihnen somit den Schwarzen Peter zu, ohne dass diese Kommunen die Gelegenheit bekommen, gemeinsam mit ihren Schulen und mit ihren Schulteams ein neues, integratives Schulmodell zu entwickeln, um einen attraktiven Schulstandort in ihrer Gemeinde zu sichern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist CDU-Politik in Baden-Württemberg!)

Drittens: Jede weiterführende Schule soll nach unserem Schulgesetzentwurf die Möglichkeit erhalten, selbst ein neues Schulmodell zu entwickeln, und dieses dann durch die Kommune auch genehmigt bekommen.

Jede Schule soll also eine Basisschule werden können. Wir schließen in diese Entwicklung ausdrücklich auch die Gymnasien mit ein. Wir haben die Situation – Herr Kollege Röhm, Sie wissen dies –, dass in Teilen Baden-Württembergs bereits 60 bis 70 % der Kinder – ich verweise z. B. auf Heidelberg, Freiburg und Tübingen – aufs Gymnasium gehen. In Karlsruhe sind es 56 %, in Stuttgart sind es 52 %. Wir haben in Baden-Württemberg eine Entwicklung, bei der die Heterogenität, die Unterschiedlichkeit der Kinder so zugenommen hat, dass sich auch diese Schulen überlegen, wie sie Kinder weiter fördern können und ob sie ihnen nicht auch unterschiedliche Schulabschlüsse anbieten können.

Binden Sie also bitte die Gymnasien mit ein. Ich habe ein super Beispiel: In Rheinau hat das Anne-Frank-Gymnasium inzwischen zwölf körperbehinderte Kinder aufgenommen. Einige davon können integrativ den Hauptschulabschluss erzielen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Dieses Beispiel macht Mut und verdeutlicht, dass wir auch Lehrkräfte und Situationen vor Ort haben, die zeigen: Wir in Baden-Württemberg können es, wenn der politische Wille da ist und wenn nicht – wie Sie dies nunmehr tun – blockiert wird. Es gibt noch immer keine Chance, dass diese Blockade aufgeweicht wird.

(Beifall bei den Grünen)

Warum bringen wir den Gesetzentwurf heute in die zweite Lesung ein?

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das fragen wir uns auch!)

Wir tun dies, weil wir jetzt gerade erleben, was vor Ort mit der Umsetzung der Werkrealschule passiert. Vor Ort gibt es massive Kritik.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wo? – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nenn doch Beispiele!)

– Ich habe eine Fülle von Beispielen. Ich kann Ihnen auch noch eines vortragen, wenn Sie es wollen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wir haben eine Fülle von Beispielen, wo es gut läuft!)

(Renate Rastätter)

Ich habe ein Beispiel aus

(Die Rednerin überlegt kurz. – Abg. Volker Schebesta CDU: Danach muss man wirklich suchen, das stimmt! – Gegenruf des Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Lobbach, Waldwimmersbach, wo CDU und SPD gemeinsam kritisiert haben, dass man die Hauptschulen einfach ausbluten lasse und den Gemeinden den Schwarzen Peter zuschiebe, die in den letzten Jahren viel in ihre Schulen investiert haben. Das ist eine Politik gegen die Gemeinden, gegen die Schulleiter und gegen positive Weiterentwicklungen von Schulen vor Ort.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Die Werkrealschule ist die falsche Antwort auf die demografische Entwicklung, und sie ist die falsche Antwort auf die Frage nach einem gerechten Bildungssystem. Sie wird nicht verhindern, dass es auch weiterhin eine Abstimmung mit den Füßen gibt, und die Entwicklung wird sich verschärfen. Ich möchte Ihnen hierzu auch ein Beispiel nennen, denn nicht nur aus der Hauptschule heraus erfolgt eine Abstimmung mit den Füßen, sondern auch in den Grenzgebieten Baden-Württembergs erfolgt eine Abstimmung mit den Füßen.

Ausgerechnet heute steht in den BNN ein Artikel mit der Überschrift: „Realschule Plus lockt Badener über den Rhein“. 80 Kinder aus Karlsruhe und dem Landkreis Karlsruhe gehen inzwischen in die Realschule Plus in Wörth jenseits des Rheins. Schulleiter Paul kündigt an: „Wir werden einen großen Exodus in Baden-Württemberg bekommen. Denn unsere Gemeinde hat für das nächste Schuljahr eine integrierte Gesamtschule beantragt. Das wird den Exodus der Schüler aus Karlsruhe und Umgebung noch verstärken.“

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wir nehmen die auf, die dieser Schule davonlaufen! – Gegenruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Ja, ja!)

Zusammenfassend kann ich sagen: Schauen Sie auch einmal über den Suppentellerrand von Baden-Württemberg hinaus. Die Schullandschaft in ganz Deutschland ist in Bewegung gekommen. Wir brauchen nicht nur Rheinland-Pfalz zu nennen. Wir können auch auf Hamburg, Schleswig-Holstein und inzwischen auch auf das Saarland verweisen. Da gibt es zunehmend auch politisch bunte Konstellationen. An einem Ort ist es Rot-Schwarz, an einem anderen Ort ist es Schwarz-Grün. Im Saarland gibt es jetzt wahrscheinlich die Jamaika-Konstellation. Überall kommt Bewegung in verkrustete Strukturen.

Deshalb sage ich: Wenn der designierte Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, Kollege Mappus, der die Entwicklung im Saarland schon massiv kritisiert hat und vom Kaputtmachen eines Bildungssystems gesprochen hat, an seiner Position festhält, wird sich Baden-Württemberg mit seiner Bildungspolitik aus der Mitte der Gesellschaft verabschieden.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Die Mitte der Gesellschaft, die bürgerliche Gesellschaft will inzwischen ein sozial gerechtes, ein humanes Bildungssystem,

in dem nicht Stress und Druck existieren, in dem die Kinder nicht schon in der Grundschule unter Druck gesetzt werden. Schauen Sie sich das neue Positionspapier des Landesfamilienrats an, in dem vor allem auch die katholischen und die evangelischen Familienverbände und die Bildungsverbände organisiert sind.

Sie sind dabei, sich mit Ihrem rigorosen Festhalten an der Dreigliedrigkeit aus der Mitte der Gesellschaft zu verabschieden. Öffnen Sie sich endlich für ein modernes Bildungssystem! Wenn Sie unserem Gesetzentwurf zustimmen, dann gelingt diese Öffnung, und Sie geben den Kommunen die Möglichkeit, diese Schulentwicklung hier aktiv anzugehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schebesta.

(Zurufe von den Grünen – Abg. Karl Wilhelm Röhm CDU: Volker, jetzt sag es ihnen!)

**Abg. Volker Schebesta** CDU: Ich habe noch nichts gesagt, und schon geht es so los. Sie scheinen ja große Erwartungen zu haben.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die ersten Fastnachtseröffnungen sind in der nächsten Woche. Aber die Grünen kommen mit der Zweiten Beratung ihres Gesetzentwurfs schon heute wie die alte Fasnet hinterher. Denn wir haben Ende Juli das Schulgesetz durch die Verankerung der Werkrealschule geändert, und heute haben wir wieder eine Beratung mit genau der gleichen Debatte.

(Unruhe)

Es ist Ihnen auch völlig klar: Wir haben Ende Juli die Werkrealschule in das Schulgesetz aufgenommen. Die Frist für die Anträge der Schulträger für diese neuen Werkrealschulen läuft bis zum 15. Dezember. Wenn wir dann mit den Werkrealschulen zum Schuljahr 2010/2011 starten wollen, macht es keinen Sinn, heute die nächste Änderung des Schulgesetzes zu beschließen. Deshalb ist das heute eine reine Schauveranstaltung.

Lassen wir die Werkrealschule im Schuljahr 2010/2011 starten, warten wir auf die Ergebnisse von Kooperationsmodellen aus Hauptschule und Realschule, und schauen wir uns die Längsschnittstudien über die Bildungsbiografien in Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen an.

Wir sind davon überzeugt, dass diese drei Entwicklungen gute Argumente dafür liefern werden, dass wir zu Recht an der gegliederten Schulstruktur festhalten. Ein Hinweis darauf ist auch, dass sich die Kommunen – da gibt es natürlich auch Einzelbeispiele, die Sie zitieren – in ihrer Mehrheit doch auf den Weg machen, Werkrealschulen zu bilden.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Was bleibt denen anderes übrig, bitte schön?)

– Was denen anderes übrig bleibt? Sie können an der Hauptschule festhalten.

(Volker Schebesta)

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das ist doch Zynismus! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Wenn sie der Meinung sind, dass das besser ist, können sie das tun, Herr Kretschmann, und sie können mit Ihnen zusammen sagen: Das ist alles nichts; wir setzen uns für eine politische Änderung ein und stimmen z. B. im Grundsatz dem Gesetzentwurf der Grünen zu. Das machen die Kommunen aber nicht. Ich zitiere aus den Stellungnahmen der kommunalen Landesverbände zu Ihrem Gesetzentwurf. Gemeindetag:

*Aus den dargelegten Gründen kann der Gemeindetag dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht zustimmen.*

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hört, hört!)

Städtetag:

*Ein Radikalschnitt durch Einführung von ... Basisschulen würde ... Gegenreaktionen auslösen. Wir lehnen dies ab ...*

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hört, hört!)

Landkreistag:

*... Schaffung einer neuen Schulart „Basisschule“ auf dem Gesetzeswege wird aus unserer Sicht jedoch nicht als der richtige Weg angesehen.*

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hört, hört!)

Das sind die Stellungnahmen der kommunalen Landesverbände.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist klar und deutlich!)

Die kommunalen Landesverbände gehen mit ihren Mitgliedskommunen auf dem Weg der Werkrealschule mit. Sie machen das vor allem deshalb, weil die Eltern die Perspektive der Werkrealschule sehen, nämlich die Perspektive eines mittleren Bildungsabschlusses in dieser Schulart und die Perspektive der Chancen für gute Bildung, die die neue Konzeption mit sich bringt.

Jetzt haben Sie, Frau Rastätter, andere Bundesländer angesprochen. Herr Schmiedel hat in der gestrigen Debatte von „überall purzelt es“ gesprochen. Klar ist, dass es in jeder Koalition Kompromisse gibt und dass, wenn die CDU nicht allein regiert, nicht 100 % CDU dabei herauskommt. Das ist nicht das Entscheidende. Die entscheidende Frage ist, wohin es purzelt, wenn es denn purzelt.

Wohin es geht, sieht man in Hamburg. Das ist eines der „glorreichen“ Beispiele, die Sie angesprochen haben. In Hamburg gibt es heftige Proteste gegen die Einführung der sechsjährigen Grundschule.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Von den Altphilologen! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Vom Philologenverband! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Es gibt heftigen Widerstand – ich meine nicht Altphilologen – von den Eltern, die sagen: „Wir wollen auch eine gute Gym-

nasialausbildung unserer Kinder. Die sehen wir in einem sechsjährigen gymnasialen Bildungsgang nicht so gegeben wie in einem anders strukturierten Gymnasium.“ Sie wissen, dass es Umfragen gibt, die belegen, dass die Mehrheit der Bevölkerung nicht der Überzeugung ist, die Sie hier vortragen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Die wollen auch kein G 8! Dann schafft sofort das G 8 ab! – Weitere Zurufe)

Forsa meldete Ende September: 63 % der Befragten sind der Ansicht, dass das bisherige Bildungssystem beibehalten werden sollte, dass es keine Einheitsschule geben sollte. Dabei sind die SPD-Anhänger zu 55 % der Meinung, dass die Einheitsschule nicht kommen soll, dass das gegliederte Schulsystem aufrechterhalten werden soll. Von denen, die am Nächsten dran sind, den 18- bis 29-Jährigen, sagen 75 %, es sei richtig, die gegliederte Schulstruktur zu haben.

Wenn Sie Ihre Basisschule mit einem dreijährigen gymnasialen Bildungsgang obendrauf machen, werden das Schulen sein, denen genauso wie anderswo die Eltern in eine andere Richtung weglaufen.

Wir brauchen beides. Wir brauchen gute Voraussetzungen für Studium und für Berufsbilder nach dem Abitur, und wir brauchen gute Voraussetzungen dafür, den schwächeren Schülerinnen und Schülern helfen zu können. Ich verweise auf die Kinder mit Migrationshintergrund und auf die Schulabbrecherzahlen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Wir alle wissen, dass sich der Bildungsgipfel von Bundesregierung und Ministerpräsidenten im letzten Jahr das Ziel gesetzt hat, die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss bis 2015 zu halbieren. Bundesbildungsministerin Schavan hat am Dienstag gesagt, es sei zu schaffen, dabei in vier Jahren auf null zu kommen. Egal, welches zahlenmäßige Ziel wir verfolgen: Wir werden dabei in Baden-Württemberg mit unserer Schulstruktur und mit unseren inhaltlichen Voraussetzungen für eine gute Bildung wie bisher vorndran stehen. Freuen wir uns gemeinsam auf gute Ergebnisse der Weiterentwicklung, insbesondere der Hauptschulen zu Werkrealschulen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Zeller.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

**Abg. Norbert Zeller** SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Schebesta, das war Gott sei Dank keine Fastnachtsrede, aber es war in der Tat Altbekanntes, was Sie hier vorgetragen haben.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Aber richtig!)

Meine Damen und Herren, mit der Wahl von Herrn Mappus zum Ministerpräsidenten ist zu befürchten, dass das gegliederte Schulwesen in Baden-Württemberg noch fester zementiert wird,

(Norbert Zeller)

(Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Wissen Sie schon, wen Sie wählen?)

dass der Zusammenhang von Lernerfolg und Schulstruktur noch hartnäckiger gelehrt wird.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Den müssen Sie erst einmal belegen!)

– Der ist belegbar.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Dann machen Sie es einmal!)

– Das haben wir schon mehrfach belegt, Herr Schebesta.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das haben Sie mehrfach behauptet!)

– Ich werde Ihnen gleich noch ein Beispiel nennen.

(Abg. Hans Heinz CDU: Beispiele aus anderen Ländern sagen genau das Gegenteil!)

– Dann sagen Sie mir, welches, und belegen Sie mir, dass der genannte Zusammenhang wissenschaftlich widerlegt ist.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Sie stellen doch die Behauptung auf! – Abg. Hans Heinz CDU: Sie müssen doch einmal etwas belegen!)

– Ich werde es Ihnen gleich sagen.

Es ist zu befürchten, dass mit Herrn Mappus als Ministerpräsident das bildungspolitische Rad nicht nur gestoppt, sondern sogar zurückgedreht wird. Dies, meine Damen und Herren, geht dann eindeutig zulasten sozial benachteiligter Kinder.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Also hatten wir es doch nach vorn gedreht!)

– Herr Schebesta, bleiben Sie doch einmal ganz ruhig. Schauen Sie einmal nach Schleswig-Holstein.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja!)

In Schleswig-Holstein gibt es eine neue Regierung aus CDU und FDP.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Gute Sache!)

Dort wird im Koalitionsvertrag – ich nehme an, Herr Kluck, Sie haben ihn gelesen und kennen ihn –

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Aber sicher!)

eindeutig festgestellt, dass gegen den Willen der Schulträger keine Veränderung der Gemeinschaftsschule und der Regionalschule erfolgt. Die FDP und die CDU in Schleswig-Holstein setzen auf den Zusammenschluss aller Schularten zur Regional- und Gemeinschaftsschule.

(Zuruf des Abg. Hans Heinz CDU)

Jetzt kommen Sie und erzählen etwas anderes.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das ist doch keine Neueinführung!)

Ich sage Ihnen eines: Die CDU in den anderen Bundesländern ist deutlich weiter als Sie, weil Sie nämlich rückschrittlich sind. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wir wollen doch kein deutsches Einheitsschulsystem! Das ist doch liberal zu regeln!)

– Herr Kluck, Sie sollten jetzt nicht mit Sprüchen kommen, sondern inhaltlich argumentieren.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das mache ich immer!)

Gehen Sie doch einmal nach Schleswig-Holstein zu Herrn Kubicki. Reden Sie mit ihm, und fragen Sie ihn, wie das Schulsystem in Schleswig-Holstein funktioniert. Dann reden wir wieder.

(Abg. Hans Heinz CDU: Schauen Sie einmal, wie die PISA-Ergebnisse in Schleswig-Holstein aussehen!)

Die Frage ist doch: Wann kapieren Sie endlich, dass das gemeinsame Lernen mit individueller Förderung eine Qualitätsverbesserung bedeutet und dass Benachteiligte und Leistungsstarke gleichermaßen davon profitieren?

Schauen Sie sich doch einmal um. Gehen Sie nicht nur nach Schleswig-Holstein, sondern gehen Sie auch in Baden-Württemberg an einige Schulen. Ich nenne sie Ihnen einfach, z. B. die Bodenseeschule. Sie wissen, dass in Muldingen eine solche Schule, die ein längeres gemeinsames Lernen zum Konzept hat, besteht. Schauen Sie doch einmal hin, wie die das machen. Wissen Sie, wo das Problem liegt? Die müssen alle in den Privatschulbereich abwandern,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So sieht's aus! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ist das etwas Schlimmes?)

weil das staatliche Schulwesen eine solche Entwicklung verhindert. – Ich halte es für problematisch, dass Ihre Politik dazu führt, dass sich Schulen privat orientieren müssen, um etwas Vernünftiges zu machen. Das kann doch nicht der Sinn sein.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Es hilft auch, Herr Schebesta, wenn Sie einmal über den Tellerrand des eigenen Landes schauen, z. B. in die benachbarte Schweiz. Ich empfehle Ihnen, einmal nach Alterswilten zu fahren. Wir waren mit unserem Arbeitskreis letzte Woche dort. Wir haben die Zeit der Herbstferien genutzt, um uns weiterzubilden.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Wir auch!)

Dort funktioniert eindeutig das Schulsystem, dass die Kinder gemeinsam in die Klassen gehen, in den Klassen 7 bis 9 sogar jahrgangsübergreifend. Dort haben sie Ergebnisse, die mit denen an anderen Schulen vergleichbar sind, die sogar besser sind.

Es gibt also genügend Beispiele, die belegen, dass das alles funktioniert. Nur Sie wollen es noch immer nicht wahrhaben.



(Norbert Zeller)

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das sind gute Beispiele, aber es gibt keine strukturelle Begründung dafür!)

Das Ifo-Institut, wahrlich nicht ein Institut der Sozialdemokratie, sagt: Die frühe Auslese ist falsch. Ich bitte Sie, einfach einmal in sich zu gehen und einzusehen, dass das, was Sie machen, wirklich der falsche Weg ist.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Sind das Pädagogen oder Wirtschaftsforscher?)

– Es gibt verschiedene Blickwinkel. Wenn sich die pädagogische Sichtweise mit der wirtschaftlichen Sichtweise deckt, bin ich froh. Warum soll man das dann nicht machen?

(Abg. Volker Schebesta CDU: Es ist aber halt nicht so!)

Ich habe da kein Problem.

Sie loben die neue Werkrealschule – das haben Sie gerade wieder gemacht.

(Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Zu Recht!)

Ich sage Ihnen aber eines: Sie betreiben derzeit eine unverantwortliche Politik gegen die Interessen des ländlichen Raums.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen  
– Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

– Schauen Sie sich um, Herr Kluck, gehen Sie hinaus. Wohnortnahe Schulen im ländlichen Raum werden schlichtweg plattgemacht.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Alles falsch! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wollt ihr nicht Regionalschulen?)

Es wird ihnen eben keine Perspektive gegeben. Wir wollen sie ihnen geben.

Die Staatlichen Schulämter sind zurzeit auf Geheiß Ihres Ministers dabei, die Kommunen unter Druck zu setzen.

(Beifall der Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ha no!)

Es wird so getan, als hätten die Kommunen keine andere Chance. Das ist einfach unwahr. Den Kommunen wird vorgegaukelt, nach dem 15. Dezember, einem Datum, von dem auch Sie immer wieder reden, würde nichts mehr passieren. Das, was Sie hier machen, ist schlichtweg falsch.

Ihr Interesse ist natürlich, vor dem Jahr 2011 Vollzug zu melden, um möglichst Ruhe zu haben.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das wird ihnen aber nicht gelingen!)

Aber da spucken Ihnen einige Kommunen doch in die Suppe. Es gibt Gott sei Dank Widerstand im ländlichen Raum und auch in den Städten. Ich könnte Ihnen vorlesen, was Frau Eisenmann gestern zu Ihrem Konzept gesagt hat oder was OB Vogler aus Ravensburg dazu sagt, der die neue Werkrealschule nicht für die beste Möglichkeit hält.

Ich könnte weitermachen, meine Damen und Herren. In der Tat: Diese neue Werkrealschule ist keine zukunftsweisende pädagogische Innovation. Die Probleme der Hauptschule und damit auch der neuen Werkrealschule werden nicht verringert oder gar gelöst.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Peter Straub:** Herr Abg. Zeller, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schebesta?

**Abg. Norbert Zeller** SPD: Ja, bitte.

**Abg. Volker Schebesta** CDU: Herr Kollege Zeller, die SPD hat ihr Schulstrukturmodell lange mit dem Begriff „Regionalschule“ belegt. Eine Regionalschule ist aber schon vom Begriff her etwas, was darauf hinweist, dass es keine wohnortnahe, lokale Schule ist.

Können Sie uns etwas sagen, was den Eindruck verwischt, dass Sie diesen Begriff nur deshalb nicht mehr so stark verwenden, um die eben von Ihnen angeführten Argumente bringen zu können, obwohl mit Ihrer Regionalschule genau das Gegenteil von wohnortnaher Schulentwicklung entstehen würde?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP)

**Abg. Norbert Zeller** SPD: Herr Schebesta, ich bin gern bereit, Ihnen und denen, die jetzt Beifall geklatscht haben, das, was wir im Schulausschuss schon öfter dargelegt haben, noch einmal zu erläutern.

Wir haben den Begriff „Regionalschule“ deswegen gewählt, weil wir damit eine Form der Gestaltungsmöglichkeit zum Ausdruck bringen wollten.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Wir sind von diesem Begriff nicht deshalb abgekommen, weil wir davon sozusagen Abstand nehmen würden, sondern deshalb, weil z. B. im Blick auf Schleswig-Holstein eine Begriffsverwirrung entstanden wäre. Wir haben gesagt: Unser Ziel – um es klar und deutlich zu sagen; das sagen wir übrigens schon seit Langem, nicht erst seit gestern – sind die Gemeinschaftsschulen, Schulen, die wohnortnah angeboten werden und die Abschlüsse – –

(Abg. Volker Schebesta CDU: Regional halt!)

– Nein. – Die Schule in Bergatreute z. B. – um eine Schule zu nennen; sie liegt zwischen Ravensburg und Wangen; sie ist eine hervorragende Schule, schon bisher eine Grund- und Hauptschule mit Werkrealschule – würde gern auch den echten mittleren Bildungsabschluss anbieten sowie die Möglichkeit, in der Sekundarstufe II weiterzumachen. Diese Schule hat ein Konzept vorgelegt, das schlüssig ist. Die Kinder haben ein wohnortnahes Angebot. Aber es besteht eben keine Möglichkeit, keine Chance, dies umzusetzen, weil Sie das verhindern. Das ist das Problem.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Aber nicht mit Ihrer Regionalschule!)

(Norbert Zeller)

Das, was die Kommunen beantragen und wollen, damit die Schule wohnortnah bleibt, verhindern Sie. Sie räumen nicht die Möglichkeit ein, entsprechende Anträge zu realisieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen bedeutet Ihr Konzept das Aus für die einzügigen Hauptschulen. Das hatte ich Ihnen bei der Beratung des Gesetzentwurfs zur Einführung der neuen Werkrealschule gesagt. Sie machen alle einzügigen Hauptschulen platt. Ich habe mit Schulamtsleuten verschiedener Schulämter gesprochen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber nenn die Namen nicht! Das wäre gefährlich!)

Das Ziel ist, Vollzug zu melden: nur noch zweizügige Hauptschulen. Es kann doch wahrlich nicht Ihre Politik sein, den ländlichen Raum damit sozusagen auszubluten. Das ist nämlich das Ergebnis.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Peter Straub:** Herr Abg. Zeller, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Abg. Norbert Zeller SPD:** Deswegen werden wir den von den Grünen vorgelegten Gesetzentwurf unterstützen, weil seine Richtung stimmt.

Nachdem der Minister bei diesem Punkt wirklich uneinsichtig ist, fordere ich Sie von den Koalitionsfraktionen – insbesondere mit Blick auf die FDP/DVP – abschließend nochmals auf: Machen Sie das, was Sie, Frau Arnold, draußen immer wieder verkünden, endlich wahr, dass die Kommunen, die ein Konzept vorlegen und darlegen, dass es zu unserem jetzigen Schulsystem sinnvolle Alternativen gibt, ihr Konzept ausprobieren können, damit sie Ihnen endlich beweisen können, dass es funktioniert,

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Genau!)

und Ihre gegenteiligen Behauptungen widerlegt werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Arnold.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Jetzt wird es hoffentlich ein bisschen liberaler!)

**Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP:** Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es bleibt dabei: Die FDP/DVP-Fraktion lehnt den vorgelegten Gesetzentwurf ab. Sie lehnt ihn zum einen deshalb ab – Sie, Frau Rastätter, haben es eben klipp und klar noch einmal ausgeführt –, weil Sie in einem ersten Schritt unser Schulsystem völlig verändern wollen. Sie wollen Realschule, Hauptschule und Gymnasium zugunsten einer Basischule abschaffen; früher haben Sie es „Gemeinschaftsschule“ genannt. Wir werden diesen Weg auf keinen Fall mitgehen.

(Beifall des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wer hat da geklatscht?)

Ich habe leider nicht die Zeit, Ihnen aufgrund der Eckdaten noch einmal ausführlich darzulegen, weshalb wir wissen, dass wir in unserem Land ein auf nationaler und internationaler Ebene erfolgreich agierendes Schulsystem haben. Wie gesagt: Die Zeit reicht nicht. Aber wir werden den Teufel tun, dieses erfolgreiche Schulsystem durch eine völlig verfehlte Strukturreform aufs Spiel zu setzen.

Zweitens: Wir lehnen Ihren Gesetzentwurf auch deshalb ab, weil er widersprüchlich ist. Sie haben vorhin gesagt, der Begabungsbegriff existiere für Sie nicht mehr.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Das stimmt auch. In § 3 werfen Sie diesen Begriff auch aus Ihrem Gesetzentwurf hinaus. Aber in § 4 taucht der Begriff wieder auf. Dort steht: „unterschiedliche Begabungen“ – ihnen müsse man entsprechen. Was denn nun, Begabung Ja oder Nein?

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Werden Sie sich darüber erst einmal klar.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Wir lehnen auch deshalb Ihren Schulgesetzentwurf ab.

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Kollege Schebesta hat schon die forsa-Umfrage angesprochen: Ihr Gesetzentwurf basiert auf den falschen Voraussetzungen. Mehr als zwei Drittel der Menschen in diesem Land wollen Ihr neues Schulgesetz nicht.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Die wollen aber auch G 8 nicht!)

Die wollen keine Basisschule, und wir sind gut beraten, wenn wir diese Meinung zu unserer Meinung machen. Das tun wir hier auch.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Man kann sein Leben lang den Kopf in den Sand stecken!)

Um es in einem Satz zu sagen: Unsere Bildungspolitik basiert nicht auf Wunschdenken und auf Stimmungsbildern, sondern sie basiert auf empirischen Daten, die wir in unserer Bildungspolitik berücksichtigen. Diese empirischen Daten haben Sie nicht.

Die wenigen Studien, die wir in diesem Bereich überhaupt haben, kommen alle zu demselben Ergebnis: Relativ homogen zusammengesetzte Lerngruppen sind erfolgreicher.

(Widerspruch bei den Grünen und der SPD – Abg. Norbert Zeller SPD: Wo haben Sie denn das jetzt her? – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Warum haben die Privatschulen so einen Zulauf? – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das bringen Sie uns bitte einmal bei!)

Wir haben keinerlei empirische Daten, die belegen, dass die Gemeinschaftsschule von vornherein besser ist. Deshalb gehen wir den Weg weiter, den wir bisher erfolgreich gegangen sind.

(Dr. Birgit Arnold)

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Eine Regel aus dem Jahr 1964! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Walter, da sind Sie noch nicht zur Schule gegangen!)

Ich möchte an dieser Stelle einen Blick auf die moderne Hirnforschung werfen, meine Damen und Herren.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP zu Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Hören Sie einmal zu!)

Die moderne Hirnforschung bringt sehr interessante Ergebnisse auch für uns Bildungspolitiker.

(Unruhe – Zuruf: Seid doch einmal ruhig!)

Man hat festgestellt: Wenn ein Mensch motiviert werden soll, etwas zu tun, muss das Gehirn drei Botenstoffe aussenden. Dann raffen wir uns auf zu egal was, auch zum Lernen. Diese drei Botenstoffe werden aber nur ausgesandt, wenn dieser Mensch in einem sozialen Beziehungsgeflecht steht,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Bei einer Klasse mit 32 Kindern? Wunderbar!)

wenn er wahrgenommen wird, wenn er weiß: „Ich bedeute etwas für meine Mitmenschen“, wenn er erfährt: „Ich bin wichtig für meine Mitmenschen.“ Ohne dieses Beziehungsgeflecht gibt es diese Botenstoffe nicht und gibt es keine Motivation.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Und die werden nur im dreigliedrigen Schulsystem ausgeschüttet?)

Das ist das Erfolgsmodell von erfolgreich arbeitenden Schulen.

(Abg. Heiderose Bertho FDP/DVP: So ist es! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Arbeiten die Waldorfschulen nicht erfolgreich? – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Die haben 42 Schüler pro Klasse! Das funktioniert gut!)

Erfolgreich arbeitende Schulen, egal, wie sie strukturiert sind, schaffen es, dieses Beziehungsgeflecht herzustellen.

(Unruhe)

Sie schaffen es, ein stabiles Bildungsgeflecht zwischen Lehrern und Schülern herzustellen. Automatisch werden die Schüler motiviert, und wer motiviert ist, lernt gern und lernt gut. Das ist unser Ziel. Wir wollen in Baden-Württemberg eine Bildungslandschaft immer weiter ausbauen, die genau das schafft. Dazu brauchen wir natürlich die nötigen Rahmenbedingungen.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Das dreigliedrige Schulsystem! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Genau!)

Deshalb halten wir, Uli Rülke, mit Zähnen und Klauen an unserer Bildungsoffensive fest.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Denn hier schaffen wir diese Rahmenbedingungen. Wir brauchen überschaubare Klassen; das heißt, wir müssen den Klas-

senteiler senken. Wir brauchen gute und mit dem entsprechenden Wissen ausgestattete Lehrer. Wir sind dabei, unsere Lehrerausbildung zu novellieren. Wir brauchen mehr Ganztagsbetreuung, um dieses motivierende Beziehungsgeflecht an den Schulen aufzubauen. Hier setzen wir unsere Ressourcen ein.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Das ist das, was wir unter verantwortungsvoller Bildungspolitik verstehen, und nicht das, was Sie darunter verstehen.

Vielleicht darf ich noch einen Gedankengang anfügen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Drei Botenstoffe gibt es nur im dreigliedrigen Schulsystem! War das Ihre Botschaft? – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sind doch Biologe! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: An der Einheitsschule gibt es bloß einen Botenstoff!)

Wissen Sie, warum ein Mensch aggressiv wird? Aus der Hirnforschung wissen wir: Ein Mensch wird automatisch aggressiv, wenn ihm Schmerz zugefügt wird. Aber wenn sich ein Mensch sozial ausgegrenzt fühlt, reagiert interessanterweise dasselbe Areal im Hirn. Das heißt, Aggressionen entstehen nicht nur durch realen Schmerz, sondern auch durch soziale Ausgrenzung.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Soziale Ausgrenzung findet doch im gegliederten System statt! Durch frühes Sortieren entsteht Aggression! – Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

– Darf ich meinen Satz zu Ende bringen? – Ich erinnere an die Debatte, die wir heute Vormittag über die Aggressivität auf unseren Straßen geführt haben.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Dann gehen Sie einmal in die Grundschule!)

Junge Menschen, die in einer Schule groß werden, in der sie motiviert werden – ich habe die Rahmenbedingungen genannt; wir sind dabei, diese Rahmenbedingungen zu verbessern –,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Da muss man die Hirnforschung ein bisschen genauer studieren!)

junge Menschen, die gern lernen, die gern zur Schule gehen und sich dort wohlfühlen, gehen nicht auf die Straße und machen Randalen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Deshalb ist eine gute Bildungspolitik auch unter gesamtgesellschaftlichen Aspekten unverzichtbar. Es ist genau richtig, was Innenminister Rech gesagt hat: Es geht nicht nur um mehr Polizisten oder mehr Geld, sondern ein Stück weit können wir in der Schule Prävention machen.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Deshalb ist Bildungspolitik für unsere Gesellschaft so wichtig, und wir machen davon keine Abstriche.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau.

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Debatte führen wir ja nicht zum ersten Mal, aber ich bin gern bereit, mir das immer wieder von Ihnen anzuhören. Ich bitte Sie dann aber, auch unsere Argumente gut zu wägen.

Frau Rastätter, ich bin ja ganz froh, wenn wir Gemeinsamkeiten entdecken. Wenn wir über individuelle und differenzierte Förderung reden, dann haben wir überhaupt kein Problem, dort zueinander zu finden. Das ist hier in diesem Haus nicht umstritten. Umstritten ist nur das, was Sie uns als Rezept hierzu empfehlen. Ich glaube, es ist richtig, dass wir – das ist ein Zitat von Ihnen – den Blick auf das Kind richten und nicht auf die Struktur. Aber das Erste, was Sie tun, ist, Strukturdebatten zu führen. Bleiben Sie doch einfach Ihrer eigenen Argumentation treu, und richten Sie den Blick auf das Kind.

Sie wissen, dass von vielen Experten die Mahnung ausgesprochen wird, dass wir nicht in nutzlose Strukturdebatten verfallen, sondern uns überlegen sollten, welche Möglichkeiten der Schulentwicklung in den Schulen selbst angelegt sind. Sie haben das Beispiel Rheinau genannt. Ich kann Ihnen noch viele andere Beispiele nennen. Wir haben extra einmal Beispiele für Sie zusammengestellt. Ich glaube aber, Herr Zeller geht lieber zur Fortbildung in irgendeine Schule in der Schweiz, anstatt dass er sich einmal die Beispiele aus Baden-Württemberg dafür anschaut, was in unserem Land an Schulentwicklung, an Umsetzung pädagogischer Konzepte, die dem einzelnen Kind zugutekommen, möglich ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Deswegen bringen uns die Schulstrukturdebatten, die in Deutschland seit nunmehr 100 Jahren geführt werden, nicht wirklich weiter. Die Debatte, die Sie hier angezettelt haben, ist damit auch irgendwie gestrig.

(Glocke des Präsidenten – Abg. Dr. Nils Schmid  
SPD: Aber das ist Ihr Schulgesetz auch!)

**Präsident Peter Straub:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kretschmann?

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau:** Ja, bitte.

**Präsident Peter Straub:** Bitte, Herr Kretschmann.

**Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE:** Herr Minister, wenn es Ihnen auf Strukturen nicht ankommt, dann müssen Sie sich doch einmal Folgendes fragen lassen: Warum halten Sie denn so eisern an Ihrer Struktur fest, und zwar selbst gegenüber Kommunen und Schulträgern, die etwas anderes wollen, die eine andere Schule wollen? Was Sie machen, ist doch intellektuell nicht redlich. Sie halten eisern an Ihrer eigenen Struktur fest. Wenn Strukturen nicht so wichtig sind – wie Sie selbst sagen –, dann geben Sie doch einfach einmal bei den Schulen nach, in denen die Leute etwas anderes wollen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau:** Lieber Herr Kretschmann, ich habe es erst in der letzten Debatte zum gleichen Thema erklärt: In unseren Schulen ist viel Entwicklung möglich. Keine Schule ist wie die Nachbarschule. Jede Schule hat enorm große Gestaltungsspielräume.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Jawohl!)

Diese Spielräume werden in der Schule zugunsten der Schülerinnen und Schüler genutzt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wo leben Sie denn?)

Aber das Schulsystem selbst braucht ein Geländer, an dem sich die Schule orientieren kann,

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Also doch eine Struktur!)

ein Geländer, das verlässlich ist, ein Geländer, das garantiert, dass Mobilität stattfinden kann,

(Abg. Norbert Zeller SPD: Faule Ausrede!)

das Transparenz und Vergleichbarkeit auch bei Bildungsergebnissen schafft. Solange die Ergebnisse, die unsere Schulen mit den Kindern, mit allen Lehrkräften, mit den Eltern erarbeiten, im nationalen und internationalen Vergleich so gut sind, wie sie sind,

(Abg. Norbert Zeller SPD: Sie wollen doch aus PISA aussteigen!)

so lange sehe ich keinen Grund dafür, an diesem Geländer so herumzuxperimentieren, dass am Ende etwas herauskommt, was nur Schaden anrichtet. Deswegen halten wir daran fest.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Peter Straub:** Herr Minister, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage bzw. eine Kurzintervention der Frau Abg. Rastätter?

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau:** Ja.

**Präsident Peter Straub:** Bitte, Frau Rastätter.

**Abg. Renate Rastätter GRÜNE:** Herr Kultusminister Rau, nachdem Sie erneut den Begriff des Geländers verwendet haben, möchte ich Sie einfach noch einmal Folgendes fragen. Wir haben 2004 mit der Bildungsplanreform ganz deutliche Qualitätssicherungsinstrumente in Baden-Württemberg eingeführt – es wurde auch von Ihnen immer besonders betont, wie innovativ Baden-Württemberg hier sei –: die Bildungsstandards, die Kerncurricula, die Schulevaluation – die schulinterne Evaluation und die externe Evaluation, die ebenfalls stattfindet – und die zentralen Abschlussprüfungen. Hier haben wir also nicht nur ein Geländer, sondern fünf Geländer, an denen sich jede Schule nicht nur orientieren kann, sondern sich sogar orientieren muss; das wird auch überprüft.

Weshalb bezeichnen Sie ein Schulsystem, bei dem es gravierende Veränderungen gibt – die Hauptschule, die ursprünglich

(Renate Rastätter)

für 70 % aller Kinder konzipiert worden war, wird nunmehr von nur noch 25 % der Schüler besucht, ist also längst durchlöchert; die Abstimmung mit den Füßen zeigt das deutlich; gleichzeitig findet ein erheblicher Druck in der Grundschule statt –, als Geländer und nicht die von Ihnen selbst so gelobten Qualitätssicherungsinstrumente, an die jede Schule gebunden ist?

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau:** An die Qualitätssicherungsinstrumente ist natürlich jede Schule gebunden.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ja, eben!)

Klar ist aber auch, dass wir unterschiedliche schulische Wege eröffnen, um in einem sehr vielfältig angelegten Bildungswesen dazu beizutragen, dass die Schülerinnen und Schüler ihre Potenziale ausschöpfen können. Das können sie nicht in einem einfältigen Bildungswesen.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Das können sie nur dann tun, wenn sie viele Entwicklungsmöglichkeiten haben. Diese gibt es bei uns. Aufstieg durch Bildung findet nirgendwo anders so umfangreich statt wie in Baden-Württemberg.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Sie behaupten das!)

– Das ist so.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Frau Rastätter, Sie argumentieren immer wieder mit der Frage nach der sozialen Gerechtigkeit.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ja! Genau!)

Was ist gerechter als ein Angebot, das immer wieder neue Weichenstellungen zugunsten zusätzlicher Bildungsqualifikationen ermöglicht? Das ist das gerechteste Angebot, das wir überhaupt unterbreiten können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das führt dazu, dass bei uns in Baden-Württemberg mittlerweile die Hälfte aller Studienberechtigungen nicht mehr an den allgemeinbildenden Gymnasien erworben werden, sondern auf anderen Bildungswegen, die wir für Kinder und Jugendliche geschaffen haben, um der Vielfalt gerecht zu werden und sie nicht in Einfalt enden zu lassen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das gibt es nur in Baden-Württemberg! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Was ist das Ergebnis? – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Egal!)

Meine Damen und Herren, es gibt Länder, die es auf andere Weise versuchen. Brandenburg hat eine sechsjährige Grundschule eingeführt. Ergebnis: Absturz bei der Frage des Zusammenhangs zwischen soziokultureller Herkunft und Bildungsaufstieg. Es zeigen sich deutlich verschlechterte Werte.

Bei uns zeigen sich hingegen ständig verbesserte Werte, weil wir unser Augenmerk darauf gerichtet haben. Wir sind nicht am Ziel, aber wir sind auf einem guten Weg und darin auch bestätigt worden.

Herr Professor Bos, der das IGLU-Konsortium Grundschuluntersuchung geleitet hat, hat uns bei einer Informationsveranstaltung zu IGLU und PISA in der letzten Runde gesagt:

*Wenn man ein anderes Schulsystem will, muss man das politisch begründen. Die Daten von IGLU und PISA geben für diese Entscheidung nichts her.*

Herr Zeller, unterlassen Sie es also bitte, zu behaupten, irgendwo werde dargelegt, dass ein Einheitsschulsystem erfolgreicher sei als ein gegliedertes und differenziertes Schulwesen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Die Grundschule ist eine Einheitsschule!)

– Die Grundschule ist eine Schule, in der die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die Kinder danach differenziert auf unterschiedlichen Wegen weitergehen und damit auch unterschiedliche Bildungschancen wahrnehmen können, die ihnen jeweils entsprechen.

Die Vielfalt der pädagogischen Angebote ist entscheidend. Deshalb haben die Schulträger so viel Wert darauf gelegt, dass sie beispielsweise bei der Frage der Werkrealschule nicht aus der Entscheidung herausgenommen werden, sondern die entscheidende Rolle bei der Frage spielen, wo welche Werkrealschule eingerichtet wird.

Wenn Herr Zeller behauptet, hierbei würden wir die Gemeinden „plattmachen“, so ist das schlicht verleumderisch. Die Gemeinden haben darauf bestanden, dass § 30 des Schulgesetzes erhalten bleibt und zur Anwendung kommen kann. Natürlich kann keine Schule gegründet werden, wenn die zahlenmäßigen Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Dass diese Werkrealschule jedoch gewollt wird, sehen wir im ganzen Land. Wissen Sie, wer die Werkrealschule vor allem will? Das bereitet Ihnen sicherlich ein großes Problem: Die Eltern wollen sie. Wenn die Kommunen zögern, dann sorgen die Eltern dafür, dass sie gewollt wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Weil die Alternative noch schlechter ist! Das ist der Grund!)

Deswegen werden wir diesen Weg weitergehen, um deutlich zu machen, dass wir ein durchlässiges Bildungssystem, ein Bildungssystem der vielen Möglichkeiten, ein Bildungssystem unterschiedlicher Profile und ein Bildungssystem vielfältiger Partnerschaften für die Schule haben. Das ist die Voraussetzung dafür, dass Schulentwicklung gelingen kann.

Sie hingegen wollen uns auf einen Weg führen, der durch Sie ideologisch geprägt ist. Wir werden diesen Weg nicht mitgehen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wenn ich das Wort „Ideologie“ von Ihnen schon höre! Was Sie sagen, ist hoch ideologisch!)

Wir sind darin bestätigt worden. Die Länder Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen, in denen übrigens allesamt schwarz-gelbe Koalitionen regieren, sind die erfolgreichsten

(Minister Helmut Rau)

Bildungsländer in Deutschland, und das werden wir auch bleiben, weil wir am bestehenden Bildungssystem festhalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Zuruf von der SPD: Nach der Landtagswahl sprechen wir uns wieder!)

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/2743.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Sport empfiehlt Ihnen in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 14/5240, den Gesetzentwurf abzulehnen. Ich bitte, damit einverstanden zu sein, dass ich den Gesetzentwurf im Ganzen zur Abstimmung stelle. Wer dem Gesetzentwurf Drucksache 14/2743 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, auf der Tribüne begrüße ich sehr herzlich eine Gästegruppe aus Jiangsu, der Partnerprovinz von Baden-Württemberg, welche auf Einladung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst in Baden-Württemberg weilt.

Die Delegation wird geleitet vom Vizeminister des Ministeriums für Wissenschaft und Technologie der Provinz Jiangsu, Herrn Xia Bing.

Verehrte Gäste aus China, ich wünsche Ihnen weiterhin einen informativen Aufenthalt in unserem Land sowie viel Erfolg für Ihre Gespräche und Vorhaben.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung – Drucksache 14/5170**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Drucksache 14/5246**

**Berichterstatteerin: Abg. Theresia Bauer**

Das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Aussprache erteile ich Frau Abg. Kurtz das Wort.

**Abg. Sabine Kurtz** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir alle waren uns im Ausschuss eigentlich sehr einig über diesen Gesetzentwurf und hatten auch gedacht, wir könnten die zweite Lesung ohne Aussprache durchführen. Wir hatten am 8. Oktober schon einmal ausführlich darüber gesprochen, dass wir die herge-

brachte ZVS in eine Servicestelle umgestalten wollen, die für mehr Klarheit und eine zügigere Vergabe der Studienplätze sorgen soll.

Wir hatten betont, dass wir sehr froh darüber sind, dass sich das Land Baden-Württemberg hier im Konzert der Länder mit seinen Zielen durchgesetzt hat. Es schien uns also alles geregelt.

Wir haben zusätzlich die Berichtspflicht für das Jahr 2014 aufgenommen, um dann noch einmal zu prüfen, ob die Ziele des Landes bei dieser neuen Servicestelle verwirklicht sind.

Ganz wichtig ist der CDU-Fraktion, dass diese neue ZVS zum Studienjahr 2011/2012 wirklich funktioniert, weil dann der doppelte Abiturjahrgang auf den Bewerbermarkt um die Studienplätze drängt. Wir sind also der Meinung, dass das jetzt vorangehen muss, und bitten daher um Zustimmung zu dem Gesetz zu dem Staatsvertrag.

Dem Änderungsantrag der SPD können wir überhaupt nicht zustimmen. Er würde eine nochmalige Verzögerung mit sich bringen. Wenn ich die Begründung lese – man wolle die Regierung davon abhalten, bei der Wahrnehmung der Kündigungsmöglichkeit „im Affekt“ zu handeln –, dann muss ich sagen: Schon allein wegen dieser Begründung können wir diesem Antrag nicht zustimmen.

(Heiterkeit der Abg. Werner Pfisterer und Dr. Klaus Schüle CDU)

Es kann auch nicht sein, dass wir die Regierung nach all den vorangegangenen Diskussionen verpflichten, wenn es nicht läuft, noch einmal ein Netz und einen doppelten Boden sowie eine Diskussionsschleife einzulegen. Wir sind der Meinung, dass dies jetzt gut konzipiert ist und dass eine Sicherung eingebaut ist. Wir bitten jetzt in zweiter Lesung schlichtweg um Zustimmung zu dem Gesetzentwurf zu dem Staatsvertrag.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

**Präsident Peter Straub:** Zur Beratung rufe ich außerdem den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5365, auf.

Bitte schön, Herr Abg. Stober. Sie haben das Wort.

**Abg. Johannes Stober** SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die neue gemeinsame Einrichtung für Hochschulzulassung – Frau Kollegin Kurtz hat sie gerade eben als „neue ZVS“ bezeichnet – ist ein wichtiger Meilenstein, um das derzeitige Zulassungschaos an unseren Hochschulen zu beenden.

Sie bekommt zwei Aufgaben übertragen: Zum einen muss sie das tun, was heute die ZVS macht, und zwar für die Studiengänge, in denen die Studienplätze zentral verteilt werden, und zum anderen hat sie zusätzliche Serviceangebote zu schaffen. Dabei geht es insbesondere um die Koordination der Zulassung in den Studiengängen mit örtlichen Zulassungsbeschränkungen. Ich denke, der Weg, der da eingeschlagen wird, ist richtig. Darüber waren wir uns im Ausschuss alle einig.

(Johannes Stober)

Im Ausschuss haben wir noch den konkreten Termin für die Evaluation geändert. Er liegt zum einen früher, zum anderen ist er nicht mehr zeitlich offen, weil er nicht mehr davon abhängt, wann der Staatsvertrag letztlich in Kraft tritt. Wir begrüßen sehr, dass diese Evaluation im Jahr 2014 stattfinden wird, um zu sehen, was erfolgreich ist und was möglicherweise verbessert werden muss.

Positiv ist auch die Berichtszusage der Landesregierung über wichtige Daten wie z. B. die nicht besetzten Studienplätze. Heute sind an einzelnen Studiengängen in unseren Universitäten bis zu 10 % der Studienplätze unbesetzt. Die Zahlen sind bekannt, und man will sie verringern. Dass das Parlament relativ zügig über die Zahlen, die sowieso da sind, informiert wird, ist sicherlich auch wichtig und gut.

Wir können daher der neuen Zulassungsstelle nur viel Erfolg wünschen. Sie hat eine schwierige Aufgabe vor sich. Wir hoffen vor allem, dass die Softwareprobleme, die es in diesem Zusammenhang offensichtlich gibt, auf jeden Fall gelöst werden können, und wir hoffen natürlich auch, dass die Servicestelle im Jahr 2012, wenn wir die doppelten Abiturjahrgänge haben – das ist dann wirklich eine große Aufgabe für diese Servicestelle –, die damit einhergehenden Probleme bewältigen kann. Es gibt dann womöglich Schwierigkeiten.

Wir haben das Programm „Hochschule 2012“ sehr ingenieurwissenschaftlich ausgerichtet. Wir haben die geisteswissenschaftlichen Studiengänge nicht ausgebaut, haben aber auch dort möglicherweise mehr Bewerber. Vor diesem Hintergrund sind Aufgaben der Koordination – möglicherweise auch mit anderen Bundesländern – zu lösen; dies wird auf die neue Einrichtung zukommen.

Etwas verwundert sind wir über den Entschließungsantrag, und zwar insbesondere über den Tenor, der darin angeschlagen wird. Wenn man schon so direkt wieder von der Kündigung dieses Staatsvertrags redet, weiß ich nicht, ob man ihn dann auch wirklich will. Es ist klar, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass man dann, wenn sich ein Verfahren nicht bewährt, später irgendwann die Reißleine ziehen muss und diesen Staatsvertrag möglicherweise kündigt. Bevor man aber so etwas tut, muss man zumindest versuchen, mit unseren Partnern – das sind die anderen 15 Bundesländer – die Probleme auf der Basis des bestehenden Staatsvertrags in den Griff zu bekommen. Erst wenn das nicht gelingt, kann unseres Erachtens eine Kündigung wirklich in Betracht kommen.

Ich möchte auch daran erinnern, dass wir den Staatsvertrag nicht einfach ohne Ersatz kündigen können, da das Grundrecht auf freie Berufswahl nach Artikel 12 des Grundgesetzes zwingend gewahrt bleiben muss – eine Aufgabe, die heute die ZVS erledigt und die nun auf die Länder übertragen wird.

Das Einzige, was in dem neuen Staatsvertrag wirklich freiwillig ist, ist das neue Serviceverfahren. Allerdings frage ich mich, ob es wirklich der richtige Weg ist, den Service gleich ganz abzuschaffen, indem man den Staatsvertrag kündigt. Der vernünftiger Weg scheint mir eher zu sein, den Service zu verbessern, wenn er nicht unseren Vorstellungen entspricht. Gleich mit der Kündigung in der Hand herumzurennen, wie es offenbar insbesondere unser Kollege Bachmann, aber leider vorhin auch Sie, Frau Kurtz, getan haben, wird sicher niemandem helfen, insbesondere nicht den vielen Abiturientinnen

und Abiturienten, die auf einen guten Service bei der Studienplatzwahl angewiesen sind, damit sie auch wirklich den Studienplatz finden, der zu ihnen passt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Bauer.

**Abg. Theresia Bauer GRÜNE:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie in der ersten Lesung schon angekündigt, begrüßt auch die Fraktion GRÜNE die neue ZVS als Serviceeinrichtung, um den Hochschulzugang bundesweit zu erleichtern, zu verbessern und transparenter zu gestalten. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Deswegen werden wir heute dem Staatsvertrag zustimmen.

Wir haben diese Forderung seit 2003 gestellt. Wir waren immer der Auffassung, dass der Hochschulzugang, der ein sehr hohes Gut darstellt – es geht um die freie Berufswahl von Studierenden –, organisiert und geregelt werden muss, dass es im Verfahren Spielregeln geben muss, die dieses hohe Recht absichern. Denn wir haben es mit der Situation zu tun, dass junge Menschen einen Studienplatz suchen. Dabei drängen weit mehr Menschen auf diesen Markt, als Studienplätze vorhanden sind. Wir haben es mit einer Knappheitssituation zu tun. Deswegen müssen wir dafür sorgen, dass ein Höchstmaß an Durchschaubarkeit, an Fairness und Gerechtigkeit gewährleistet ist.

Wir haben in den letzten Jahren erlebt – seit der Hochschulzugang dezentralisiert wurde –, dass der Zugang nicht geklappt hat. Die Verfahren haben zu Verzögerungen geführt, Studienplätze wurden nicht belegt bzw. zum Teil viel zu spät im Semester belegt, sodass es einen dringenden Korrekturbedarf gibt. Die Konzeption der ZVS-Serviceeinrichtung geht dabei in die richtige Richtung. Deswegen begrüßen wir dies.

Ich möchte auf zwei Punkte eingehen, die ich dennoch für problematisch halte. Der eine ist, dass man das Recht, sich zu bewerben, bei diesem Serviceverfahren auf zwölf Bewerbungen pro Studienanfänger begrenzt. Das klingt nach viel. Sich zwölfmal bewerben zu können scheint eine erkleckliche Anzahl. Doch angesichts der neuen Studiengänge, der vielen „Minibachelors“, die wir jetzt haben – wir haben allein über 900 Bachelorstudienangebote in Baden-Württemberg –, sind zwölf Möglichkeiten, die man hat, um sich zu bewerben, nicht mehr viel. Es ist nicht mehr so wie früher, dass die Studiengänge studentische Massen aufnehmen.

Die Beschränkung der Anzahl der Bewerbungen ist eine Einschränkung der Berufswahlfreiheit. Wir müssen schauen, ob das nicht eine unzumutbare Einschränkung ist.

Zweitens: Die Teilnahme an dem Verfahren ist für die einzelnen Hochschulen freiwillig. Auch das ist problematisch. Es gibt nämlich Verfahren der Koordination und der Vereinbarung, deren Gelingen davon abhängt, dass sich die Einrichtungen daran beteiligen. Es kann also passieren, dass dann, wenn nicht genügend Hochschulen mitmachen, das gesamte Verfahren zusammenbricht, weil die Koordination des Bewerbungsverfahrens – wenn nur ein Drittel der Hochschulen da-

(Theresia Bauer)

ran teilnehmen – zur Farce wird. Die Hochschulen, die teilnehmen, zahlen für das Koordinationsverfahren, und die Hochschulen, die nicht mitmachen, riskieren, dass das ganze Projekt nicht klappt.

Deswegen ist Freiwilligkeit bei der Teilnahme an diesem Verfahren nicht der richtige Weg. Die Spielregeln und das Verfahren muss man gemeinsam verabreden. Die Ausgestaltung dessen, z. B. die Ausgestaltung des konkreten Zugangsverfahrens, kann gern in der Autonomie der Hochschulen bleiben. Aber die Verfahren müssen aufeinander abgestimmt werden. Denn es kann nicht eine Frage der Freiwilligkeit sein, ob eine Hochschule ihre Studienplätze besetzt. Es kann auch nicht im Ermessen der Hochschulen liegen, ob die Besetzung der Studienplätze im November oder im September erfolgt. Das muss koordiniert, abgestimmt und abgesichert werden.

Deswegen werden wir sehr genau hinsehen, welche Folgen die Freiwilligkeit der Teilnahme hat und ob die Ankündigung des Ministers eintrifft, der gesagt hat, das Angebot sei so attraktiv, dass die Hochschulen schon mitmachen würden.

Eine Bemerkung sei mir zum Schluss noch erlaubt. Wir haben in Bezug auf diese neue Einrichtung den Eindruck, dass die Skeptiker hier im Parlament nicht auf der linken, sondern auf der rechten Seite sitzen. Sie haben sich mit der ZVS sehr lange schwergetan.

(Abg. Johannes Stober SPD: So ist es!)

Jetzt kommt es sehr verzögert zu diesem Staatsvertrag. Der baden-württembergische Wissenschaftsminister hat noch die Freiwilligkeit in den Vertrag hineinverhandelt.

Wir sind jetzt mit einem Antrag vonseiten der Regierungsfraktionen konfrontiert, der sagt: Falls es aber mit dem neuen Verfahren nicht klappt, dann bitte den Vertrag sofort kündigen. Er sollte vielmehr sagen: Falls es aber nicht klappt, dann sofort verbessern. Das muss doch der Auftrag sein! Wenn das Verfahren nicht funktioniert, dann sind wir alle in der Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass der Hochschulzugang besser, leichter und transparenter wird. Man kann doch nicht einfach hinnehmen, dass man sagt: „Probleme? Dann kündigen wir den Staatsvertrag.“ Und was dann?

Deswegen: Die Ambivalenzen gegenüber dem hier zu beschließenden Gesetz zu dem Staatsvertrag sitzen in diesem Haus auf der rechten Seite. Ich wünsche mir für dieses Haus und für die Studierenden, dass die Serviceeinrichtung den richtigen Rückenwind erhält und alle ihren Beitrag dazu leisten, damit das verbesserte Zugangsverfahren auch eine Chance auf Erfolg hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Bachmann das Wort.

(Abg. Johannes Stober SPD: Der 11. 11. kommt!)

**Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Anlässlich der ersten Lesung des Gesetzes zu diesem Staatsvertrag war Kollege Walter so freundlich, aus einer Plenarrede aus meiner An-

fangszeit als wissenschaftspolitischer Sprecher meiner Fraktion zu zitieren. Es ist mir eine hohe Ehre, dass schon jetzt aus meinen Werken zitiert wird. Dass gerade Kollege Walter dies tut, erfüllt mich mit großem Stolz.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es ist nur eine Frage, wie lange noch!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seinerzeit hatte ich erklärt, dass die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen, die Kultusministerkonferenz und das Bundesbildungsministerium in das Haus der Geschichte gehörten. Gemeint waren natürlich die Institutionen in ihrer damaligen Ausprägung.

Lassen Sie mich dies mit einem Beispiel klarmachen. Der Wahlkampffzug von Konrad Adenauer steht im Haus der Geschichte. Aber nur, weil dieses Relikt aus längst vergangenen Bundestagswahlkämpfen dort steht, ist die Institution „Bundestagswahl“ noch lange nicht dort gelandet. Das ist ein Umstand, der uns im Augenblick sehr zufrieden macht.

(Heiterkeit und Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Ähnlich ist es mit dem Bundesbildungsministerium. Es kommt darauf an, was man aus einer Institution macht. Zum Zeitpunkt der damaligen Rede stand ich wohl noch zu sehr unter dem Schock von Edelgard Bulmahn, aber je länger der Wechsel von Bulmahn zu Schavan zurückliegt, umso weniger erkennt man das Bundesbildungsministerium wieder. War früher zentralistische Gleichmacherei das Motto, so ist es heute die Anerkennung exzellenter Arbeit in den Ländern.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje, oje!)

Als Baden-Württemberger sollten wir ein Ministerium, das den Bildungsföderalismus nicht mehr infrage stellt, sondern die Exzellenz unserer Universitäten im Ländle würdigt, nicht mehr abschaffen.

Wie sagt man als Wengerter? „Neuer Wein in alten Schläuchen.“ Ähnliches geschieht mit der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen. Sie wird in „Stiftung für Hochschulzulassung“ umbenannt. Damit gibt es einen neuen Schlauch, und der alte wandert ins Haus der Geschichte. Schon das ist etwas wert.

Aber welchen Wein wird es in diesem Schlauch geben? Wir Koalitionsfraktionen setzen darauf, dass in dem neuen Schlauch auch neuer Wein eingelagert wird. Die von der Stiftung geplante bundesweite Koordinierung der Zulassungsverfahren ist auf jeden Fall neuer Wein. Sie ist sinnvoll, denn die bisherigen Zulassungsverfahren – Kollegin Bauer hat es noch einmal erwähnt – hatten gelegentlich zu einigen Verzögerungen geführt.

In Zukunft sollen die Universitäten in Sekundenschnelle online Auskunft darüber erhalten, ob eine Studentin oder ein Student noch auf dem Markt ist oder bereits einen Studienplatz angenommen hat. An diesem System können sich die Universitäten freiwillig beteiligen, und das ist gut so. Den Oppositionsantrag, der die Universitäten zur Teilnahme zwingen wollte, haben wir bereits in der Ausschusssitzung abgelehnt.

(Beifall bei der FDP/DVP)



(Dietmar Bachmann)

Wir erwarten von der Einrichtung in Dortmund nämlich, dass sie durch gute Arbeit überzeugt.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Sollte dies nicht der Fall sein, haben wir für unsere Hochschulen die Option, die Sache in eigener Regie besser zu machen. Mit der vom Ausschuss empfohlenen Entschließung verdeutlichen wir, dass die Stiftung nach der Probephase wirklich nochmals nachhaltig auf den Prüfstand kommt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Haben wir wohlschmeckenden neuen Wein im neuen Schlauch, werden wir ihn gemeinsam mit den Studierenden genießen. Serviert man unseren Hochschulen dagegen Essig, erklären wir schon heute, dass Baden-Württemberg aus einem solchen System endgültig aussteigen sollte.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir wollen, dass die bürokratische „Studenten-Landverschickung“ ein für alle Mal im Haus der Geschichte landet, und ich danke der Kollegin Kurtz noch einmal ganz besonders für ihre deutlichen Worte in dieser Sache. Wir wollen, dass unsere Studierenden schnell, unbürokratisch und in vernünftiger Weise den Studienplatz erhalten, den sie sich wünschen, wann immer dies möglich ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Liebe Kollegen und Kolleginnen von den Grünen, wir sind nämlich keine Freunde von Zwang und Gleichmacherei. Wir sind Freunde der Exzellenz. Chancengleichheit und Gleichmacherei sind Gegensätze. Freiheit ist dem Bürokratismus schon immer überlegen gewesen. Wäre es anders, wäre die Mauer vor 20 Jahren nicht gefallen.

Wenn Sie noch heute der Bürokratie das Wort reden, dann gehören Sie in das Haus der Geschichte.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Die Grünen sind aus der Antiatomkraftbewegung hervorgegangen. Wir vermuten, dass Ihre Restlaufzeit mit der der Atomkraftwerke identisch ist.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das ist ja toll, wenn Sie die Laufzeit immer verlängern!)

Schon deshalb müssen wir irgendwann den letzten Meiler vom Netz nehmen. Aber weil der Kollege Walter so nett aus meinen Reden zitiert, gönnen wir Ihnen die Verlängerung, die Sie dem Koalitionsvertrag im Bund zu verdanken haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Johannes Stober SPD: Da klatscht nicht einmal die CDU!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Professor Dr. Frankenberg das Wort.

**Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der ersten Lesung hier im Plenum, im Wissenschaftsausschuss, der dem Gesetzentwurf zu diesem Staatsvertrag ein-

stimmig zugestimmt hat, und heute hier ist zu dem Staatsvertrag und zu dem entsprechenden Gesetzentwurf inhaltlich eigentlich alles gesagt worden.

Ich glaube, die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung ist ein guter Schritt, nicht um ein nicht existierendes Zulassungschao zu beheben, sondern für eine bessere Dienstleistung – darum geht es – zum einen für die Studierenden, die sich einfacher bewerben können, die eine schnellere Rückmeldung erhalten, und zum anderen für die Hochschulen, die diese Verfahren nun einfacher administrieren können.

Die Entschließung ist deshalb wichtig, weil wir diese Verantwortung einer Einrichtung übertragen, die bis jetzt nicht durch Dienstleistungsorientierung aufgefallen ist, nämlich der Zentralstelle in Dortmund.

(Heiterkeit des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das kann man laut sagen!)

Es ist richtig, dass wir ihr sozusagen die Gelbe Karte zeigen, um zu demonstrieren: Wir achten sehr genau darauf, ob sie ihre neue Rolle, nämlich ein Dienstleister der Hochschulen und der Studierenden zu sein, erfüllt oder ob sie in ihre alte Rolle als zentrales Verteilungsinstrument verfällt.

Insofern bedeutet die Kündigungsmöglichkeit nicht, dass man nicht redet, sondern dass man von vornherein zeigt: Wir haben ganz sorgfältig im Auge, wie sie arbeitet.

(Abg. Johannes Stober SPD: Genau das steht in unserem Antrag!)

Dies ist das Selbstverständliche der Entschließung, so, wie sie formuliert ist.

(Abg. Johannes Stober SPD: Genau das steht drin!)

Verehrte Frau Bauer, die Freiwilligkeit ist ein ganz wesentliches Element, damit sich die andere Seite als Dienstleister versteht. Wenn man einen Zwangskunden hat, ist man nicht mehr Dienstleister und bemüht sich nicht mehr.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Siehe GEZ!)

Insofern haben wir in der Tat einen Unterschied in der politischen Auffassung: Dort, wo Sie reglementieren wollen, setzen wir auf die Dienstleistungsfähigkeit und -bereitschaft und die Attraktivität des Angebots der anderen Seite und nicht auf einen reglementierten Automatismus. Wir setzen auf Vernunft und Verantwortung statt auf staatliche Reglementierung, wo diese unnötig ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Ich darf Sie, den Landtag, bitten, dem Gesetzentwurf zuzustimmen und damit zu ermöglichen, dass der Staatsvertrag in Kraft tritt, dessen Umsetzung wir sorgfältig im Auge haben werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 14/5170.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Drucksache 14/5246. Der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst empfiehlt Ihnen in Abschnitt I der Beschlussempfehlung, dem Gesetzentwurf mit einer Änderung in § 2 zuzustimmen.

Ich rufe auf

§ 1

Wer § 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 1 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 2

und dazu Abschnitt I der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Drucksache 14/5246. Wer § 2 mit dieser Änderung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – § 2 ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

§ 3

Wer § 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – § 3 ist einstimmig so beschlossen.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 5. November 2009 das folgende Gesetz beschlossen.“

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

**S c h l u s s a b s t i m m u n g**

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Gesetz einstimmig zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Drucksache 14/5246, abzustimmen.

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5365, vor, über den ich zuerst abstimmen lasse. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über Abschnitt II der Beschlussempfehlung Drucksache 14/5246 abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das Erste war die Mehrheit.

Damit ist Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Wir treten jetzt in die Tagesordnung ein.

(Zurufe: Mittagspause!)

– Was habe ich gesagt?

(Zurufe: „Tagesordnung“!)

– Da gibt es noch jemanden, der zuhört.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Peter Hofelich SPD:  
Punkt 5: Mittagessen!)

Wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Der Landtag tritt um 14:00 Uhr wieder zusammen.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:44 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:00 Uhr)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**Fragestunde – Drucksache 14/5329**

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

**Mündliche Anfrage des Abg. Reinhold Pix GRÜNE – Missverständliche Aussagen des Wirtschaftsministers zur Frage der Förderung eines Parkhausneubaus in der Gemeinde Feldberg**

Bitte, Herr Kollege Pix.

**Abg. Reinhold Pix GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- Wie stellt sich der Wirtschaftsminister zu Presseartikeln in der „Badischen Zeitung“ vom 14. Oktober 2009, die den Wirtschaftsminister zitieren, er wolle nach anderen Fördermitteln für den Neubau des Parkhauses suchen, und seine Auskunft, es gebe aus den bestehenden Fördertöpfen keine Mittel, sei nicht als Absage zu werten?
- Unter welchen Gesichtspunkten und aus welchen Haushaltsposten will der Wirtschaftsminister angesichts der bekannt schwierigen Haushaltslage eine Förderung des auch unter Gutachtern umstrittenen Neubauvorhabens außerhalb der bereits bestehenden Fördertöpfe bewerkstelligen?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Wirtschaftsminister.

**Wirtschaftsminister Ernst Pfister:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich beantworte die Mündliche Anfrage des Herrn Abg. Pix wie folgt:

Zu a: Diese Presseartikel entsprechen der schriftlichen Stellungnahme der Landesregierung zu dem Antrag der Abg. Reinhold Pix u. a. GRÜNE, Drucksache 14/5114. In dem Antrag war nach der Förderung eines Parkhausneubaus in der Gemeinde Feldberg gefragt worden, und zwar zum einen im Rahmen bestehender Förderprogramme und zum anderen außerhalb bestehender Förderprogramme.

Das Wirtschaftsministerium ist nur für das Tourismusinfrastrukturprogramm und das Städtebauförderungsprogramm zuständig. Eine Förderung nach diesen beiden Programmen wurde sorgfältig und abschließend im Wirtschaftsministerium geprüft. Im Rahmen der Tourismusförderung sind Parkhäuser grundsätzlich nicht förderfähig, und über die Städtebauförderung als gebietsbezogener Prozessförderung in baulich vorge nutzten Bestandsgebieten kann kein Einzelverkehrsprojekt auf der grünen Wiese gefördert werden.

Zum anderen wurde in dem Antrag gefragt, ob die Landesregierung „über die bestehenden Programme hinaus“ eine Fördermöglichkeit sieht. Klare Antwort auch hier: „Über Fördermöglichkeiten über bestehende Programme hinaus liegt eine Entscheidung der Landesregierung nicht vor.“ Das heißt, dass insoweit, nämlich außerhalb bestehender Programme, eine Prüfung der Realisierungs- und Fördermöglichkeiten bisher nicht erfolgt ist.

Zu b: Der Wirtschaftsminister will hier überhaupt nichts be werkstelligen.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Wir erwarten aber, dass er etwas tut!)

Die Frage, ob und gegebenenfalls aus welchen Haushaltspos ten eine Förderung außerhalb bestehender Programme denk bar sein könnte, richtet sich nicht an das Wirtschaftsministe rium, sondern an die Landesregierung insgesamt. Diese Fra ge ist von der Landesregierung gegebenenfalls im Rahmen der Haushalte zu entscheiden.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank, Herr Wirt schaftsminister. – Zusatzfrage, Herr Abg. Gustav-Adolf Haas.

**Abg. Gustav-Adolf Haas SPD:** Herr Minister, an welches Ministerium muss sich die Gemeinde Feldberg denn direkt wenden, wenn nicht an das Wirtschaftsministerium?

**Wirtschaftsminister Ernst Pfister:** Am besten an die Lan desregierung.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Notlager des Stu dentenwerks Freiburg für Studienan fängerinnen und Studienanfänger

Sie wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Dies ist die letz te parlamentarische Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas, weil er ab morgen nicht mehr Landtagsabgeordneter ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Gustav-Adolf Haas SPD:** Herr Präsident, meine Da men, meine Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fra ge die Landesregierung:

- a) Wie kann ausweislich der Pressemeldung vom 22. Okto ber 2009, wonach in Notlagern des Studentenwerks 60 Bet ten deshalb von Erstsemestern belegt werden müssen, weil in Freiburg keine andere Unterkommensmöglichkeit in Wohngebäuden bei privater Vermietung oder bei Vermie tung von in öffentlicher Trägerschaft stehenden Häusern zu Semesterbeginn möglich ist, kurzfristig Abhilfe dieses Notstands erreicht werden?
- b) Sind an weiteren Standorten von Hochschulen in Baden-Württemberg solche Notsituationen zum Semesterbeginn ebenfalls festgestellt worden, sodass auch dort kurzfristig Abhilfe geschaffen werden muss?

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Zur Beantwortung der Mündlichen Anfrage erteile ich Herrn Staatssekretär Dr. Birk das Wort.

**Staatssekretär Dr. Dietrich Birk:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Herrn Abg. Haas wie folgt:

Lieber Herr Haas, es trifft nicht zu, dass das Studentenwerk Freiburg Notunterkünfte eingerichtet hat, weil keine freien Zimmer verfügbar gewesen seien.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Sondern?)

Zum Zeitpunkt des Erscheinens des Presseartikels der „Ba dischen Zeitung“ hatte das Studentenwerk ca. 85 freie Zim mer in seiner Kartei der privaten Zimmervermittlung.

Richtig ist, dass die Notunterkunft in diesem Jahr voll belegt war bzw. Zusatzbetten eingerichtet werden mussten. Dies war dadurch bedingt, dass viele Studierende anreisten, ohne be reits im Vorfeld ein Zimmer angemietet zu haben. Die Studie renden benötigen die Notunterkunft des Studentenwerks le diglich vorübergehend, um vor Ort nach einem passenden Zimmer zu suchen.

Ende Oktober 2009 war die Notunterkunft in Freiburg nur noch mit neun Personen belegt, wovon etwa die Hälfte ab 1. November 2009 ein privates Zimmer beziehen konnte. Ak tuell zeigt die Vermittlungskartei des Studentenwerks wieder 115 Angebote an freien Zimmern in Freiburg und im Umland. Ein Handlungsbedarf ist somit nicht gegeben.

Ihre zweite Frage möchte ich wie folgt beantworten:

Lediglich in Heidelberg wurden ebenfalls Notunterkünfte mit insgesamt 24 Betten eingerichtet. Nach mäßiger Nachfrage folgte Mitte Oktober die Vollbelegung. Zurzeit sind noch 15 Studierende dort untergebracht. Erfahrungsgemäß steht ihnen als bald eine anderweitige Unterkunft zur Verfügung. An an deren Hochschulstandorten war die Einrichtung von Notun terkünften nicht erforderlich.

(Staatssekretär Dr. Dietrich Birk)

Insgesamt spiegelt die im Vergleich zu den Vorjahren entspanntere Wohnraumsituation die erfolgreichen Ausbauaktivitäten unserer Studentenwerke wider.

Lieber Herr Kollege Haas, lassen Sie mich die Gelegenheit auch dazu nutzen, Ihnen für die vielen Mündlichen Anfragen, die Sie hier gestellt haben, Dank zu sagen. Sie sind damit den Kontrollrechten eines Abgeordneten bestens gerecht geworden. Wir hoffen, dass wir Ihre Fragen immer zu Ihrer Zufriedenheit beantworten konnten.

(Heiterkeit der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Wir haben manchmal in der Sache hart gestritten. Aber es war immer ein sehr faires, kollegiales, ja geradezu freundschaftliches Miteinander,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt werden Sie freundlich!)

für das ich mich bei Ihnen ganz herzlich bedanke.

(Beifall bei allen Fraktionen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Haas.

**Abg. Gustav-Adolf Haas SPD:** Herr Staatssekretär, zunächst noch einmal zu meiner Anfrage.

(Heiterkeit)

Kann ich also mit nach Hause nehmen, dass die Belegung von 60 Notbetten im Moment nicht mehr besteht?

**Staatssekretär Dr. Dietrich Birk:** Jawohl.

**Abg. Gustav-Adolf Haas SPD:** Dann darf ich scherzhaft anfügen: Wenn Sie Entzugerscheinungen bekommen sollten, was meine Mündlichen Anfragen betrifft: Ich habe einen Erbsatzbewerber und werde ihn einarbeiten.

(Heiterkeit – Beifall bei allen Fraktionen – Mehrere Besucher stellen auf der Zuhörertribüne mit einzelnen großen Buchstaben das Wort „DANKE!“ dar.)

Danke schön.

**Staatssekretär Dr. Dietrich Birk:** Herr Kollege Haas, ich darf hinzufügen: Wenn Sie nicht mehr Mitglied des Landtags sind, können Sie vielleicht auch persönlich einen Beitrag zur Verbesserung der Wohnraumsituation für Studierende im Raum Freiburg leisten. Vielleicht haben Sie dazu Zeit und auch die entsprechenden Immobilien.

(Heiterkeit)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Das bedeutet, dass Herr Abg. Haas entweder vermieten oder neu bauen soll.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gunter Kaufmann SPD – Beteiligung des Landes am Rettungspaket für die Galopprennbahn in Iffezheim

Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Gunter Kaufmann SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bezüglich der Beteiligung des Landes am Rettungspaket für die Galopprennbahn in Iffezheim frage ich die Landesregierung:

- a) Wie beurteilt die Landesregierung das Konzept der Gemeinde Iffezheim zur Rettung der Galopprennbahn, nachdem sich auch das Land an den anstehenden Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Rennanlage bzw. an der Ablösung von Schulden des Internationalen Clubs Baden-Baden e. V. beteiligen soll?
- b) Kann die Landesregierung eine mündliche Zusage des derzeitigen Ministerpräsidenten bestätigen und gegebenenfalls auch weiterhin aufrechterhalten, nach der sich das Land an einem Rettungspaket für die Galopprennbahn in Iffezheim finanziell beteiligen wird, wobei presseöffentlich 1,2 Millionen € im Raum stehen?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Fleischer das Wort zur Beantwortung der Anfrage.

**Staatssekretär Gundolf Fleischer:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Herrn Abg. Kaufmann wie folgt:

Zu a: Ich übertreibe sicher nicht, wenn ich sage, dass Iffezheim eine Rennbahn mit größtem Renommee ist und Iffezheim auch international als der Name für deutsche Pferderennen steht. Dreimal im Jahr treten an insgesamt 15 Renntagen viele der besten Vollblüter aus Europa und teilweise aus Übersee gegeneinander an. Wir sprechen also über einen weithin bekannten Leuchtturm des deutschen und internationalen Pferdesports.

Deshalb besuchen auch jährlich mehr als eine Viertelmillion Menschen den Rennplatz Iffezheim. Das Land ist nicht zuletzt wegen der großen wirtschaftlichen Bedeutung für die Region an einem Fortbestand der Rennen sehr interessiert.

Dieses Interesse hat sich schon in vergangenen Jahren in finanziellen Beiträgen des Landes manifestiert. Das Land hat bereits im Jahr 2004 zur Finanzierung der neuen Bénazet-Tribüne – Gesamtkosten über 10 Millionen € – mit einem Zuschuss von 3 Millionen € – 1,5 Millionen € Tourismusinfrastrukturförderung des WM und 1,5 Millionen € Sportförderungsmittel des KM – an die Gemeinde Iffezheim beigetragen.

Vor welcher Situation stehen wir jetzt? Die Gemeinde Iffezheim hat ein Fortführungskonzept vorgelegt. Dieses kann aber nur dann realisiert werden, wenn ihm die Gläubigerversammlung zustimmt. Wir müssen folglich abwarten, welches Ergebnis die Verhandlungen bringen. Erst wenn die Gemeinde Iffezheim und die Gläubiger zu einer Einigung über ein Fortführungskonzept gelangen, kann seitens des Landes eine weitere Prüfung erfolgen.

Zu b: Die Zusage, die der Herr Ministerpräsident in diesem Zusammenhang gegeben hat, beinhaltet nicht mehr und nicht weniger als Folgendes: Soweit es zu notwendigen Investitionen im Rahmen eines Fortsetzungskonzepts kommt, wird das Land eine wohlwollende Prüfung einer Beteiligung hieran im Rahmen seiner Möglichkeiten vornehmen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Zusatzfrage des Herrn Abg. Kaufmann.

**Abg. Gunter Kaufmann SPD:** Herr Staatssekretär, ich teile das Lob, das Sie über die Rennbahn ausgesprochen haben, und freue mich darüber. Allerdings will ich Sie darauf hinweisen – das ist auch meine Frage –, dass die Gläubigerversammlung, wie Sie wissen, bereits am 15. Dezember stattfindet und es insofern aus meiner Sicht wichtig ist, dass das Konzept, das der Gläubigerversammlung vorgelegt werden soll, auch beinhaltet, dass sich das Land angemessen beteiligt. Insofern kann ich Ihre Aussage nicht verstehen, dass Sie erst nach der Gläubigerversammlung eine Prüfung dieses Konzepts vornehmen wollen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Gundolf Fleischer:** Ich darf wiederholen, dass wir nur, wenn die Gläubigerversammlung zu einem positiven Ergebnis kommt, überhaupt Anlass zu einer Prüfung haben. Diese Reihenfolge ist logischerweise einzuhalten. Aber ich habe ebenso deutlich zum Ausdruck gebracht, dass wir wie in der Vergangenheit bei notwendigen Investitionen – nicht Betriebskosten – die uns zur Verfügung stehenden Programme wohlwollend daraufhin überprüfen werden, ob eine weitere Bezuschussung durch das Land im investiven Bereich möglich ist.

Herr Kollege Kaufmann, Sie wissen, dass im Konzept ja auch steht, dass z. B. bei der großen Sattelplatztribüne eine Generalsanierung des Daches anstehen muss,

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: So ist es!)

dass es dann auch um die Sanierung der Trainingsbahn geht, und Sie wissen genauso wie ich, dass hier möglicherweise Programme zum Zuge kommen können – ob das nun die Tourismusförderung, die überregionale Sportstättenbauförderung oder das ELR ist.

Ob ein solches Programm zum Zuge kommt, kann erst dann gesagt werden – es wird sorgfältig, aber auch wohlwollend überprüft –, wenn ein grundsätzliches Ja zum Weiterbestand durch die Gläubiger gegeben ist.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine weitere Zusatzfrage, Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP:** Herr Staatssekretär, welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang das Bestreben und wie beurteilt die Landesregierung das Bestreben, das in letzter Zeit zu beobachten ist, das Gelände auch für andere Zwecke zu nutzen? Ich denke, damit wäre eine bessere Wirtschaftlichkeit zu erreichen.

**Staatssekretär Gundolf Fleischer:** Hier verweise ich darauf, dass, falls es in der Gläubigerversammlung zu einer entsprechenden Einigung kommt, in Aussicht gestellt ist, dass eine der besten Marketingfirmen, die es überhaupt gibt, nämlich die Firma Infront mit Herrn Jacobs, hinterher das Marketing übernehmen wird. Das wird aus unserer Sicht eine hohe Sicherheit für Iffezheim bedeuten. Es ist Sache dieser Firma, zum gegebenen Zeitpunkt darüber zu entscheiden, was wo und wie zu geschehen hat.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Zweite Zusatzfrage des Herrn Abg. Kaufmann, bitte.

**Abg. Gunter Kaufmann SPD:** Herr Staatssekretär, wie ich vorhin schon gesagt habe, teile ich die Einschätzung nicht, man müsse zunächst die Gläubigerversammlung abwarten. Denn das Ergebnis der Gläubigerversammlung wird natürlich auch davon abhängen, wie sich das Land hier positioniert.

Darf ich Ihre Aussage, Sie prüfen die Angelegenheit wohlwollend, zumindest aber so verstehen, dass es eine grundsätzliche Bereitschaft des Landes gibt, sich an den anstehenden Sanierungsmaßnahmen zu beteiligen? Sie wissen sicher genauso gut wie ich, dass eine Gemeinde, auch wenn sie schuldenfrei ist, dies nicht allein schultern kann.

**Staatssekretär Gundolf Fleischer:** Diese Frage kann ich mit einem Ja beantworten. Genau so ist es. Es ist, glaube ich, für die Gläubigerversammlung nicht unwichtig, zu wissen, dass ich diese Frage – jetzt zum dritten Mal – mit Ja beantwortet habe.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Zweite Zusatzfrage der Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP:** Ich möchte nur noch einmal kurz nachfragen. Selbstverständlich liegt es dann bei dieser Firma, zu entscheiden, was sie dann macht. Ich wollte jedoch grundsätzlich fragen, ob Sie es als positiv erachten würden, wenn dort mehr passiert.

**Staatssekretär Gundolf Fleischer:** Wir wollen hier vorab weder dieser Firma noch der Gemeinde – soweit die kommunale Selbstverantwortung angesprochen ist, insbesondere im Hinblick auf ihre Planungshoheit – irgendwie vorgreifen. Das ist zunächst Sache derer, die die Zuständigkeit hierfür besitzen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Abg. Jägel.

**Abg. Karl-Wolfgang Jägel CDU:** Meine Fragen an Herrn Staatssekretär Fleischer lauten wie folgt:

Hält es die Landesregierung nicht für wichtiger, auf dem Gelände, auf dem sich die Pferderennbahn Iffezheim befindet, mit dem Betrieb der Pferderennbahn dreimal im Jahr, wie es der Herr Staatssekretär schon dargestellt hat, ein sogenanntes Event für die gesamte Region stattfinden zu lassen? Dabei ist mit 250 000 Besuchern zu rechnen, und in der Region würde eine erhebliche Kaufkraft entstehen. Hält die Landesregierung dies nicht für etwas wichtiger, als sich nur dafür einzusetzen, dass dieses Gelände wirtschaftlich verwertet wird, jedoch nur einmal und damit so, dass es für die Region hinterher dann nichts mehr bringt?

**Staatssekretär Gundolf Fleischer:** Ich darf bei der Antwort auf diese Frage auch noch einmal auf Sie, verehrte Frau Kollegin Berroth, und Ihre Frage zurückkommen. Grundsätzlich ist es seit jeher unsere Politik, bei Sportveranstaltungen – um solche handelt es sich hier – eine möglichst optimale Ausnutzung anzustreben und auch zu wollen. Meine Aussage von vorhin sollte lediglich zum Ausdruck bringen, dass ich denen, die zunächst am Zuge sind, nicht vorgreifen will.

(Staatssekretär *Gundolf Fleischer*)

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist ja richtig!)

Ich kann deshalb beide Fragen – für den Fall, dass sie auch vor Ort so gestellt werden – mit einem klaren Ja beantworten.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Es gibt keine weiteren Zusatzfragen. – Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

Tagesordnungspunkt 5 ist damit abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über Einheitliche Ansprechpartner für das Land Baden-Württemberg (EAG BW) – Drucksache 14/5345**

Das Präsidium hat Folgendes festgelegt: Nach der Begründung durch die Regierung erfolgt eine Aussprache mit einer Redezeit von fünf Minuten je Fraktion.

Für die Einbringung des Gesetzentwurfs erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Pfister das Wort.

**Wirtschaftsminister Ernst Pfister:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Gesetz über Einheitliche Ansprechpartner für das Land Baden-Württemberg werden organisationsrechtliche Grundlagen geschaffen, das heißt, Grundlagen für die Einrichtung und insbesondere für die Verortung von Einheitlichen Ansprechpartnern, wie es die EU-Dienstleistungsrichtlinie vorgibt.

Einheitliche Ansprechpartner werden in der Zukunft zentrale Anlaufstellen für Dienstleistungserbringer sein. Zu den Aufgaben dieser Einheitlichen Ansprechpartner gehört u. a., dass Verfahren und Formalitäten, die die Aufnahme und Ausübung von Dienstleistungstätigkeiten betreffen, vollständig durch sie als Verfahrensmittler abgewickelt werden können.

Eine Rollenbeschreibung dieses Einheitlichen Ansprechpartners im Einzelnen wurde bereits in das Landesverwaltungsverfahrensgesetz aufgenommen. Das heißt, zuständige Behörden und Einheitliche Ansprechpartner werden verpflichtet, erstens alle notwendigen Verfahrensinformationen u. a. im Internet bereitzustellen, zweitens ein Verfahren innerhalb einer definierten Frist abzuwickeln und drittens insbesondere zum Wohl des Kunden intensiv zusammenzuarbeiten.

Die vom Landtag im Juli dieses Jahres beschlossenen Regelungen im Verwaltungsverfahren sind also so etwas wie das rechtliche Betriebssystem für das Zusammenspiel von Einheitlichen Ansprechpartnern und zuständigen Behörden. Dabei ist bemerkenswert, dass sich zwischenzeitlich alle Bundesländer und auch der Bund auf das gleiche Betriebssystem geeinigt haben.

Die Frage ist, auf welchen Rechnernetzen dieses Betriebssystem nun zum Einsatz kommen soll. Darüber hat man nicht nur in Baden-Württemberg, sondern auch in allen anderen Bundesländern kräftig gestritten. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass erst in fünf von 16 Bundesländern die parlamentarischen Verfahren hierzu abgeschlossen worden sind. Wenn Sie diesem Gesetzentwurf zustimmen, wird Baden-Württemberg das sechste Bundesland sein. Es gibt Bundesländer, von

denen man weiß, dass sie in diesem Jahr und auch auf absehbare Zeit, also bis zum kommenden Frühjahr, nicht zu Potte kommen werden. Dazu gehören Bayern und das Saarland.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Unglaublich!)

Ich verhehle nicht, dass mir eine reine Kammerlösung sympathischer gewesen wäre. Diese war jedoch, wie Sie wissen, politisch nicht durchsetzbar. Ich finde es aber völlig in Ordnung, dass wir die Frage „Kammern oder Kommunen?“ dahin gehend pragmatisch beantwortet haben, dass wir sagen: Kammern und Kommunen.

Die eigentliche Streitfrage, vor der wir standen und vor der viele andere Bundesländer noch immer stehen, ist, ob wir bei der Verortung eines Einheitlichen Ansprechpartners eher zu einem zentralistischen System kommen wollen, also außerhalb der Kommunen, außerhalb der Kammern, wie es einige Bundesländer auch machen. Es gibt sechs oder sieben Bundesländer – darunter beispielsweise Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und auch Rheinland-Pfalz –, die ganz bewusst einen zentralistischen Ansatz gewählt haben, indem sie den Einheitlichen Ansprechpartner an einem Ministerium, an einer der obersten Landesbehörden oder an einem Regierungspräsidium angesiedelt haben.

Das haben wir in Baden-Württemberg nie gewollt. Eine solche zentralistische Lösung würde auch nicht in das Land Baden-Württemberg passen. Wir sind ein Flächenland. Wir verfügen über eine ausgeprägte Selbstverwaltungskultur. Wir verfügen über ein funktionierendes Selbstverwaltungssystem. Zentralistische Lösungen vertragen sich nach meinem Geschmack nicht mit unserem Verständnis von Bürger- und Wirtschaftsnähe.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Deshalb sieht dieser Gesetzentwurf vor, dass sowohl die von der Dienstleistungsrichtlinie betroffenen Kammern, also die Wirtschaftskammern und die Kammern der freien Berufe, als auch die Stadt- und Landkreise die Aufgabe dieses Einheitlichen Ansprechpartners übernehmen sollen. Das ist eine gute Kombination, denn die kommunalen Landesverbände haben darüber hinaus ausdrücklich erklärt, dass sie die Kosten, die durch die Übernahme der Tätigkeit als Einheitliche Ansprechpartner anfallen, nicht gegenüber dem Land abrechnen wollen. Bei den Kammern geschieht dies sowieso nicht.

Diese gesetzliche Regelung, die jetzt vorliegt, trägt dem Rechnung. Die Aufgaben des Einheitlichen Ansprechpartners können von den Stadt- und Landkreisen freiwillig und damit im Rahmen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit übernommen werden. Das bedeutet, der Dienstleister kann selbst entscheiden, ob er sich an eine Kammer oder einen Stadt- oder Landkreis als Einheitlichen Ansprechpartner wendet. Wichtig ist vor allem, dass diese Kombinationslösung die Vorteile beider Selbstverwaltungssysteme miteinander vereint. Das sind die Angebote der Kammern im Bereich der Gründungsberatung – da haben sie nun einmal die besten Erfahrungen – auf der einen Seite und die Kompetenz der Stadt- und Landkreise auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung auf der anderen Seite. All diese Kompetenzen können so ideal in die Aufgabenerfüllung des Einheitlichen Ansprechpartners einfließen.

(Minister Ernst Pfister)

Meine Damen und Herren, im Rahmen des Anhörungsverfahrens konnten sowohl die Interessen der Kammern als auch die der Stadt- und Landkreise Berücksichtigung finden.

Schließlich wurde insbesondere bei der elektronischen Verfahrensabwicklung und bei der elektronischen Informationsbereitstellung ein Kompromiss gefunden, der allen Beteiligten ein hohes Maß an Freiheit und auch an Selbstverantwortung gewährt: Sie können auf dieses System zurückgreifen, aber sie müssen es nicht. Der Kompromiss bietet aber auch die Möglichkeit, das Dienstleistungsportal des Landes „servicebw“ zur Erfüllung der neuen Aufgaben zu nutzen.

Noch eines ist wichtig, meine Damen und Herren: Die Dienstleistungsrichtlinie verlangt eigentlich nur, dass der Einheitliche Ansprechpartner EU-Ausländern zur Verfügung steht. Der vorliegende Gesetzentwurf geht bewusst darüber hinaus. Auch inländische Dienstleistungserbringer sollen von den Einheitlichen Ansprechpartnern als Verfahrenslotsen profitieren, wenn sie dies wollen.

Die Mitgliedsstaaten sind verpflichtet – ich habe es bereits gesagt –, die Dienstleistungsrichtlinie bis Ende des Jahres 2009 umzusetzen. Nicht alle werden das schaffen, aber wir sind sehr zuversichtlich, dass trotz der knappen Zeit eine Umsetzung noch bis zum Ende des Jahres 2009 möglich sein wird. Ich bin sicher, dass wir das schaffen können.

Ich bin eigentlich auch sehr hoffnungsvoll, dass das System der europaweiten Einheitlichen Ansprechpartner dem grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr und damit letztlich auch der Wirtschaft in Baden-Württemberg nachhaltige Impulse geben wird.

Sie haben recht: Wir haben lange um diese Möglichkeit, um eine sinnvolle Lösung gerungen. Ich möchte allen, auch wenn sie zum Teil andere Vorschläge gemacht haben, danken – hier im Haus und auch darüber hinaus –, die geholfen haben, hier letzten Endes zu einem sinnvollen Ergebnis zu kommen.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Jetzt wird es darauf ankommen, meine Damen und Herren, dass wir dies rasch umsetzen. Für diejenigen, die nicht mit allem einverstanden sind, was in diesem Gesetzentwurf steht, habe ich noch einen Trost: Wir haben Wert darauf gelegt – das ist auch ein Ergebnis aus der Anhörung –, dass wir nach drei Jahren überprüfen, evaluieren und schauen wollen, ob das alles gut funktioniert. Natürlich besteht dann auch die Möglichkeit der Korrektur; das ist klar. Das alles erfolgt ergebnisoffen.

Ich glaube, dass wir hier insgesamt einen guten Weg gefunden haben. Ich möchte Sie herzlich bitten, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen, damit er rasch, und zwar noch bis zum Ende des Jahres, umgesetzt werden kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schwehr.

(Zuruf von der FDP/DVP: Jetzt wird's „schwehr“! –  
Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ein politisches  
„Schwehr“-Gewicht!)

**Abg. Marcel Schwehr** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Was lange währt, wird nun wahr. Man könnte auch sagen: Gut Ding braucht Weile. Es ist ein trockenes Thema mit insgesamt weitreichenden Auswirkungen.

Die Forderung der Europäischen Union ist, dass jährlich ein Wachstum von 3 % erreicht werden soll. Das Wachstum insgesamt soll Arbeitsplätze schaffen. Wachstum erfordert aber auch: Alle bürokratischen Hemmnisse, die einen gemeinsamen Markt behindern, müssen verschwinden. Die Wachstumslokomotive in den Dienstleistungssektoren muss wieder Fahrt aufnehmen.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Volkswirtschaftlich gesehen ist das auf jeden Fall der richtige Ansatzpunkt. Fast alle Arbeitsplätze, die in der Europäischen Union in den vergangenen Jahren entstanden sind, entfallen auf den Dienstleistungssektor. Das gilt auch im stark vom produzierenden Gewerbe geprägten Baden-Württemberg. Nach den Zahlen des Statistischen Landesamts werden heute rund zwei Drittel der gesamten realen Wirtschaftsleistung vom Dienstleistungsbereich erbracht. Es ist also richtig, den dynamischsten Teil des Wirtschaftsgeschehens nun auch für den Zwischenhandel nutzbar zu machen.

Es folgten mehrere Richtlinienvorschläge mit dem Ziel, dass alle Dienstleistungen nach dem Recht des Herkunftslands in jedem anderen Land der Europäischen Union angeboten werden dürfen. Eines der Kernelemente der Dienstleistungsrichtlinie ist: Ein Einheitlicher Ansprechpartner soll als Frontoffice oder als One-Stop-Agency

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Wow!)

für die Aufnahme und Ausübung von Dienstleistungen alle Informationen abfragen und alle Formalitäten zeitnah abwickeln, wenn ein EU-Ausländer eine Dienstleistung bei uns in Baden-Württemberg anbieten will.

Diese zentrale Anlaufstelle kontrolliert das Verfahren. Die Verwaltung ist Dienstleister, der Bürger ist Kunde – kein schlechter Gedanke. Ich denke, dass das Sympathiewerte bei uns allen schafft.

Das neue Genehmigungsverfahren bekommt eine Zeitvorgabe. Es wird transparenter und arbeitet mit Genehmigungsfiktionen. Aktenstau war gestern: Nacheinander die Handwerkskammer, die Gewerbeaufsicht, das Finanzamt, das Eichamt, die Bundesagentur für Arbeit, die Berufsgenossenschaft und die Zollverwaltung einzuschalten, die Arbeitnehmer bei der Sozialversicherung zu melden und vielleicht noch Aufenthaltserlaubnisse einzuholen, das wird künftig so nicht mehr funktionieren. Die Verwaltung wird neue Organisationsstrukturen und -prozesse entwickeln müssen. Sie muss die Verfahrenskorrespondenz optimieren und die Bearbeitungszeit insgesamt verkürzen, also ihrerseits Dienstleistung anbieten. Auch wenn dafür von Bund und Land eine elektronische Infrastruktur aufgebaut wird, wird dies eine Umstellung bedeuten. Vielleicht wird die lang angestrebte Modernisierung der Verwaltung nun endlich auch angepackt.

Wir haben ein gemeinsames Thesen- bzw. Aktionspapier zur Dienstleistungsrichtlinie herausgegeben und darin Ziele formuliert. Nirgends soll es für Dienstleistungsanbieter aus der Europäischen Union leichter sein als bei uns in Baden-Würt-

(Marcel Schwehr)

temberg, ihre Dienstleistung anzubieten. Die Verortung des Einheitlichen Ansprechpartners und sein Leistungsprofil sollen für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg den bestmöglichen Nutzen bringen. Es darf – der Minister hat es angesprochen – nicht zur Diskriminierung von Inländern kommen; das war für uns sehr wichtig.

Die Verfahren müssen rationalisiert und die Kosten verringert werden. Der Einheitliche Ansprechpartner darf nicht zu neuen Institutionen führen.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Gut!)

Man sollte meinen, das alles sei sehr vernünftig. Aber es entsprach so gar nicht dem Klischee, dass sich Politiker aus Regierung und Opposition wie bei einem anatolischen Hahnenkampf die Augen auskratzen.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Gut!)

Das gilt auch bei dem zentralen, spannenden Thema der Dienstleistungsrichtlinie zur Verortung des Einheitlichen Ansprechpartners. Die EU überlässt es den Mitgliedsstaaten, wer in die Rolle des Einheitlichen Ansprechpartners schlüpft. Nach unserer föderalen Struktur entscheiden das die Länder selbst.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Also 16 Mal!)

Auf den ersten Blick mag man es bedauern, dass sich die Länder nicht auf eine einheitliche Lösung verständigen konnten. Es finden sich Kammermodelle, Kommunalmodelle und auch neue Behörden. Für jede Lösung lassen sich gute Gründe finden. Die Zukunft wird zeigen, welches die beste Lösung ist.

Wir gehen im Land einen eigenen Weg. In Baden-Württemberg sollen Kammern und Kommunen die künftigen Aufgaben eines Einheitlichen Ansprechpartners übernehmen. Jede Kammer in jedem Land soll ein Einheitlicher Ansprechpartner sein. Bei den Kommunen übernehmen die Landkreise und die kreisfreien Städte diese Aufgabe. Das Modell setzt darauf, die Stärken der Beteiligten vollumfänglich in den Prozess einzubeziehen.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Meine Redezeit ist leider schon beendet. Ich komme zum Schluss.

(Oh-Rufe – Abg. Claus Schmiedel SPD: Schade! – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: „Leider“ ist relativ! – Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

– Bitte?

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: „Leider“ ist relativ!)

– „Leider“ ist immer relativ, genau.

Ich komme zum Schluss. Wir werden dieses Gesetz so mittragen. Ich möchte mit einer Anekdote des Wiener Kapellmeisters Johann Strauß schließen, dem ein Musiker einmal sagte: Ja, Herr Strauß, hingeschrieben ist so etwas leicht, aber spielen, das ist eine Sauarbeit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Vereinzelt Heiterkeit)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Prewo das Wort.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Bitte bei Strauß anfangen!)

**Abg. Dr. Rainer Prewo SPD:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die EU hat eine sehr gute Sache gemacht. Sie ist für den Binnenmarkt zuständig. Von dem Binnenmarkt profitieren wir. Es gilt aber auch: Wenn wir wollen, dass unsere Bürgerinnen und Bürger ihre Leistungen auf der anderen Seite der Grenze anbieten können, dann müssen wir auch die anderen hereinlassen und dies nicht erschweren, auf dass sie es uns nicht erschweren.

Wir sind ein Exportland.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Es ist heute so: Wer bei uns ein Gewerbe anmelden will, hat zwischen acht und zwölf Stationen zu absolvieren. Das ist im Grunde genommen ein Anachronismus sondergleichen: Zoll, Innungen, Kammern, Berufsgenossenschaften, Sozialversicherung – überall muss er Anträge stellen und muss eine Genehmigung bekommen. Nun sagt die EU: So könnt ihr das nicht machen. Jemandem aus Belgien oder England könnt ihr so etwas nicht zumuten. Ihr müsst ihm *e i n e* Stelle anbieten. Er geht dann zu dieser Stelle, diese nimmt seine Unterlagen entgegen und bearbeitet alles weiter.

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU – Vereinzelt Heiterkeit)

Ich höre schon manchen sagen: Was geht es die EU an, wie wir diese Sachen organisieren? Wir wollen doch unsere uns lieb gewordene Bürokratie selbst bestimmen und weiterführen. Die EU sagt dann: In eure euch lieb gewordene Bürokratie mischen wir uns gar nicht ein. Der Kunde, der EU-Ausländer darf aber nicht darunter leiden. Wenn ihr an dem bürokratischen Parcours festhalten wollt, dann müsst ihr diesen gefälligst im Hintergrund lassen.

(Unruhe)

Das ist eine Sache, zu der der Kollege Löffler von der CDU-Fraktion hier im Plenum unlängst gesagt hat: Das ist ja eine Revolution; das ist eine Kulturrevolution in der Verwaltung. Übrigens: Die Kommunen machen solche Dinge bereits in ihren Bürgerbüros; das ist eine genaue Blaupause dessen, was die EU jetzt von uns verlangt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Frage war jetzt: Wo soll dieser Service eigentlich angeboten werden? Dazu sagt die EU: Leute, das ist eure Sache; wir mischen uns da nicht ein. Die nächste Frage lautet: Sollen wir dies nur für die EU-Ausländer anbieten, und unsere baden-württembergischen Existenzgründer sollen – wenn Sie dies, wie Sie das immer sagen, 1 : 1 umsetzen – weiterhin die Ochsentour bestreiten? Das kann doch nicht sein.

(Zuruf des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)



(Dr. Rainer Prewé)

Wir können ihnen diese Vorteile doch nicht vorenthalten. Ich sehe schon die EU-Beamten in Brüssel mit einem sokratischen Lächeln darüber, dass die EU uns – ausgerechnet uns – beim Bürokratieabbau auf die Sprünge helfen musste.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Stoibers Werk!)

98 % der Leute, die bei uns ein Gewerbe anmelden, sind keine EU-Ausländer, sondern Inländer, im Wesentlichen Baden-Württemberger.

Die Verwaltung hat nun zwei Jahre lang gegenüber dieser neuen Aufgabe und dieser neuen Organisation gefremdelt. Als Erstes haben sich die Kammern gemeldet und haben „Hier!“ gerufen: „Wir wollen das machen.“ Die Kammern in ihrer cleveren und klugen Art haben nämlich sofort gemerkt, welche interessante Aufgabe damit verbunden ist.

Es meldeten sich auch einige Kommunen und dann die kommunalen Landesverbände, die sagten: Wir wollen doch unsere Existenzgründer nicht wegschicken. Wir wollen sie doch nicht von Waghäusel nach Karlsruhe schicken, weil sie nur dort ihr Gewerbe anmelden können, oder von Öhringen nach Heilbronn.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Das Wirtschaftsministerium hat sich aber hart gezeigt: Fort damit! Wir geben es den Kammern. Die in der Landesverwaltung haben so gefremdelt, die wollten es gar nicht selbst machen und haben sich an den Rettungsanker gehalten, nämlich an die Kammern.

Von den Kommunen wollte die Landesverwaltung nichts wissen. Es ist wie Spitzgras gekostet worden, als die Kommunen sagten, sie wollten diese Aufgabe auch wahrnehmen.

Die SPD hat das aufgegriffen, die Grünen haben das aufgegriffen, und auch einige CDU-Abgeordnete haben das aufgegriffen. Wir haben sogar dazu gesagt: Warum eigentlich sollen nicht auch die regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften diese Aufgabe wahrnehmen?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Genau! Das wären die Richtigen! – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

– Das wären die Richtigen. Die holen die Leute nach Baden-Württemberg. Warum sollen sie nicht gleich die ganzen Anträge bearbeiten?

Jetzt haben wir einen sogenannten Kompromiss: Die Kammern sollen es machen, und neben den Kammern dürfen es die Stadtkreise und die Großstädte machen. Das halten wir für viel zu wenig.

(Zuruf von der CDU: Und noch die Landkreise!)

– Die Landkreise und die Großstädte dürfen es machen. Der Leonberger muss dann nach Böblingen aufs Landratsamt usw.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ist Reutlingen eine Großstadt?)

– Herr Kollege Kluck, wenn Sie wieder heiraten wollen,

(Heiterkeit – Zurufe)

dann können Sie das

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das habe ich in Kornwestheim gemacht!)

in Reutlingen machen, aber auch in jeder anderen Gemeinde. Aber um ein Gewerbe anzumelden, müssen Sie künftig entweder zur Kammer oder aufs Landratsamt gehen.

(Minister Ernst Pfister: Zur Handwerkskammer nach Reutlingen oder zur IHK!)

Dabei sollten wir hier die Subsidiarität gelten lassen. Die Kommunen sind dafür prädestiniert. Außerdem bietet es die Chance eines Wettbewerbs zwischen den Kommunen und auch einen Wettbewerb zwischen den Kommunen und den Kammern, wenn man es so macht, wie wir es vorschlagen. Aber das ist das, was den Kammern nicht besonders geschmeckt hat. Deswegen haben sie sich eine Zeit lang dagegen gewehrt.

Wir sollten nach der Devise handeln: Eigentlich soll es kein Bundesland den Existenzgründern und Gewerbetreibenden, die etwas anmelden wollen, leichter machen als unser Bundesland Baden-Württemberg.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Aber dazu sind wir nicht in der Lage. Die Bürokratie hat zwar in Richtung Kommunen etwas nachgeben müssen, hat am Ende aber doch noch einen schönen „Bremsenfolg“ eingeheimst. Das müssen wir sehen. Wir haben damit wieder einmal eine Chance für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg vergeigt.

Danke.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Sitzmann das Wort.

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Gesetz über Einheitliche Ansprechpartner für das Land Baden-Württemberg wird die Ansiedlungspolitik hier im Land modernisiert. Das ist eine Förderung für kleine und mittlere Unternehmen, die fast nichts kostet.

Im Kern geht es darum, dass Gründerinnen und Gründer und ansiedlungswillige Unternehmen – im Gesetz heißt es „Dienstleistungserbringer“ – alle notwendigen Formalitäten bei einer einzigen Stelle erledigen können. Der bisherige zeitaufwendige und schwierige Behördenparcours über acht bis zwölf Stellen – der Kollege Schwehr hat die einzelnen Stellen schon aufgelistet, zu denen man bisher gehen musste – soll ein Ende haben. In Zukunft soll es eben möglich sein, alle diese Formalitäten bei einer einzigen Stelle zu erledigen.

Deswegen finde ich eigentlich den Begriff „One-Stop-Agencies“ wesentlich besser; er beschreibt zwar auf Englisch, aber trotzdem besser, was mit dem Einheitlichen Ansprechpartner gemeint ist. Hinzu kommt noch – wir haben es gerade vom Wirtschaftsminister gehört –, dass es in der Bundesrepublik zukünftig 16 uneinheitliche Einheitliche Ansprechpartner geben wird.

Die One-Stop-Agencies – ich bleibe jetzt einmal bei diesem Begriff – sollen nicht nur Anlaufstellen für ausländische Un-

(Edith Sitzmann)

ternehmensgründer und -gründerinnen sein, sondern auch für Inländer soll der Service angeboten werden. Das finden wir richtig. Auch insgesamt finden wir, dass diese Initiative der EU richtig und unterstützenswert ist.

Dennoch ist bedauerlich, Herr Minister, dass es so lange gedauert hat. Diese EU-Richtlinie stammt aus dem Jahr 2006.

(Abg. Marcel Schwehr CDU: Gut Ding braucht Weile!)

Wir haben uns seit 2006 damit beschäftigt. – Das Motto „Gut Ding braucht Weile“ trifft bei dieser Landesregierung leider bei vielen Gesetzesvorhaben zu. Ich erinnere daran: Bei der Landesdisziplinarordnung waren es sieben Jahre, bis Sie diese auf den Weg gebracht haben.

(Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Das macht die große Qualität unserer Gesetze aus! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Ein Trauerspiel! – Weitere Zurufe)

Ich erinnere auch an die Novellierung der Landesbauordnung, die wir gestern beraten haben.

Ich finde, mehr Tempo würde Ihnen guttun, auch wenn Sie darauf verweisen, dass es noch Bundesländer gibt, die die betreffende EU-Richtlinie bislang nicht umgesetzt haben. Aber Tatsache ist, dass sich die Kommunen und die Kammern schon jetzt in der Umsetzungsphase befinden, obwohl wir das Gesetz noch gar nicht beschlossen haben. Aber es geht nicht anders. Es muss zum Jahresanfang in Kraft treten. Das ist schon eine absurde Situation: Die Vorbereitungen laufen, bevor das Gesetz verabschiedet worden ist.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Absurde Situationen haben wir öfter bei dieser Landesregierung! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Sckerl, halten Sie sich zurück! Sie verstehen davon nichts! – Heiterkeit)

Nachdem Sie jetzt jahrelang hin und her diskutiert haben, kriegen Sie es auf den letzten Drücker noch hin. Das Gesetz ist ja übersichtlich; es hat nur neun Paragraphen. Insofern hätten Sie es doch wohl schneller hinbekommen können.

(Abg. Peter Hofelich SPD: In Brüssel war es kürzer!)

Dennoch sind wir froh, dass der Druck der Opposition gewirkt hat.

(Minister Ernst Pfister: Ja, genau! Wir sind sehr dankbar! – Heiterkeit – Gegenruf des Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Er hat es durch die Blume zugegeben!)

Die SPD und die Grünen, Herr Minister Pfister, haben in zwei Anträgen und in vielen Gesprächen das Anliegen eingebracht, dass die Kommunen mit im Boot sein müssen. Herr Kollege Prewo hat seine weiter gehenden Vorstellungen dazu gerade ausgeführt. Auf jeden Fall sind wir froh, dass die Kommunen mit im Boot sind. Das ist richtig und wichtig.

Falsch wäre es gewesen, wenn es nach Ihren Vorstellungen, Herr Minister, gegangen wäre, ausschließlich die Kammern als Einheitliche Ansprechpartner vorzusehen und die Kommunen außen vor zu lassen. Sie halten das vielleicht für wirt-

schaftsnah. Aber es geht auch um die Wünsche und Bedürfnisse der Dienstleistungserbringer. Es geht darum, was für die Dienstleistungserbringer am besten ist und wie sie sich möglichst schnell, kundennah und mit möglichst wenig Bürokratie hier ansiedeln oder ihr Unternehmen hier gründen können.

Auch aus Sicht der Unternehmen sind die Kommunen als Einheitliche Ansprechpartner zentral. Viele Entscheidungen werden bei den Kommunen getroffen. Ich erinnere z. B. an das Baurecht. Aber auch für die kommunale Verwaltung ist dies wichtig. Sie kann dadurch zum einen Ansiedlungsentscheidungen mitsteuern. Zum anderen bringen die Einheitlichen Ansprechpartner wichtige Impulse für eine bürger- und unternehmensnahe Verwaltung.

Bedauerlich ist allerdings, dass dies, auch wenn die Kommunen jetzt mit im Boot sind, nicht auf gleicher Augenhöhe passiert. Die Kammern sind Einheitliche Ansprechpartner, die Kommunen können es sein. Aber, wie gesagt: Das ist noch deutlich besser als das reine Allkammernmodell. Insofern sind wir einverstanden.

Wir finden es positiv, dass es nach drei Jahren eine Evaluation geben soll.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Gut!)

Wir finden es auch positiv, dass die Nutzung des Dienstleistungsportals des Landes nicht mehr verpflichtend, sondern freiwillig ist. Da gab es Schnittstellenprobleme, die den Kammern schwer im Magen lagen. Das scheint jetzt ausgeräumt zu sein.

Vor dem Hintergrund des Gesagten meine ich: Es wird Zeit, dass wir endlich in die Umsetzung kommen.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Deshalb werden wir den Gesetzentwurf im Kern auch mittragen.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Gut! Sehr schön!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich im Namen der FDP/DVP-Fraktion beim Wirtschaftsminister und seinen Mitarbeitern dafür bedanken,

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

dass dieses Gesetz jetzt auf dem Tisch liegt. Im Unterschied zur Kollegin Sitzmann bin ich nicht der Meinung, dass es endlos lange gedauert hätte und spät käme.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das ist immer relativ!)

Dass erst fünf von 16 Bundesländern so weit sind, zeigt schon, dass es nicht ganz einfach ist, dieses Gesetz zu machen. Na-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

türlich sind neun Paragraphen schnell geschrieben; das ist überhaupt keine Frage. Aber der entscheidende Punkt ist doch, alle Beteiligten so ins Boot zu bringen, dass sie damit zufrieden sind und dass es keine Auseinandersetzungen gibt, und darüber hinaus Schnittstellen abzubauen. Sie haben am Ende Ihrer Rede angesprochen, Frau Kollegin Sitzmann, dass es eine Reihe von Komplikationen, von Schnittstellen gegeben hat, die beseitigt wurden.

Wenn man bedenkt, dass die Europäische Union eine Frist bis Ende 2009 gesetzt hat und dass vermutlich die meisten Bundesländer diese Frist nicht einhalten können, dann haben wir im Land Baden-Württemberg doch einigermaßen rasch gearbeitet und offensichtlich – das hat das Votum der Grünen-Fraktion deutlich gemacht – eine konsensfähige Lösung auf den Tisch gebracht.

Für die FDP/DVP-Fraktion will ich gar nicht verhehlen, dass uns das reine Allkammernmodell lieber gewesen wäre. Wir sind Vertreter des Subsidiaritätsprinzips. Wir sind der Meinung, dass dort, wo es nicht unbedingt notwendig ist, die öffentliche Hand nicht ins Spiel kommen muss. Wir sind der Meinung, dass die Kammern das allein hätten schultern können.

Es gab auf der anderen Seite einen gewissen Druck von den Kommunen, mit ins Boot zu kommen. Anfangs wurde über die Frage diskutiert: Können dann vielleicht über 1 100 Kommunen Einheitliche Ansprechpartner sein? Das wurde dann relativ schnell verworfen. Das wäre zu unübersichtlich geworden. Muss man vielleicht die Großen Kreisstädte ins Boot holen? Das wäre auch zu unübersichtlich geworden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Warum denn das?)

Am Ende stand dann der Kompromiss, neben den Kammern die Stadt- und Landkreise zu beteiligen.

Das ist eine Regelung, mit der wir leben können, bei der wir allerdings noch immer gewisse Schnittstellen, noch immer ein gewisses Maß an Bürokratie befürchten, das auf uns zukommen könnte. Deshalb ist es gut, Herr Minister, dass wir diese Evaluation vorsehen und uns nach drei Jahren anschauen wollen, ob es wirklich optimal ist, das so zu machen, oder ob vielleicht nicht doch ein reines Allkammernmodell fungibler wäre. Das werden wir dann sehen.

Bis dahin sagen wir: Das Gesetz ist eine gute Lösung. Die FDP/DVP-Fraktion bedankt sich für diesen Prozess.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Vielleicht geht es auch ohne Kammern!)

– Vielleicht ginge es auch ohne Kammern. Ich nehme das zur Kenntnis und werde es den Kammern als Position der Grünen-Fraktion ausrichten.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall)

Sie haben in der Diskussion schon deutlich gemacht, dass die Kommunen nicht deshalb im Boot sind, weil sich die kommunalen Landesverbände so stark dafür eingesetzt hätten, sondern weil die „furchterregende“ Opposition im baden-württembergischen Landtag dies erzwungen habe. So lassen wir es stehen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Ich bedanke mich beim Wirtschaftsminister. Die FDP/DVP-Fraktion wird dieses Gesetz so mittragen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. – Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben nun ein Problem. Nachdem der nächste Tagesordnungspunkt etwas früher aufzurufen ist, als ursprünglich geplant war, und Frau Kollegin Vosschulte nicht rechtzeitig hier sein kann, weil sie noch eine wichtige Verhandlung führt, ich aber zu diesem Tagesordnungspunkt reden muss, geht die Aufgabe, die Sitzung zu leiten, nach § 11 der Geschäftsordnung auf den ältesten Abgeordneten des Landtags über. Dies ist Herr Abg. Gustav-Adolf Haas.

(Beifall bei allen Fraktionen – Zurufe: Oi! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist schön!)

Herr Kollege Haas wird zumindest den Anfang des nächsten Tagesordnungspunkts leiten. – Bitte, Herr Kollege.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Das hat es noch nie gegeben! Eine echte Besonderheit! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Gibt es auch einen Dienstwagen?)

**Alterspräsident Gustav-Adolf Haas:** Kolleginnen und Kollegen, ich darf **Punkt 7** der Tagesordnung aufrufen:

- a) **Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Finanzielle Beteiligung des Landes am Bau der Rheintalbahn – Drucksache 14/3209**
- b) **Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Infrastrukturmaßnahmen entlang der Rheinschiene – Drucksache 14/3736**
- c) **Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Menschen entlang der Rheintalbahn vom Lärm entlasten – Drucksache 14/4275**

Ich darf Herrn Kollegen Drexler das Wort geben.

(Beifall)

**Abg. Wolfgang Drexler SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Rheintalbahn ist mit das größte Verkehrsprojekt in Baden-Württemberg. Das Investitionsvolumen von immerhin 4,5 Milliarden € ist fast so groß wie bei der Neubaustrecke Stuttgart–Ulm. Als Drittes haben wir noch den Ausbau der Schnellbahnstrecke Frankfurt–Mannheim. Das ist die dritte große Maßnahme, die in den nächsten Jahrzehnten auf Baden-Württemberg zukommt.

Seit 2006 hat sich die SPD-Fraktion – auch in Gesprächen mit den Bürgerinitiativen – mit dieser Sache beschäftigt. Sie ist

(Wolfgang Drexler)

der Auffassung, dass es das Beste wäre, wenn wir Baden 21, die autobahnahe Trasse und den Tunnel in Offenburg, realisieren würden. Wenn wir dies aber realisieren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann stellt sich die Frage: Wie sieht es mit der Planfeststellung aus? Wer finanziert eine andere Trasse zumindest mit? Dazu muss man wissen, dass die Bahn ihre Planfeststellungsunterlagen konkret nach dem gesetzlichen Mindeststandard ausrichtet. Denn alles, was darüber hinausginge, würde bedeuten, dass die Bahn in anderen Bundesländern ähnliche Vorschläge machen müsste.

Deswegen sind wir der Auffassung, dass das Projekt Baden 21 natürlich mit Stuttgart 21 vergleichbar ist. Wer im Neckartal keine oberirdischen Schienen will, im Neckartal aus Lärmgründen einen Tunnel baut,

(Zuruf des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

kann den Offenburgern und den übrigen Menschen in Baden genau das Gleiche nicht verwehren. Das geht nicht,

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

unabhängig von der Frage, ob Stuttgart 21 eine Bundesaufgabe ist – für den Schienenbau zumindest auf jeden Fall – und ob Baden 21 eine ausschließliche Bundesaufgabe ist – was es natürlich ist. Dennoch: Für die Badener bedeutet es überhaupt keinen Unterschied, wer nun gesetzlich zuständig ist. Sie wollen im Grunde einen ähnlichen Standard.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Zu Recht!)

Die Landesregierung ist nach mehreren Debatten im Landtag auf uns zugegangen. Inzwischen haben wir einen Projektbeirat, der gut arbeitet. Er untersucht alle Abschnitte auf die Möglichkeiten hin. Wir haben auch schon Entscheidungen der Landesregierung, die in genau diese Richtung gehen.

Ich nenne einmal das Beispiel der A 81 zwischen Böblingen und Sindelfingen. Dabei handelt es sich um eine reine Bundesaufgabe. Die Landesregierung, der Herr Ministerpräsident sagt:

*„Alles, was sie (der Bund) mehr tun, als sie müssen, wird als Modellfall angesehen.“*

Weiter heißt es in der Begründung zu unserem Antrag Drucksache 14/4275:

*Andere Kommunen könnten dann auch mehr fordern, als das Gesetz verlangt. Daher, so laut Zeitung die Begründung des Ministerpräsidenten, müsse das Land Geld in die Hand nehmen, um auch den Bund zu Zugeständnissen zu bewegen.*

Genau das Gleiche gilt natürlich für die Rheintalbahn.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen den Bund dazu bewegen, dass er mehr tut als das, was gesetzlich notwendig ist.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Gut!)

Inzwischen bewegt sich auch die Landesregierung auf unseren Vorschlag hin. Ministerpräsident, Wirtschaftsminister Pfister – –

(Heiterkeit – Minister Ernst Pfister: Langsam!)

– Ich will Sie jetzt nicht in Schwierigkeiten mit der CDU bringen.

Wirtschaftsminister Pfister sagte am 21. August 2008 laut „Badischer Zeitung“ wörtlich:

*„Dass mitten durch die Stadt Offenburg die Züge rattern und im Markgräflerland durch eine gesegnete Landschaft, das wird nicht stattfinden.“*

(Vereinzelt Beifall – Oh-Rufe)

*Sollte es am Ende darum gehen, die alternative Trasse auch finanzieren zu können, dann, so führt der Wirtschaftsminister in seinem Gespräch mit der Badischen Zeitung aus, „... kann man davon ausgehen, dass sich das Land finanziell nicht verweigert.“*

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Also, geht doch! – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Guter Minister!)

Als Drittes erwähne ich eine Pressemitteilung des Staatsministeriums vom 10. Juli dieses Jahres:

*Die Landesregierung schließt eine rechtlich abgesicherte und begrenzte Förderung zur Ermöglichung sinnvoller, aber rechtlich nicht zwingender Maßnahmen nicht aus.*

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir schlagen Ihnen heute vor – wir haben darüber verhandelt; leider hat es darüber mit der CDU keine Übereinstimmung gegeben; vielleicht lässt sich mit der FDP/DVP eher eine Übereinstimmung erzielen –, dass wir jetzt endlich vom Landtag aus eine Linie vorgeben, was die Landesregierung machen soll. Deswegen schlagen wir Ihnen in dem Änderungsantrag Drucksache 14/5387 vor,

*die Landesregierung aufzufordern, sich für eine vollständige, zeitnahe Abschaffung des Schienenbonus gegenüber dem Bund einzusetzen.*

Wieso? Das ist im Koalitionsvertrag zwischen FDP, CDU und CSU vereinbart. Das finden wir gut.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Das soll die Landesregierung sehr schnell umsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Als Zweites schlagen wir vor,

*die Landesregierung aufzufordern, sich gegenüber dem Bund dafür einzusetzen, beim Bau der Rheintalbahn*

– das dauert ja Jahre –

*schon jetzt die Lärmgrenzwerte, welche nach der vollständigen Abschaffung des Schienenbonus gelten werden, anzusetzen und die dann dafür erforderlichen Mittel bereitzustellen.*

(Wolfgang Drexler)

Das ist logisch. Wir sagen also: Wenn die Anwohner entlang der Rheintalstrecke nichts davon haben, dass ihr den Schienenbonus abschafft, dann legt wenigstens schon jetzt die Grenzwerte zugrunde, die ohne den Schienenbonus gelten. Die Grenzwerte betragen in Wohngebieten mit Schienenbonus 54 dB(A), ohne Schienenbonus 49 dB(A). Nun sagt jeder: Was für einen Unterschied machen schon 5 dB(A) aus? 10 dB(A) mehr werden als Verdopplung des vom Gehör wahrgenommenen Lärmpegels empfunden. Das ist also ein gewaltiger Unterschied.

Das ist der zweite Vorschlag, den wir Ihnen vorlegen. Dem könnten alle zustimmen. Das beinhaltet der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP auf Bundesebene.

Und als Drittes – das muss nach den Äußerungen des Wirtschaftsministers und der Pressemitteilung des Staatsministeriums schon jetzt sein; wir sollten doch als Landtag nicht immer hinterherlaufen – sagen wir im Interesse der Badener, um eine Gleichstellung herzustellen, dass der Landtag beschließen soll,

*die Landesregierung aufzufordern, sich am Bau der Rheintalbahn zu beteiligen, um eine menschen- und umweltverträgliche Trassenführung, welche nicht durch die Anpassung der Lärmgrenzwerte durch den Bund abgedeckt wird, zu erreichen.*

Wir nennen keine Summe, sondern wir sagen, wir wollen, dass das gleichbehandelt wird wie bei Stuttgart 21. Württemberg und Baden sollen gleichbehandelt werden. Deswegen heißt es „Baden-Württemberg“.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Scheuermann für die Fraktion der CDU.

**Abg. Winfried Scheuermann** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zu der Frage „Was ist Stand der Trassierung des dritten und vierten Gleises im Oberrheingraben, und wie geht es weiter?“ drei Bemerkungen machen.

Meine erste Bemerkung ist: Seit Oktober dieses Jahres haben wir einen sogenannten Projektbeirat, zusammengesetzt aus Vertretern des Bundes, der Bahn, des Landes und der betroffenen Landschaften.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

Meine Damen und Herren, wenn Bahn und Bund nach wie vor der Meinung wären, das verwirklichen und durchsetzen zu wollen, was sie ursprünglich geplant hatten, hätten sie in keinen Projektbeirat gehen müssen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ach was!)

Die Installierung des Projektbeirats ist ein Durchbruch bei dem Problem, dass es nicht so Wirklichkeit werden kann, wie die ursprünglichen Pläne der Bahn ausgesehen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Bildung dieses Projektbeirats dürfen sich auch die Bürgerinitiativen am Oberrhein als Verdienst an ihre Fahnen heften.

(Beifall der Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP und Edith Sitzmann GRÜNE – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: So ist es! – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! Das ist Basisdemokratie!)

In diesem Projektbeirat geschieht nicht mehr und nicht weniger, als dass man unter den Beteiligten versucht, zu einer Trassierung beim dritten und vierten Gleis zu kommen, bei der man dann in Zukunft ohne Rechtsstreit durchkommt und bei der man den Wünschen der betroffenen Anlieger so weit entgegenkommt, dass sich beim Lärmschutz eine deutliche Verbesserung gegenüber den bisherigen Plänen – so wie sie uns bekannt sind und auf dem Tisch liegen – ergeben würde.

Meine zweite Bemerkung: Herr Drexler hat recht. Zu unserer großen Freude steht jetzt im Koalitionsvertrag des Bundes – ich zitiere –:

*Dazu wollen wir den Schienenbonus schrittweise reduzieren mit dem Ziel, ihn ganz abzuschaffen. Gleichzeitig wollen wir eine lärmabhängige Trassenpreisgestaltung bei der Bahn.*

Wenn der Bund jetzt dabei ist, sich Gedanken darüber zu machen – ich sage es ganz vorsichtig –, dass der Schienenbonus nicht so bleiben kann wie bisher, dann kann doch der Bund nicht kontraproduktiv gegen diese Festlegung im Koalitionsvertrag sagen: „Aber das dritte und vierte Gleis im Oberrheintal wird die letzte Maßnahme sein, bei der uns der Schienenbonus noch interessiert. Er ist einzuhalten.“

(Beifall des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das steht bei uns drin!)

Das wird wohl nicht der Fall sein können. Ich kann es auch anders sagen: Bei einer solchen Haltung von Bund und Bahn im Projektbeirat würden die doch von vornherein schlechte Karten haben.

Meine Damen und Herren, hier ist das Tor auf zu einer deutlich besseren Trassierung und Lösung, als sie bisher auf dem Tisch liegt.

Meine dritte und letzte Bemerkung: In dem Projektbeirat sind wir als Land vertreten, und zwar durch Vertreter der Landesregierung und Vertreter der örtlich berührten Räume. Meine Damen und Herren, wir von der CDU-Landtagsfraktion haben ein solches Vertrauen in unsere Mitglieder im Projektbeirat, soweit sie von der Landesregierung kommen,

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

dass wir im Moment überhaupt keine Veranlassung sehen, unseren Vertretern im Projektbeirat Handlungsempfehlungen zu geben oder gar Handlungsvorgaben zu machen. Wo hat es so etwas denn je gegeben?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das haben wir schon ein paarmal gemacht!)

Ich sage es noch einmal: Wir haben Vertrauen in unsere Vertreter, und wir sehen deswegen überhaupt keinen Anlass, ir-

(Winfried Scheuermann)

gendetwas zu präjudizieren und unseren Vertretern verbindlich an die Hand zu geben.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

Herr Drexler, nun gebe ich Ihnen natürlich darin recht, dass es zum Schluss so ausgehen kann, dass wir nicht völlig ungestraft davonkommen können.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Aber Sie sind doch genauso ein alter Hase wie ich.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Fast, fast!)

Wenn ich in Verhandlungen gehe, dann entblöße ich mich dort doch nicht zum Teil, indem ich sage: Über 100, 200 oder 300 Millionen € brauchen wir gar nicht zu reden. Die legen wir von vornherein auf den Tisch.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das sagen wir ja nicht!)

– So steht es in Ihrem Antrag.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein!)

– So interpretiere ich Ihren Antrag.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein!)

Dazu sind wir nicht bereit, und deswegen werden wir nachher den gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen annehmen und Ihren Antrag ablehnen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut! – Abg. Wolfgang Drexler und Abg. Claus Schmiedel SPD: Schade!)

Ganz zum Schluss noch eine Bemerkung: Sie haben sicher gemerkt, dass ich mich nicht apodiktisch gegen eine Beteiligung des Landes wehre. Wogegen ich mich aber wehre, ist Ihre Aussage, Stuttgart 21 und das dritte und vierte Gleis der Rheintalbahn seien völlig das Gleiche.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das habe ich nicht gesagt!)

Sie merken es schon anhand der formalen Unterschiede: Für Stuttgart 21 gibt es eine Vereinbarung, an der Bund, Bahn, Land, Stadt Stuttgart und der Verband Region Stuttgart beteiligt sind. Beim dritten und vierten Gleis gibt es eine solche Vereinbarung nicht. Da gibt es ganz selbstverständlich einen Bauträger, und das ist die Bahn und sonst niemand.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Deshalb ist beides nicht miteinander vergleichbar.

(Abg. Johannes Stober SPD: Die Strecke Wendlingen–Ulm ist schon vergleichbar!)

Damit habe ich aber überhaupt nichts dazu gesagt, ob es in Zukunft ohne ein finanzielles Engagement des Landes gehen wird oder ob ein solches geboten ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Sitzmann für die Fraktion GRÜNE.

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Am Samstag, dem 14. November, ist die nächste Großkundgebung der IG BOHR in Freiburg. Das ist nicht die erste Großkundgebung, und ich nehme an, es wird auch nicht die letzte sein. Das zeigt, dass die acht Bürgerinitiativen, die sich seit Jahren entlang der Rheinschiene für eine Änderung der Planungen einsetzen, sehr engagiert sind und mittlerweile erreicht haben, dass Bewegung entstanden ist. Dafür möchten wir den Bürgerinitiativen an dieser Stelle ganz herzlich danken.

(Beifall bei den Grünen)

Klar ist für uns Grüne, dass die Planungen der DB AG so, wie sie bislang vorliegen und wie sie seit vielen Jahren vonseiten sämtlicher SPD-Bundesverkehrsminister vorbehaltlos akzeptiert worden sind, hoch problematisch sind und so nicht umgesetzt werden können.

Allerdings hat es sehr lange gedauert, bis diese Erkenntnis auch bei der Landesregierung angekommen ist. Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass bereits im Dezember 2006 der damalige und noch heute amtierende Ministerpräsident vollmundig einen Bahngipfel angekündigt hat. Drei Jahre später ist aus dem sogenannten Bahngipfel eher ein kleines Gespräch geworden, ein Gespräch zwischen dem ehemaligen SPD-Verkehrsminister Tiefensee, dem Ministerpräsidenten und dem Innenminister dieses Landes.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da hat niemand gefehlt!)

Es war peinlich, dass bereits im Vorfeld die frohe Kunde über dieses Gespräch in aller Munde war, der Bundesverkehrsminister jedoch noch nichts davon wusste.

Problematisch war auch, dass ausgerechnet der Hauptverantwortliche, nämlich der Vorstandsvorsitzende der DB, Herr Grube, an diesem Gespräch nicht teilnahm. Insofern hoffe ich, dass die mit der Gründung des Projektbeirats als Ergebnis dieses Gesprächs – Kollege Scheuermann hat es angesprochen – geweckten Erwartungen auch erfüllt werden.

Die Ausführungen meiner beiden Vorredner zeigen, dass die Verkehrspolitik des Landes in Sachen Rheintalbahn eine Krux ist. Das gilt sowohl für die Landesregierung als auch für die SPD. Es ist äußerst schwierig, zwei Großprojekte gleich wichtig zu bewerten und sie vermeintlich gleich zu behandeln. Für uns ist ganz klar, dass das wichtige und richtige Großprojekt für Baden-Württemberg der Ausbau der Rheintalbahn ist. Das ist bedeutend wichtiger als Stuttgart 21.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Nein! Das kann man nicht sagen!)

Deshalb war für uns Grüne von Anfang an klar, wo die Prioritäten liegen. Dabei wird es für uns auch bleiben.

(Edith Sitzmann)

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

– Genau.

Umfragen und Wahlen haben bestätigt, dass die Akzeptanz für Stuttgart 21

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Immer stärker wird!)

selbst in Stuttgart nur mäßig ist. Am südlichen Oberrhein ist die Begeisterung für Stuttgart 21 noch geringer als hier in der Region.

Der Ausbau der Rheintalbahn hat für uns Vorrang. Wenn es die Planungen für Stuttgart 21 nicht gäbe, wäre es bereits in der Vergangenheit wesentlich einfacher gewesen, Verbesserungen beim Lärmschutz zu erreichen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist Unsinn! Das ist der größte Unsinn!)

Wir unterstützen diesen neuen Projektbeitrag.

(Zuruf des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Wir hoffen, dass es durch die Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern der Region und der Bürgerinitiativen weitere Schritte geben wird, die dazu führen, dass die jetzigen Planungen nicht realisiert werden und dass die Trassenführung verändert und verbessert wird.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Und wer zahlt es?)

Offensichtlich ist aber auch: Wenn diese Landesregierung so viel Herzblut und Engagement für das dritte und vierte Gleis aufgebracht hätte, wie dies bei Stuttgart 21 der Fall war, dann wären wir heute schon sehr viel weiter.

Wir haben von aktuellen Entwicklungen auf Bundesebene gehört. Im Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Bundesregierung steht – das ist schon zitiert worden –, dass der Schienenbonus schrittweise abgeschafft werden soll. Herr Minister Rech, was bedeutet das konkret für dieses Projekt? Herr Kollege Scheuermann hat schon darauf hingewiesen. Es kann nicht sein, dass Sie einen besseren Lärmschutz versprechen, dies aber bei einem aktuellen Projekt nicht umsetzen.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Allerdings steckt der Teufel oft im Detail.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Der steckt in Spaichingen!)

Uns ist es auch wichtig, zu erfahren, wie sich die Abschaffung des Schienenbonus auf andere Projekte auswirkt. Für eine Aussage hierzu wäre ich Ihnen dankbar.

Klar ist für uns, dass zum jetzigen Zeitpunkt, da die Konsequenzen des Koalitionsvertrags der neuen Bundesregierung noch nicht absehbar sind, eine finanzielle Zusage des Landes für dieses Bundesprojekt nicht der richtige Weg ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da haben Sie recht!)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Bachmann das Wort.

**Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP:** Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP/DVP-Fraktion tritt seit Langem für eine ökologische Verkehrspolitik ein.

(Beifall bei der FDP/DVP – Lachen bei den Grünen – Unruhe)

Mobilität ist in einer modernen Industriegesellschaft weder auf der wirtschaftlichen noch auf der Freizeitebene wegzu-denken. Wir wollen den Menschen den Urlaub nicht vermiesen, nur weil sie verreisen. Das unterscheidet uns von den Grünen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Ja, ja! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ökologische Verkehrspolitik bedeutet, dass neue Verkehrsprojekte menschen- und umweltfreundlich geplant werden müssen. Der Ausbau der Rheintalstrecke ist umweltfreundlich, weil das ökologische Verkehrsmittel Bahn dadurch gestärkt wird. Noch ökologischer ist natürlich die Binnenschifffahrt auf dem Rhein. Wir erwarten deshalb, dass Binnenschifffahrt und Bahn verzahnt werden.

Wichtiger als die Umwelt sind uns Liberalen aber die Menschen. Deshalb setzen wir auf Lärmvermeidung und Lärm-bündelung. Dies wird bei Baden-Württemberg 21 in vorbildlicher Weise gelingen. Das Projekt Stuttgart 21 als Teilprojekt wird weitgehend unter der Erde in Tunnels verwirklicht, und anders als bei dem Projekt K 21 des geschätzten Kollegen Wölfe und seiner Fraktion nehmen wir damit Rücksicht auf die Menschen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

**Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP:** In einem Tunnel entstehenden Lärm hört man nämlich über der Erde nicht,

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

wohingegen es bei einem Kopfbahnhof sehr wohl schön laut ist. Auf der übrigen Strecke wird die Trassenführung entlang der A 8 den Lärm bündeln.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Wer zahlt es denn?)

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kollegen von den Grünen: Was für Württemberg recht ist, muss für Baden billig sein.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Wir haben uns von Anfang an für Lärmvermeidung und Lärm-bündelung auch im Rheintal stark gemacht. Für uns heißt dies konkret, dass im Bereich Offenburg die Tunnellösung Lärm

(Dietmar Bachmann)

vermeidet und auf der übrigen Strecke eine autobahnahe Trassenführung eine Lärmbündelung gewährleistet. Diese Vorschläge, die in erster Linie der IG BOHR zu verdanken sind, haben wir immer unterstützt, unterstützen wir heute und werden sie auch in Zukunft unterstützen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich Innenminister Rech dafür danken, dass er jetzt eine menschen- und umweltfreundliche Planung mit dem Beirat auch auf der Rheintalstrecke zu seinem Anliegen gemacht hat. Wir sind überzeugt, dass die neue Bundesregierung ein offeneres Ohr haben wird, aber wir danken ausdrücklich den Kollegen Drexler und Haller, dass sie sich beim bisherigen Bundesverkehrsminister für die Interessen der Menschen im Rheintal eingesetzt haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bleibt die Frage nach dem Einsatz von Geld aus unserem Landeshaushalt für dieses Projekt. Was für Württemberg recht ist, sollte für Baden billig sein. Das heißt aber nicht, dass wir als Land bereit sein sollten, für ein Vorziehen des Projekts Geld in die Hand zu nehmen. Bei Baden 21 hat die Bahn ein elementares Interesse an den mit den zusätzlichen Güterzuggleisen verbundenen Einnahmen, und anders als bei Stuttgart 21 hat sie keine Alternativstrecke. Die liegt nämlich auf der anderen Rheinseite und wird von der SNCF betrieben. Anders sieht die Sache im Interesse der betroffenen Menschen bei der Forderung nach einem besseren Lärmschutz aus.

(Beifall des Abg. Dieter Ehret FDP/DVP)

Hier gibt es Licht am Ende des Tunnels. Im Bundestagswahlprogramm der FDP haben wir die Abschaffung des Schienenbonus gefordert. Im Berliner Koalitionsvertrag – Kollege Scheuermann hat das dankenswerterweise schon zitiert, sodass ich das nicht wiederholen muss – findet diese unsere Forderung ihren Niederschlag. In Zukunft sollen für Schienenwege die gleichen Anforderungen wie für Straßen gelten. Wir fordern deshalb, dass die neuen Grenzwerte schon bei der Planung der Rheintalbahn Anwendung finden. Es wäre aus unserer Sicht nicht fair, wenn das Eisenbahn-Bundesamt jetzt noch durch eine rasche Planfeststellung Fakten schaffen würde. Wir setzen darauf, dass die neue Bundesregierung eine andere Trassenführung wählt.

Deshalb, Kollege Drexler, hätten wir bei Ziffer 2 Ihres Entschließungsantrags eigentlich mitmachen können. Wir sehen den Antrag aber als Einheit und halten es zum gegenwärtigen Zeitpunkt für nicht richtig, schon zu sagen, ob wir vielleicht Landesgeld einsetzen müssen und, wenn ja, wie viel. Denn wenn es aus Lärmschutzgründen dank des Berliner Koalitionsvertrags eine neue Trasse gibt, dann muss sie in erster Linie einmal von Bund und Bahn bezahlt werden. Erst dann kommt die Frage, ob wir für zusätzlichen Lärmschutz – Kollege Scheuermann hat es angedeutet – im Interesse der Menschen als Land im Verbund mit den betroffenen Kommunen sozusagen als Schlussstein – der Wirtschaftsminister, unser vorheriger Fraktionsvorsitzender Noll und auch das Staatsministerium haben das gesagt – Geld bereitstellen sollten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen nicht nur das dritte und vierte Gleis am Rhein bauen, sondern wir wollen dabei vor allem Lärm vermeiden und bündeln, damit sich die betroffenen Menschen auch in Zukunft in ihrer Heimat wohlfühlen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Innenminister Rech.

**Innenminister Heribert Rech:** Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Ausgangssituation ist klar. Ich denke, wir alle sind uns darüber einig. Das ist ein wichtiges Projekt mit landesweiter, bundespolitischer und sogar europäischer Bedeutung. Über die Sinnhaftigkeit besteht kein Zweifel.

Bei der Umsetzung vor Ort – auch das will ich noch einmal deutlich sagen – dürfen die berechtigten Sorgen der Bevölkerung nicht außen vor bleiben. Deswegen ist eine Planung unerlässlich, die in gebotener Weise Rücksicht auf Mensch und Umwelt nimmt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Die Landesregierung hat von Anfang an keinen Zweifel daran gelassen – ich will das heute noch einmal unterstreichen –, dass wir die regionalen Kernforderungen unterstützen, die genau an dieser Stelle ansetzen, nämlich die nach einem verbesserten Lärmschutz. Dadurch wird die regionale Akzeptanz des Vorhabens überhaupt erst hergestellt und damit dessen Realisierbarkeit ermöglicht.

Drei Punkte möchte ich ansprechen: Wo stehen wir augenblicklich? Was haben wir erreicht? Wie soll es weitergehen?

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Errichtung des Projektbeirats zur Rheintalbahn ein großer Erfolg und zugleich eine hervorragende Chance ist. Vielen Dank, Herr Kollege Drexler, für Ihre anerkennenden Bemerkungen hierzu. Alle Akteure sitzen an einem Tisch. Es ist aus meiner Sicht ein wichtiger Fortschritt, dass der Bund jetzt im Projektbeirat viel intensiver, als dies bisher der Fall war, in die Gespräche eingebunden und damit auch in die Verantwortung genommen ist.

Der bisherige Bundesverkehrsminister hat sich bei der Rheintalbahn sehr zurückgehalten. Ich will aber gleichzeitig sagen: Bei der konstituierenden Sitzung des Projektbeirats am 5. Oktober in Berlin war eine sehr konstruktive Atmosphäre zu verspüren. Wir sind dort – mit „wir“ meine ich alle Beteiligten aus Baden-Württemberg – sehr konzentriert aufgetreten. Deswegen konnten wir mit Bund und Bahn eine Verfahrensvereinbarung treffen, die lautet: Alle Verfahrensbeiträge sind sich einig, dass kein Planfeststellungsbeschluss ergehen und keine Finanzierungsvereinbarung zwischen Bund und Bahn geschlossen werden darf, bevor der Projektbeirat die einzelnen Abschnitte abschließend beraten hat.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Jesses!)



(Minister Heribert Rech)

Damit wird verhindert, dass vollendete Tatsachen geschaffen werden. Der Kollege Bachmann hat genau dies gesagt.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das Rheintal liegt aber nicht in Bayern!)

– Habe ich Bayern gesagt?

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Nein, aber der neue Verkehrsminister kommt aus Bayern!)

– Ach so. Ach, Herr Kollege, so sehr um die Ecke denke ich nicht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ein Ulmer müsste gegenüber Bayern aufgeschlossen sein!)

Dieses Projekt ist wichtig für Bund und Bahn, und der Bund hat sich schließlich auch vertraglich verpflichtet.

Wir wollen die Gespräche zügig voranbringen. Es ist die Einrichtung von thematisch gegliederten Arbeitsgruppen vereinbart. Diese werden unter Einbeziehung von örtlichem Sachverstand dem Projektbeirat berichten. In einem ersten Prüfungsschritt müssen die unterschiedlichen Varianten im Hinblick auf alle fachplanerischen Belange unvoreingenommen auf Herz und Nieren geprüft werden. Das gilt ganz besonders für die Belange von Mensch und Umwelt. Die Ergebnisse dieses ersten Prüfungsschritts müssen dann umfassend bewertet werden. Erst in einem Folgeschritt sollte sich der Beirat mit Fragen der Kosten und schließlich der Finanzierung befassen.

Zunächst ist also der Projektbeirat am Zug. Sie können sicher sein, dass die Vertreter von Land und Region dort zügig und zielgerichtet um die besten Lösungen ringen werden.

Die Landesregierung hat wiederholt betont – ich tue dies auch heute wieder –, dass die Rheintalbahn und das Bahnprojekt Stuttgart–Ulm für sie gleich wichtig sind. Man kann diesen beiden Infrastrukturprojekten allerdings in der Finanzierungsfrage nicht einfach das gleiche Schema überstülpen. Dazu sind die beiden Projekte zu unterschiedlich. Lassen Sie mich das mit wenigen Sätzen noch sagen.

Der Ausbau der Rheintalbahn ist vollständig ein Bedarfsplanvorhaben des Bundes, das die Deutsche Bahn AG im Auftrag des Bundes mit Bundesmitteln realisiert. Zudem hat sich der Bund 1996 im Vertrag von Lugano gegenüber der Schweiz verpflichtet, die Rheintalbahn abgestimmt mit der Neuen Eisenbahn-Alpentransversale auszubauen. Meine Damen und Herren, das Land hat bei diesem Vertragsschluss nicht mit am Tisch gesessen. Das ist der erste Unterschied. Kollege Scheuermann hat zu Recht darauf hingewiesen.

Die Fertigstellung des Gotthardtunnels ist nach jetzigem Stand bis zum Jahr 2017 zu erwarten. Bis dahin müsste der Ausbau der Rheintalbahn eigentlich zumindest im Wesentlichen abgeschlossen sein. Durch diesen Vertrag ist der Bund in der Pflicht, die Finanzierung zeitgerecht sicherzustellen. Es ist auch seine Pflicht, die Maßnahme in einer für Mensch und Umwelt vertraglichen Weise durchzuführen.

Und schließlich – auch darauf habe ich in einem Schreiben hingewiesen – sind die betroffenen Einwohner Baden-Württembergs für den Bund auch seine eigenen Bundesbürger, de-

nen er Schutz und Unterstützung zu gewähren hat. Da mache ich keinen Unterschied zwischen Badenern und Württembergern.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das wollen wir auch hoffen! – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Da nicht, aber sonst schon!)

Auch die Badener sind Bundesbürger, und deswegen ist der Bund auch zur Fürsorge verpflichtet.

Meine Damen und Herren, bei dem ersten Gespräch auf Spitzenebene am 10. Juli in Berlin – darauf will ich schon jetzt hinweisen, damit Sie wissen, dass Ihr Antrag im Kern nicht auf taube Ohren stößt – hat die Landesregierung eine rechtlich abgesicherte und begrenzte Förderung zur Ermöglichung sinnvoller, aber rechtlich nicht zwingender Maßnahmen nicht ausgeschlossen. Darum geht es.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau!)

Kollege Drexler hat den Unterschied deutlich gemacht, zu was die Bahn verpflichtet ist und zu was nicht.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! Dass wollen wir!)

Frau Kollegin Sitzmann, Sie können das eine nicht gegen das andere ausspielen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Denken Sie, dass ich das mache?)

– Nein, nein. – Sie können das eine nicht gegen das andere ausspielen. Sie können auch nicht sagen: Wenn Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Ulm–Wendlingen nicht kämen, dann ginge es mit der Rheintalstrecke schneller voran.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wie denn? – Abg. Claus Schmiedel SPD: Höchstmöglicher Unsinn! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Im Gegenteil!)

Entschuldigung, das ist vielleicht Wunschdenken.

(Zurufe – Unruhe)

Meine Damen und Herren, zunächst sind der Bund und die Bahn in der Pflicht. Sie müssen zeigen, dass sie zu einer Lösung im Sinne der Menschen und der Umwelt bereit sind und dass sie auch zu ihrer Finanzierungsverantwortung stehen.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Jetzt gehen wir die Schritte, einen nach dem anderen, durch. Dann werden wir sehen, wo wir in einigen Monaten stehen.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Herr Kollege Pfister ist schon einen Schritt weiter!)

Wir sind zuversichtlich, dass wir zu guten Lösungen kommen. Die ersten Verhandlungen, die ersten Gespräche im Projektbeirat stimmen mich sehr optimistisch.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Gut!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

**Abg. Wolfgang Drexler** SPD: Frau Kollegin Sitzmann, wer die Rheintalstrecke mit der Strecke Stuttgart–Ulm vergleicht, der hat – das sage ich ganz vorsichtig – nicht arg viel Sachverstand.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Ach!)

– Ja! Denn die eine Strecke ist eine Transitstrecke. Das muss Ihnen doch klar sein. Da fahren die Güterzüge von Norden nach Süden durch.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Aber wenn es um die Finanzierung geht, sind wir zuständig! – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Zuhören!)

Die Strecke Stuttgart–Ulm hingegen ist eine Verbindungsstrecke des Regionalverkehrs, des Fernverkehrs und auch des Nahverkehrs. Das ist etwas ganz anderes.

(Zurufe der Abg. Bärl Mielich und Theresia Bauer GRÜNE)

Daran partizipieren die Baden-Württemberger – zumindest in ganz Württemberg.

(Abg. Jörg Döpfer CDU: Genau!)

An der Transitstrecke partizipieren sie nicht. Da fahren die Züge durch.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP – Widerspruch bei den Grünen – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Deshalb kann man beides nicht miteinander vergleichen.

Zweitens: Die Behauptung, dass die für die Strecke Stuttgart–Ulm veranschlagten Mittel möglicherweise in die Rheintalstrecke gelenkt werden könnten, zeugt vom gleichen Sachverstand. Denn dieses Geld wird in den Haushalten ausschließlich für die Strecke Stuttgart–Ulm ausgewiesen.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE – Gegenruf des Abg. Jörg Döpfer CDU – Abg. Peter Hofelich SPD: Na, na, na! – Zuruf der Abg. Bärl Mielich GRÜNE – Unruhe)

Wenn dieses Geld nicht für dieses Projekt verwendet wird, dann ist das EU-Geld weg und das Geld vom Bund und der Bahn geht woandershin, nämlich in die in der Reihenfolge des Bundesverkehrswegeplans nächsten Vorhaben.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es! – Widerspruch bei den Grünen)

– Natürlich. Dann geht es z. B. nach Nordrhein-Westfalen oder woandershin.

(Widerspruch bei den Grünen – Unruhe)

Das Schlimme an der ganzen Sache ist: Weil Sie gegen das Projekt sind, schalten Sie aus ideologischen Gründen Ihr normales Gehirn aus. Das ist das Problem bei dieser Debatte.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP – Widerspruch bei den Grünen – Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: So ist es! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Haben die noch ein anderes?)

Lassen Sie mich noch etwas zur CDU sagen. Herr Minister, wenn man der Auffassung ist, dass nur das realisiert wird, was rechtlich notwendig ist, dann entspricht die jetzige Planung, die in vielen Planfeststellungsabschnitten fast fertig ist, dem, was rechtlich mindestens notwendig ist. Das macht die Bahn schon.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Aber das steht noch lange nicht fest!)

– Doch, das steht fest.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Nein, das steht nicht fest!)

– Das steht fest. Herr Scheuermann, da kann ich mit Ihnen sogar eine Wette eingehen.

Wer also mehr will – wir alle wollen doch mehr –, der muss jemanden finden, der dies finanziert. Nun sagen wir, dass der Wegfall des Schienenbonus eine Möglichkeit dafür wäre. Doch der Wegfall des Schienenbonus gilt nicht rückwirkend. Das heißt, all das, was bis zu dem Beschluss des Wegfalls des Schienenbonus geplant wird, wird einen höheren Lärmpegel haben. Deswegen lautet unser Antrag, bei der Bundesregierung schon jetzt dafür zu kämpfen, dass solche Strecken wie die Rheintalstrecke mit den Werten ohne Schienenbonus gebaut werden können. Das wäre für uns eine große Hilfe. Deswegen steht das in unserem Antrag, aber leider nicht in Ihrem.

(Zuruf von der CDU: Doch!)

– Nein, das steht nicht drin.

Das Nächste, was ich noch sagen will, ist Folgendes: Mitte des Jahres hat ein Treffen zwischen dem Chef des Eisenbahn-Bundesamts und dem Freiburger Regierungspräsidenten Württemberger stattgefunden. Dann wurde in der Presse folgendes Zitat veröffentlicht. Der EBA-Präsident, der für die ganze Planfeststellung zuständig ist, sagte gemäß einer Pressemeldung, das Land müsse dann aber auch die Mehrkosten tragen. Weiter heißt es darin:

*Nur wenn es rechtlich zwingende Gründe gäbe, die den bisherigen Trassenplänen der Bahn für das dritte und vierte Gleis im Rheintal zuwiderlaufen, könnte auch eine andere Planung, z. B. die ... „Bürgertrasse“ parallel zur A 5, gebaut werden.*

Lassen Sie sich das einmal auf der Zunge zergehen. Das sagt der Chef der für alle Schienenplanungen zuständigen Planfeststellungsbehörde, und das haben wir in unserem Antrag stehen. Wir sagen: Der Schienenbonus muss weg, und wenn das generell nicht rückwirkend gilt, dann ist bitte dafür zu sorgen, dass dies für die Rheintaltrasse gilt; dann muss der Bund mehr Geld zur Verfügung stellen. Und als Drittes: Für das, was dann noch nicht abgedeckt ist – das müssen wir schon jetzt klar sagen –, treten wir auch bei den Badenern ein und

(Wolfgang Drexler)

sorgen für eine menschen- und umweltfreundliche Trasse. Das ist unser Antrag.

(Zuruf von den Grünen)

Wir tragen Ihren Antrag deswegen nicht mit, weil er zu kurz springt. Wir werden uns aber der Stimme enthalten, weil darin ja auch ein paar Sachen stehen, die nicht schlecht sind. Deswegen wäre es auch gut, Sie würden unseren Antrag wenigstens am Anfang passieren lassen. Das ist der bessere.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen jetzt zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge.

Abschnitt I des Antrags Drucksache 14/3209 ist ein reiner Berichtsteil und kann daher für erledigt erklärt werden.

Das Gleiche gilt für den Antrag Drucksache 14/3736.

Abschnitt II des Antrags Drucksache 14/3209 sowie der Antrag Drucksache 14/4275 werden ersetzt durch den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5387. Diesen Antrag stelle ich jetzt zur Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben nun noch über den Entschließungsantrag der Abg. Hans Heinz u. a. CDU und der Abg. Dietmar Bachmann u. a. FDP/DVP, Drucksache 14/5384, abzustimmen.

Frau Abg. Sitzmann, bitte schön.

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Ich hätte gern getrennte Abstimmungen über die Ziffern 1, 2 und 3.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Bei dem Entschließungsantrag?

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Genau!)

– Gut. Ich stelle also diesen Antrag zur Abstimmung. Zunächst kommen wir zur Ziffer 1 des Entschließungsantrags Drucksache 14/5384.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das geht doch gar nicht! Das ist ein Entschließungsantrag!)

– Frau Sitzmann wünscht getrennte Abstimmungen. Das macht doch nichts.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

– Wir sind mitten im Abstimmungsverfahren.

Wer der Ziffer 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ziffer 1 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe Ziffer 2 auf. Wer dieser Ziffer 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ziffer 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Ziffer 3 auf. Wer der Ziffer 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ziffer 3 ist mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Das Gymnasium weiterentwickeln – G 8 grundlegend reformieren und parallele G-8- und G-9-Züge ermöglichen – Drucksache 14/3267**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Herr Abg. Dr. Mentrup, ich erteile Ihnen für die Fraktion der SPD das Wort.

**Abg. Dr. Frank Mentrup SPD:** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich sage es gleich am Anfang, damit hier nicht wieder etwas Falsches unterstellt wird: Die SPD hat seinerzeit zähneknirschend dem G-8-Modell Baden-Württembergs zugestimmt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Begeistert haben Sie zugestimmt! Begeistert!)

Zähneknirschend deswegen, weil wir durchaus unterschiedliche Vorstellungen zur Art und Weise der Einführung und zu manchem Strukturellen und Strategischen der Gestaltung des G 8 hatten.

Das entbindet uns jetzt aber nicht von der Verantwortung, sondern setzt uns gerade erst recht in die Verantwortung, dann auch dort nachzubessern, wo wir feststellen, dass unsere damalige Kritik berechtigt war, oder wo sich andere Schwierigkeiten in der Umsetzung des G 8 auftun.

Meine Damen und Herren, die Diskussion können Sie für überholt halten, die können Sie für abgehakt halten, wie Sie wollen. Die Initiativen der „G-8-Eltern“, die fortlaufenden Umfrageergebnisse und das, was man vor Ort auf allen Podiumsdiskussionen mit jungen Leuten, aber auch mit Eltern erlebt, zeigen: Das G 8 ist in seinen Fehlern nach wie vor aktuell und bedarf dringend einer Korrektur.

(Beifall bei der SPD)

Nun hatten wir alle – auch viele Eltern im Land – nach der Brandrede des Ministerpräsidenten am berühmten Aschermittwoch 2008 gehofft, hier würde sich grundlegend etwas ändern. Wir haben Ihnen dazu auch schon vor einem Jahr eine Reihe zusätzlicher Vorschläge gemacht, haben Ihnen jetzt auch ein Jahr Zeit gelassen, sich dieser Vorschläge anzunehmen und es vielleicht selbst umzusetzen; denn das mögen Sie ja meist lieber, als unserem Antrag zu folgen.

Aber jetzt ist doch einmal der Zeitpunkt gekommen, hier Farbe zu bekennen, zu diesen einzelnen Vorschlägen Ja oder Nein zu sagen und damit ein Signal zu setzen, ob man denn diesen Protest und diesen Unmut, den es überall im Land noch gibt, ernst nimmt oder ob man das, wie Sie das bisher tun, lapidar

(Dr. Frank Mentrup)

als unnötig abtut. Deswegen steht dieser Antrag heute noch einmal hier zur Diskussion.

Die Folgen dieses Unmuts möchte ich noch einmal kurz skizzieren. Wir haben eine steigende Anzahl von Eltern, die ihre Kinder trotz einer Gymnasialempfehlung nicht auf das Gymnasium schicken. Die Zahl nimmt von Jahr zu Jahr zu. Der Anteil lag im letzten Jahr bei 17 %. In manchem ländlichen Raum beträgt der Anteil bis zu 40 %.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist doch ein vernünftiger Weg!)

Wir haben – auch wenn Sie das immer bestreiten – einen steigenden Anteil von Kindern, vor allem Jungs, die während der Gymnasialzeit auf die Realschule wechseln. Aus beiden Tendenzen heraus haben wir zum Teil völlig überfüllte Realschulen, die teilweise gar nicht mehr wissen, wie sie ihren Unterricht organisieren sollen, und schon gar nicht, wie sie jetzt auch noch die Klassenteilerenkung umsetzen sollen, weil es hinten und vorn an Räumen und Lehrkräften mangelt.

Dieser Entwicklung weiter zuzuschauen ist der eine Weg. Jetzt das Gymnasium so attraktiv und auch so annehmbar zu machen, dass möglichst alle Kinder, denen man nach der Grundschule eine solche Befähigung bescheinigt, diesen Weg versuchen und auch mit Erfolg abschließen können, sollte unser gemeinsames Ziel sein. Denn am Ende sollten alle diese Kinder möglichst ein Jahr früher zur Hochschulzugangsberechtigung kommen – das war ja einmal das Ziel – und sollte damit auch das Alter der Studienanfänger gesenkt werden. Wenn wir aber immer mehr Schülerinnen und Schüler haben, die die Hochschulreife nicht über das allgemeinbildende Gymnasium erwerben – im letzten Jahr war zum ersten Mal die Zahl derer, die die Hochschulzugangsberechtigung nicht über das allgemeinbildende Gymnasium erworben haben, größer als die der anderen Hochschulzugangsberechtigten –, dann verlieren Sie unser gemeinsames Ziel aus dem Auge.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Das Ziel verfehlt! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das zeigt die Durchlässigkeit!)

– Das zeigt vielleicht die Durchlässigkeit, Herr Röhm. Aber es ist nicht fair. Es entspricht auch nicht dem Ziel, das wir uns vorgenommen haben. Jeder Schulwechsel – das wissen Sie als Schulleiter auch – bringt oft nochmals einen zusätzlichen Zeitverlust oder zumindest einen Verlust an Selbstvertrauen mit sich. Das, denke ich, kann man, wenn man unsere Vorschläge umsetzt, vielen Schülerinnen und Schülern im Land ersparen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Daher fordern wir Sie auf, unseren Vorschlägen hier zuzustimmen. Ich will sie nicht noch einmal im Einzelnen erläutern. Lediglich bei den Vergleichsarbeiten sind Sie uns ja im letzten Jahr entgegengekommen und haben deren Bedeutung deutlich reduziert, sodass sie zwar noch ein Element der Qualitätsentwicklung bleiben,

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

aber kein Anlass einer persönlichen Frustration sind.

Wir bleiben dabei – Sie haben es dargestellt –: Die Bildungspläne lassen schon jetzt eine Flexibilität zu.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist richtig!)

Nur: Solange Sie das nicht so umsetzen, dass es vor Ort jeder verstanden hat, nutzt es nichts. Deswegen müssen Sie hier noch einmal nachbessern. Wir haben insbesondere an den Gymnasien nach wie vor einen hohen Unterrichtsausfall. Die Zahl von 1 250 Krankheitsstellvertretungen bei insgesamt 100 000 Lehrkräften hat sich seit Jahren als zu wenig herausgestellt. Über die angehobenen Mittel zur Finanzierung kurzfristiger Vertretungen bekommen Sie eben viele Löcher nicht gestopft. Selbst der Philologenverband hat kürzlich noch einmal darauf hingewiesen, dass er sogar dafür plädiert, an jeder Schule im Durchschnitt 1,4 Deputate zusätzlich unterzubringen, damit man auch vor Ort innerhalb des Kollegiums einfach schneller auf drohenden Unterrichtsausfall reagieren kann.

Unser Vorschlag ist, mit der zweiten Fremdsprache erst in der sechsten Klasse zu beginnen. Auch das hat etwas mit Durchlässigkeit zu tun, Herr Röhm.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein!)

Es ist schon schwer genug, wenn man innerhalb Baden-Württembergs von einer Stadt in die andere umzieht, ein Gymnasium mit vergleichbarem Profil zu finden. Aber spätestens dann, wenn es um den Beginn der zweiten Fremdsprache geht, ist es noch einmal schwieriger. Auch das ist eigentlich nicht zumutbar.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schauen Sie es sich bei uns einmal an!)

Die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler – das hängt auch mit der Unterrichtsversorgung zusammen – hat sich an keiner Stelle wesentlich verbessert.

Als zweiten großen Reformschritt schlagen wir Ihnen wieder einmal vor, dass es dort, wo es gewünscht wird, möglich sein sollte – wie wir das in der Modellphase des G 8 in Baden-Württemberg erfolgreich erprobt haben –, auch eine neunjährige Gymnasialzeit anzubieten. Wir wissen am Beispiel Mosbach, aber auch aus anderen Städten, dass dies von vielen Eltern deutlich bevorzugt würde und man damit auch mehr Eltern auffordern würde und deren Interesse daran wecken würde, ihr Kind bei einer Gymnasialempfehlung auch tatsächlich für das Gymnasium anzumelden.

Ich denke, hier geht es um den Elternwillen. Hier geht es um Chancen für junge Menschen, insbesondere auch für den männlichen Anteil der Fünft- und Sechstklässler. Daher eine letzte Aufforderung: Lassen Sie uns diese wirklich pragmatischen und gemäßigten Schritte gehen! Dann haben wir hier für die Akzeptanz und das Image des G 8 in Baden-Württemberg einen positiven Dienst geleistet.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Röhm für die Fraktion der CDU.

**Abg. Karl-Wilhelm Röhm** CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche, stichwortartig entlang Ihres Antrags zu antworten.

Zunächst ist es so, dass die Gymnasien mitten in einem Prozess der Ausgestaltung sind. Wir haben den Schulen ganz bewusst ein hohes Maß an Gestaltungsspielraum eingeräumt. An der Gestaltung können alle am Schulleben Beteiligten mitwirken: die Eltern, die Schüler und die Lehrer. Ohne Teilhabe der Eltern ist keine einzige Kontingenzstundentafel, kein Schulcurriculum, kein Methodenplan usw. verabschiedet worden. Diese Umgestaltungsprozesse sind transparent. Jeder kann aus dem Schulportfolio ersehen, auf welchem Weg sich die Schule jeweils gemacht hat.

Deshalb sind wir der Meinung, dass wir vor dem Jahr 2012 nicht unnötig Unruhe in die Schulen tragen sollten. Vielmehr sollten wir die Verantwortlichen vor Ort in Ruhe weiterarbeiten lassen, die ihrer Schule unter Teilhabe aller am Schulleben Beteiligten auch das entsprechende Gesicht geben.

Sie haben soeben gesagt, Kollege Mentrup – da haben Sie recht –, dass es teilweise gut gelungen ist, die Stofffülle zu reduzieren. Natürlich hat sich der eine oder andere Lehrer, der jahrzehntelang im G 9 unterrichtet hat, schwergetan, sich umzustellen. Aber wir haben jetzt den sogenannten Schnittmengenerlass beim Zusammenführen von G 8 und G 9, aus dem jeder ersehen kann, wo er steht. Ich glaube, dass vor Ort schon viele vernünftige Entscheidungen getroffen wurden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hinweisen, dass es, was die Zahl der Arbeiten betrifft – Frau Rastätter, wir haben schon öfter darüber gesprochen –, lediglich für die vierstündigen Fächer eine Bestimmung gibt. In den anderen Fächern müssten wir gar keine Arbeiten schreiben lassen. Man sollte einmal darüber nachdenken, wie man vor Ort damit umgeht.

Zum Thema Unterrichtsausfall: Unterrichtsausfall ist etwas Normales; das sage ich immer wieder. Wer „Jugend trainiert für Olympia“ will, wer Schullandheimaufenthalte will, wer Musikprojekte, Berufspraktika, Theaterprojekte, Kooperation Schule/Wirtschaft und vieles andere mehr will – wir wollen das; das sage ich in aller Klarheit –, der muss auch damit leben, dass partiell Unterricht ausfällt. Die Schulen sind eigentlich gehalten, Lehrerreserven zu bilden. Herr Minister oder Herr Staatssekretär, Sie müssen verzeihen: Wir tun das an unserer Schule nur partiell. Das ist auch klar: Wenn ich genügend Lehrer habe, teile ich lieber noch einmal eine Klasse. Das kommt allen zugute. Notfalls muss ich dann eben wieder Klassen zusammenlegen.

Wir hatten in den letzten Jahren eigentlich genug Geld, um die Krankheitsstellvertretung zu gewährleisten. Das einzige Problem war, dass man die entsprechenden Leute nicht gefunden hat.

Ich möchte einen Vorschlag machen, der übrigens mit niemandem abgestimmt ist, mir aber trotzdem wichtig ist.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Oh!)

– Ich kann mir das erlauben, Frau Rastätter, weil es ein guter Vorschlag ist.

(Lachen bei der SPD – Abg. Walter Heiler SPD: Sie müssen nur schlechte abstimmen!)

– Das ist vielleicht einer, dem auch Sie zustimmen können. Deswegen mache ich ihn.

Wir haben das Praxissemester. In diesem Praxissemester attestieren wir jungen Leuten, dass sie für den Beruf geeignet sind. Nun gibt es das Problem, dass nicht jeder Schulstandort begehrt ist. Wenn wir die Chance nutzen und es den Leuten, die sich im Praxissemester bewährt haben, neben dem Studium ermöglichen, weiterhin Freude am Beruf zu empfinden und auszuhelfen, dann finde ich das, wenn keine anderen Lehrkräfte zur Verfügung stehen, sinnvoll und richtig. Das wollte ich ausdrücklich sagen.

Lassen Sie mich abschließend noch zu zwei Punkten etwas sagen. Zunächst zum Thema „Zweite Fremdsprache“: Kollege Mentrup, ich sehe es ganz anders als Sie. Die Schulen haben einen unterschiedlichen Zeitanatz für die Fremdsprachen. Das variiert von 20 bis 25 Stunden, die sie in der Kontingenzstundentafel dafür angesetzt haben.

An unserer Schule ist es so: Wir beginnen mit Französisch in der fünften Klasse und lassen uns für das erste Lernjahr zwei Jahre Zeit – ein behutsamer, vernünftiger, richtiger Einstieg. Wieso sollen wir daran etwas ändern?

Jetzt kommt das berühmte Kind von der Realschule nebenan. Es kann noch von Klasse 7 in Klasse 8 bei uns wechseln. Das ist gar kein Problem. Frau Rastätter, ich lade Sie herzlich ein, mit den Kindern an unserer Schule darüber zu sprechen, welchen Weg wir ihnen gemeinsam eröffnet haben. Kommen Sie einmal vorbei, ich würde mich freuen.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Das wird die einzige Schule sein!)

Das entsprechende Kind hat dann zwei Jahre Zeit zum Nachlernen. Es handelt sich ja bei diesem Kind nicht um eines, das Schulprobleme hat. Es handelt sich vielmehr in der Regel um ein hoch motiviertes Mädchen, das erfolgreich weitermachen kann.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Auch die Buben müssen dazu geladen sein!)

Abschließend kommen wir zur individuellen Förderung, die Sie angesprochen haben. Diese ist an unseren Schulen auf vielfältige Weise gegeben: Wir haben die Poolstunden bereitgestellt, wir haben die Programme „Schüler helfen Schülern“.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Frau Präsidentin, ich habe Ihr Signal verstanden und komme gleich zum Ende.

Wir haben die Hausaufgabenbetreuung umgesetzt. Viele Schulen haben sich auf den Weg gemacht, Ferienschulen anzubieten.

Ich möchte Ihnen einmal vorrechnen, dass es einzelne Kinder gibt, die – ohne die Hausaufgabenbetreuung – an einer ein-

(Karl-Wilhelm Röhm)

zelenen Schule im Jahr bis zu 72 zusätzliche Stunden in einem Fach erhalten. Eine Ferienschule über Weihnachten, über Fasching und in den Sommerferien betrachte ich persönlich wahrlich als ein zusätzliches Angebot, um Schwächen in einem einzelnen Fach aufzuarbeiten. Bei der individuellen Förderung geht es uns aber nicht nur darum, den Schwachen zu helfen, sondern vor allem auch darum, Programme wie Ferienakademie und vieles mehr vorzuhalten, die den Begabten gelten.

Wir lehnen Ihren Antrag ab, parallele G-8- und G-9-Züge zu ermöglichen, weil wir genügend andere Ausgestaltungsmöglichkeiten haben. Wir müssen das Ganze zunächst einmal in Ruhe durchziehen. Dann kann man über alles Weitere reden. Niemandem ist der Weg verbaut, auch denjenigen nicht, die mit Gymnasialempfehlung auf der Realschule sind. Für die Jungen, die nicht so fleißig sind, was den Spracherwerb betrifft, ist das berufliche Gymnasium oftmals ein guter Weg. Wenn sie schließlich die gymnasiale Oberstufe an einem beruflichen Gymnasium besuchen, sind sie motiviert und lernen die zweite Fremdsprache ganz automatisch. Deswegen bleiben wir dabei.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Rastätter für die Fraktion GRÜNE.

**Abg. Renate Rastätter** GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist sicher richtig, Herr Kollege Röhm, dass der Bildungsplan des achtjährigen Gymnasiums an vielen Gymnasien gut umgesetzt ist. Auch bemühen sich viele Schulen, die noch nicht so weit sind, ihn umzusetzen. Es ist aber gleichermaßen richtig, dass insbesondere Eltern und auch Schüler an Gymnasien, an denen das G 8 gut umgesetzt wird, sagen, dass sich im Vergleich zu den Schülern, die im G 9 waren, die Belastung der Schüler und Schülerinnen insgesamt wesentlich erhöht hat.

Deshalb gibt es flächendeckend im Land nach wie vor entsprechende Elterninitiativen. Die Vertreter der Initiative „G 8 mit Lebensfreude“ etwa bekennen sich durchaus zu einem achtjährigen Gymnasium, sagen aber, die Lebensfreude der Kinder und auch ihre Lust am Lernen dürften nicht durch zu hohe Belastungen eingeschränkt werden. Auch „Schule mit Zukunft“ ist eine solche Initiative von Eltern, die insbesondere fordern, das G 8 so auszugestalten, dass die Kinder diesen Bildungsgang bewältigen können.

Wir sehen jetzt, dass wir durch die noch immer steigenden Quoten des Übergangs ins Gymnasium dort eine sehr ausgeprägte Heterogenität bekommen. Ich habe schon heute Morgen erwähnt: Wir haben in Stadtteilen von Großstädten Übergangsquoten, die bei 80 % liegen. In Karlsruhe gibt es einen Stadtteil, in dem fast 90 % der Kinder nach der Grundschule aufs Gymnasium gehen. In Stuttgart gibt es vergleichbare Fälle. Wenn in den Gymnasien eine solche Heterogenität entstanden ist, können wir mit einem Einheitsmodell, das keine flexiblen Möglichkeiten vorsieht, der Schülerschaft dort jedoch nicht gerecht werden.

Wenn wir vor allem – das ist ein zentrales Anliegen von mir und meiner Fraktion – eine Bildungsgerechtigkeit beim Zu-

gang ins Gymnasium erreichen wollen, dann müssen wir zwei Wege beschreiten.

(Zuruf des Abg. Andreas Hoffmann CDU)

Der erste Weg ist der der Ausgestaltung.

Ich will noch eines erwähnen. Die Diskussionen mit Schülern zeigen mir immer wieder: Ungefähr ein Drittel der Schüler und Schülerinnen sagt: „Für uns ist das G 8 kein Problem.“ Ein weiteres Drittel sagt: „Wir müssen uns erheblich anstrengen; das geht bei uns eigentlich bis zum Rand der Erschöpfung. Wir schaffen es zwar, aber eigentlich ist uns das Gymnasium zu anstrengend.“

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Schließlich gibt es unter den Schülern und Schülerinnen noch einen Teil, die selbst mit Nachhilfe nur mitgeschleppt werden, und es gibt unter den Eltern einen Teil, die sagen: „Wir können unseren Kindern eigentlich nicht zumuten, eine solche Belastung zu tragen.“ Außerdem gibt es die Migrantenkinder, die, weil ihre Elternhäuser sie nicht unterstützen können, nach wie vor keinen Zugang ins Gymnasium haben.

Deshalb fordern wir erstens, das Gymnasium besser auszugestalten. Dazu gehört für mich vor allem eine rhythmisierte Ganztagschule. In Baden-Württemberg gibt es im gymnasialen Bereich nur die „Ganztagschule light“. Rhythmisierte Ganztagschulen mit entsprechender Ausgestaltung von Lehrerstunden sind mir überhaupt nicht bekannt.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Zweitens: Wir müssen den Unterrichtsausfall abbauen. Herr Kollege Röhm, Sie haben vom Unterrichtsausfall gesprochen, der durch Projekttag, Ausflüge usw. entsteht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Natürlicher Unterrichtsausfall!)

– Das ist der natürliche Unterrichtsausfall.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da sind wir uns einig!)

Aber das sind Bestandteile, die für mich auch zum Unterricht gehören.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Hervorragend, Frau Rastätter!)

Aber wir haben am Gymnasium einen strukturellen Unterrichtsausfall. Mir liegt ein Brief der Schulleitung eines Gymnasiums in Karlsruhe vor, in dem den Eltern mitgeteilt wird: Wir haben in diesem Schuljahr in den und den Fächern, in den und den Klassen weniger Stunden; wir können den Unterricht nicht voll abdecken. Das nenne ich strukturelles Unterrichtsdefizit; das muss so schnell wie möglich abgebaut werden.

(Beifall bei den Grünen)

Zweitens: Wir brauchen Schulsozialarbeit am Gymnasium. Wir müssen schauen, wie bei Schülern und Schülerinnen, die Probleme und Konflikte mitbringen, auch über Schulsozialarbeit die Integrationskraft der Gymnasien gestärkt werden kann.

(Renate Rastätter)

Wir müssen zudem das exemplarische Lernen evaluieren. Wir hatten bei einer Anhörung unserer Fraktion im Landtag Frau Dr. Weiske vom Landesinstitut für Schulentwicklung zu Gast. Sie hat in einem Vortrag gesagt: Wir sind vielleicht in manchen Fächern, z. B. Mathematik, mit dem exemplarischen Lernen übers Ziel hinausgeschossen; denn auch exemplarisches Lernen

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Braucht Übung!)

braucht Unterrichtsgegenstände. Ich kann exemplarisches Lernen nicht sozusagen in der Luft durchführen. Das muss rigoros evaluiert werden, und hier müssen die notwendigen Konsequenzen gezogen werden.

Lassen Sie mich zum Schluss noch eines sagen. Ich trete auch dafür ein, entsprechende Möglichkeiten einzuräumen, wenn Gymnasien, Gemeinden und Eltern sagen: Wir wollen das G 9 für die Kinder, die ungünstige Voraussetzungen haben und von ihren Eltern keine Unterstützung bekommen, und auch für die Kinder, deren Eltern einen solchen Zug wählen, zunächst einmal in Form eines Schulversuchs parallel anbieten. Ich finde, das sollte getan werden. Frau Dr. Arnold hat in der Plenarsitzung am 9. Juli 2009 dem Kultusministerium in dieser Frage eine gewisse Beratungsresistenz vorgeworfen.

Schließlich möchte ich – das soll auch mein Schluss für heute sein – auf die neue Koalition von CDU und FDP in Schleswig-Holstein hinweisen. Welche Ziele sind dort im Koalitionsvertrag für die Gymnasien enthalten? Zitat:

*Wir haben ein Interesse an einem erfolgreichen Bildungsgang G 8. Zugleich werden wir den Gymnasien die Wahlfreiheit zwischen verkürzter Schulzeit (G 8) und einem neunjährigen gymnasialen Bildungsgang einräumen oder auch eine Kombination beider Modelle ermöglichen.*

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Na also! Geht doch! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die haben auch nicht die beruflichen Gymnasien, Frau Rastätter!)

Dieser Weitsicht in Schleswig-Holstein ist nichts hinzuzufügen.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Abgeordnete, bitte kommen Sie zum Ende.

**Abg. Renate Rastätter GRÜNE:** Ich wünsche sie mir auch in diesem Landtag von Ihnen, den Regierungsfractionen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die haben den anderen Weg nicht, Frau Rastätter! Die haben nicht die Möglichkeiten wie wir in Baden-Württemberg! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Überall in der Bundesrepublik ist die CDU weiter als hier! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Nein, die Struktur in Schleswig-Holstein ist ganz anders als hier! Da müssen Sie sich einmal sachkundig machen!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Arnold für die Fraktion der FDP/DVP.

**Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP:** Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Fangen wir mit Schleswig-Holstein an.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Es ist richtig: Dort soll es eine Option geben. G 8/G 9 wird, soweit ich das überblicke, auch von der FDP-Fraktion unterstützt und ist in die Koalitionsverhandlungen eingebracht.

Sie kommen immer mit dem Beispiel Schleswig-Holstein. Ich sage es hier auch an dieser Stelle mit Blick auf dieses Problem: Sie können nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Schleswig-Holstein hat eine ganz andere Schulentwicklung.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Das ist eine ganz andere Himmelsrichtung!)

In Schleswig-Holstein

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Liegt im Norden!)

ist G 8 erst kürzlich eingeführt worden,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Keine beruflichen Gymnasien!)

und zwar genauso hoppla hopp – in einer Großen Koalition – wie damals in Bayern. Die haben massive Probleme bei der Umsetzung von G 8,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Völlig richtig!)

weil das von der Großen Koalition schlecht vorbereitet und durchgeführt wurde. Deshalb die Option.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP zur SPD: Ihr wart es! Ihr!)

Zu den Zahlen, Herr Mentrup: Frau Rastätter hat schon bestätigt, was ich jetzt auch noch sagen möchte. G 8 wurde in unserem Land im Schuljahr 2004/2005 flächendeckend eingeführt. Seit dieser Zeit haben wir steigende Zugangszahlen beim Gymnasium und nicht etwa zurückgehende Schülerzahlen, wie Sie das hier suggerieren wollen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Auch das stimmt!)

Wir sind jetzt nach einigen Jahren G 8 bei einer Übergangsquote von knapp 40 % angekommen. Ihre Zahlen stimmen also nicht.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ich habe es doch gesagt! Haben Sie mir nicht zugehört?)

– Ich spreche Herrn Mentrup an. Ich habe ja Sie eben als Kronzeugin zitiert.

Zu den Krankheitsvertretungen hat Herr Röhm schon das Wesentliche gesagt. Wir haben die Stellen, wir haben auch das Geld, aber leider sind wir nicht in der Lage, Lehrer zu bauen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das Geld, aber nicht die Stellen!)

Das ist hier eines der Hauptprobleme.

(Dr. Birgit Arnold)

Ich darf an dieser Stelle mit Nachdruck betonen: Wir nehmen die Sorgen und Ängste der Eltern ernst, was G 8 betrifft. Aber wenn Sie, Herr Mentrup, hier jetzt die Ergebnisse Ihrer Umfrage vom September 2008 anführen, dann darf ich hierzu auf einen Artikel in der „Badischen Zeitung“ hinweisen, der mit folgender Headline versehen ist – ich darf zitieren –: „SPD blufft mit G-8-Umfrage“. Sie haben damals 150 000 Fragebögen verschickt, von denen wohl rund 100 000 die Eltern erreichten; zurückgekommen sind 9 266; das ist ein Rücklauf von 9,3 %. Diese 9,3 % der Befragten sind mehrheitlich allerdings wirklich ablehnend gegenüber dem G 8 eingestellt. Aber selbst das Kultusministerium hat ja schon konzediert, dass rund 10 % der Eltern hier eine schwierige Situation sehen; der große Rest jedoch kommt klar. Ihre Umfrage ist nicht repräsentativ und gibt nicht das Stimmungsbild im Land insgesamt wieder. Ich sagte es heute schon einmal: Auf der Basis eines solchen Stimmungsbilds machen wir keine verantwortbare Bildungspolitik.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Umfragen in dieser Art sind in keinster Weise repräsentativ! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Machen Sie doch selbst ein Stimmungsbild! Das könnten Sie doch auch machen! – Abg. Alfred Winkler SPD: Sie leben ja selbst von lobenden Umfragen!)

Wir haben eine der wesentlichen Forderungen in Bezug auf das G 8, die vor allem aus den Schulen heraus an uns herangetragen wurden, umgesetzt. Sie lautete: Wir brauchen eine bessere Lehrerversorgung in diesem Bereich, wir brauchen eine bessere Schüler-Lehrer-Relation. Das setzen wir um. Wir sind gerade dabei. Ich darf – ich habe es heute Morgen schon angesprochen – an die Qualitätsoffensive Bildung erinnern. Wir halten daran fest: In den nächsten drei Jahren wird der Klassenteiler in diesem Bereich gesenkt. Damit wird eine der Kernforderungen erfüllt werden, die vonseiten der Schulen gestellt wurden, nämlich eine deutlich bessere Schüler-Lehrer-Relation, durch die auch die Unterrichtssituation an unseren Gymnasien deutlich verbessert wird.

Letzter Punkt: Wir brauchen keinen Schulversuch mehr. Ich sage es auch an dieser Stelle gern noch einmal: Für mich wäre die Welt nicht untergegangen, wenn wir den Schulversuch in Mosbach genehmigt hätten. Die Rückmeldungen, die ich in Bezug darauf bekommen habe, waren sehr unterschiedlich; die meisten waren wohlwollend und positiv. Aber unsere generelle Linie ist, dass G 8 unsere bildungspolitische Leitlinie darstellt, die wir auch weiterverfolgen. Wir brauchen hier nicht noch flächendeckend parallele Strukturen, die G 9 anbieten, zumal wir mit der Kombination von Realschule und beruflichem Gymnasium nach wie vor einen neunjährigen Bildungsgang haben, der zur Hochschulreife führt.

Hier möchte ich ein Problem ansprechen, das wir an dieser Stelle allerdings sehen. Wir wissen, die beruflichen Gymnasien sind ein wesentlicher Dreh- und Angelpunkt für die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems. Fast 75 % der Schülerinnen und Schüler der beruflichen Gymnasien kommen aus den Realschulen. Wir müssen – das werden wir weiter vorantreiben – die beruflichen Gymnasien bedarfsgerecht ausbauen, eben weil sie ein so wichtiges Element in unserer Bildungslandschaft sind. Es ist sehr unbefriedigend – das sehen

wir, denke ich, auch gemeinsam sehr deutlich –, dass ein Drittel der Schüler, die die Voraussetzungen hierfür erfüllen, zurzeit nicht auf ein berufliches Gymnasium überwechseln können, weil es dort einfach zu wenig Plätze gibt.

Das ist der Weg, den wir gehen möchten. Hier müssen wir bedarfsgerecht ausbauen, und ich denke, das werden wir in der Zeit, die in dieser Legislaturperiode verbleibt, auch noch umsetzen können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Wacker.

**Staatssekretär Georg Wacker:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist von verschiedenen Rednern schon angesprochen worden: Baden-Württemberg hat das achtjährige Gymnasium im Jahr 2004 nicht als isolierte Maßnahme, sondern im Zusammenhang mit einer umfassenden Bildungsplanreform, bezogen auf alle Schularten, eingeführt. Damit hat Baden-Württemberg einen Schritt in die Wege geleitet, der über mehrere Jahre gut vorbereitet war. Das war der wesentliche Unterschied zum Vorgehen anderer Bundesländer – auch dies ist schon zitiert worden –, beispielsweise von Bayern oder dem Saarland. Diese Länder haben eine Schulzeitverkürzung vorgenommen, ohne dabei die Bildungspläne genau in den Blick genommen zu haben. Dies hat sich in den betreffenden Bundesländern als falsch erwiesen.

Für Baden-Württemberg kann ich sagen: Wir waren gut beraten, hier sehr sorgsam vorzugehen und dies gleich von Anfang an mit in den Blick zu nehmen.

Dennoch, meine Damen und Herren, haben wir im Zuge der Umsetzung des achtjährigen Gymnasiums immer den Blick auf die Schullandschaft gerichtet. Wir haben immer den Dialog mit allen Verantwortungsträgern vor Ort geführt – mit den Schulleitungen, den entsprechenden Gremien, mit den Lehrkräften, den Lehrerverbänden, den Vertretern der Eltern sowie der Schülerschaft – und sind dabei auch zu der Erkenntnis gekommen, dass die Umsetzung des achtjährigen Gymnasiums Zeit braucht. Denn es handelt sich hier um einen Paradigmenwechsel. Die Rolle der Lehrkraft hat sich geändert. Das Schulleben hat sich deutlich gewandelt, bedingt durch die Tatsache, dass vor Ort mehr Verantwortlichkeit umgesetzt wurde, sowohl in pädagogischer als auch in organisatorischer Hinsicht. Aufgrund des Dialogs mit allen Beteiligten vor Ort haben wir Anpassungen vorgenommen, um das achtjährige Gymnasium entlang der Beschlusslage aus dem Jahr 2004 systematisch weiterzuentwickeln.

Herr Kollege Röhm und Frau Dr. Arnold haben es angesprochen: Wir haben Wert darauf gelegt, dass gerade in den ersten Jahrgangsstufen nicht mehr als 32 Wochenstunden unterrichtet werden und dass dort nicht mehr als ein Unterrichtsnachmittag pro Woche stattfindet.

Wir haben die Poolstunden dahin gehend flexibilisiert, dass ein Teil dieser Stunden auch für Differenzierungsmaßnahmen eingesetzt werden kann, sodass diese Stunden nicht zusätzlich auf der Stundentafel auftauchen, sondern parallel in die Stundentafel eingehen. Damit entsteht für die Schülerinnen



(Staatssekretär Georg Wacker)

und Schüler keine zusätzliche Belastung am Nachmittag, sondern es findet eine zusätzliche Unterstützung im Rahmen des pädagogischen Konzepts statt.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Die Hausaufgabenbetreuung haben wir besonders im Blick. Hierfür stellen wir den Schulen ein umfassendes Budget zur Verfügung. Mit zusätzlichen Anrechnungstunden unterstützen wir die Schulen dabei, eine Hausaufgabenbetreuung anzubieten.

Diese Beispiele zeigen, dass wir den Blick stets auf die Schullandschaft richten. Wenn wir den Blick von Anfang an auf die Entwicklung vor Ort richten, dann geschieht nicht das, was wir in Schleswig-Holstein erleben, dass das Kind in den Brunnen gefallen ist und man hinterher zu solchen politischen Entscheidungen kommen muss. Diesen Fehler machen wir nicht, weil wir die Entwicklung vor Ort von Anfang an sehr konsequent im Blick haben.

Nun zur Unterrichtsversorgung und zu den Lehrerdeputaten. Auch hierzu nur ganz wenige Sätze: Ich glaube, wenn wir insgesamt einen sehr kleinen Einstellungskorridor hätten, dann hätten wir möglicherweise kein Problem, Lehrkräfte zu finden, die wir für Krankheitsvertretungen benötigen. Da wir aber einen sehr großen Einstellungskorridor haben – mit Beginn des Schuljahrs 2009/2010 haben wir 5 000 Einstellungen vorgenommen –, gelingt es der Schulverwaltung nicht immer, kurzfristig eine Krankheitsvertretung vor Ort zu finden. In diesem Fall halte ich es für besser, wenn von Anfang an eine große Anzahl von Lehrerstellen zur Verfügung steht, um eine solide Unterrichtsversorgung zu gewährleisten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Völlig richtig!)

Deshalb ist dies der optimale Weg.

Wir haben die Senkung des Klassenteilers im Blick. Wir haben die Stellenplanung für diese Legislaturperiode für alle Schularten im Blick. Dabei streichen wir keine Lehrerstellen. Im Gegenteil, wir werden 3 200 zusätzliche Deputate schaffen, was durch die Herabsetzung des Klassenteilers auch den Gymnasien zugutekommt.

Im Übrigen – das ist mein letzter Satz in dieser Debatte über das achtjährige Gymnasium, die wir in regelmäßigen Abständen führen –

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Alle Jahre wieder!)

haben wir von Anfang an gesagt – ich erinnere mich sehr gut an gemeinsame Beratungen im Schulausschuss, bei denen die Koalitionsfraktionen immer an einem Strang gezogen haben –: Wenn wir das achtjährige Gymnasium flächendeckend einführen, haben wir parallel die Alternative des neunjährigen Gymnasiums mit dem Weg über die Realschule. 17 % der Grundschüler mit Gymnasialempfehlung besuchen die Realschule.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Das ist ein Beleg dafür, dass viele Schüler von Anfang an das G 9 im Blick haben.

Insofern würde es zu Irritationen führen,

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

wenn wir noch einmal eine gesetzliche Änderung in die Wege leiten würden, wie es die SPD möchte.

Herr Kollege Mentrup, Schulen brauchen Zeit, um solche umfassenden Reformen umzusetzen. Unsere Gymnasien befinden sich seit 2004 bezüglich der Umsetzung des achtjährigen Gymnasiums auf einem guten Weg. Die meisten von ihnen bewältigen diese Aufgabe hervorragend.

Wenn wir jetzt noch einmal eine strukturelle Änderung vornehmen würden, hätte dies – das möchte niemand – Unruhe zur Folge, die sich auf die Umsetzung dieses sehr guten pädagogischen Konzepts negativ auswirken würde. Das G 8 ist in Baden-Württemberg aufgrund unserer Vorgehensweise auf einem sehr guten Weg.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Ich erteile Herrn Abg. Dr. Mentrup das Wort.

**Abg. Dr. Frank Mentrup** SPD: Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich deutlich zu ein paar Punkten Stellung nehmen.

Frau Arnold, ich habe keine falschen Zahlen verwendet, sondern habe auf die steigende Quote derer verwiesen, die trotz Gymnasialempfehlung auf die Realschule gehen. Wenn wir uns solche unterschiedlichen Empfehlungen nach vier Schuljahren leisten, dann müsste eigentlich auch unser Ziel sein, dass deren Qualität anerkannt wird und sie umgesetzt werden. Sonst hätte das ja eigentlich gar keinen Sinn.

Wenn Sie sich hier hinstellen und sagen – Sie, Herr Wacker, haben das auch getan –, die Schüler könnten doch genauso gut den Weg über das berufliche Gymnasium gehen, obwohl wir genau wissen, dass wir dort gar nicht genug Plätze haben, und in unseren Anhörungen Realschulrektoren auftreten, die sagen, dass sie sich mittlerweile dafür schämen, in der vierten Klasse den Eltern von diesem Weg zu erzählen, wenn diese fünf Jahre später erleben müssten, dass viele dieser Schüler gar keinen Platz bekommen, muss man deutlich sagen: Das ist im Moment noch nicht die Alternative, die man den Eltern mit dieser Blauäugigkeit vorjubeln kann. Man muss das Gymnasium vielmehr so gestalten, dass Eltern keine Angst mehr vor dem Gymnasium haben und dass auch die Kinder, die dort hinkommen – –

Das ist ja auch so ein Vorurteil. Ich denke bei „G 8 plus“ – so will ich das jetzt einmal nennen – als Alternative zum G 8 nicht nur an die schwachen Schüler, sondern auch an die Schüler, die nachmittags noch einen Verein besuchen wollen, an die Schüler, die zum Musikschulunterricht gehen wollen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das geht auch!)

(Dr. Frank Mentrup)

Die Umfrage in Mosbach, Herr Röhm, hat ganz klar gezeigt: Es gibt Eltern, die sagen: „Bei einem Jahr mehr sehe ich für meine Kinder bessere Entwicklungschancen; denn in bestimmten Bereichen sind es eher Nachzügler.“ Es gibt aber genauso viele Eltern, die sagen: „Mein Kind würde das G 8 schaffen, aber ich möchte, dass das Kind darüber hinaus noch mehr Zeit für andere Dinge hat.“ Warum wollen wir denn diesen Eltern verwehren, ein solches Angebot zu nutzen, und zwar nicht flächendeckend übergestülpt, sondern dort, wo es erarbeitet wird?

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Herr Röhm, ich finde es zynisch, so zu tun, als hätte der Unterrichtsausfall im Gymnasium etwas mit Landschulheimaufenthalt oder Projekttagen zu tun.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Selbstverständlich hat er damit zu tun! Wenn drei Lehrer weg sind, kann man nicht unterrichten!)

Das ist ein Teil des Unterrichtsausfalls, Herr Röhm, aber der wäre locker zu kompensieren, wenn den Gymnasiallehrern nicht seit Jahren abverlangt würde, alle gesetzlich nur möglichen Überstunden auch zu machen und sie als Bugwelle vor sich herzuschieben, damit der Unterrichtsausfall am Ende überhaupt auf einer Quote von 3 bis 4 % gehalten werden kann, die darüber hinaus dann doch real noch ausfallen.

In Wirklichkeit – das wissen Sie wie ich, und das bescheinigen uns auch die Experten – ist es ja im Grunde doppelt so viel, was an regulärem Unterricht ausfällt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der Schüleraustausch wird von Lehrern begleitet! Das geht nicht anders!)

– Aber ich denke, wir nehmen Ihre Aussage mit und geben sie weiter. Unterhalten Sie sich einmal mit dem Philologenverband, wieso die zu völlig anderen Einschätzungen kommen.

Ein Stück weit, Herr Röhm, ist es ja entlarvend, was Sie sagen. Wenn Sie erklären: „Wir machen doch schon individuelle Förderung,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

und über die Ferienschule gibt es einzelne Schüler, die bis zu 72 Stunden zusätzlichen Unterricht in einzelnen Fächern bekommen“

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: In einem einzelnen Fach!)

– in einem Fach, ja –, sage ich: Ich möchte individuelle Förderung nicht so verstehen, dass zusätzlich zum normalen Unterricht noch 72 Stunden in einem Fach angeboten werden, sondern ich möchte individuelle Förderung so verstehen, dass der normale Pflichtunterricht ausreicht, um die Kinder an die Leistungen heranzuführen.

(Beifall bei der SPD)

So ist das zu verstehen. Alles andere, Herr Röhm, zeigt im Grunde, dass es im Pflichtbereich eben nicht möglich ist, eine individuelle Förderung umzusetzen, die jedem Kind zum

Ziel verhilft. Das alles sind vielmehr Ergänzungsangebote außerhalb des Pflichtbereichs.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: In der Ruhe der Ferien kann gelernt werden!)

Zuletzt: Sie sagen, es gebe bisher andere Ausgestaltungsmöglichkeiten als G 8 und G 9 parallel, das müsse man erst einmal durchsetzen und durchziehen. Das waren Ihre Worte. Dann könne man 2012 weiterschauen. Ich fordere Sie noch einmal auf: Lassen Sie doch zu, dass sich die Eltern, die engagiert sind, und die Schulen, die engagiert sind, an dem Prozess beteiligen, und zwar nicht nur mit den Möglichkeiten, die Sie vorgeben, sondern auch mit den Möglichkeiten, die vor Ort erarbeitet werden. Dazu gehört dann eben auch, an der einen oder anderen Stelle zu parallelisieren.

Ich könnte jetzt viel über Schleswig-Holstein sagen. Denn ich teile Ihre Einschätzung überhaupt nicht. Das ist dort an den normalen Gymnasien jahrelang vorbereitet worden.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Stimmt nicht!)

Dass man jetzt nach nur einem Jahr schon sagt, man sollte selbst an den regulären Gymnasien das neunjährige Gymnasium wieder einführen, zeigt, dass man dort im Grunde schon weiter ist, als Sie es hier offensichtlich sind.

Ich will auch auf andere Bundesländer verweisen: Wir werden am Ende Schlusslicht sein,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wir sind die Avantgarde, nicht das Schlusslicht!)

weil wir nur noch das reine G 8 anbieten, und wir werden in wenigen Jahren erleben – wir sind auf dem besten Weg dahin –, dass es in allen anderen Bundesländern neben dem achtjährigen auch einen neunjährigen gymnasialen Bildungsgang gibt.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Vielleicht gibt es da dann auch bloß acht Jahre! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: In der DDR hatten sie auch nur acht Jahre! – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Ende.

**Abg. Dr. Frank Mentrup SPD:** Ich frage mich: Warum will man hier aus Verbohrtheit und Sturheit den baden-württembergischen Landeskindern partout etwas verwehren, was mittlerweile überall sonst – teilweise als Korrektur zu G 8 – eingeführt wird?

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 14/3267. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Zweite war die Mehrheit. Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Punkt 9 der Tagesordnung wurde auf Antrag abgesetzt.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

**Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und Antwort der Landesregierung – Integration und Gesundheit – Drucksache 14/3133**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Besprechung fünf Minuten je Fraktion, für das Schlusswort fünf Minuten.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Mielich für die Fraktion GRÜNE.

**Abg. Bärbl Mielich** GRÜNE: Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne die Debatte über das Thema „Integration und Gesundheit“, das vor allem die Situation der Migrantinnen und Migranten hier in Baden-Württemberg behandelt, ...

(Unruhe – Zurufe: Lauter! – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

**Abg. Bärbl Mielich** GRÜNE: ... mit einem Zitat aus einem Vortrag der Fachkonferenz „Migration und Gesundheit“ in Freiburg:

*Ein älterer Türke mit schlechten Deutschkenntnissen berichtet seinem Arzt von Herzschmerzen. Dieser veranlasst daraufhin zahlreiche kardiologische Untersuchungen einschließlich eines stationären Aufenthalts in einer Fachklinik. Alle Bemühungen bleiben ohne Ergebnis, bis ein hinzugezogener türkischer Landsmann erklärt, dass im türkischen Kulturkreis Herzschmerzen Heimweh bedeuten.*

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Im Französischen auch!)

Das halte ich für eine sehr treffende Beschreibung. – Herr Dr. Noll, ich würde heute gern einmal eine Debatte führen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: In der er ruhig ist!)

in der es ohne Zwischenrufe geht. Das fände ich wunderbar.

(Beifall der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das kann man nicht versprechen! Kommt darauf an, was Sie sagen!)

Das geschilderte Beispiel halte ich für sehr treffend, weil es deutlich macht, dass es vor allem darum geht, das unterschiedliche Verständnis der Kulturen für die Gesundheit zu begreifen und uns darauf einzustellen.

Unsere Große Anfrage zu Migration, Integration und Gesundheit hatte zum Ziel, abzufragen, wie viele Menschen mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg leben, wie ihre Altersstruktur und ihr gesundheitlicher Zustand insgesamt ist und vor allem welchen Zugang die Menschen mit Migrationshintergrund zum Gesundheitssystem haben, ob dieser über-

haupt in Anspruch genommen wird und, wenn nicht, was die Gründe dafür sind.

Es hat sich herausgestellt, dass es vor allem darauf ankommt, die soziale Herkunft insgesamt zu berücksichtigen, wenn es eine Anhäufung bestimmter Krankheiten gibt. Übergewicht bei Kindern etwa betrifft nicht in erster Linie Kinder mit Migrationshintergrund, sondern ist vor allem auf den sozialen Hintergrund zurückzuführen.

Erstaunlich ist, wie ich finde, dass Kinder mit Migrationshintergrund z. B. deutlich weniger Allergien haben als Kinder mit deutschem Hintergrund. Das finde ich bezeichnend.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist doch klar!)

Es hat sich herausgestellt – das zeigt die Große Anfrage sehr deutlich –, dass Migrantinnen und Migranten – neben der hohen Zahl von übergewichtigen Kindern – häufig medizinisch fehl-, unter- oder übertversorgt sind. Das gilt ganz besonders für die Medikamentenversorgung. Das hat den Hintergrund, dass es, z. B. bei Diabeteserkrankten, oft an Einsicht fehlt, Medikamente auch noch zu nehmen, wenn es eigentlich keine Krankheitssymptome mehr gibt.

Das Zweite ist, dass Migrantinnen und Migranten Präventionsangebote weniger nutzen.

Das Dritte ist, dass psychische Erkrankungen und Frühverrentungen bei Migrantinnen und Migranten deutlich häufiger auftreten.

Die Antwort der Landesregierung auf unsere Frage, was die Landesregierung macht, was mit den Daten, die gesammelt worden sind, passiert, zeigt klar: Der Zusammenhang von Migration und Gesundheit ist ein Schwerpunkt. Denn mittlerweile hat jeder vierte Bewohner bzw. jede vierte Bewohnerin in Baden-Württemberg einen Migrationshintergrund. Bei diesem hohen Anteil muss etwas passieren. Die Frage ist, was passiert.

Das, was die Landesregierung anbietet, ist nach unserer Auffassung nicht der richtige Weg. Denn das, was die Landesregierung anbietet, bedeutet, dass man das bestehende Gesundheitssystem bzw. die Gesundheitsversorgung, die Arbeit der Gesundheitsämter verstärkt für die Menschen mit Migrationshintergrund öffnet. Das wird z. B. in Stuttgart sehr umfassend gemacht. Es gibt viele Broschüren, die in unterschiedlichen Sprachen vorgehalten werden, um auch Beratungstätigkeiten für die Menschen in deren Muttersprache durchzuführen. Aber letztendlich bleibt es dabei, dass die Präventionsangebote, die Beratungsangebote von den Menschen mit Migrationshintergrund deutlich weniger wahrgenommen werden.

Das heißt, unser Ansatz ist eher, zu schauen, wo es Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund gibt, die deutlich bessere Erfolge erzielen. Da gibt es eine ganze Menge. Ein ganz wichtiges Projekt, das in vielen anderen Bundesländern seit Jahren praktiziert wird, ist das Projekt „MiMi – Mit Migranten für Migranten“. Das ist ein Projekt, bei dem Migranten entsprechend geschult werden, um in ihrer Community und mit ihrem ethnischen Hintergrund die Menschen anzusprechen. Sie haben einen besonderen Zugang, wenn es darum geht, Beratung nach vorn zu bringen, Prävention zu fördern oder auch nur eine Anlaufstelle zu sein, wenn es darum

(Bärbl Mielich)

geht, zu gucken, wo man die richtige medizinische Versorgung bekommen kann.

Ich nenne einmal ein Beispiel: Wir haben seit Jahren auch in Deutschland die besondere Diskussion über Genitalverstümmelungen. Es ist mittlerweile so, dass Genitalverstümmelung, wenn sie hier in Deutschland stattfindet, strafrechtlich verfolgt wird. Unser Ziel ist – dazu wird Herr Dr. Goll morgen im Bundesrat eine Initiative starten –, dass in diesen Fällen auch die internationale Strafverfolgung, also die Strafverfolgung im Ausland, möglich ist. Dies im Bundesrat durchzusetzen ist wirklich eine gute Initiative.

In unseren Augen geht es aber nicht nur darum, dass man dort die Strafverfolgung installiert, sondern es geht vor allem darum, dass man mit den Frauen ins Gespräch kommt, und zwar bevor es zu diesen Verstümmelungen kommt. Dadurch werden die ethnischen und kulturellen Besonderheiten und Hintergründe viel stärker in den Blick genommen. Das können wirklich nur Menschen tun, die dieselbe Herkunft haben.

(Beifall der Abg. Edith Sitzmann und Renate Rastätter GRÜNE)

Aus diesen Gründen sind wir der Meinung, dass es ganz wichtig ist, dieses Projekt „MiMi – Mit Migranten für Migranten“ tatsächlich nach vorn zu bringen.

Wir haben dazu noch einen Folgeantrag eingebracht. Das Land hat am Anfang gesagt, die Initiierung eines solchen Projekts auf Landesebene sei eigentlich eine ganz gute Idee, und man könne durchaus darüber nachdenken und bei möglichen Partnern nachfragen. Dann hat sich aber in der aktuellen Behandlung des Antrags in der letzten Ausschusssitzung letztendlich herausgestellt, dass das Land sagt, es sei zwar wünschenswert und wunderbar, aber ihm fehlten leider die Gelder. Es geht letztlich um eine Anschubfinanzierung, die wirklich minimal ist.

Wir hätten uns da sehr viel mehr deutliche Worte gewünscht; vor allem hätten wir uns mehr Taten gewünscht. Es wäre einfach eine Initiative gewesen, die man hätte ergreifen können, um mit sehr wenig Geld sehr viel zu bewirken. Denn letztendlich führen fehlende Prävention, schlechte Früherkennung oder medizinische Unter- oder Überversorgung dazu, dass es zu hohen Folgekosten kommt. Diese führen wiederum dazu, dass das Gesundheitswesen insgesamt teurer anstatt billiger wird.

Wir hätten mit dieser Möglichkeit eine gute Chance gehabt, eine Maßnahme zu ergreifen, die für die Menschen sehr sinnvoll gewesen wäre und die letztendlich dazu geführt hätte, dass es für die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, die es gibt, eine deutliche Qualitätsverbesserung gegeben hätte.

In diesem Sinn bedauere ich dieses Ergebnis der Großen Anfrage. Ich kann Ihnen nur sagen, dass wir weiterhin am Ball bleiben und weiter mit Ihnen darüber diskutieren werden, um dieses Konzept noch umsetzen zu können.

Schönen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Teufel für die Fraktion der CDU.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ein guter Mann!)

**Abg. Stefan Teufel** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg ist das Flächenland mit dem höchsten Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund. Knapp ein Viertel der 10,7 Millionen Baden-Württemberger gehören zum Personenkreis der Migranten. Menschen mit Migrationshintergrund sind keine einheitliche und leicht zu definierende Gruppe. Sie kommen aus verschiedenen Herkunftsländern oder sind bereits in Deutschland zur Welt gekommen, entstammen jedoch einer zugewanderten Familie.

Aus dem in der Antwort der Landesregierung zu der Großen Anfrage erwähnten Bericht des Robert-Koch-Instituts geht hervor, dass Menschen mit Migrationshintergrund grundsätzlich nicht kränker sind als Deutsche. Gesundheitliche Unterschiede in der Bevölkerung sind stark durch sozioökonomische Unterschiede bestimmt. Bis heute erhebt die gesamte amtliche Statistik in Deutschland aber nur unzureichende Angaben zum sozioökonomischen Status.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass in Baden-Württemberg bereits viel getan wird, um Menschen mit Migrationshintergrund den Zugang zu den Gesundheitsdienstleistungen zu erleichtern. Für den größten Teil der Migranten besteht ein gesetzlicher Anspruch auf eine Gesundheitsversorgung. Unser Gesundheitswesen in Deutschland, aber auch in Baden-Württemberg ist bei allen Herausforderungen noch immer eines der besten in Europa und in der Welt.

So gibt es hierzulande 28 Projekte – sehr gute Projekte –, die spezifische Gesundheitsangebote für Menschen mit Migrationshintergrund zum Inhalt haben. Die Angebote zur gesundheitlichen Prävention und Vorsorge werden in der Regel auch gut von den Migranten angenommen. Beispielhafte Projekte im Gesundheitsbereich in Baden-Württemberg für Menschen mit Migrationshintergrund sind in Konstanz, Heilbronn, Mannheim, Ludwigsburg und im Rems-Murr-Kreis bereits fest installiert.

Daneben gibt es vielfältige Bemühungen, sprachlich oder kulturell bedingte Hindernisse abzubauen. Im Bereich der gesundheitlichen Vorsorge und in der gesellschaftlichen Akzeptanz von Menschen mit Migrationshintergrund finden sich natürlich auch Herausforderungen und offene Fragestellungen. Viele Einrichtungen und Angebote der Gesundheitsversorgung öffnen sich bereits aktiv gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund. Aber nicht immer gelingt im gewünschten Maß ein sichtbarer Erfolg. So werden beispielsweise Angebote im Bereich der Altenpflege von älteren Menschen mit Migrationshintergrund und von ihren Familien bislang noch unzureichend wahrgenommen und erschlossen. Daher fordert die CDU-Fraktion sinnvolle Wirksamkeitsnachweise im deutschen Gesundheitssystem für neue Angebote und Maßnahmen für Menschen mit Migrationshintergrund.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzels FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wehowsky für die Fraktion der SPD.

**Abg. Wolfgang Wehowsky SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland ist ein Einwanderungsland. Mit dem Zuwanderungsgesetz haben SPD und Grüne dies zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland dokumentiert und dem Rechnung getragen. Seit den Fünfzigerjahren kamen Millionen von Menschen zur Arbeitsaufnahme oder zum Studium, als Spätaussiedler, als Flüchtlinge oder im Zuge der Familienzusammenführung zu uns.

Heute hat jeder fünfte Einwohner in Deutschland einen Migrationshintergrund. Eine große Zahl dieser Zuwanderer ist gut integriert. Sie haben sich in die wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland eingefügt. Wir dürfen aber nicht die Augen davor verschließen, dass es besonders dort, wo der Anteil der Migranten an der gesamten Bevölkerung hoch ist, auch soziale Probleme gibt, die wir lösen müssen.

Nach Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes im Jahr 2005 wurde die Realität, dass Deutschland Einwanderungsland ist, auch von CDU/CSU akzeptiert. Schließlich konnten CDU/CSU aufgrund der verifizierbaren Daten und Fakten ihre zuvor noch vehement vertretene Auffassung – ich erinnere an den Kanzlerkandidaten Stoiber seinerzeit während des Wahlkampfes –, Deutschland sei kein Einwanderungsland, nicht mehr aufrechterhalten. Das konnte man weder auf der Bundesebene noch auf der Länderebene aufrechterhalten.

Die SPD ging da schon einen Schritt weiter. Unsere politische Forderung lautete: Deutschland braucht Einwanderung, und zwar vor allem im Hinblick auf die bekannte demografische Entwicklung,

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

deren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und in der Folge auch auf unsere Sozialsysteme.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Abg. Ingo Rust SPD: Sehr richtig!)

Aber Einwanderung – das ist klar – braucht Integration. Ziel einer umfassenden Integrationspolitik und der Umsetzung des von der Großen Koalition beschlossenen Nationalen Integrationsplans sollte es deshalb sein, dass Zugewanderte gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen Bereichen teilhaben und Chancengleichheit erhalten. Dies umfasst eine sektorenübergreifende Integration in den Bereichen Gesundheit – davon reden wir jetzt gerade –, Arbeit, Bildung, Kultur, „Soziale Sicherung“ und „Politische Willensbildung“. Die SPD setzt sich deshalb für eine Kultur der Anerkennung ein, die kulturelle Vielfalt nicht leugnet, sondern kulturelle Unterschiede als Möglichkeiten für neue Gemeinsamkeiten begreift.

Meine Damen und Herren, Integration heißt Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Genau dies gilt insbesondere für Baden-Württemberg. Denn wir haben hier – das wurde schon von meinen Vorrednern gesagt – einen sehr hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund. Baden-Württemberg hat mit rund 25 % den höchsten Anteil unter den Flächenländern. Der Bundesdurchschnitt beläuft sich auf rund 18,5 %.

In den industriellen Ballungsräumen Stuttgart, Mannheim und Heilbronn hat fast jeder Vierte eine ausländische Nationalität. In der Landeshauptstadt Stuttgart, in der wir uns gerade befinden, beträgt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund nahezu 40 %.

(Abg. Walter Heiler SPD: Beim VfB ist er noch höher! – Heiterkeit)

Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund ist hier höher als in jeder anderen deutschen Großstadt.

In der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion GRÜNE werden viele aktuelle Beispiele und Projekte von Trägern der Integrationsmaßnahmen genannt, u. a. sehr viele Foren auf kommunaler Ebene, an der sich auch Konsulate, Sozialleistungsträger – da meine ich vor allem Krankenkassen – oder Selbsthilfeeinrichtungen für unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger beteiligen. Diese spezifischen Gesundheitsangebote für Menschen mit Migrationshintergrund sind vorhanden und in der Antwort der Landesregierung dokumentiert.

Wichtig ist der SPD, dass diese Beratungsstellen, die jetzt schon vorhanden sind, bitte auch in ein Netzwerk – ähnlich wie die Gemeinsamen Servicestellen für Rehabilitation, die in Baden-Württemberg bereits erfolgreich arbeiten – eingebunden werden, damit auch das Backoffice für die Menschen mit Migrationshintergrund funktioniert. Dieses Backoffice ist ein Netzwerk der verschiedenen Institutionen, die es in diesem Bereich gibt, nämlich Sozialleistungsträger, Selbsthilfegruppen, Konsulate, Arbeitsämter, Integrationsämter – all die Einrichtungen, die wir haben, um diesen Menschen zu helfen. Genau das muss klappen, damit die spezifischen Anliegen auch gezielt unterstützt werden können.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist es zu begrüßen, dass sich die baden-württembergischen Landkreise bereits mit dieser Sache beschäftigen. Wir fragen uns aber jetzt: Wo bleibt der Beitrag der Landesregierung?

Da komme ich zurück auf das Projekt „MiMi – Mit Migranten für Migranten“, das bereits von Frau Mielich angesprochen worden ist. Wir hätten auch die Bitte, dass dieses Projekt des Ethno-Medizinischen Zentrums Hannover zur Ausbildung von interkulturellen Gesundheitsmediatoren in Baden-Württemberg flächendeckend eingesetzt wird. Hier sollte sich Baden-Württemberg anderen Ländern anschließen, personelle und finanzielle Ressourcen für die Gesundheitsämter bereitstellen und dem Landesgesundheitsamt die Steuerung und Koordination eines entsprechenden Projekts interkultureller Gesundheitsmediatoren übertragen.

Darüber hinaus ist wichtig – das möchte ich bitte noch anfügen –, dass Bildung bekanntermaßen die effizienteste Gesundheitsprävention ist. Dazu gehört eben auch das, was schon im Landesintegrationsplan als Forderung der Städte und Gemeinden enthalten ist: Das Ganztagsangebot soll ausgebaut werden, die Schulsozialarbeit soll als Landesaufgabe anerkannt werden, und es soll endlich ein Konzept zur individuellen Sprachförderung vorgelegt werden; das ist wichtig, damit wir die Kinder in die Gesellschaft integrieren können.

(Wolfgang Wehowsky)

Im Übrigen ist das ein zentraler Bestandteil des Orientierungsplans für Bildung und Erziehung für die baden-württembergischen Kindergärten. Der Schlüssel zu einer gelingenden Integration ist nämlich der Erwerb der deutschen Sprache.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Hans Heinz CDU: Sehr gut!)

Das besondere Augenmerk – dazu bitte ich insbesondere die Landesregierung um Unterstützung – in dieser Sache muss auf einem tragfähigen Kompromiss zwischen Landesregierung sowie Städte- und Gemeindetag liegen. Dann haben wir auch die Voraussetzung für eine erfolgreiche Integrationspolitik geschaffen.

Es ist viel zu tun – packen wir es an. Oder besser gesagt: Die Landesregierung sollte nicht nur einen Schalter umlegen, sondern die Weichenstellung verändern, damit der Integrationszug in die richtige Richtung fährt.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Sehr gut! – Genau!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll für die Fraktion der FDP/DVP.

**Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP:** Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Um Frau Mielich eine Freude zu machen: Herzlichen Dank für diese Große Anfrage, mit der Sie meinen Antrag aus dem Jahr 2007 zur Situation behinderter und chronisch kranker Menschen mit Migrationshintergrund, über den Sie sich damals im Ausschuss etwas abfällig geäußert hatten, auf eine umfassendere Basis gestellt haben.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Daher gäbe es selbstverständlich viele Erkenntnisse aus der Antwort auf die Große Anfrage zu diskutieren.

Der Kollege Wehowsky hat völlig recht: Zu glauben, man könne die Probleme durch Einzelmaßnahmen lösen, ist völlig falsch. Ein Fazit aus der Großen Anfrage ist, dass der Schlüssel zu allem auch im Gesundheitswesen die Bildung ist, und zwar die frühzeitige Bildung. Da widerspreche ich Ihnen. Gerade wir haben zusammen mit unserem Justizminister als Integrationsbeauftragtem Druck gemacht, damit das Thema Sprachförderung auch den Stellenwert bekommt, der ihm gebührt.

Jetzt wird es ganz konkret: In dieser Großen Anfrage wird z. B. beim Thema Adipositas, also Übergewicht, darauf hingewiesen, dass die Einflussgröße „Migrationshintergrund oder nicht?“ eher hinter die Frage „Ist ein Elternteil adipös?“ und hinter die Frage „Wird in der Familie deutsch gesprochen?“ zurücktritt. Das heißt – da wird es wirklich ganz konkret –, dass dort, wo Bildungsfähigkeit und Bildungswilligkeit vorhanden sind, die Voraussetzungen für gesundheitsbewusstes Verhalten sehr viel leichter zu erreichen sind.

Wenn man überhaupt ein Fazit daraus ziehen darf, dann ist es das Fazit, dass das Thema Migrationshintergrund sehr unterschiedlich und differenziert ist. Dass z. B. Alkoholexzesse bei einem Teil, nämlich denjenigen, die islamischen Glaubens sind, keine so große Rolle spielt, wundert einen natürlich nicht. Auch beim Thema Allergien ist schon auf die Unter-

schiede hingewiesen worden. Wir wissen auch, dass unsere Gesellschaft, unsere jungen Eltern – möglicherweise aus Ängstlichkeit – teilweise einem Sauberkeitswahn unterliegen, der vielleicht noch nicht alle, die zugewandert sind, in dem Maß erreicht hat.

(Vereinzel Beifall)

Interessant ist für mich auch die Tatsache, dass von Eltern mit Migrationshintergrund die üblichen Impfungen – Röteln, Masern usw. – deutlich besser angenommen werden als von deutschen Eltern. Lassen Sie uns auch darüber einmal nachdenken. Bei uns geht es schon in die umgekehrte Richtung, da gibt es Impfskeptiker usw. Das sind Entwicklungen, die eigentlich nicht so sehr mit einem Migrationshintergrund, sondern mit der Zugehörigkeit zu den berühmten bildungsfernen oder bildungsnahen Schichten zu tun haben.

Deswegen bleibe ich dabei: Das, was wir gemeinsam mit unserem Integrationsbeauftragten an Integrationsbemühungen gebündelt und jetzt massiv zusammengeführt haben, ist der richtige Weg. In der Gesundheitsvorsorge gilt der alte Spruch: Was Häschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr. Deswegen müssen wir sehr früh anfangen und bei den Kindern ansetzen.

Kleine Nebenbemerkung: Alles, was diese Menschen abhalten könnte, ihre Kinder in eine Betreuung zu geben, halte ich nicht unbedingt für sehr sinnvoll. Denn gerade über Betreuung – und zwar zu einem sehr frühen Zeitpunkt – kommen wir an die Kinder und damit auch an die Eltern heran. Ich rede nicht wie der Blinde von der Farbe. Ich war lange Zeit Jugendzahnarzt und habe in Kindertageseinrichtungen Untersuchungen durchgeführt, aber eben auch Prävention betrieben. Da erreicht man die Eltern und kann versuchen, den Menschen einen gesundheitsförderlichen Lebensstil nahezubringen.

Dass uns dies sowohl bei den Eltern mit Migrationshintergrund als auch bei den deutschen Eltern nicht immer in vollem Umfang gelingt, geht aus der Antwort auf die Große Anfrage auch hervor. Deswegen habe ich manchmal das Gefühl, wir sollten nicht so tun, als wäre bei uns alles okay, während es bei den Menschen mit Migrationshintergrund Probleme gibt; im Gegenteil.

Es gibt eine interessante Bewegung, wonach wir auch im medizinischen Bereich von anderen Kulturen etwas lernen können. Ich habe dazu gestern zufällig einen wunderschönen Vortrag gehört. Danach werden bei uns z. B. Heilmethoden aus der Türkei zum Teil durchaus wieder nachgefragt. Das alles ist also keine Einbahnstraße. Vielmehr haben wir es mit einem idealen Bereich zu tun, wenn wir das Thema Integration nicht eindimensional sehen und auf einzelne Probleme fokussieren, sondern es umfassend sehen, so, wie wir es im Land mit unserem Integrationsplan angegangen sind.

Letzte Bemerkung: Ich glaube, das Allerbeste in der medizinischen Versorgung ist das, was zunehmend auch zur Realität wird: dass immer mehr junge Leute mit Migrationshintergrund, wenn sie die Schule abgeschlossen haben, Arzthelferin in der Arztpraxis oder Pflegerin oder Krankenschwester im Krankenhaus werden. Dann haben wir einen doppelten Effekt: Einerseits wirken sie als Multiplikatoren, und andererseits müssen wir keine Sonderprogramme auflegen. Denn

(Dr. Ulrich Noll)

wenn eine türkische Arzthelferin da ist, hilft das dem betreffenden Arzt sehr viel mehr als irgendein Programm, das wir durchführen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Daher danke ich für die ausführliche Beantwortung dieser Anfrage.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Wir sind, glaube ich, auf einem guten Weg. Aber sicherlich gibt es nicht nur für Menschen mit Migrationshintergrund, sondern für uns alle die Verpflichtung, den Menschen das Wissen zu vermitteln, dass sie gesund leben können – um damit auch der Verwirklichung unser aller Vorstellung etwas näher zu kommen – und dass jeder die Möglichkeit hat, an allen Gesundheitsleistungen in diesem Land zu partizipieren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Hillebrand.

**Staatssekretär Dieter Hillebrand:** Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist bereits von einigen Kolleginnen und Kollegen gesagt worden: Rund ein Viertel der insgesamt 10,7 Millionen Baden-Württemberger haben einen Migrationshintergrund.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das hat die Kollegin Mielich schon gesagt!)

Was noch nicht gesagt worden ist: Knapp die Hälfte dieses Viertels, also 1,3 Millionen von 2,7 Millionen Menschen, haben eine ausländische Staatsangehörigkeit, und 1,4 Millionen haben – wohlgeachtet – die deutsche Staatsangehörigkeit.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Baden-Württemberg ist unter den Flächenländern damit das Land mit dem höchsten Anteil an Migrantinnen und Migranten an der Gesamtbevölkerung.

Liebe Frau Kollegin Mielich, es ist das generelle Ziel der Landesregierung, für alle Menschen in Baden-Württemberg – unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem sozialen Hintergrund – die gleichen Chancen für ihre Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben zu schaffen.

Auf dieser Grundlage hat die Landesregierung im letzten Jahr in enger Abstimmung und unter maßgeblicher Beteiligung aller Mitwirkenden einen Integrationsplan entwickelt. Eines der acht zentralen Handlungsfelder des Integrationsplans wiederum ist das Themenfeld „Wohnen, Gesundheit und Alter“. Die Landesregierung hat sich im Integrationsplan das Ziel gesetzt, die Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund am Gesundheitssystem durch eine interkulturelle Öffnung der Regeldienste weiter zu verbessern. Insbesondere sollen der Zugang zu gesundheitlichen Angeboten, das Gesundheitswesen und die -kompetenzen erweitert werden. Projekte und Initiativen zum Abbau von Zugangsbarrieren sollen unterstützt und mit Kooperationspartnern zielgruppenspezifische Angebote weiterentwickelt und umgesetzt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der vorliegenden Antwort auf die Große Anfrage ist auf insgesamt 37 Seiten eine umfassende Bestandsaufnahme – der Kollege Dr. Noll hat es gesagt – zum Themenbereich „Integration und Gesundheit“ vorgenommen worden. So zeigen beispielsweise die Daten aus den Schuleingangsuntersuchungen, dass ausländische Kinder eine Grundimmunisierung durch Schutzimpfungen haben, die durchaus mit der von deutschen Kindern vergleichbar ist. Bei Masern, Mumps und Röteln liegt die Durchimpfungsrate bei ausländischen Kindern sogar höher als bei deutschen Kindern.

Ich möchte an dieser Stelle nicht alle Ergebnisse wiederholen. Diese stehen ja, wie gesagt, in der umfassenden Antwort. Die Ergebnisse lassen aber den Schluss zu, dass unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund denselben Zugang zu Gesundheitsangeboten wie unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger ohne Migrationshintergrund haben.

Es liegt aber in der Natur der Sache, dass die gleiche Möglichkeit des Zugangs zu Angeboten der Gesundheitsversorgung nicht mit deren Annahme gleichzusetzen ist. Es ist leider noch immer Fakt, dass bildungsferne und sozial schwächere Menschen – egal, ob mit oder ohne Migrationshintergrund – die Angebote der Gesundheitsvorsorge und der Gesundheitsversorgung weniger als die Durchschnittsbevölkerung in Anspruch nehmen. Dieses Bild ergibt sich insbesondere in den Stadtvierteln, die im Hinblick auf den baulichen Zustand, ihre Sozialstruktur, das Arbeitsplatzangebot, die Ausstattung mit sozialer Infrastruktur sowie die Qualität der Wohnungen, das Wohnumfeld und die Umwelt im gesamtstädtischen Vergleich Defizite aufweisen.

Vor allem dort, also in den genannten und vor Ort bekannten Quartieren, muss angesetzt werden, um Zugangsbarrieren für sozial benachteiligte Menschen – egal, ob mit oder ohne Migrationshintergrund – abzubauen. Dies ist auch eine der Schlüsselbotschaften der im Sommer von der Landesregierung beschlossenen Gesundheitsstrategie. Angebote zur Prävention und zur Gesundheitsförderung sind für diese Personengruppen dann besonders wirksam, wenn sie dort ansetzen, wo diese Menschen leben, wo sie wohnen und wo sie arbeiten. Dort lassen sich niederschwellige Ansätze und aufsuchende Maßnahmen verwirklichen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir müssen diese Mitbürgerinnen und Mitbürger dort abholen, wo sie stehen.

(Abg. Bärl Mielich GRÜNE: Richtig! Ein sehr guter Ansatz!)

Unser hoch entwickeltes Gesundheitssystem, um das uns fast die ganze Welt beneidet, steht grundsätzlich allen Bevölkerungsgruppen unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Geldbeutel offen. Trotzdem kann die im Einzelfall noch optimierbare Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund am Gesundheitssystem am besten durch die interkulturelle Öffnung der Regeldienste verbessert werden.

Meine Damen und Herren, in diesem Rahmen gibt es in Baden-Württemberg, organisiert und getragen von den Kommunen, den Gesundheitsämtern, den Kirchen, den Wohlfahrtsverbänden sowie von Initiativen des bürgerschaftlichen Engagements, eine Vielzahl von Projekten. Alle gemeinsam ha-

(Staatssekretär Dieter Hillebrand)

ben das Ziel, für Menschen mit Migrationshintergrund den Zugang zu Gesundheitsangeboten zu verbessern. In der Großen Anfrage sind 28 Projekte erwähnt; heute sind es bereits 32 Projekte.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Prima!)

Daran sehen wir, dass sich in diesem Bereich wirklich vieles bewegt.

Liebe Frau Kollegin Mielich, Sie machen es sich etwas zu einfach, wenn Sie sich auf das MiMi-Projekt kaprizieren und die Landesregierung für dessen Umsetzung in die Verantwortung nehmen wollen. Sie müssten es eigentlich besser wissen. Sie haben selbst darauf hingewiesen, dass das Gegenstand der Erörterung in der letzten Sitzung des Sozialausschusses im Oktober gewesen ist. Damals ist Ihnen schriftlich mitgeteilt worden, eine schriftliche Antwort des Ethno-Medizinischen Zentrums Hannover stehe noch aus und auf mündliche Nachfrage im Herbst 2008 sei lediglich geantwortet worden, dass das Ethno-Medizinische Zentrum auf der Suche nach Sponsoren sei.

Ich möchte noch etwas anderes sagen: Es ist nicht verboten, in diesem Zusammenhang so zu verfahren wie die Landeshauptstadt Stuttgart, die selbst ein solches MiMi-Projekt auf den Weg gebracht und hierfür Geld in die Hand genommen hat. Man muss nicht immer nach der Landesregierung rufen,

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Das bleibt ja sowieso ungehört!)

sondern es ist durchaus möglich, vor Ort etwas zu tun, so, wie Stuttgart auf diese Art und Weise, liebe Frau Kollegin Altpeter, seit dem Jahr 2003 30 Multiplikatoren geschult hat.

Dann darf ich noch, liebe Frau Kollegin Mielich, auf das Projekt FluG – Flucht und Gesundheit – aus Freiburg hinweisen. Dieses Projekt hat im Jahr 2007 immerhin den Deutschen Präventionspreis erhalten. Auch hieran zeigt sich, dass wir auf einem guten und richtigen Weg sind.

Lassen Sie mich noch ganz kurz darauf hinweisen, dass die Hälfte der Projekte Kinder und Jugendliche zur Zielgruppe haben. Viele dieser Projekte beinhalten geschlechtsspezifische Ansätze. Einige sind speziell auf weibliche Migranten ausgerichtet. In zahlreichen Sprachkursen für Migrantinnen und Migranten – Dr. Noll hat das Thema angesprochen –, insbesondere in den Kursen „Mama lernt Deutsch“,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Genau!)

werden auch Einheiten zur gesundheitlichen Prävention angeboten.

Erwähnen darf ich in diesem Zusammenhang nochmals unser baden-württembergisches Kinderschutzgesetz. Seit Anfang dieses Jahres, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sind die Personensorgeberechtigten gesetzlich verpflichtet, die Teilnahme ihrer Kinder an den Früherkennungsuntersuchungen sicherzustellen. Dadurch – da bin ich mir sicher – wird sich die Quote der Teilnahme von Kindern mit Migrationshintergrund an Früherkennungsuntersuchungen, die zum Teil niedriger ist als bei deutschen Kindern, weiter deutlich erhöhen. Krankenkassen und Gesundheitsämter haben bereits flankierende Maßnahmen für die Umsetzung vereinbart.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Verbesserung des Zugangs zu Gesundheitsangeboten für Menschen mit Migrationshintergrund und der Abbau von Zugangsbarrieren erfordern einen langen Atem. Aber die Erfahrungen aus vielfältigen Projekten zeigen, dass wir in Baden-Württemberg bereits auf einem guten Weg sind. Auf diesem guten Weg wollen wir auch in Zukunft konsequent fortfahren.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Eine Rede wie Mehltau!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen – –

(Abg. Bärl Mielich GRÜNE meldet sich. – Abg. Bärl Mielich GRÜNE: Ich habe noch Redezeit! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Man muss sie aber nicht nutzen!)

– Frau Abg. Mielich, bitte schön. Sie haben noch eine Redezeit von einer Minute und sieben Sekunden.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Das reicht!)

**Abg. Bärl Mielich GRÜNE:** Eine Minute Redezeit ist wunderbar. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch kurz auf zwei Punkte eingehen.

Zum einen hat der Kollege Noll deutlich gesagt, es sei Aufgabe der Landesregierung und die Landesregierung habe sich dies auch zum Ziel gesetzt, eine Verbesserung der Bildungschancen von Kindern mit Migrationshintergrund auf den Weg zu bringen. Sie müssen mir aber einmal sagen, wo diese Maßnahmen sind. Kultusminister Rau hat solche Maßnahmen zwar angekündigt, tatsächlich umgesetzt wurde bis jetzt jedoch nichts.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sprachförderung gibt es schon!)

Das ist das eine.

Wir sind der Meinung, dass der Bildung von Kindern mit Migrationshintergrund eine besondere Bedeutung beizumessen ist. Wer die deutsche Sprache spricht, ist sicherlich im Vorteil. Das ist völlig klar. Dann müssen aber auch entsprechende Maßnahmen folgen.

Herr Staatssekretär Hillebrand, Sie erkennen insgesamt an, dass es wichtig ist, die unterschiedlichen Angebote für die Menschen mit Migrationshintergrund zu entwickeln. Ich bedauere aber, dass Sie in der Antwort auf die Große Anfrage zum Ausdruck bringen, dass Gesundheitsangebote zwar vorhanden sind, aber wenig genutzt werden, und zwar von Menschen mit Migrationshintergrund eklatant weniger genutzt werden.

Dann macht es doch Sinn, ein Projekt wie das MiMi-Projekt aus Hannover aus dem Jahr 2003 umzusetzen. Es ist meines Erachtens sinnvoll, ein solches Projekt nicht nur in Stuttgart, sondern in ganz Baden-Württemberg umzusetzen. In Stuttgart wird dieses Projekt seit Jahren sehr erfolgreich umgesetzt.



(Bärbl Mielich)

Sie wissen, dass es wichtig wäre, die Kommunen dabei finanziell, vor allem aber auch logistisch zu unterstützen. Sie benötigen nur sehr wenig Geld – das haben wir Ihnen alles vorgerechnet –, um dieses Projekt in Baden-Württemberg zu installieren. Dies ist im Übrigen ein Projekt, das auch unter emanzipatorischen Gesichtspunkten sehr sinnvoll ist.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Abgeordnete, bitte kommen Sie zum Ende.

**Abg. Bärbl Mielich** GRÜNE: Schönen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Besprechung der Großen Anfrage abgeschlossen.

Punkt 10 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

### **Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Situation demenziell Erkrankter in Baden-Württemberg – Drucksache 14/3280**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Besprechung fünf Minuten je Fraktion, für das Schlusswort fünf Minuten.

Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abg. Hoffmann das Wort.

**Abg. Andreas Hoffmann** CDU: Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ganz am Ende eines Debatteabends, fast schon am Rande der Vergessenheit – das passt gut zum Thema Demenz – diskutieren wir heute über ein Thema, das aus Schamgründen weit hinten rangiert, obwohl die Betroffenheit groß ist.

In Deutschland sind derzeit 6,8 % der über 65-Jährigen an Demenz erkrankt. Bundesweit sind es etwa 1,1 Millionen Betroffene. Es ist davon auszugehen, dass es in Baden-Württemberg rund 135 000 Erkrankte gibt. Im Jahr 2020 werden es 197 000 Erkrankte sein. Im Jahr 2030 – so sagen es uns die Statistiker voraus – werden es über 240 000 Betroffene sein.

Schon heute ist es so – wir haben auch gelernte Altenpflegerinnen unter uns –, dass über 50 % der Einweisungen in ein Pflegeheim erfolgen, weil eine Demenzerkrankung vorliegt. In vielen Pflegeheimen sind über 80 % der dort Gepflegten an Demenz erkrankt.

Ich will die Kollegen nicht strapazieren; denn wir haben einen langen Plenartag hinter uns. Außerdem haben wir unter Punkt 2 und unter Punkt 10 der Tagesordnung schon viel über Gesundheitspolitik gesprochen.

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU hat den Istzustand gut beschrieben. Vielen Dank an das Sozialministerium für die Beantwortung der Fragen. Wenn man den Istzustand betrachtet, dann kann man es fast als Skandal bezeichnen, was im Rahmen der Gesundheits-

berichterstattung des Bundes im Jahr 2005 zum Thema Altersdemenz herausgefunden worden ist. Den Bund trifft keine Schuld, aber er hat den Bericht verfasst. Ich nenne einige Daten aus diesem Bericht.

Nach diesem Bericht erfolgt die Diagnose für 40 bis 60 % der Betroffenen zu spät. Das heißt, die Menschen haben eine Erkrankung, und es wird nicht rechtzeitig festgestellt, dass sie daran leiden. Die Studie zeigt außerdem auf, dass der Übergang vom Hausarzt zum Facharzt nicht optimal läuft. Bundesweit werden nur 28 % der Demenzkranken von einem Facharzt weiterbehandelt und erfahren eine solche hoch qualifizierte Behandlung.

Zwar sind Demenzerkrankungen nicht heilbar, zumindest heute noch nicht. Sie sind aber positiv beeinflussbar. Eine frühzeitige Behandlung bringt dem Betroffenen Lebensqualität und sorgt auch bei den Angehörigen für ein Stück Lebensqualität.

Rein volkswirtschaftlich betrachtet, ist Folgendes ganz interessant: Wenn man sich anschaut, was eine gute Diagnostik und eine gute Therapie bringen können, dann kommt man relativ schnell dahinter, dass bei dieser Erkrankung etwas im Gesundheitswesen in Deutschland nicht stimmt. Wir haben Arzneimittelrichtgrößen der Kassenärztlichen Vereinigung. Danach steht den Patienten pro Quartal – für die Verordnung von Medikamenten – ein Betrag von rund 150 € zur Verfügung. Ich rede von allgemeinen Patienten. Ein Demenzpatient kostet pro Quartal aber zwischen 165 € und 419 €. Das klingt viel, weil die Kosten für diese Patienten höher sind als der Wert, der im Durchschnitt für alle Patienten zur Verfügung steht. Aber wir können, glaube ich, leicht ausrechnen, was wir sparen könnten, wenn wir den Eintritt der Pflegebedürftigkeit nur um einen einzigen Monat verzögern könnten, wenn wir mit einer richtigen Diagnose und einer richtigen Therapie an das Thema herangehen könnten.

Was mich noch viel mehr erschreckt hat – darüber haben wir hier auch schon diskutiert –, ist die Tatsache, dass bei vielen älteren Patienten gar nicht richtig geschaut wird. Wenn sie Ausfallerscheinungen haben, heißt es meist: Das ist Alzheimer, das ist Demenz. Es wird nicht weiter untersucht. Es ist davon auszugehen, dass ein größerer Teil der Patienten überhaupt nicht Alzheimer hat, sondern eine andere Stoffwechselerkrankung,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So ist es!)

die nicht nur beeinflussbar, sondern die zum Teil auch heilbar wäre – also eine nicht erkannte Stoffwechselerkrankung im Bereich dieser Medizin. Die größte Katastrophe, die einem passieren kann, ist, glaube ich: Man wird als Demenzpatient geführt, obwohl man an einer völlig anderen Erkrankung leidet, und die wird anschließend überhaupt nicht therapiert.

Was hilft? Es hilft eine bessere Fortbildung der Ärzte, und es hilft vielleicht auch, wenn endlich einmal klargemacht wird, dass die vermeintlichen Einsparungen, die man sich erhofft, wenn bei den Demenzpatienten eine Therapie, eine Diagnostik nicht erfolgt – sie wehren sich nicht dagegen –, am anderen Ende einen Milliardenbetrag an Kosten auslösen und natürlich ganz viel Leid für die Patienten selbst und für deren Angehörige auslösen.

(Andreas Hoffmann)

Man darf schon einmal die Frage stellen, ob sich eine Gesellschaft hier humanitär einwandfrei und auch christlich einwandfrei verhält, wenn sie die Persönlichkeit von Patienten durch eine unzureichende medizinische Versorgung missachtet. Nichts anderes ist das. Das ist nichts anderes als eine Missachtung der Persönlichkeit der Patienten, und ich glaube nicht, dass wir uns damit begnügen sollten, immer wieder einmal darüber zu diskutieren.

Wir haben inzwischen auch einiges getan. Ich will einfach einmal sagen, was es gibt und wo wir stehen.

Wir haben in Baden-Württemberg hervorragende Forschungseinrichtungen. Ich darf an unseren lieben Kollegen Professor Beyreuther erinnern, der in der letzten Legislaturperiode als Staatsrat tätig war. Er führt in Heidelberg eines der renommiertesten Alzheimerforschungsinstitute. Dort gibt es immer wieder Hinweise, dass man wieder einige Schritte weiter ist, aber von einer ordentlichen Bekämpfung, von einer Behandlung dieser Erkrankung oder gar einer Vermeidung sind wir weit weg.

Wir haben ein neues Heimrecht auf den Weg gegeben, das es nun zumindest gebäudlich und personell ermöglicht, die Demenzen, die in einem Pflegeheim sind, nach deren Bedürfnissen unterzubringen und zu versorgen.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

– Danke schön.

Wir haben in Baden-Württemberg – das darf man auch einmal erwähnen – eine hervorragende Alzheimer Gesellschaft, eine Selbsthilfevereinigung, die eine prima Arbeit leistet.

(Beifall der Abg. Dr. Ulrich Noll und Hagen Kluck FDP/DVP sowie Katrin Altpeter SPD)

Ich will an dieser Stelle wirklich Danke schön sagen, dass hier Gutes gemacht wird. Wir werden demnächst 50 Pflegestützpunkte in Baden-Württemberg haben, bei denen die Angehörigen und die Betroffenen selbst Beratung erfahren und dann hoffentlich auch die Information über eine gute Therapie und eine gute Pflege erhalten.

Wir haben im Bereich der Demenz ein starkes Ehrenamt. Viele Menschen kümmern sich um Demenzkranke, entweder im Rahmen der Nachbarschaftshilfe oder durch sonstige Aktivitäten. Auch ihnen gilt Dank.

Vorhin war eine Gruppe von 50 Ehrenamtlichen hier im Landtag – nicht speziell zu diesem Thema, aber auch zu diesem Thema –, Menschen, die sich jeden Tag mit solchen Menschen beschäftigen und uns ein ganzes Stück Arbeit abnehmen, die wir aus Mitteln der Gesundheitspolitik bzw. aus Steuermitteln gar nicht bezahlen könnten.

Die CDU hat vorgeschlagen – das haben Sie auch gelesen –, ein „Zehn-Punkte-Aktionsprogramm Demenz“ ins Leben zu rufen. Einige dieser Punkte gibt es bereits; das ist also keine völlige Neuerfindung. Einige habe ich auch genannt.

Die Landesregierung kann im Umgang mit Alzheimer und Demenz einige Erfolge vorweisen. Ich will aber das Sozialministerium Baden-Württemberg – der Herr Staatssekretär wird uns

ja nachher antworten – doch noch einmal herzlich ermuntern, diesen eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Das ist eine Krankheit, die bedeutet, dass man das Gedächtnis verliert. Wir wollten mit unserer Anfrage dafür sorgen, dass dieses Thema nun nicht in Vergessenheit gerät, sondern immer wieder diskutiert wird. Damit helfen wir den Leuten am meisten.

Die Menschen haben Angst vor dieser Krankheit – auch in Baden-Württemberg –, auch die Angehörigen haben Angst, weil sie sich nicht aus der Situation der Isolation herausrauen. Es ist noch immer ein Schamgefühl damit verbunden, einen demenzkranken Angehörigen zu Hause zu haben. Das ist der falsche Weg. Wir müssen in der Medizin mehr machen, wir müssen in der Prophylaxe mehr machen, und wir müssen uns sicherlich auch noch einmal überlegen, wie wir in den Kommunen optimale Bedingungen für diese Menschen schaffen. Diese Menschen gibt es schon heute, und ihre Zahl wird sich in den nächsten Jahren verdoppeln. Dies ist eine Aufgabe, die unsere Aufmerksamkeit verdienen würde, und zwar nicht nicht erst unter Tagesordnungspunkt 11.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Altpeter für die Fraktion der SPD.

**Abg. Katrin Altpeter SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann fast nahtlos an das anschließen, was Kollege Hoffmann zuletzt gesagt hat. Die Situation der an Demenz erkrankten Menschen in unserem Land hat mehr verdient, als unter Tagesordnungspunkt 11 so wenig prominent behandelt zu werden.

Angesichts der Zahlen – er hat sie genannt; ich möchte sie nicht wiederholen –, angesichts der für 2020, 2030 erwarteten Zahl von rund 241 000 Erkrankten allein in unserem Land, können wir das Thema Demenz nicht mehr länger an den Rand der Gesellschaft rücken, nicht mehr länger nur in die Pflegeheime packen. Dort gibt es zugegebenermaßen zwar eine gute Versorgung, aber wir müssen davon ausgehen, dass in Zukunft mit dem Alterwerden der Menschen, auch mit dem medizinischen Fortschritt

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Trotz!)

das Thema Demenz sehr viel mehr in die Mitte unserer Gesellschaft rücken wird und wir uns mit diesem Thema ganz anders auseinandersetzen haben, als dies in der Vergangenheit geschehen ist.

(Beifall der Abg. Peter Hofelich SPD und Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Eine Vorstellung von der Situation in den Pflegeheimen kann man sich am ehesten anhand eines praktischen Beispiels machen. Als ich vor 25 Jahren eine Altenpflegeausbildung gemacht habe, hatten wir in einer Wohngruppe mit 25 Bewohnern vielleicht einen oder zwei Bewohner, die demenz waren. Heute stellt sich die Situation völlig umgekehrt dar. Wenn Sie heute in den Pflegeheimen zwei von 25 Bewohnern finden, die keine kognitiven Einschränkungen haben, dann ist das eher

(Katrin Altpeter)

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Die Ausnahme!)

die Ausnahme.

Dies bedeutet auch eine zunehmende Belastung für Personen, die in den Pflegeheimen, aber natürlich auch zu Hause – die Angehörigen – mit der Pflege von an Demenz Erkrankten betraut sind. Dem müssen wir in der Zukunft verstärkt Rechnung tragen.

Es wird schon einiges getan im Bereich der Weiterbildung für Pflegepersonen, auch für Ärzte. Aber hier gibt es noch erheblichen Bedarf, dem wir angesichts dessen, dass das Thema Demenz tatsächlich in die Mitte der Gesellschaft rückt, gerecht werden müssen.

Ich möchte mich – das erscheint bei einer Vertreterin der Opposition zunächst vielleicht ungewöhnlich – beim Sozialministerium für die ausführliche Beantwortung der Großen Anfrage der CDU bedanken.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: So ein Lob ist gefährlich!)

Sie gibt uns allen unabhängig von Parteigrenzen einen guten Überblick über die Angebote, die es im Land bereits gibt.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Sehr loblich!)

Sie zeigt auch oft zwischen den Zeilen Wege auf, die noch gegangen werden können.

Ich möchte deswegen zwei Punkte herausgreifen. Punkt 1 betrifft die Pflegeversicherung. Wir haben heute Morgen über die Veränderungen im Gesundheitssystem diskutiert. Es wird auch Veränderungen in der Pflegeversicherung geben.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Müssen!)

Es wird angedacht, die Anschubfinanzierung für die 50 Pflegestützpunkte, für die vor allem unsere Fraktion im Land sehr gekämpft hat – gegen die heutige Staatssekretärin im Gesundheitsministerium –, zu kürzen bzw. wieder zu beenden. Das wäre für das Beratungsangebot, das wir in unserem Land dringend brauchen, natürlich fatal, vor allem nachdem Sie 1997 aus der Förderung der IAV-Stellen ausgestiegen sind und diese Beratung seitdem ausschließlich den Kommunen überlassen.

Darum waren wir froh, dass sich Ende letzten Jahres die Arbeitsgemeinschaft für die Pflegestützpunkte gegründet hat, dass man sich nach langem Zögern endlich doch entschlossen hat, in Baden-Württemberg Pflegestützpunkte einzurichten. Was ich Ihnen allerdings mit auf den Weg geben muss: Das kann man nun wirklich zügig machen, zügiger, als es bisher geschehen ist.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Da hätten die Landesregierung und das Sozialministerium aus unserer Sicht noch einmal eine ganz andere Aufgabe, zumal Sie selbst in der Antwort schreiben, dass der Bedarf an Beratung für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen immens groß ist, weil man – wie Sie vorhin richtigerweise gesagt ha-

ben – dann, wenn man merkt, dass etwas vielleicht nicht mehr ganz in Ordnung ist, stark verunsichert ist. Sowohl die Betroffenen als auch die Angehörigen wissen nicht, wohin sich das entwickeln wird. Wir hätten es wirklich zügiger hinkommen können, mit den Pflegestützpunkten ein Beratungsangebot auszubauen.

Noch einen Satz zu dem Aktionsprogramm: Nach all dem, was in der Antwort auf die Großen Anfrage steht und was zum Teil schon gemacht wird, sind wir der Auffassung, dass es unserem Land gut zu Gesicht stehen würde, wenn wir ein solches „Zehn-Punkte-Aktionsprogramm Demenz“ – zumal Sie die Inhalte in der Antwort auf die Anfrage schon formuliert haben – installieren würden, und zwar alle gemeinsam im Sinne einer besseren Betreuung und Versorgung von an Demenz erkrankten Menschen. Dies, glaube ich, würde uns allen gut zu Gesicht stehen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Mielich für die Fraktion GRÜNE.

(Abg. Andreas Hoffmann CDU: Es ist Mielich-Tag!)

**Abg. Bärbl Mielich GRÜNE:** Es ist Mielich-, Hoffmann- und Altpeter-Tag.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Spätestens seit es den Film „Iris“ gegeben hat – Sie erinnern sich vielleicht an diesen Film über das Leben der englischen Schriftstellerin Iris Murdoch, in dem das Leben der an Demenz erkrankten Frau, die von ihrem Mann bis zum Tod gepflegt wurde, dargestellt wird –,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wir schauen nicht fern!)

und seit Walter Jens, der bekannte Tübinger Rhetoriker, an Demenz erkrankt ist, ist das Thema Demenzerkrankung in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Es ist durchaus – da bin ich anderer Meinung als Sie, Herr Hoffmann – schon ein Stück weit enttabuisiert. Das finde ich gut. Wir müssen die Möglichkeiten, die wir jetzt haben, um in der gesellschaftlichen Debatte deutlich Flagge zu zeigen, stärker wahrnehmen als bisher.

Zunächst einmal: Die Fragen in der Großen Anfrage waren sehr gut gestellt, und die Antworten waren sehr umfassend. Es sind in der Tat Materialien, mit denen man sehr gut arbeiten kann. Dieser Meinung bin ich auch. Es gibt jetzt insgesamt auch Bewegung auf der Bundesebene. Es hat schon Bewegung beim Pflege-Weiterentwicklungsgesetz gegeben, mit dem die finanzielle Situation der Menschen mit Demenz deutlich verbessert worden ist, indem mehr Gelder zur Verfügung gestellt werden und beispielsweise auch die stationäre Betreuung verbessert wird. Dies geschieht dadurch, dass zusätzliche Betreuungskräfte ohne eine fachliche Pflegeausbildung für Menschen mit Demenz eingestellt werden können, um deren psychosoziale Betreuung zu verbessern.

Dennoch habe ich den Eindruck, dass sich das Land nach einer sehr guten Analyse bei der Beantwortung der Großen Anfrage letztlich doch leise davonmacht und sagt: Wir haben vor

(Bärbl Mielich)

allem eine moderierende Funktion; wir sind letztlich nicht gewillt, aktiv zu werden. Das ist schade, denn gerade jetzt gibt es eine Menge zu tun. Sie stehlen sich davon.

Ich nenne ein Beispiel: Wir haben im letzten Jahr das Landesheimgesetz verabschiedet. Damals haben wir schon sehr deutlich gemacht, dass die Kriterien der Qualitätssicherung und der Qualitätskontrolle in diesem Gesetz nicht umfassend genug sind und dass ausgerechnet die Wohngruppen für Menschen mit Demenz, die kleine Einheiten sind und die eine wohnortnahe Versorgung sichern, nicht unter das Landesheimgesetz fallen

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Zu Recht!)

– nein, eben nicht zu Recht – und damit nicht qualitativ gesichert sind.

Ich finde, dass das enorm wichtig ist, gerade dann, wenn wir auf dem Land bzw. in den Gemeinden kleine Einheiten wollen. Die Angehörigen von an Demenz erkrankten Menschen, die diese natürlich auch betreuen wollen, selbst aber stark verunsichert sind und Hilfe, z. B. eine gute Unterbringungsmöglichkeit, brauchen, wollen in der Tat wissen, was mit ihnen an Demenz erkrankten Angehörigen passiert. Sie sind darauf angewiesen, dass sie sich darüber informieren können, wie gut oder wie schlecht solche Angebote tatsächlich sind. Deswegen ist es enorm wichtig, dass wir eine Nachbesserung beim Landesheimgesetz vornehmen.

(Beifall bei den Grünen)

Das ist Punkt 1.

Punkt 2: Bei den Pflegestützpunkten hat es – das hat meine Kollegin Altpeter eben schon ausführlich dargelegt; Herr Noll, Sie müssten es doch eigentlich wissen – wirklich ewig gedauert, bis sie überhaupt einmal auf den Weg gebracht worden sind. Da waren die Krankenkassen natürlich auch mit im Boot. Ich weiß, es war alles ein bisschen schwierig. Aber 50 Pflegestützpunkte für 44 Stadt- und Landkreise sind einfach unglaublich wenig.

Allein in meinem Landkreis gibt es nur einen einzigen Pflegestützpunkt für 50 Gemeinden. Man kann sich wohl ungefähr vorstellen, was das in der Konsequenz letztlich bedeutet und wie effektiv ein solcher Pflegestützpunkt arbeiten kann. Dieser hat mehr symbolische Bedeutung, als dass er tatsächlich gute Beratung leistet. Das heißt, da muss ganz deutlich und schnell nachgebessert werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Der dritte Punkt ist die Krankenhausplanung. Sie sagen hier in Ihrem Aktionsplan, es müssten z. B. verstärkt gerontopsychiatrische Abteilungen eingerichtet werden. Das haben Sie in der Hand. Sie können den Krankenhausplan verbessern und verändern und können sagen: Wir wollen, dass solche Abteilungen verstärkt, an mehr Krankenhäusern eingerichtet werden. Das könnten Schwerpunkte sein.

Das sind ganz konkrete Vorschläge, mit denen das Land auch aktiv werden könnte. Das würde ich mir wünschen.

Im neuen Koalitionsvertrag auf Bundesebene gibt es – das ist nun die Klammer zum Thema „Überarbeitung des Landes-

heimgesetzes“ – den Vorschlag, dass Mehrgenerationenhäuser stärker in die Verbesserung der Versorgungssituation bei Demenzzkranken und ihren pflegenden Angehörigen eingebunden werden müssen. Wenn das wirklich Praxis werden soll, dann brauchen Sie eine qualitätsgesicherte Umsetzung. Alles andere wird nicht funktionieren.

In diesem Sinn plädiere ich ganz stark für eine weitere Behandlung dieses Themas, und zwar vor allem dann, wenn es darum geht, das Landesheimgesetz zu novellieren.

Schönen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Katrin Altpeter SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Ernst von der Fraktion der FDP/DVP zu seiner ersten Rede.

**Abg. Friedhelm Ernst FDP/DVP:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Angenommen, Frau Präsidentin – aber nur angenommen –, ich hätte jetzt zu Ihnen „Herr Oberbürgermeister“ oder „Herr Landrat“ gesagt,

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Frau Landrätin!)

dann hätte die Mehrzahl der Mitglieder hier im Haus gesagt: Der hält seine erste Rede und ist nervös. Ein Teil von denen, die medizinisch vorgebildet sind, hätten vielleicht tiefer darüber nachgedacht und gesagt: Das ist der Anfang einer Demenz.

Denn genau das ist es. Das Kurzzeitgedächtnis geht als Erstes verloren. Ich hätte also praktisch vergessen, dass ich mit Ihnen seit acht Wochen hier im Landtag sitzen darf. Das Langzeitgedächtnis wäre noch da; ich würde mich daran erinnern, dass ich früher einmal in Anwesenheit des Oberbürgermeisters oder des Landrats im Stadtrat oder im Kreistag eine Rede halten durfte.

Dann habe ich mich heute Morgen geprüft: Ich habe meinen Schlüssel gefunden, meinen Geldbeutel, meine Aktentasche mit der Tagesordnung darin. Meine Tests waren also erfolgreich: Ich bin noch fit.

(Heiterkeit – Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Beim Betrachten der Ausführungen in der Antwort auf die Große Anfrage der CDU fallen einige Punkte ganz schnell ins Auge. Davon sind mit Sicherheit die Zunahme der Zahl der Demenzzkranken im Zeitraum von 2000 bis 2010 um 30 % und die für 2010 bis 2020 prognostizierte Zunahme um 35 % zu nennen. Dabei fragt man sich zu Recht, insbesondere wenn man die absoluten Zahlen sieht – die Zahl der Demenzzkranken liegt allein in Baden-Württemberg in der Größenordnung von immerhin 117 000 bis 197 000; das wurde vorhin schon erwähnt –: Wo leben diese Menschen, und wo sind sie untergebracht?

Meine Damen und Herren hier im Plenum, können Sie sich daran erinnern, dass Ihnen irgendwann beim Einkaufen je-

(Friedhelm Ernst)

mand begegnet ist, von dem Sie meinten, er sei an Demenz erkrankt, oder dass Sie beim sonntäglichen Mittagessen in einem Gasthaus jemanden sahen, von dem Sie dies glaubten? Diese Leute sieht man nicht und nimmt sie nicht wahr, aber sie sind da.

In der FAZ stand vor Monaten ein Aufsatz, aus dem ich Ihnen gern kurz zitieren möchte:

*Ich habe eine schreckliche Nacht hinter mir: Ich habe geträumt, Hans sei langsam und qualvoll verdurstet. Er lag mit dicker, geschwollener Zunge im Bett und hat mich angesehen, als wolle er sagen: Warum hilfst du mir nicht? Als ich aufwache, frage ich mich wieder und wieder, was ich tun soll, denn mein Traum kommt nicht von ungefähr: Hans trinkt seit sieben Tagen fast gar nichts mehr! Er scheint nichts zu vermissen, ...*

In diesem Artikel beschreibt eine Ehefrau, die ihren seit Jahren an Demenz erkrankten Ehemann pflegt, ihre persönlichen Erfahrungen.

70 % aller Demenzkranken werden derzeit von ihren Angehörigen im häuslichen Umfeld gepflegt und betreut. Die Belastungen für die Angehörigen sind groß. Erschöpfungszustände und psychosomatische Erkrankungen der Betreuenden sind oft die logische Konsequenz. Das müssen Sie mir als jemandem, der zu Hause eine Apotheke führt, einfach abnehmen.

Deshalb scheint mir die Antwort der Landesregierung in die richtige Richtung zu gehen. Die Ausführungen zum „Zehn-Punkte-Aktionsprogramm Demenz“ bringen das zum Ausdruck.

Es geht zum einen darum, Hilfsstrukturen und Versorgungsformen zu entwickeln, die den Bedürfnissen sowohl der Erkrankten als auch der pflegenden Familienmitglieder oder Betreuer mehr entgegenkommen, als dies bisher der Fall ist. Es geht zum Zweiten darum, den Stellenwert der stationären Einrichtungen im Versorgungsnetz zu erhöhen.

Im Einzelnen sehen die angestrebten Ziele folgendermaßen aus:

Deutliche Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit für alle Probleme, die die Erkrankungen mit sich bringen.

Deutlich verbesserte Frühdiagnostik und Therapie. Dass daran gearbeitet wird, zeigen die unterschiedlichsten Forschungsgruppen an den zuständigen baden-württembergischen Universitäten.

Deutliche Verbesserung von Hilfen und Entlastungsmöglichkeiten für Angehörige. Dabei soll keinesfalls kleingeredet werden, was von vielen staatlichen und privaten Leistungserbringern bereits auf die Beine gestellt wurde.

Deutliche personelle Erhöhung der ambulanten und stationären pflegerischen Versorgung. Dabei ist besonders erwähnenswert, dass mit einem abgestuften Hilfesystem annähernd eine flächendeckende Hilfe erreicht werden soll. Noch haben wir nach den mir vorliegenden Auskünften ein deutliches Gefälle von der städtischen zur ländlichen Versorgung.

Innovative Fort- und Weiterbildungsangebote, die sowohl gezielte Informationen über das Krankheitsbild Demenz bein-

halten als auch alle rechtlichen Ansprüche auf Leistungen aus Kranken- und Pflegeversicherung sowie die zu beachtenden Rahmenbedingungen zum Inhalt haben.

Nicht zuletzt, aber wohl nur über einen längeren Zeitraum durchführbar und finanzierbar: die Planung und Schaffung von ergänzenden Wohnformen und damit die Chance für die Demenzkranken zur Einrichtung von Wohngemeinschaften. Erste Ideen und Vorstellungen dazu gibt es bereits bei den Trägern der Altenhilfe und Altenpflege in Baden-Württemberg.

Meine Damen und Herren, wir können die Augen vor der vorhin aufgezeigten Entwicklung nicht verschließen. Die dauerhafte Finanzierung aller angeführten möglichen Vorhaben wird uns vor große Probleme stellen. Dabei darf die eventuell nötig werdende höhere finanzielle Belastung des Erkrankten nicht ein Maß erreichen, bei dem Akzeptanzprobleme entstehen.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut! – Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Die Leistungsanteile der Kassen oder der Pflegeversicherungen, staatliche Zuschüsse und Eigenmittel der Erkrankten müssen hinterfragt und politisch geklärt werden.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen: Die Fraktion der FDP/DVP begrüßt die Antwort der Landesregierung zur Großen Anfrage der Fraktion der CDU ausdrücklich. Bei der Umsetzung sind viele Personen und Institutionen mit eingeplant. Am Schluss werden in der Antwort bei allen Anregungen und Punkten die Leistungserbringer genannt. Das reicht von der Ärzteschaft und den Pflegekräften im ambulanten und stationären Bereich über die Träger und Anbieter der Altenhilfe und die gerontopsychiatrischen Beratungsstellen bis hin zu den Kranken- und Pflegekassen. Dazu kommen die Freiwilligeninitiativen und Selbsthilfegruppen. Man sieht: Das ist eine große Vielfalt von an der Umsetzung Beteiligten.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Nicht überall werden wir Freudenschreie hören.

Ich schließe mit einem geflügelten Wort, das bei Gerontologen gelegentlich die Runde macht: Man muss nur alt genug werden, um die eigene Demenz zu erleben.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Hillebrand.

**Staatssekretär Dieter Hillebrand:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Man braucht kein Prophet zu sein, um zu sagen, dass dieses Thema heute sicherlich nicht zum letzten Mal auf der Tagesordnung des Hohen Hauses stehen wird. Aber dass es nicht an prominenter Stelle behandelt wird, liegt sicherlich nicht an der Landesregierung, sondern das hat, wie Sie alle wissen, das Hohe Haus selbst in der Hand.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Sie kennen doch die Mehrheitsverhältnisse im Präsidium!)

– Verfahren Sie danach, lieber Kollege Stickelberger.

(Staatssekretär Dieter Hillebrand)

Frau Altpeter, es ist schon von mehreren Kolleginnen und Kollegen gesagt worden: Aufgrund der steigenden Lebenserwartung werden wir im Jahr 2020 rund 200 000 Menschen haben, die an Demenz leiden, mit weiterhin steigender Tendenz. Ich freue mich, dass erkannt wurde – in fast allen Redebeiträgen ist das zum Ausdruck gekommen –, dass sich die Landesregierung dieser Entwicklung stellt. Ich bin auch für den Dank, den Sie teilweise ausgesprochen haben, dankbar. Ich denke, das Thema ist eine enorme gesellschaftliche Herausforderung. Wir alle in diesem Hohen Haus sehen das so.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass dies eine gesellschaftliche Herausforderung ist, habe ich gesagt. Deshalb brauchen wir bei diesem Thema in erster Linie eine noch intensivere Informations- und Aufklärungspolitik. Es erstaunt immer wieder, wie lückenhaft das Wissen um diese Krankheit sowohl in der Bevölkerung als auch in Teilen der medizinischen Praxis noch ist.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Wohl wahr!)

Die ärztliche Diagnose wird in bis zu 60 % aller Fälle leider noch immer nicht frühzeitig genug gestellt. Kollege Hoffmann hat es angesprochen: Ein überraschend hoher Anteil der Betroffenen wird nicht demenzspezifisch behandelt. Frühzeitige medizinische Interventionen in Diagnostik und Therapie sind aber sehr, sehr wichtig.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Ja! – Beifall des  
Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Hierdurch kann ein längerer Verbleib in der häuslichen Umgebung ermöglicht werden. Auf jeden Fall kann der letztlich oft nicht vermeidbare Umzug ins Heim immerhin verzögert werden. Dies ist für mich, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht nur eine ökonomische Frage. Vielmehr ist es auch eine Frage der Lebensqualität und vor allem, lieber Herr Kollege Kleinmann, eine Frage der Würde des betroffenen Menschen.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Aus diesem Grund ist es meiner Ministerin, Frau Dr. Stolz, und mir persönlich wichtig, dass sich die Bevölkerung verstärkt mit der Problematik der Demenz sowie mit den therapeutischen Möglichkeiten auseinandersetzt. Hierfür ist in erster Linie die Sensibilisierung der Bevölkerung erforderlich.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, zu diesem Zweck fördert das Land beispielsweise die Alzheimer Gesellschaft als eine überregional und vor Ort tätige Selbsthilfeeinrichtung. Auch die Universitäten des Landes befassen sich mit Fragestellungen zur Demenz. Das Spektrum reicht von der Ursachenforschung über die Erforschung von Therapiestrategien bis zur Umsetzung von Behandlungsansätzen im Alltag der Versorgung. Das Ministerium für Arbeit und Soziales unterstützt Veranstaltungen und Kongresse zu Demenzthemen und beteiligt sich daran. Das gilt beispielsweise für einen anstehenden Kongress zum Thema „Wohnen bei Demenz“.

Demenzranke brauchen früher oder später Pflege.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Ja!)

Diese Pflege erfolgt Gott sei Dank oft noch in den Familien.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Aber das heute noch hohe pflegerische Leistungspotenzial der Familie wird – man braucht kein Prophet zu sein, um dies zu sehen – künftig nicht ausreichen. Die wachsenden Anforderungen – jetzt und insbesondere in der Zukunft – sind nur im Pflegemix zu bewältigen. Nur in einer Kooperation der professionell Pflegenden mit den pflegenden Angehörigen, den ehrenamtlich und bürgerschaftlich Engagierten, die es auf diesem Sektor Gott sei Dank in großer Zahl gibt, sowie der Selbsthilfe kann die Versorgung gelingen. Dies gilt übrigens nicht nur für den ambulanten Bereich, sondern auch für stationäre Strukturen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Baden-Württemberg hat im Bundesgebiet das dichteste Netz niederschwelliger Betreuungsangebote für Demenzranke. Auch die Kommunen im Land haben sich bisher sehr engagiert. Alle 44 Stadt- und Landkreise halten Betreuungsangebote vor. Die Zahl der Betreuungsangebote steigt stetig. Im Jahr 2001 betrug sie 78, und heute liegt sie bereits bei 449.

Darüber hinaus hat Frau Ministerin Dr. Stolz Anfang 2006 eine Bundesratsinitiative zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in der Pflege gestartet.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Der Bundesgesetzgeber hat dieses Anliegen aufgegriffen und hierfür im Pflege-Weiterentwicklungsgesetz zusätzlich 15 Millionen € aus Mitteln der Pflegekassen bereitgestellt.

Das Land hat zur Förderung von Angeboten des Ehrenamts und der Selbsthilfe in der Pflege ebenfalls Mittel bereitgestellt. Gefördert werden Seniorennetzwerke und Pflegebegleiterinitiativen. Gemeinsam mit den Kommunen und den Pflegekassen ist derzeit die Unterstützung von bis zu 100 Initiativen mit jeweils 5 000 € möglich. Ich bin davon überzeugt, dass die Einbeziehung von ehrenamtlich Engagierten in die Pflege für alle Seiten ein Gewinn ist.

Liebe Kollegin Altpeter, Sie haben die Pflegestützpunkte angesprochen und kritisiert, diesbezüglich ginge es nicht entsprechend voran. Sie alle wissen, dass wir gesagt haben: Die 50 Pflegestützpunkte sind ein Anfang; sie sind nicht das Ende der Fahnenstange.

(Zuruf der Abg. Katrin Altpeter SPD)

Es muss einmal ein Anfang gemacht werden. Der Anfang hat sich in der Tat schwieriger gestaltet, als wir alle uns das gewünscht hätten. Das ist aber nicht darauf zurückzuführen, dass das Sozialministerium hier versagt hätte; das wissen Sie auch ganz gut. Vielmehr ist die LAG Pflegestützpunkte Herr des Verfahrens. Die Träger dieser LAG wiederum sind die Pflegekassen und die Kommunen. Das Sozialministerium moderiert hier nur. Man könnte jetzt sagen: leider, wie so oft.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Genau! – Zuruf der Abg.  
Brigitte Lösch GRÜNE)

Aber es ist von der Rechtslage und von der Konstruktion her eben so. Ich kann Ihnen, liebe Kollegin Lösch, aber versprechen, dass wir auch hier am Ball bleiben. Ich bin mir ganz sicher, dass wir dies alles auf einen guten Weg bringen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für viele Demenzranke bleibt ein Heimumzug unvermeidlich. Deshalb muss

(Staatssekretär Dieter Hillebrand)

die Pflege- und Betreuungsqualität in unseren Einrichtungen sichergestellt werden. Dies war auch das Ziel unseres Landesheimgesetzes und der Landesheimbauverordnung. Auch dies hat Kollege Hoffmann bereits angesprochen.

Nach den jetzt vorgesehenen Regelungen soll grundsätzlich allen Heimbewohnern ein individueller Wohnbereich, das heißt in der Regel ein Einzelzimmer, zur Verfügung stehen.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Da hat es schon Proteste gegeben!)

Besonders hinsichtlich Demenzkranker ist die Schaffung einer Binnendifferenzierung der Heime in Wohngruppen bzw. Wohn- und Hausgemeinschaften wichtig.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Ausdrücklich haben wir eine Erprobungsregelung aufgenommen, die es ermöglicht, neue Wohnformen und Konzepte für Demenzkranke über einen Zeitraum von vier Jahren zu erproben und zu evaluieren.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Das Zusammenleben in überschaubaren Gruppen mit möglichst vielen Anknüpfungspunkten an gewohnte Lebensumstände hat, wie Sie alle wissen, bei den Bedürfnissen demenzkranker Heimbewohner eine große Bedeutung. Demenzspezifische Strukturen in Pflegeheimen waren deshalb auch schon in den letzten Jahren Schwerpunkt der Pflegeheimförderung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Versorgung demenzkranker Menschen liegt uns allen sehr am Herzen. Es geht um Menschen, die das Recht haben, nach einem arbeitsreichen Leben in Würde zu altern.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Die Angehörigen oder die anderen pflegenden Menschen, die ihnen dabei zur Seite stehen, geraten darüber oft in eine sehr schwierige und sehr belastende Lebenssituation.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Wohl wahr!)

Ich appelliere deshalb an Sie und an uns alle: Lassen Sie es uns in den nächsten Jahren weiterhin zu einer gemeinsamen Aufgabe machen, an einer zukunftsfesten Sicherung der Versorgung zu arbeiten. Hierfür bedanke ich mich bei Ihnen allen im Voraus.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Große Anfrage besprochen und Punkt 11 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung des Innenministeriums vom 30. Juli 2009 – Fünfter Tätigkeitsbericht des Innenminis-**

**teriums zum Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich – Drucksachen 14/4963, 14/5292**

**Berichterstatter: Abg. Jürgen Walter**

Die Fraktionen sind übereingekommen, diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen und auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Ich rufe **Punkt 13** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 23. Juni 2009 – Bericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz zu einem Beschluss des Landtags; hier: Überprüfung von Datenabgleichen durch den Landesdatenschutzbeauftragten – Drucksachen 14/4675, 14/5293**

**Berichterstatter: Abg. Thomas Bopp**

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 14** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Europaausschusses zu der Mitteilung des Innenministeriums vom 22. September 2009 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Neuansiedlungsprogramm der EU und Europäischer Flüchtlingsfonds 2008 bis 2013 – Drucksachen 14/5148, 14/5275**

**Berichterstatter: Abg. Thomas Blenke**

Auch hierzu ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 15** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 21. September 2009 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Entschließung zum Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2009 – Ausrichtung der Vergütungsstruktur des LBBW-Vorstands am nachhaltigen Unternehmenserfolg – Drucksachen 14/5134, 14/5249**

**Berichterstatter: Abg. Ingo Rust**

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 16** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 22. September 2009 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Staatsvertrags über die Verteilung von Versorgungslasten bei bund- und länderübergreifenden Dienstherrnwechseln (Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag) – Drucksachen 14/5139, 14/5250**

**Berichterstatter: Abg. Manfred Groh**

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 17** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 21. September 2009 – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2010 bis 2013 – Drucksachen 14/5129, 14/5251**

**Berichterstatte(r)in: Abg. Christine Rudolf**

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 18** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 10. September 2009 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschriften des Rechnungshofs zu Landeshaushaltsrechnungen von Baden-Württemberg; a) Denkschrift 2008 für das Haushaltsjahr 2006 – Beitrag Nr. 15: Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem; b) Denkschrift 2007 für das Haushaltsjahr 2005 – Beitrag Nr. 22: Förderprogramme im Geschäftsbereich des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Drucksachen 14/5094, 14/5252**

**Berichterstatte(r)in: Abg. Ursula Lazarus**

Auch hierzu ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 19** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 14/5278, 14/5279, 14/5280, 14/5281, 14/5282**

Herr Abg. Döpfer hat als Vorsitzender des Petitionsausschusses darum gebeten, die laufende Nummer 3 der Drucksache 14/5282 an den Petitionsausschuss zurückzuverweisen. – Sie sind damit einverstanden.

Im Übrigen stelle ich gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung die Zustimmung zu den Beschlussempfehlungen des Petitionsausschusses, Drucksachen 14/5278, 14/5279, 14/5280, 14/5281 und 14/5282, entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 20** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksachen 14/5230, 14/5233**

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 25. November 2009, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen, wünsche Ihnen einen schönen Abend und schließe die Sitzung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Schluss: 17:36 Uhr**